

Die Argentinienkrise

Tragödie oder Neuanfang?



Ein Reader des Forschungs- und Dokumentationszentrums
Chile –Lateinamerika FDCL e.V.
3. Auflage, Mai 2003

Zu bestellen bei:
FDCL e.V., Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin
Tel: 030 – 693 40 29; Fax: 030 – 692 65 90
Mail: archiv@fdcl-berlin.de



Einleitung

Auf einen Schlag wanderte am 20. Dezember 2001 das Thema Argentinien von den geduldrigen Seiten der Fachpresse auf die Titelblätter der deutschen und internationalen Medien. Die ungewöhnlichen Ereignisse - fünf Präsidenten in sieben Tagen - und dazu passende spektakuläre Bilder von Straßenschlachten und neuartigen Demonstrationsformen waren geeignet, das Interesse an dem Land zu wecken. Lange Zeit waren die schwelenden sozialen Konflikte und die andauernde Wirtschaftskrise nur begrenzt an eine größere Öffentlichkeit vorgedrungen. Doch auch nachdem Rebellionen und Plünderungen beendet waren und die Krise zur „Normalität“ in Argentinien wurde, brach der Strom von Artikeln und Kommentaren nicht ab. Wie kam es zu einer solch nachhaltigen Beschäftigung mit dem Thema durch ein äußerst heterogenes Spektrum, die aus den normalen Aktualitätszyklen der Presse herausfiel?

Die gesteigerte Aufmerksamkeit dem Land gegenüber hat nur zum Teil mit der dortigen Situation zu tun. In vielen Fällen wurde Argentinien als Exempel von etwas anderem gesehen: Während die einen das Land als Modellfall anführten für das Versagen der Politik des Internationalen Währungsfonds, vermeldeten andere schon den Ausbruch revolutionärer Zustände. Selbst die bürgerliche Presse begann die Rolle des IWF und ihr fehlgerichtetes Wirtschaftsprogramm zu hinterfragen.

War man also hierzulande von den sich überstürzenden Ereignissen überrascht, so mag es nicht verwundern, dass viele deutsche BerichterstatteInnen der ersten Stunde sich der Interpretation anschlossen, die Ereignissen des 19./20. Dezembers 2001 hätten einen spontanen Charakter gehabt, das „Volk“ sei jäh aus einer langen politischen Agonie aufgewacht. Ein Blick auf die sozialen Kämpfe der letzten zehn Jahre, der Epoche neoliberaler Reformen in Argentinien, zeigt, dass nicht nur die gegenwärtige Wirtschaftskrise ihre Ursachen in der Vergangenheit hat, sondern auch, dass die Reaktion der argentinischen Bevölkerung auf sie an bereits existierende Formen des sozialen Widerstands anknüpft. Der langjährige Kampf der Piqueteros, der Arbeitslosen, für ihre Rechte, ist ein solcher Bezugspunkt, die Nachbarschaftsorganisationen und Tauschringe ein anderer.

Der Schwerpunkt dieses Readers liegt auf diesen Formen des sozialen Widerstands und der Überlebensökonomie der Bevölkerung in Argentinien.¹ Diese sollen in den größeren Kontext der Krise des Wirtschafts-, Rechts- und Politiksystems gestellt werden. Dabei verfolgt der Reader mehrere Ziele: Zum einen möchte er den Blick weiten für die längerfristigen Perspektiven und Entwicklungen, zum anderen erscheint eine Diskussion darüber wichtig, wie in der globalisierungskritischen Öffentlichkeit Argentinien immer wieder als Modellfall angeführt wurde und dabei die durchaus im Land selbst angelegten Stolpersteine der Korruption und Demokratieaushöhlung durch die peronistischen „Mafias“ größtenteils übergangen wurden.

Zur Textauswahl ist zu sagen, dass sie bewusst sehr heterogen gehalten ist. Auch wenn es sicherlich sinnvoll gewesen wäre, mehr Artikel auf Spanisch einzubeziehen, wurde aus Gründen des einfacheren Zugangs darauf verzichtet. Wer an mehr O-Tönen, Dokumenten, Resolutionen interessiert ist, der kann sich alles aus den einschlägigen Medien besorgen, die mittlerweile im Internet verfügbar sind. Ungefilterte Informationen

¹ Der Begriff erscheint angebrachter als die oft auch von euphorischen KommentatorInnen gebrauchte Wendung „das argentinische Volk“. Zum einen handelt es sich bei den von der Wirtschaftskrise am stärksten Betroffenen auch um Immigranten aus den Nachbarländern, BolivianerInnen, ParaguayerInnen, die sich mit prekären Rechtsstatus im Land aufhalten und auf den informellen Sektor angewiesen sind oder AsiatInnen, deren leichter zugängliche Minisupermärkte Opfer mehrerer z.T. rassistisch begründeter Plünderungen wurden. Dazu siehe Página/12 vom 20. Dezember 2001.

bekommt man aus dem offenen Forum von Indymedia Argentinien und den im Zuge der Demonstrationen und Versammlungen entstandenen Seiten. Eine Linkliste im Anhang gibt einige Hinweise. Der Schwerpunkt des Readers liegt somit automatisch auf unserem eigenen, zwiespältigen Blick auf Argentinien.

In der Textsammlung finden sich Artikel aus Medien der Soli-Bewegung zu Lateinamerika, aus der bürgerlichen Presse und aus dem Internet. Einige längere Beiträge wurden aufgenommen, die sich an einer Generalanalyse der momentanen Krise versuchen. Osvaldo Bayer verfolgt dabei einen historischen Ansatz, in dem er aufzeigt, wie das demokratische System in Argentinien immer wieder unterlaufen wurde. Dem ganzen vorangestellt ist eine Auswahlchronologie: Mit welchem Datum man dabei anfangen soll, ist immer noch diskussionswürdig. Hier wurde mit der letzten Militärdiktatur begonnen, andere Autoren verfolgen die Ursachen der Krise bis ins Jahr 1955, als ein Putsch rechtsgerichteter Militärs Perón ins Exil zwang.²

Auf jeden Fall ist es sehr wichtig, sich mit dem Peronismus und seinem nationalpopulistischen Umverteilungsdiskurs auseinanderzusetzen. Peróns Zugeständnisse an die untersten Schichten in Form von Lebensmittel- und Geldspenden und ihre Einbindung in die peronistischen Basisorganisationen wirkte aufkommenden sozialen Konflikten bereits im Ansatz entgegen. Die positive Bezugnahme von Seiten der Peronisten auf die „nationale Einheit“ und das „Vaterland“ taten ihr Übriges. Dabei handelt es sich um einen Mechanismus, der bis heute eingesetzt wird - zuletzt von Duhalde, der versucht hat, einen Teil der Piqueteros-Organisationen mit einem großangelegten Sozialplan zu „befrieden“.

Über ein Jahr nach dem „Argentinazo“ ist aus der Wirtschaftskrise auch eine soziale und vor allem politische Krise geworden. Die peronistische Partei „Partido Justicialista (PJ)“ ist tief gespalten, die andere große bürgerliche Partei „Unión Cívica Radical (UCR)“ bei den Wahlen im April zur Bedeutungslosigkeit verkommen. Der Schwerpunkt dieses Readers wurde daher bei der nun vorliegenden Aktualisierung von den Faktoren der Krise hin zu den sich abzeichnenden Auswirkungen verlagert. Was man bei der Durchsicht des Readers nicht aus den Augen verlieren sollte, ist, dass die Ereignisse in Argentinien andauern und ihr Ausgang offen ist. Fern jeglicher Verklärung der Bewegung der Asambleas, Volksversammlungen, den Aktionen der Piqueteros und der anderen Formen der Selbstorganisation, handelt es sich um einen sehr spannenden Prozess. Und darüber hinaus um einen wichtigen und wesentlichen Schritt der dortigen Bevölkerung, die augenblickliche Krise auf eine konstruktive Weise anzugehen, auch wenn die Bilanz der neuen sozialen Bewegungen alles andere als positiv zu sein scheint. Aber man darf nicht vergessen, dass es sich bei den Versuchen der Leute, sich mit den gewaltigen Problemen des Landes zu konfrontieren, bisher nur um einen Anfang handelt.

Obwohl die etablierten politischen Eliten durch die Präsidentschaftswahlen weiterhin legitim an der Macht bleiben, hat dennoch in der Bevölkerung eine Bewußtseinsveränderung stattgefunden, die Anlass zur Hoffnung gibt. Die Solidarität war noch nie so groß. Hier liegt der Ansatzpunkt für die Reform einer korrupten und egoistischen Gesellschaftsordnung, die nicht so sehr die Inhalte, denn die Struktur der Politik verändern muss, damit der Wohlstand zukünftig gerechter verteilt wird. Denn immer noch lebt über die Hälfte der Argentinier in bitterer Armut. Dem größten Teil der argentinischen Bevölkerung gilt daher unsere Solidarität.

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL)

² Die Verklärung der Regierungszeit Peróns, die indirekt damit zum Ausdruck gebracht wird, ist dabei durchaus kritikwürdig.



Stellvertretend für alle Opfer der Repressionen:
das Grab des Piqueteros Aníbal Verón
Salta

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 3

Chronik 8

Ursachenforschung: Analysen der argentinischen Krise

- 1) Die neue argentinische Tragödie – Vortrag gehalten am 5.2.2002 – Osvaldo Bayer 14
- 2) Von Gott und den Peronisten verlassen – Le Monde diplomatique vom 15.2.2002 21
- 3) Die Argentinienkrise – Inprekorr Nr. 365/ April 2002 24
- 4) Why Argentina crashed – and is still crashing 29
- 5) Der IWF – Rettungsanker oder Sargnagel? 31
- 6) Jahr der Fragezeichen – Lateinamerika Anders 1/2003 32

Die Zwillingskrise: Wenn Wirtschaft- u. Finanzsystem zusammenbrechen

- 1) Superstar Cavallo, Retter in der Not? – Lateinamerika anders 2001/2 36
- 2) Argentinien fatale Fixierung auf den Dollar – Le Monde diplomatique vom 15.2.2002 38
- 3) Land unter am Río de la Plata – Lateinamerika Nachrichten 12/2001 41
- 4) Dollarschulden, Pesokonten – taz 29.1.2002 45
- 5) Hinter der Globalisierung finden wir den Klassenkampf – ila 2/2002 46
- 6) Der IWF schlägt wieder zu – ila 2/2002 49
- 7) Die Flucht in den schwachen Peso – Lateinamerika Nachrichten 2/2002 52
- 8) Argentinien ist nicht pleite – Lateinamerika Nachrichten 12/2002 54
- 9) Die argentinische Auslandsschuld – Argentinien Nachrichten 2/2002 56

Krise der Repräsentation: Politikverdrossenheit und Peronistenklüngel

- 1) ¿Reforma política? Un comentario de Mariana Llanos 60
- 2) Ein Staat als Geisel der Peronisten – taz vom 2.3.2002 62
- 3) Alle sollen verschwinden – Jungle World vom 6.2.2002 63
- 4) Führer der Herzen – Jungle World vom 13.3.2002 65
- 5) Kein zweites Brasilien – Lateinamerika Nachrichten 12/2002 67
- 6) Menem gegen Duhalde – Lateinamerika Nachrichten 12/2002 69

Der “Argentinazo”: Volksaufstand und Repression

- 1) Chronik eines angekündigten Aufstandes – Argentinien Nachrichten 2/2002 72
- 2) Mit dem Schürhaken auf den Topf schlagen... – FAZ vom 21.12.2001 76
- 3) Die Apo lebt... ... in Argentinien – ila 3/2002 77
- 4) „Wir wären ja verrückt gewesen...” – Lateinamerika Nachrichten 2/2002 80
- 5) Presos sociales – Noticias Aliadas vom 25.12.2002 82
- 6) Zwei Tote in der Vorstadt – taz vom 4.7.2002 83

Die Sperren der Piqueteros: Wenn die Arbeitslosen mobil machen

- 1) Piqueteros und andere soziale Bewegungen – Lateinamerika Anders 6/2001 85

2)	Todos por el seguro de empleo – Página/12 vom 20.10.2001	88
3)	Die Rückkehr des argentinischen Volkes - La Brecha vom 21.12.2001	89
4)	Arbeitslose als Motor der Proteste – Junge Welt vom 16.4.2002	90
5)	A la calle contra el ajuste – Página/12 vom 24.10.2001	91
6)	Cortar por lo sano – En Marcha Nr. 167 5/2001	92
7)	Gespalten und vereint – Junge Welt vom 22.2.2002	94
8)	Escraches – Argentinien Nachrichten, Nr. 3, April 1999	97
9)	Resolución de la III. Asamblea Nacional de Trabajadores	98

Cacerolazos und Asambleas: Bürgerproteste und Selbstorganisation

1)	Por quién doblan las cacerolazos – Clarín vom 27.1.2002	101
2)	No future? – Página/12 vom 27.1.2002	104
3)	„Jetzt ist der Moment gekommen...“ – Lateinamerika Nachrichten 3/2002	105
4)	Die Republik auf den Plätzen – Lateinamerika Nachrichten 3/2002	106

Alternative Ökonomie

1)	Geschnipselte Ökonomie – Jungle World 19.2.2003	109
2)	Las ferias del trueque – Noticias Aliadas Nr. 16, 3.5.1999	110
3)	Arbolitas – Página/12 vom 27.1.2002	111

Neue soziale Bewegungen: Rückkehr in die Bedeutungslosigkeit?

1)	Orte der Hoffnung – iz3w 268/2003	113
2)	Alle sollen verschwinden – Jungle World 2.10.2002	114
3)	Repressionsmaßnahmen gegen Arbeiterinnen – Lateinamerika Nachrichten 5/2003	114
4)	Armee des Hungers – Lateinamerika Nachrichten 12/2002	115
5)	Gewöhnung an die Wohnungslosen – Lateinamerika Nachrichten 12/2002	116
6)	Staat im Koma – Gesellschaft in Bewegung – Arranca 26/2003	118
7)	An der Krise versagt die Politik – ak 473 vom 16.5.2002	120

Neues Bewußtsein statt neuer Politik – Die Hoffnung kommt von unten

1)	„Alles ist am Tanzen“ – junge Welt 20.11.2002	124
2)	Comeback eines Korrupten – Lateinamerika Nachrichten 5/2003	125
3)	Die Zauberkraft des Magiers versiegt – FAZ vom 14.5.2003	127
4)	Kirchner will Argentinien aus der Krise führen – Süddeutsche vom 16.5.2003	128
5)	Schon wieder ein Schlußpunkt in Argentinien/Bunt gemischte Truppe – taz 22.5.03	129
6)	No preocupa... - Página12 vom 19.5.2003	130
7)	Argentinien – Die Hoffnung kommt von unten – Lateinamerika Nachrichten 6/2003	132

Links/ Impressum	133
-------------------------	------------

Anhang aus gegebenem Anlass: Horst Köhler: "Wir helfen gerne" – Die Zeit Nr. 5, 24.01.02	134
---	------------

Chronik der Ereignisse

24. März 1976

Staatsstreich gegen Isabel Perón und Beginn der Militärdiktatur General Videla. Der IWF sagt schnelle Finanzhilfen zu. Die Regierung soll sich aber im Gegenzug der Dienste des IWF anvertrauen, um die Wirtschaftsprobleme in den Griff zu bekommen. Die Auslandsschuld beträgt 10 Mrd. Dollar. Martínez de Hoz wird Wirtschaftsminister und richtet ein neoliberales System ein. Dabei werden Unsummen von Staatsgeldern veruntreut und der Kapitaltransfer ins Ausland begünstigt.

1982

Innerhalb von sechs Jahren Militärregime verfünffacht Argentinien seine Auslandsschuld. Dabei bedienen sich korrupte Staatsbeamte und Firmenbosse eines einfachen Mechanismus: Offiziell verbuchte Importe werden „schwarz“ abgesetzt, der Schuldentitel bleibt erhalten und wird weiterhin staatlich subventioniert. Dazu kommen die Militärausgaben für den Malwinenkonflikt. Die Schulden der Militärdiktatur werden später „nationalisiert“.

8. Juli 1989

Nachdem es gegen Ende der Regierung Alfonsíns zu Hyperinflation und Plünderungen gekommen war, tritt dieser vorzeitig ab. Menem übernimmt das Präsidentenamt. Die Auslandsschuld beträgt 65 Mrd. US-Dollar.

April 1991

Wirtschaftsminister Cavallo friert den Wechselkurs des Austral zum US-Dollar ein. Devisenreserven werden gesteigert durch Kürzungen der Staatsausgaben und Privatisierungen der Telefon-, Flug-, Eisenbahn-, Öl- und Gasgesellschaften.

1. Januar 1992

Menems Wirtschaftsminister Cavallo führt den „Plan Convertibilidad“ ein. Beim Austral werden einfach vier Nullen gestrichen. Damit Entwertung der Sparguthaben und der Löhne. Umtauschkurs der neuen Währung Peso zum Dollar wird 1:1. Die Dollarparität wird durch ein Currency-board garantiert, bei dem jede Einheit der einheimischen Währung durch ein bei der Zentralbank hinterlegtes US-Dollar gestützt wird. Diese Währungsreform ist Voraussetzung dafür, dass Argentinien am Brady-Plan teilnehmen darf. Der sieht eine Umschuldung der Auslandsschulden vor, bei der die nationalen Ressourcen zur Bezahlung der Schulden auf den internationalen Finanzmärkten meistbietend versteigert werden. Damit werden zentrale Bereiche der Volkswirtschaft unter die Kontrolle internationaler Kapitaleigner gestellt.

Dezember 1993

Volksaufstand in Santiago del Estero bei dem der Sitz der Provinzregierung zerstört wird. Vorausgegangen waren Streiks und Demonstrationen der Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Juni 1996

Wochenlange Sperrung der Fernstraße Nr. 22 durch Piqueteros in Cutral Co und Plaza Huincul in der Provinz Neuquén.

Mai-Juli 1997

Zweiter Aufstand in Cutral Co. Aufstände in Tartagal, Cruz del Eje (Provinz Salta) und in Jujuy. Die Piqueteros fordern, die Verteilung staatlicher Subventionen und Lebensmittelpakete in Eigenregie durchzuführen.

10. Oktober 1998

Der Präsident des IWF Candessus lobt Carlos Menem als den besten Präsidenten der letzten 50 Jahre. Menem darf vor der Versammlung des IWF sprechen. Argentinien gilt als „Musterschüler“.

Dezember 1999

Die Regierung De la Rúa debütiert mit der blutigen Repression einer Demonstration der Piqueteros. Diese hatte die Brücke gesperrt, welche die Provinzen Corrientes und Chaco verbindet.

8. Januar 2000

Der IWF drängt auf größere Haushaltseinschnitte der Regierung De la Rúa. Unter anderem verlangen sie eine stärkere Liberalisierung des Arbeitsmarkts, Teilprivatisierung der Sozialversicherung, Privatisierung der Staatsbank, Änderungen im Rentensystem und die Begrenzung der Provinzhaushalte.

Mai 2000

In Tartagal und General Mosconi kommt es zu tagelangen Straßensperren und Aufständen. Die Provinzpolizei wird aus Mosconi vertrieben.

25. September

Verabschiedung der Reform der Arbeitsgesetzgebung. Die zur Mehrheit nötigen Stimmen einiger peronistischer Senatoren werden gekauft. Ein Skandal über den die Regierungskoalition Alianza zerbricht. Vizepräsident Chacho Álvarez (von dem linksliberalen Bündnis FREPASO) tritt zurück.

Oktober 2000

Es beginnen die Sperrungen der Nationalstraße 22 im Distrikt La Matanza des Großraum Buenos Aires durch die beiden größten Piquetero-Organisationen, der Federación Tierra y Vivienda (FTV-CTA) unter der Führung von Luis D'Elía und der Corriente Clasista y Combativa (CCC) unter Juan Carlos Alderete. In Salta töten die Sicherheitskräfte den Piquetero Aníbal Verón. Die aufgebrachte Menge besetzt daraufhin wieder einmal die Polizeistation von General Mosconi.

Juni 2001

Erneuter Aufstand der Piqueteros in General Mosconi. Sie fordern eine Neuauflage der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine Anhebung der Löhne in der Erdölindustrie.

26. Juli 2001

Erster Nationaler Piquetero-Kongress von CTA-FTV, CCC, MTD, MTR u.a. Der Vorsitzende des (peronistischen) Gewerkschaftsdachverbandes CGT disidente, Moyano, wird ausgepiffen. Erster nationaler Kampfplan beschlossen. Erste Massenmobilisierung auf der Plaza de Mayo.

4. September

Zweiter nationaler Piquetero-Kongress, D'Elía und Alderete werden zu den Vorsitzenden der Führungsmannschaft bestimmt. Erste Differenzen innerhalb der Piquetero-Bewegung.

31. November

Bei einem Ansturm von Bankkunden, die um die Sicherheit ihrer Anlagen fürchten, werden an einem einzigen Tag 1,3 Milliarden Peso (damals 1,5 Milliarden Euro) abgehoben.

1. Dezember

Wirtschaftsminister Cavallo verfügt massive Einschränkungen für Barauszahlungen; je Konto dürfen monatlich nur noch 1000 Dollar abgehoben werden.

5. Dezember

Der Internationale Währungsfond (IWF) lehnt die Überweisung eines bereits zugesagten Beistandskredits über 1,26 Milliarden Dollar ab. Grund: die mangelnde Eindämmung der argentinischen Staatsausgaben.

13. Dezember

Am Generalstreik gegen Präsident De la Rúa beteiligen sich mehrere 100.000 Arbeitnehmer.

14. Dezember

In der Provinz werden die ersten Einkaufszentren geplündert. Die Regierung antwortet mit einem Programm zu Verteilung kostenloser Lebensmittel.

17. Dezember

Die Piquetero-Organisation Movimiento de Trabajadores Desocupados Aníbal Verón fordert Lebensmittel vor Supermärkten.

18. Dezember

Die Plünderungen und Unruhen weiten sich auf die Hauptstadt Buenos Aires aus, insbesondere im Distrikt San Martín und San Miguel von Groß-Buenos Aires. Die Polizei setzt Tränengas und Gummigeschosse ein. Besetzung der Textilfabrik Brukman durch die ArbeiterInnen. Die Besitzer hatten drei Monate keinen Lohn mehr gezahlt und wollten die Fabrik aufgeben. Einige Medien verbreiten Gerüchte, dass Privathäuser geplündert werden sollen, um so die Protestierenden untereinander aufzubringen.

19. Dezember 2001

Vormittags und mittags: massive Plünderungen von Supermärkten und kleinen Geschäften, u.a. rassistisch

motiviert gegen „chinesische“ Händler; teilweise initiiert von peronistischen Basisorganisationen (Punteros). Die Provinzpolizei schreitet nicht ein, bei der Repression durch die Bundespolizei kommt es zu fünf Toten und Dutzenden von Verletzten. Demonstrationen von Dozenten, und Staatsangestellten, Cacerolazos (Kochtopfdemonstration) von HändlerInnen. Versammlungen, Asambleas, in den Stadtvierteln. Straßensperrungen durch Nachbarn. Der Kongress verfügt die Aufhebung der Sondervollmachten Cavallos. Abends: Ansprache De la Rúa, in der er den Ausnahmezustand für dreißig Tage, allerdings ohne politische Perspektive verhängt. Dieser beinhaltet u.a. ein Versammlungsverbot. Daraufhin ein Cacerolazo in der ganzen Stadt, Marsch aus den Vierteln auf die Plaza de Mayo. Repression der Bundespolizei ab 2 Uhr nachts, ein Toter. Der Rücktritt Cavallos wird verkündet. De la Rúa lädt die Peronisten ein, sich an einer Regierung der nationalen Einheit zu beteiligen. Diese lehnen ab.

20. Dezember 2001

Donnerstagsdemonstration der Mütter auf der Plaza de Mayo, Angriffe auf Madres, ein Aktivist der H.I.J.O.S wird gefoltert. Repression mit der berittenen Polizei ab 14 Uhr. Angriffe der Demonstrierenden auf Banken und McDonald's Filialen. Spezielle Einsatzkräfte in zivil und Fahrzeugen ohne Kennzeichen ermorden zwei Vertreter der Gewerkschaft der Motorradboten. Darüber hinaus werden gezielt jugendliche PolitaktivistInnen angeschossen. 28 Tote, 200 Verletzte, 2500 Festgenommene. 19 Uhr: Flucht De la Rúa mit dem Hubschrauber aus dem Regierungsgebäude, Rücktrittsgesuch an den Senat eingereicht. Bei den fortgesetzten Plünderungen kommt es zu 9 Toten und 97 Verletzten. HändlerInnen erschießen Plünderer bei der Verteidigung ihrer Geschäfte.

21. Dezember 2001

Erster Cacerolazo vor dem Gebäude des Obersten Gerichtshofs mit der Forderung nach Absetzung der Obersten Richter. Der Kongress ernennt Senatspräsidenten Ramón Puerta für 48 Stunden zum Präsidenten. Die Richterin María Servini de Cubría erklärt, dass es einen Plan für die Repression auf der Plaza de Mayo gegeben habe. 25 Jugendliche waren angeschossen worden, 5 starben. Die Anschläge wurden alle zur selben Uhrzeit verübt. Spezielle Einsatzkräfte der Bundespolizei werden dafür verantwortlich gemacht.

23. Dezember

Der peronistische Gouverneur von San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, wird als Übergangspräsident vereidigt. Als erste Amtshandlung friert er die Zahlung von 132 Milliarden Dollar für die Bedienung der Auslandsschulden ein.

24. Dezember

Ausrufung eines mehrtägigen Bankenfeiertags, d.h. kein Bargeldausgabe mehr.

26. Dezember

Die Regierung kündigt für Mitte Januar die Einführung einer dritten Währung neben dem Dollar und dem daran gekoppelten Peso an: Der "Argentino" soll frei gehandelt werden.

28. Dezember

Cacerolazo auf der Plaza de Mayo gegen Saá, den obersten Gerichtshof, die Banker, Menem, neoliberale Wirtschaftspolitik.

29. Dezember

Demonstranten dringen ins Kongressgebäude ein und zerstören Mobiliar (wahrscheinlich wurde ihnen die Türen von innen geöffnet.) In Floresta erschießt in den frühen Morgenstunden ein pensionierter Polizist drei Jugendliche. Diese hatten Fernsehbilder, auf denen sich gegen Sicherheitskräfte zur Wehr setzende Demonstranten zu sehen waren, zustimmend kommentiert. Mittags Proteste von Jugendlichen gegen die Morde in Floresta. Zerstörung des Polizeikommissariats. Cacerolazo in Floresta.

30. Dezember

Demonstration in Floresta, 2000 TeilnehmerInnen, danach: Stadtteilversammlung. Rodríguez Saá verkündet seinen Rücktritt.

31. Dezember

Demonstration in Floresta, 4000 Teilnehmer, danach: Stadtteilversammlung. Parlamentspräsident Eduardo Camaño wird übergangsweise als neuer Staatschef vereidigt.

1. Januar 2002

Mittags: Wahl Duhaldes zum Präsidenten durch den Kongress, Absperrungen. Anhänger Duhaldes liefern sich mit Gegendemonstranten eine Straßenschlacht, die Polizei greift hart gegen die Gegendemonstranten durch.

Abends: großer Cacerolazo.

25. Januar

Regelmäßige stadtweite Cacerolazos, die in der Interbarrial, der stadtweiten Versammlung der Nachbarschaftsversammlungen, beschlossen werden.

28. Januar

Großer Marsch der Piqueteros von La Matanza auf die Plaza de Mayo. Empfang durch die Vertreter der Asambleas.

5. Februar 2002

Sechs Polizisten werden aufgrund der Repressionen vom 20. Dez. festgenommen. Der Ex-Chef der Bundespolizei, Rubén Santos, wird verhaftet aufgrund der Repression.

16./17. Februar

Erste nationale Arbeiter- und Arbeitslosenversammlungen in Avellaneda und Demonstration auf der Plaza de Mayo. Ohne die VertreterInnen der FTV-CTA und CCC. Der Bloque Nacional Piquetero formiert sich, Absprachen mit der Regierung werden abgelehnt.

24. März 2002

Erste nationale Versammlung der Asambleas. Versuch der Räumung der von den ArbeiterInnen besetzten und in Eigenregie betriebenen Brukmann-Textilfabrik. Dank der massiven Unterstützung durch NachbarInnen und PolitaktivistInnen konnte diese jedoch verhindert werden.

2. April 2002

Der Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo wird festgenommen unter dem Vorwurf des illegalen Waffenhandels. Die Regierung Duhalde lädt die CCC und die FTV-CTA D'Elías dazu ein, an einem Rat mitzuarbeiten, der die Verteilung von Geldern für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen regeln soll. Die dissidenten Piquetero-Organisationen werden außen vor gelassen.

17. April

Die Polizei schießt mit Gummigeschossen auf 400 Provinzangestellte, die in La Plata demonstrierten. Dasselbe spielt sich in Córdoba bei Streiks von Stadtverwaltungs- und Krankenhausangestellten ab.

7. Juni 2002

Einführung des „Partizipativen Haushaltes“

26. Juni

Die Repression eines Piquetero-Marsches auf die Hauptstadt durch die Polizei von Buenos Aires endet mit zwei Erschossenen – Dario Santillán und Maximiliano Costeki . Außerdem 90 Verletzte und mehr als 150 Verhaftete. Die nächsten zwei Tage große Demonstrationen in der Hauptstadt

10. Juli 2002

Arbeitslose, Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter und linke Aktivisten demonstrieren am Abend gleichzeitig in Buenos Aires und in anderen Städten Argentiniens gegen die Regierung, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Vereinigten Staaten. An dem friedlichen Aufzug auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires beteiligten sich 25 000 Leute.

13. August 2002

Der am 5. Juli entführte Diego Peralta, 17 Jahre, wird tot in einem Baggersee aufgefunden, obwohl das Lösegeld bezahlt worden war. Die Bewohner des Viertels El Jagüel marschieren zum Kommissariat, stürmen es und brennen es nieder, da es berechnete Vermutungen gibt, dass die zuständigen Polizisten selbst an der Entführung beteiligt sind. Die mafiösen Strukturen der Provinzpolizei werden zum politischen Thema.

14. August

Nach der Suspendierung der Scotia-Bank durch die argentinische Zentralbank beschließen die 1700 Beschäftigten die Besetzung.

21. August

Elisa Carrió (ARI), Luis Zamora (AyL) und Victor de Gennaro (CTA) treten von ihrer Wahlkampagne

M

zurück und fordern zusammen mit vielen andern Organisationen und prominenten Personen eine Verfassungsgebende Versammlung, die die Hinfälligkeit aller Mandate prüfen soll und stellen sich gegen die Wahl im März 2003, damit wirklich, wie auf der Straße gefordert „alle gehen müssen“ und diese soziale Erneuerung von den Wählern selbst bestimmt werden kann.

22. August

Als Protest gegen die Schließung der Großbäckerei »Savio SA« in Grissinópolis wandeln die 60 Arbeiter das Unternehmen in eine Kooperative um.

23. Oktober 2002

Luis Zamora, Oppositionsführer und Mitglied von AyL, beschließt, nicht als Präsidentschaftskandidat anzutreten. Anders als für Carrió ist ein Wechsel der Entscheidungsträger für ihn nicht ausreichend. Er strebt einen Systemwechsel an und sieht die Möglichkeiten hierfür in den Basisbewegungen.

30. Oktober

Ein von Anhängern Duhaldes abgehaltener Parteitag beschließt mit der notwendigen Mehrheit die Verschiebung von internen Vorwahlen vom 15. Dezember auf den 19. Januar. Duhalde versucht die Vorwahlen zu verschleppen, um die Chancen seines Erzfeindes Menem für die Präsidentschaftskandidatur zu minimieren.

8. November 2002

landesweite Demos der Piqueteros: 30 000 in Buenos Aires, 2500 in Corrientes, 2000 in Córdoba, 1000 in Rosario und Tucumán.

24. November

Polizeiangriff um sechs Uhr morgens bei Brukman, als Konsequenz aus einer Gerichtsentscheidung, die die Besetzung der Fabrik für illegal erklärt hat. Maschinen und Vorräte werden zerstört.

27. April 2003

Aus dem ersten Wahlgang geht der 72-jährige Menem mit einem dünnen Vorsprung vor Néstor Kirchner als Sieger hervor. Rund 25 Prozent der Wähler hatten für Menem, mehr als 22 Prozent für den Gouverneur der patagonischen Provinz Santa Cruz gestimmt. Das traditionelle Zwei-Parteien-System in Argentinien ist mit dieser Wahl zerbrochen.

14. Mai 2003

Menem zieht seine Kandidatur zurück nachdem sich seine Niederlage bei den bevorstehenden Stichwahlen als sehr wahrscheinlich abzeichnet. Kirchner wird damit automatisch zum Präsidenten, obwohl er nur das zweitbeste Wahlergebnis erzielte.

25. Mai

Néstor Kirchner wird zum Präsidenten der Republik Argentinien ernannt. Der bisherige Wirtschaftsminister Lavagna bleibt weiterhin im Amt.

Ursachenforschung

Analysen der argentinischen Krise



Die neue argentinische Tragödie

Oswaldo Bayer, Mitbegründer des FDCL e.V, Menschenrechtsaktivist, Autor und Journalist ordnet die derzeitige politische Krise in einen größeren geschichtlichen Rahmen ein. Obwohl in Argentinien die Demokratie formell 1917 eingeführt wurde, zeichnete sich das politische System bis heute vor allem durch die Missachtung demokratischer Prinzipien, den Mangel an Transparenz, Klientelismus und Korruption, Parteienklüngel und das wiederholte Paktieren mit den Militärs aus.

Es ist unglaublich, daß ich 18 Jahre nachdem ich Berlin verlassen habe, um in meine Heimat zurückzukehren, da dort wieder demokratische Verhältnisse herrschten, ich heute hier spreche - nicht von der grausamen Militärdiktatur, sondern über die neue argentinische Tragödie. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Argentiniens hat die Grundmauern des Landes tief erschüttert, und das Scheitern der Demokratie an sich, hat uns in Verzweiflung und Wut versetzt, da wir letztendlich Opfer der Machenschaften der Volksvertreter politischer Parteien sind.

Wir wollen hier nicht so tun, als wäre das Geschehene, das Ergebnis einer perversen, neoliberalen Globalisierung, sondern daß gerade diese Wirtschaftsform in unserem Land auf so fruchtbaren Boden fiel, mit seinen abgenutzten politischen Parteien und einer generell korrupten Umwelt.

Seit 1916 in Argentinien die Demokratie ihren Einzug hielt – leider sehr spät – wurden wir laufend - außer den immer wieder auftauchenden Diktaturen – von zwei populistischen Parteien regiert: Die radikale und die peronistische (justizialistische) Partei. Die radikale Partei hat wenig mit ihrer Bezeichnung zu tun, außer daß es den Namen jener Partei des früheren Frankreichs trug. Wohl liberal, gemäßigt wie man so sagt, wenn kein klares Ziel vorgegeben wird und die Mittelschicht vertreten werden soll. Die justizialistische Partei hieß früher "peronistische" Partei, nach Oberst Juan Domingo Perón, ihrem Gründer. Aber da das Parteiengesetz die Führung von Personennamen verbietet, wurde sie zur justizialistischen Partei. Eine Partei, die angab die Rechte der Arbeiterklasse zu vertreten, aber immer innerhalb des Systems, ohne Anlehnung an den Sozialismus, ohne das Privatrecht anzutasten, außer wenigen weit zurück liegenden Ausnahmen.

Beinahe alle diese Regierungen wurden gewaltsam von Militärdiktaturen abgelöst. Das heißt, daß man von personalistischen Parteien, wie es die radikale und die peronistische waren, direkt zu diktatorischen Ein-Personen Regierungen überging, welche von den Militärs unterstützt wurden.

Die demokratischen Regierungen waren personalistisch und wurden von Caudillos angeführt. So war es bei Hipólito Yrigoyen, der radikalen Partei; er wurde von seinen Anhängern stets als Caudillo respektiert. Yrigoyen wurde 1930 von einer kleinen, ultrareaktionären Militärmacht abgesetzt. Obwohl er mit Unterstützung der Bevölkerung regierte, hat er keinen Widerstand geleistet und hat sich – ohne das es von ihm verlangt wurde – vor einer kleinen Militäreinheit aus dem Landesinnern ergeben, das heißt, abgedankt. Dieser Vorfall war ein Schlag ins Gesicht der Demokratie; der höchste Vertreter des Volkes hat sich nicht verteidigt und überließ die Regierung in Händen des putschenden Generals José Félix Uriburu. Die argentinische Demokratie war ohne Widerstand der Regierung oder des Volkes gestürzt. Ein schlechter Präzedenzfall. Die junge, gerade einmal 14 Jahre alte Demokratie war schon gestorben. Uriburus Diktatur wird von der reichen england-hörigen Oligarchie des Landes unterstützt. Es kehrten die Männer aus der Zeit vor der demokratischen Regierung – die sogenannte Aristokratie – an die Macht zurück. Nach General Uriburu gab es Wahlen, "el fraude patriótico" (patriotischer Wahlbetrug). Wieder wurde ein General Präsident: Justo. Es existieren zwar die drei Gewalten, aber es war nur eine Scheindemokratie. Diese ganzen Jahre sind in die Geschichte als "Década infame" (infame Dekade) eingegangen und sie zeichneten sich durch politischen Klüngel, Geschäftemacherei sowie Unmoral aus. Die folgenden Regierungen bilden Konservative und Vertreter des rechten Flügels der radikalen Partei, sogenannte antipersonalisten, Anti-Yrigoyenisten. 1943, dreizehn Jahre nach Yrigoyens Sturz, gibt es einen neuen Militärputsch, der die illegale, konservative Regierung zu Fall bringen wird.

An diesem Putsch beteiligt sich – unter anderen – Oberst Perón, der schon beim Aufstand Uriburus gegen Yrigoyen, 1930, teilgenommen hatte. Die Militärregierung von 1943 hat einen rechten, nationalistischen Charakter, pro-Industrie, aber anti-oligarchisch. Perón wird Arbeitsminister, anschließend Kriegsminister und schließlich Vize-Präsident. Als er von einer Gruppe Militärs gestürzt wird, muß er aufgrund des Volkswillens befreit werden, 1945. Dies

führte zu Neu-Wahlen und eine neue Kraft geht daraus hervor: die Peronisten – eine Mischung von demokratischen und totalitären Formen des Regierens, das zu einem regelrecht neuem Bewußtsein der Arbeiter führt. Es entsteht eine neue Arbeiterklasse. Die "Criollos" kommen vom Land in die Großstadt, um in der Industrie zu arbeiten. Diese neue Klasse verdrängt die alten anarchistischen, sozialistischen und kommunistischen Ideen der Arbeiter. Die neue Gewerkschaft ist peronistisch. Die Arbeiter werden zu Hauptdarstellern, aber keineswegs Sozialismus oder eine andere Art von Reichumsverteilung vorschlagen. Doch der Reichtum wird besser verteilt und die Arbeiter erhalten soziale Vorteile. Perón bleibt neun Jahre an der Macht, bis er, 1955 wiederum von einer militärischen Gruppierung, liberal konservativ, gestürzt wird.

Hier passiert das Gleiche wie 1930: anstatt seine Stelle zu verteidigen, flieht Perón in einem paraguayischen Kanonenboot seines Freunde, des Diktator Stroessner nach Paraguay. Die Macht bleibt in Händen einer kleinen Gruppe Militärs und Marine, welche ein strenges Verbot der peronistischen Partei erlassen, nicht so gegen die radikale Partei, die mit den Putschisten kollaboriert. Die neue Regierung unter General Aramburu ist ziemlich liberal – in den Medien wird weniger zensiert als unter Perón – aber läßt aufrührerische Peronisten, die sich gegen die Militärregierung erheben, mit unrechtmäßiger Brutalität hinrichten.

Die tragische Geschichte der argentinischen Demokratie setzt sich mit einer neuen antidemokratischen Methode fort. Es werden freie Wahlen ausgerufen, aber unter Verbot der peronistischen oder justicialistischen Partei. So wird nun Frondizi gewählt, der Kandidat einer der zwei radikalen Parteien, die sich mittlerweile geteilt hatte. Man kann also sagen, daß die neue Regierung undemokratisch ist, weil den Peronisten die Teilnahme an der Wahl verboten worden war. Diese Ursünde kommt Frondizi teuer zu stehen, denn vier Jahre später wird er wiederum von dem Militärs gestürzt. Es entsteht eine totale Verunsicherung in Argentinien und so kommt es, daß die Militärs erneut Wahlen ausrufen nochmals mit Verbot der peronistischen Partei. Diesmal gewann der andere Flügel der radikalen Partei und Illia kommt an die Regierung. Er begeht die gleiche Ursünde, indem er eine Wahl annimmt unter Ausschluß der Peronisten. Genau wie bei Frondizi, kann er die Macht nicht halten und wird von einem neuen Militärputsch entmachtet. Genau wie Yrigoyen, Perón und Frondizi, hat er seine Stellung nicht verteidigt und sich vom Regierungsgebäude entfernt. Nun begann für die junge Republik eine lange Zeit abwechselnder Militärdiktaturen. Zuerst unter General Onganía, ein ultrarechter Konservativer, der die Universität und alle kulturellen Einrichtungen mit harter Zensur und Verfolgung von Andersdenkenden bekämpfte. Onganía beabsichtigte eine Art

Franco-Regime am Río de la Plata einzuführen. Mehrere Putsche unter den Militärs selbst – es gab noch zwei Diktatoren: Levingston und Lanusse – und der ungebrochene interne Widerstand der Peronisten, hauptsächlich der Jugend, innerhalb der Organisation der Montoneros, hat die Militärs soweit gebracht, daß sie endlich Neuwahlen ausrufen mußten. Das war 1973. Die Peronisten kehrten unter Cámpora an die Macht zurück. Der Peronismus war stark gespalten, so daß Cámpora zurücktreten mußte und Lastiri an die Macht kam. Lastiri war der Schwiegersohn von López Rega, einem Verbrecher, der die interne Maffia innerhalb des Peronismus beherrschte. Nun übernimmt Perón wieder die Macht. Er trifft auf eine zerspaltene peronistische Partei; die linken Montoneros wollen mit Guerillaaktionen die sozialistische Revolution herbeiführen. Perón positioniert sich auf den rechten Flügel und enttäuscht die kämpferische Jugend. Die Bevölkerung hat in diesen Monaten wenig an Demokratie erlebt und schon kam es in den Straßen von Buenos Aires zu politischen Morden. Perón starb am 1. Juli 1974 und seine Frau, die Vizepräsidentin Isabel Perón, übernahm die Regierung. Es begann eine schamlose Zeit interner Gefechte und politischer Morde. Isabel Perón stütze sich auf die Repression der Alianza Anticomunista Argentina, eine fast legale Rechtskraft, die das Land mit Morden übersäte. Aber auch die Montoneros waren gewalttätig. Das heißt, es begann ein pietätloser Kampf innerhalb des Peronismus, wobei auch die Linke in Argentinien nicht verschont blieb. Isabel konnte sich nur ein und ein halbes Jahr lang halten. Am 24. März 1976 übernahm das Militär unter General Videla die Macht.

Es begannen acht Jahre einer Diktatur, die man als die grausamste seit Beginn der Republik bezeichnen kann. Als Hauptmerkmal dieser Regierung blieb das Verschwinden von Personen und der Raub der Kinder jener Menschen, die man als subversiv hielt. So begann der unaufhaltbare Weg zur Teilnahme an der liberalen Globalisierung. Die Niederlage im Malwinenkrieg schwächte die Militärs, die schließlich zu Wahlen im Oktober 1983 aufriefen. Wie selten erlebte das argentinische Volk Freude und Euphorie bei der Rückkehr zur Demokratie.

Jetzt, nach diesem kurzem Vorwort, komme ich erst zur Sache. Als die Militärs stürzten, glaubten alle Demokraten Argentinien, daß nun im Land die wirkliche Demokratie beginnen würde, die es eigentlich, obwohl sie in der Verfassung verbrieft war, nie gegeben hatte. Nach dem grausigen Totalitarismus, sollte nun bei Null begonnen werden und eine Demokratie inkraft treten, welche Gesetze und Freiheit garantiere.

Die drei nachfolgenden Regierungen, die Alfonsíns, dann die zehn Jahre unter Menem und die abgewählte Regierung von de la Rúa, konnten diesen Traum nicht erfüllen. Man schritt nicht zur fundamentalen Demokratisierung des Landes, sondern das Gegenteil trat ein. Man kehrte zu den alten politischen Spielchen zurück. Anstatt zu demokratisieren, versuchte man wieder mit den wahren Feinden der Demokratie zu klüngeln. Hauptsächlich im Militärischen kann man das gut beobachten. Es sollte alles anders werden, ohne etwas zu verändern. Man ging davon aus, daß es in Argentinien einen Bürgerkrieg gegeben hatte, an dem zwei Dämonen teilgenommen hatten. Und ein Dämon verschlang den anderen. Der Dämon Militär besiegte den Dämon Guerilla, unter Anwendung der schrecklichsten Methoden: Entführung der Opfer und ihrer Familie, Folter, Raub des Besitzes und Raub sogar seiner Kinder; schließlich das Verschwinden der Entführten. Nein, die neue Regierung und die Opposition beriefen sich nicht auf Opfer und Verursacher bei jedem einzelnen Fall, sondern setzten sie den Verbrechen der Guerilla gleich, bei denen die Opfer tot oder lebendig auftauchten, anders als bei den Militärs, welche die Macht ausübten.

Zum Beispiel ließ Alfonsín die von der Militärdiktatur ohne Gerichtsverfahren Inhaftierten nicht frei. Erst als sie ihre ungerechten Strafen abgeübt hatten, wurden sie entlassen. Die Henker dagegen blieben in Freiheit und ihre Strafen wurden durch das Befehlsnotstands- und Schlußpunktgesetz – von Parteienvertreter im Parlament verabschiedet - amnestiert.

Selbst die Militärs und Polizisten, die die schrecklichen Verbrechen verübt haben, wurden frei gelassen. Der Druck der Menschenrechtsorganisationen im Ausland – viele der Verschwundenen waren Ausländer – brachte Alfonsín schließlich dazu, die Kommandanten vor Gericht zu bringen. Aber nur diese, nicht die Untergebenen von Heer, Luftfahrt und Marine. Die Gerichtsverhandlungen fanden statt, mit allen möglichen Garantien, aber juristisch gibt es doch Einwände. Daß zum Beispiel einer der grausamsten Repressoren und Schuldigen des Malwinenkrieges, General Galtieri, frei von Schuld gesprochen wurde. Ebenfalls die Tatsache, daß viele der Richter –zum Beispiel der Staatsanwalt Strassera- hohe Posten während der Militärdiktatur inne hatten und deren Haltung nicht immer ganz klar war.

Nach der Verurteilung durften die Militärs ihre Haft in militärischen Einrichtungen absitzen, das heißt, in Villen mit Schwimmbädern und täglichem Besuch ihrer Angehörigen. Doch dann erließ Alfonsín zwei Gesetze, die eindeutig zeigten, daß er und der ganze Radikalismus zum Vergessen der vergangenen Verbrechen bereit waren. Mit den Befehlsnotstands- und Schlußpunktgesetzen wurden alle Verbrechen

der Repression verziehen. Nur der Kindesraub fiel nicht unter diese Amnestien. Jahre später gingen die Familien der Kinder vor Gericht, um den Verbleib ihrer Kinder und Enkel zu erfahren, die dazumal von den Militärs an ihresgleichen oder zivilen Personen zur Adoption gegeben wurden. Um nachträglich dieses Geschehen zu rechtfertigen, erklärte man, daß diese Kinder von ihren marxistischen Familien getrennt und in katholische Familien gegeben wurden. Alfonsíns Gesetze in Bezug auf Repression respektierten keineswegs die universellen Menschenrechte, die niemals Verbrechen gegen die Menschheit entschuldigen würden (lesa humanidad). Es wurde nicht einmal auf die Prinzipien verwiesen, die bei den großen Nachkriegsprozessen – im Falle Auschwitz, z.B. – relevant waren; dort hat Anwalt Fritz Bauer klar und deutlich gesagt, welche die schlimmsten Verbrechen gegen die Menschheit sind. Fälle, zum Beispiel, von Kindererschließung, auf die der "Befehlsgehorsam" nicht zutrifft. Nein, nichts dergleichen; das argentinische Gesetz der Radikalen nennt sich genau "Befehlsgehorsam". Dieses und das Schlußpunktgesetz schlossen die Türen jedweder Anklage gegen die Verletzung der Menschenrechte und haben die ganze argentinische Gesellschaft in ein Klima von Zynismus gestürzt. Ein demokratisches Land kann niemals Verbrechen wie Folter, Entführung und Eigentumsraub von politisch Verfolgten akzeptieren. Aber die radikalen Abgeordneten, haben es sehr wohl getan. Die peronistische Opposition hat zwar dagegen gestimmt, aber das hat nichts geholfen. Der Parteidisziplin wegen stimmten sie gegen die Radikalen, aber es war keine klare Verurteilung dieser zwei totalitären Gesetze.

Eine Episode beschleunigte den Freispruch der militärischen Verbrechen: Der Militärputsch von Oberst Rico. Die zivile Regierung bekam es mit der Angst zu tun. Der Militär Rico beging Gehorsamsverweigerung, als er mit seinen Mannen putschte, um die Militärs frei zu sprechen. Er wünschte die Verabschiedung der Dekrete von Befehlsgehorsam und Schlußpunkt und erreichte sie schließlich, als die zivile Regierung sich den Militärs unterwarf.

Die Plaza de Mayo war voller Menschen, die die Zivilregierung gegen den putschenden Oberst "Carapintada" unterstützten. Doch dann geschah einer der größten Verrate in der Geschichte unserer argentinischen Demokratie. Der argentinische Präsident ignorierte den Wunsch des Volkes und gab dem Wunsch der Militärs nach. Das war noch nicht einmal bei Yrigoyen oder den anderen von den Militärs abgesetzten Präsidenten geschehen. Mehr noch, Alfonsín flog mit einem Hubschrauber in die Kaseme und paktierte mit den Militärs die Zustimmung der zwei Gesetze. Dies war ein absoluter Rückschlag für die Demokratie und gegen die Übermacht der Militärs. Als Alfonsín in das Regierungsgebäude zurückkehrte, trat er auf den Balkon und

rief seinem Volk zu: "Das Haus ist bestellt, frohe Ostern". Das Volk verließ gedemütigt die Plaza. Diese zwei Begriffe: das Haus ist in Ordnung und frohe Ostern, stehen heute im argentinischen Lexikon als Ausdrücke feigsten Handelns. In der argentinischen Geschichte begann eine Zeit großer Hoffnungslosigkeit und politischer Zurückgezogenheit.

1989 geschieht der Angriff auf die Kaserne von La Tablada durch eine linke Gruppierung. Diese rechtfertigte den Angriff, weil sie einem angebahnten Militärputsch zuvor kommen wollte. Hier hat Alfonsín völlig anders reagiert als bei dem Putsch der rechten Militärs. Er mißachtete sogar den Rat des obersten Polizeichefs, nämlich Tränengas einzusetzen und die Guerilleros so lange zu umringen, bis sie sich von selbst ergeben. Alfonsín hat anders gehandelt. Er berief General Amillaga, einer der brutalsten Militärs während der Militärdiktatur in Mar del Plata. (Er ließ damals die Rechtsanwälte der politischen Häftlinge massakrieren, in der sogenannten "Noche de las corbatas" (schwarze Nacht der Krawatten). Auf Befehl Alfonsíns, überfiel der General die Kaserne und fuhr schwerste Geschütze auf: Panzer, Kanonen, Giftgas und ständige Bombardierung durch die Artillerie der Infanteriesoldaten. Es wurde ein wahres Massaker. Die Guerilleros ergaben sich und viele von ihnen wurden, nach schrecklicher Folter, erschossen. Es sind sogar manche verschwunden, die auf den Fotos noch verhaftet gesichtet wurden aber nie wieder auftauchten, weder tot noch gefangen. Anschließend wurden die Gefangenen einem absolut erniedrigenden Gerichtsverfahren ausgesetzt, gegen das sogar die Interamerikanische Kommission der Menschenrechte der OEA protestierte. Alle bekamen lebenslänglich oder 20 Jahre Haft in einer absolut entwürdigenden Strafanstalt. Man braucht nur die zwei Fälle, Rico und die der linken Guerillas, zu betrachten, um festzustellen, daß Alfonsín nicht das gleiche Recht walten ließ. Für die Militärs, die Amnestiegesetze. Für die Guerilla, grausame Repression und Strafe.

Der Radikalismus versuchte sich in seiner Haltung gegenüber den Militärs zu rechtfertigen, da sie ein Blutbad fürchteten und die demokratische Macht wieder an die Militärs zu verlieren. Das ist absolut falsch. Oberst Rico hat damals nicht einmal seine Kaserne verlassen. Doch auch wenn es so gewesen wäre, hätte die Demokratie zeigen müssen, daß sie fähig ist, einer Militärmacht entgegen zu treten und alles zu tun, die Verfassung zu achten. Hätte die Demokratie standgehalten – was gar nicht schwierig gewesen wäre, denn die Bevölkerung verachtete das Militär und mehr noch die ultrarechten "Carapintadas" – hätte die zivile Macht für immer gesiegt. Die fehlende Zivilcourage Alfonsíns führte zu weiteren Militärputschen und verunsicherte die Bevölkerung.

Andererseits, zeigte der Putsch der "Carapintadas", daß die vom Volk gewählte Regierung nicht genug Kraft bewies, eine Säuberung innerhalb der Militärs vorzunehmen. Viele, die an der Repression teilgenommen hatten und weiterhin totalitäre Ansichten vertraten, verblieben in ihren Reihen, und setzten ihre militärische Laufbahn fort. Alfonsíns schwankende Haltung führte schließlich zu dem, was niemand sich vorher gewünscht hatte: die Regierungsaufgabe vor Beendigung seines Mandats. Alles war undefiniert und als er endlich Entscheidungen treffen mußte, dankte er ab. Für ihn war die wirtschaftliche Macht Schuld daran. Das behauptete er nach seinem Rücktritt. Das einzig Richtige wäre gewesen, auf den Balkon des Regierungsgebäudes zu treten und vor versammelter Bevölkerung diese Mächte anzuprangern. Das hat er nicht getan, er trat ab. Das hat er hinterher gesagt, als für ihn alles schon verloren war.

Ein weiterer großer Verrat an die Demokratie geschieht einige Zeit später als Carlos Saúl Menem, der aus den Wahlen siegreich hervorgegangene peronistische Präsident und Alfonsín, Vorsitzender der radikalen Partei sich treffen und bei dem sogenannten "Pacto de Olivos" eine Verteilung der Macht im Schutze der Verfassung treffen. Eine der schlimmsten Vereinbarung geschah in Bezug auf Wahl und Anzahl der Mitglieder des höchsten Gerichtshofes. Die Justiz verblieb somit in Händen der Machthaber. Spätere Geschehnisse sollten das beweisen. Nie zuvor hat Argentinien, unter demokratischen Regierungen, eine größere Korruption in der Justiz erlebt, die sich eigentlich strikt dem Gesetz unterordnen muß. In diesen Tagen erleben wir es: die Regierung Duhalde und der Oberste Gerichtshof im Streit um politische Interessen.

Es gibt immer noch Stimmen, die Alfonsín in Schutz nehmen, aber wenn man bedenkt, welche Möglichkeiten ihm nach der brutalen Militärdiktatur gegeben waren, um zu einer wahren Demokratie zu gelangen, so ist sein Scheitern unverzeihlich. Menem kam dadurch an die Regierung und es begann eine unerklärliche Periode von Inmoralität, Korruption, antirepublikanischer Gesinnung und allen Unzulänglichkeiten der alten Politik, als in Argentinien noch keine Demokratie herrschte.

Wirtschaftlich versuchte Alfonsín für sein Land keine Form von Unabhängigkeit oder Schutz der Errungenschaften der eigenen Industrie. Nein, keineswegs; sein Handeln war undefiniert und im Grunde setzte er die Wirtschaftspolitik von seinem Vorgänger während der Militärdiktatur, Martínez de Hoz, fort. Die Diskussion über Privatisierungen begann schon unter seiner Regierung und der Verkauf der Luftlinie Aerolíneas Argentines geschah unter seiner Verantwortung. Seine Opposition als Politiker verstärkte sich als Vorsitzender der radikalen Partei und der unglückseligen Regierung des Radikalen Fernando de la Rúa.

Die geeignetste Definition der politischen Epoche Alfonsíns ist folgende Formel: nach Alfonsín, Menem. Es scheint als hätte Ersterer – ohne es zu beabsichtigen – den Weg geebnet in den absoluten wirtschaftlichen Liberalismus sowie die Vergabe politischer Posten zum eigenen Vorteil einer politischen und ökonomischer Kaste, die nach und nach alle Machtressorts Argentiniens in die Hände bekam.

Die erste wichtige Maßnahme des peronistischen Präsidenten war ein Amnestiegesetz aller verurteilten Militärs und einiger zu den Montoneros gehörenden Politiker. Auf diese Weise befreite Menem alle Verbrecher der Militärdiktatur und andererseits versuchte er sich mit jenen Linken zu versöhnen, die von Perón dazumal von der Plaza de Mayo verwiesen wurden. Damit wollte er die jüngste Vergangenheit auslöschen.

Trotzdem muß man anmerken, daß Menems Militärpolitik neutraler war, als die Alfonsíns. Alfonsín beförderte viele der Generäle, die Verbrechen gegen die Menschenrechte während der Militärdiktatur begangen hatten in den Estado Mayor (obersten Generalstab) und viele Offiziere wurden mit Zustimmung der radikalen Fraktion zu Generälen ernannt. Einer der bemerkenswertesten Fälle war der von Oberst Gorleri. Er wurde in Zeiten Alfonsíns zum General ernannt, obwohl er während der Diktatur Bücher verbrennen ließ, die gegen seine Auffassung von "Gott, Vaterland und Familie" verstießen. Diese drei Wörter stehen im offiziellen Kommuniqué zur Bücherverbrennung. Menem, dagegen, ernannte zum Jefe del Estado Mayor (Oberheereskommandant) General Balza, dem während der Militärdiktatur keine Verbrechen nachgesagt werden konnten. Außerdem hob Menem die Wehrpflicht für die Achtzehnjährigen auf. Das geschah um den Volkszorn zu beruhigen, nachdem der wehrpflichtige Soldat Carrasco im Hof der Kaserne von einem Offizier und zwei Soldaten zu Tode geprügelt worden war und der Vorgang von anderen hohen Offizieren gedeckt wurde. Die Wehrpflicht war bei den Militärs hoch angesehen, denn sie war von den Preußen am Río de la Plata eingeführt worden.

Aber weder Alfonsín noch Menem, auch nicht de la Rúa haben die totale Säuberung der in Verbrechen implizierten Militärs erreicht. Zur Zeit ist das Militär ein Fremdkörper innerhalb der argentinischen Bevölkerung und vollkommen isoliert. Ein Militärputsch wäre unvorstellbar. Sofort würde die Menschen aufgebehen. Nicht einmal aufgrund der letzten Unruhen. Was wohl möglich sein könnte, ist daß Militärs im Ruhestand sich sammeln um eine eigene Partei zu gründen. Es gibt einige Fälle, die beweisen, daß in Argentinien immer noch keine wahren demokratischen Verhältnisse herrschen. Da ist zum Beispiel General Bussi, einer der wegen grausamer Repression während der Militärdiktatur am meisten Fälle

auf dem Gewissen hat. Er übte in Tucumán schwere Verbrechen aus und ließ viele Menschen verschwinden. Als die Befehlsgehorsams- und Schlußpunktgesetze verabschiedet wurden und er amnestiert wurde, gründete er genau in Tucumán seine eigene Partei. Er gewann die Wahlen und versprach "Ruhe und Ordnung".

Es geschah also etwas, was keine Demokrat für möglich gehalten hätte. Einer der grausamsten Henker der Militärdiktatur wurde in freien, demokratischen Wahlen als Provinzgouverneur gewählt. Klar, während er Truppenkommandant und Herr und Gebieter der Region war, ließ er alle Bettler, auch Blinde, verschwinden. Dazu ließ er sie inmitten der Wildnis, zwischen Ungeziefer und wilden Tieren aussetzen. Wer daran nicht umgekommen ist, starb vor Hunger und Durst. Alfonsíns Gesetze hat die infamsten Verbrecher verschont und der General wurde – mit den Stimmen des Volkes – Gouverneur. Daraus ersehen wir die Mentalität von ganzen Bevölkerungsgruppen, hauptsächlich der Ärmsten, die jahrelang dem Militärterror und auch den Caudillos der populistischen Parteien unterstanden. Doch nicht nur in Tucumán erlebten wir dieses Phänomen, sondern auch in der Provinz Chaco, mit Oberst Ruis Palacios, Unterstaatssekretär unter Videla; oder in Salta und San Miguel, Provinz Buenos Aires, wo der Oberst Carapintada-Putschist Aldo Rico gewählt wurde, und später auch Sicherheitsbeauftragter unter Rückauf in der Provinz Buenos Aires war. Doch das Schlimmste in dieser Demokratie ist die Aufstellung des Sub-Kommissars Patti, der sich selbst – zum Schutz der Gesellschaft - Folterer von Verbrechern nannte. Patti ermordete während der Militärdiktatur zwei Linksperonisten und kam in den Genuss der Amnestie. Später wurde er in freien Wahlen Bürgermeister von Bella Vista, einer Ortschaft der Provinz Buenos Aires. Und alle diese Beispiele zeigen, daß aus der tiefsten rechten Ecke Gestalten auftauchen, die in der so geschlagenen armen Bevölkerung Hoffnungen erwecken.

Eine weitere Figur, mit Aussichten auf eine starke rechte Bewegung ist Oberst Seineldín, der aufgrund eines Putsches eine langjährige Strafe verbüßt. Er verspricht eine nationale und populistische Regierung. Er will der neue Perón sein. Es ist leicht möglich, daß er eine starke Bewegung ins Leben ruft und sich den kommenden Wahlen stellt.

Die radikale Regierung von de la Rúa hat ihre absolute Unfähigkeit erwiesen. Er hatte innerhalb seiner Partei immer einen konservativen Hang nach rechts. Seine Politik bestand darin, den Regeln des neoliberalen Globalisierungskurs zu folgen und bester Schüler von den USA zu sein. Vergessen wir nicht seine Stimme gegen Kuba in Bezug auf die Menschenrechte im Einklang mit den Vereinigten Staaten. Er reagierte nicht auf die Armuts- und Arbeitslosenstatistiken sondern folgte Schritt für

Schritt den Vorgaben seines Ministers Cavallo, bis er aufgrund der großen Proteste der Bevölkerung im Dezember 2001 aufwachte. Ihm fiel nichts anderes als Repression und Ausnahmezustand ein. Doch das Volk besetzte die Plaza und forderte seinen Rücktritt. De la Rúa antwortete mit Repression, setzte Feuerwaffen ein, wie es schon sein Vorgänger Yrigoyen bei den Streikenden in Patagonien und der Semana Trágica und den Quebracho-Arbeitern in Santa Fe vorgemacht hatte.

De la Rúas Rücktritt führte zu einer politischen Krise, die mit der Macht der beiden populistischen Parteien ein Ende zu machen schien. Schließlich ließ sich der vollkommen geschlagene Radikalismus darauf ein, einen Sektor der Peronisten unter Duhalde als Präsident zu unterstützen – nach vier fehlgeschlagenen Versuchen, unter anderen den peronistischen Provinzgouverneur Rodríguez Saa, Caudillo von San Luis, an die Regierung zu bringen. Der autoritäre Rodríguez Saa gehört einer Familie an, die schon über einem Jahrhundert die Provinz regiert. Die Opposition gegen Duhalde besteht aus einer Fraktion des Menem-Peronismus.

Das Land wird nun regiert von einem völlig angeschlagenen Peronismus und einem Radikalismus, der total auf Grund gelaufen ist und keinerlei Zukunft hat.

Die Situation Argentiniens ist absolut verfahren, nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich. Alle Politiker, seien es die Peronisten oder die Radikalen, haben jedes Ansehen verloren. Es gibt noch einige Provinzgouverneure, die von ihrem Volk unterstützt werden, so zum Beispiel die Peronisten Reutemann in Santa Fe, de la Sota in Córdoba und Kirchner in Santa Cruz. Bei den Radikalen hat Rozas im Chaco noch gewisse Chancen bei Bundeswahlen. In Argentinien ist der Moment gekommen, neue politische Kräfte, mit neuen Ideen, zu formieren. Es gibt verschiedene Ansätze, zum Beispiel die sogenannten "Piqueteros", die als Protest Straßen und Autobahnen besetzen. Natürlich versuchen peronistische Sektoren verschiedener Ausrichtungen diese sofort für sich in Anspruch zu nehmen und es gibt Verschiedenheiten. Die Gewerkschaften sind in drei große Zentralen geteilt. Die offizielle CGT geht auf Regierungskurs und führt Dialoge mit den Menemisten, den Duhaldisten und verschiedenen Gouverneure. Sie folgt den Regeln einer peronistischen Bürokratie und steht in guten Beziehungen zu den Arbeitgebern. Die rebellische CGT, in der LKW-Fahrer eine große Rolle spielen, fährt eine Duhalde-treue Linie. Schließlich ist da noch die argentinische CTA mit einer unabhängigen Ausrichtung und sie marschiert mit den linken Gewerkschaften. Die offizielle peronistische CGT, die sogenannte "CGT der Dicken" ist die mächtigste in Bezug auf ihre finanzielle Macht. Ihr Verhalten zeigt sich ganz klar während der 10-jährigen Regierung

Menems: die Rechte der Arbeiter wurden mehr und mehr beschnitten, so daß man sagen kann, die meisten haben heute überhaupt keine mehr. Die CTA hat gute Ansätze, aber ihr Erfolg ist gering, da ihr sehr wenige Gewerkschaften angehören. Die rebellische CGT ist eine Art nicht offizieller peronistischer CGT, die aber keine Programm vorlegen kann und nachgiebig dem Duhalde-Sektor gegenüber ist.

Bei den Menschenrechtsorganisationen klaffen tiefe Verschiedenheiten. Da sind immer noch die Mütter der Plaza de Mayo unter Hebe de Bonafini, die mit großer Mühe eine Volksuniversität gegründet und dazu ein großes Gebäude in der Nähe des Kongresses gemietet haben. Trotz aller Unkenrufe geht ihre lobenswerte Arbeit voran. Die Universität wird von ca. 400 Studenten besucht und der Lehrerkorps ist ausgezeichnet. Vor einigen Monaten, im vergangenen September, gab es eine große Auseinandersetzung zwischen Intellektuellen und den Menschenrechtsorganisationen. Hebe de Bonafini, die Präsidentin der Mütter der Plaza de Mayo, äußerte sich zufrieden mit den Attentaten auf die Zwillingstürme in New York. Horacio Verbitsky, Präsident der von der Ford Foundation finanzierten Menschenrechtsorganisation CELS, hat zwei Seiten lang in einer Zeitung in Buenos Aires Hebe de Bonafini, die Mütter und Universität der Mütter angegriffen. Er hat sogar Hebe de Bonafini als Antisemitin bezeichnet. Die ganze Diskussion war bedauerlich. Meinerseits habe ich Hebe de Bonafini in Schutz genommen: auch sie kann irren, aber man kann Hebe de Bonafini nicht in dieser Art angreifen. Die Mütter sind schon Geschichte und nicht wegdenkbar, nachdem sie die Plaza de Mayo inmitten der schlimmen Diktaturzeiten besetzt haben.

Eine Organisation, die sich beispielhaft in Bezug auf die Menschenrechte verhält, ist der MEDH: Movimiento Ecueménico de los Derechos Humanos (Ökumenische Menschenrechtsbewegung), mit Vertretern verschiedener Kirchen am Río de la Plata. Dort ist der evangelische Pastor Arturo Blatezky tätig, ein Beispiel im täglichen Kampf gegen Hunger und Elend. Traurig ist, daß die Evangelische Kirche in Deutschland ihre Hilfe für diese Einrichtung aus Sparsamkeitsgründen einschränken wird.

Zur Zeit wird die politische und wirtschaftliche Zukunft Argentiniens riskiert. Hinderlich sind dabei die Medien, die sich im Dienste der Mächtigen, Erneuerungen entgegenstellen. Die großen Zeitungen, das Fernsehen und der Rundfunk sind in Händen der wirtschaftlich Mächtigen. Die Informationen kommen auf diese Weise konfus herüber und führen zu Mißverständnissen unter den populären Protagonisten. Die Zentrale der argentinischen Arbeiter, CTA, macht auf diese Verwirrungen unter den verschiedenen, mit guten Absichten behafteten Kräfte aufmerksam. Viele soziale Kräfte mobilisieren sich oder sind dazu geneigt, Neues zu wagen, aber es herrschen

Dispersion, Zerrüttung, Konfusion, innere Kämpfe, Sektarismus und eine enorme Leitungskrise, wie gesagt, nicht nur unter Politikern.

Wie lange wird die argentinische Krise andauern? Wieviel Dekaden werden vergehen, bis die Auslandsschuld abbezahlt ist? Die CTA fragt sich, womit wären wir Argentinier zufrieden? Vielleicht wenn die verschiedenen Fraktionen fiktiv den kleinen Geldanlegern ihr Geld zurückgeben und die Kosten der ganzen Gesellschaft auferlegen? Oder werden wir Argentinien wieder für uns gewinnen: um Arbeit zu haben, Studium, um zu wachsen, zu produzieren, um in Würde leben zu können.

Ich glaube, wir müssen die Art der Krise, die Argentinien erleidet, analysieren. In wirtschaftlicher Hinsicht erleiden wir eine betrügerische, illegitime, unbezahlbare Auslandsverschuldung. Die regionalen Wirtschaften sowie die nationale Industrie sind systematisch zerstört worden. Die Privatisierung aller öffentlichen Dienste durch Monopolunternehmen hat nicht nur die Nutzungskosten erhöht, sondern auch die Arbeitslosigkeit sowie den Abbau von sozialen Arbeitererrungenschaften gefördert. Aus sozialer Hinsicht hat sich die Krise durch den Kollaps der staatlichen Einrichtungen wie Gesundheit, Justiz, Erziehung, soziale Programme, öffentliche Bauten, Sicherheit, verschärft. (Die Sicherheit ist im Feudalbesitz von Polizeichefs und ihre Capo-Maffiosi in den einzelnen Revieren.)

Welches sind die Hauptgründe dieser Krise, die, wie wir soeben kurz beschrieben haben, strukturell ist und alle sozialen Gebiete umfaßt? Könnten wir vereinfacht sagen, daß dies nur an den schlechten Politikern, die auf allen Ebenen anzutreffen sind, liegt? Letztendlich müssen wir uns fragen, befindet sich Argentinien wirklich in einer Krise? Oder ist die Krise das politische und sozial-wirtschaftliche Modell, das uns von der internationalen Finanzwelt auferlegt wird, seinen Höchststand in den neunziger Jahren unter dem Doppel Menem-Cavallo erlangte und unter dem Binom de la Rúa-Cavallo fortgesetzt wurde?

Jetzt versteht man auch weshalb - vor einigen Monaten - die Regierung der USA, argentinischen Abgeordneten, unter ihnen Frau Carrió, eine inhaltsvolle Dokumentation über Korruption in unserem Land übergeben haben. Die Absicht tritt jetzt ans Tageslicht: sollte in Argentinien das große Debakel eintreten, dann könnten sich die Vereinigten Staaten die Hände in Unschuld waschen und auf korrupte argentinische Politiker hinweisen und nicht auf das aufgezwungene Modell des Internationalen Währungsfonds.

Aber wir sollten nicht nur Gründe aufzeichnen, sondern überlegen, wie es weitergehen soll. Deswegen ist der Kongress in Porto Alegre sehr wichtig, so wie es auch wichtig ist, daß Kontakte gepflegt werden

mit lateinamerikanischen Ländern, die sich in ähnlicher Situation befinden, wie Brasilien, Chile, Uruguay und Paraguay.

Zum Schluß, um eine politische Zusammenfassung des heutigen Argentiniens zu machen: Wir haben eine peronistische Regierung, die von den Radikalen unterstützt wird. Die peronistische Regierung ist nur ein kleiner Teil dieser Partei, die völlig gespalten ist. Duhalde gegenüber steht Menem. In einigen Provinzen regieren Männer des Peronismus, die sich von diesen beiden Strömungen entfernt halten. Die ersten Schritte Duhaldes zeigen, daß er zum ursprünglichen Peronismus zurückkehren wollte, nämlich dem Schutz der nationalen Industrie. Aber bald haben ihn die wirtschaftlichen Probleme eingeholt und er muß wieder Hilfe bei den Vereinigten Staaten suchen. Duhaldes Brief an Bush war jämmerlich. Über diesen Brief schreibt der Journalist Morales Solá: "Duhalde wollte sich schon in die Fahnen des Nationalismus hüllen und schrieb schließlich an Bush den pro-amerikanischsten Brief, den man sich denken kann, wie in den besten Zeiten Menems. Die Regierung in Washington überlegte: Duhalde ist ein Pragmatiker, kein Populist. Wir sagen, es gibt nur einen Ausdruck für sein Verhalten: Opportunismus."

"Wir werden alle Verpflichtungen, die wir mit den USA eingegangen sind, nachgehen", schrieb Duhalde an Bush. "Wir werden gegen Kuba stimmen", erklärte der argentinische Außenminister Carlos Rückauf.

Seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts zeichnete sich Argentinien durch eine Außenpolitik im Sinne der lateinamerikanischen Interessen aus. Das hat sich geändert. Man macht, was die Vereinigten Staaten ordern. Zuerst hat Fernando de la Rúa gegen Kuba gestimmt; jetzt tut es der Peronist Duhalde.

Argentinien steckt in einer wirtschaftlichen Sackgasse. Die Statistiken zeigen auf Hunger, Arbeitslosigkeit, Gewalt. Die Politiker sind zerstritten, um ihre Immoralität zu vertuschen. Die Menschen gehen auf die Straße: mit Töpfen, weil man sie um ihre kleinen Ersparnisse gebracht hat. Die "Piqueteros", weil sie arbeitslos sind. Dahinter wird vor einem universellen wirtschaftlichen Modell gekrochen: die Globalisierung des sogenannten Liberalismus.

Nur die Menschen auf der Straße werden Lösungen finden; sie müssen sich organisieren und sich lösen von Vertretern der zwei populistischen Parteien, die Schuldigen und Verantwortlichen dieser argentinischen Tragödie.

Oswaldo Bayer, Berlin; FDCL, 5. Februar 2002

Von Gott und den Peronisten verlassen

ARGENTINIENS GESCHICHTE IST EINE GESCHICHTE DER KORRUPTION

Seit Beginn der Militärdiktatur 1976 hat Argentinien ein Vierteljahrhundert lang seine Staatsverschuldung vorangetrieben. In dieser ganzen Zeit sind die Einnahmen vorzugsweise in privilegierte Wirtschaftszweige geflossen, der Staat hat mehr und mehr abgedankt, die Industrieproduktion schrumpfte - bis im Dezember des letzten Jahres die Bevölkerung auf die Barrikaden ging. Die beiden verfeindeten großen Traditionsparteien Argentiniens - die Peronisten und die rechtsbürgerliche Radikale Partei - einigten sich in Windeseile auf einen Konsenskandidaten, und am 1. Januar wurde der Peronist Eduardo Duhalde zum neuen Staatspräsidenten gekürt. Doch die Bürgerproteste zeigen, dass gerade auch die beiden großen Parteien an Vertrauen eingebüßt haben. Die politische Klasse mit ihrer Arroganz und ihrer Vetternwirtschaft hat den Bogen überspannt. Von PIERRE KALFON ** Journalist und Schriftsteller; Autor von „Che, Ernesto Guevara. Une légende du siècle“, Paris (Seuil) 1997. Le Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15.2.2002 Seite 14-15

Lange Zeit kamen sich die Argentinier - vor allem die in Buenos Aires - wie die Bewohner einer „Insel“ vor: Durch einen wirtschaftlichen und kulturellen Ozean von der gesamten amerikanischen Welt getrennt, sahen sie sich eher als verpflanzte Europäer denn als Lateinamerikaner wie ihre Nachbarn ringsum. Gott war Argentinier und der Reichtum des Landes war unerschöpflich. Überzeugt von ihrem Überfluss und ignorant gegenüber den alten kreolischen Wurzeln der Nation, haben sie jede Gemeinsamkeit mit der Mestizenbevölkerung des Kontinents barsch von sich gewiesen und überheblich erklärt: „Wir sind das einzige weiße Land südlich von Kanada ...“ Heute, nach den schon historischen Tagen vom Dezember vorigen Jahres, sind diese schönen Überzeugungen dahin. Wenn man davon ausgeht, dass es die Menschen sind, die das Wirtschaftsleben gestalten, muss man, um die gegenwärtige Krise zu begreifen, zunächst die Argentinier selbst besser verstehen. Wer sind sie? Woher kommen sie? Wie konnten sie in einen solchen Zustand von Verzweiflung, Wut und Depression geraten, dass sie vor den Banken mit gesenkten Köpfen in brütender Sonne Schlange stehen oder in ihrer Not die Supermärkte plündern? Argentinien galt seit je als Durchgangsstation. Die Konquistadoren waren nur in der Absicht gekommen, sich mit Gold einzudecken und wieder abzufahren. Um keinen Preis der Welt wären sie vom Pferd gestiegen, um sich zur Landarbeit herabzulassen und den Boden zu bestellen, so fruchtbar er auch sein mochte. Die Gauchos, die wilden freien Reiter der argentinischen Folklore,

haben diese Mentalität geerbt. Zur Zeit der Kolonisation waren sie nur arme, aber stolze Mestizen. Später, als sich die Rinderherden mehrten und sogar die Bettler auf Pferderücken saßen, boten die Gauchos ihre Dienste gelegentlich den reichen Viehzüchtern an, denen die großen *estancias* gehörten. Doch kaum hatte ein Gaucho ein bisschen Mate und Tabak in der Tasche, ritt er querfeldein wieder davon, in der Gewissheit, in dieser „Hörnerwüste“, der gottgesegneten Prärie, mühelos überleben zu können. Im 19. Jahrhundert eroberte die Armee des jungen Staates die ganze *pampa húmeda* - den besten, feuchten Teil der Pampa -, indem sie mit Säbeln und Remingtongewehren erbarmungslos die dort heimischen Indianer dezimierten. Unmittelbar nach dem Ende dieses Western im Jahr 1879 öffnete sich Argentinien für eine „Einwanderungswelle“, die alles mitriss, alles umwälzte und das Land in die moderne Zeit mitnahm. Es kann nicht genug betont werden, dass Argentinien von Einwanderern geprägt, verwandelt und von Grund auf neu gestaltet wurde. Nationale Größen wie Domingo Faustino Sarmiento oder Juan Bautista Alberdi hatten von angelsächsischen Zuwanderern geträumt. Doch von den Schiffen stiegen arme Bauern aus Süditalien, dem spanischen Galicien, dem Südwesten Frankreichs, russische, polnische Juden, Syrolibanesen und Kroaten. Im Jahr 1850 zählte die Bevölkerung des Landes keine 800.000 Seelen. 1914 hatte sie sich verzehnfacht - auf 8 Millionen. Jeder Dritte war ein Fremder, in Buenos Aires sogar jeder Zweite. Aber die rasche Integration, die sich unter solchen Umständen hätte vollziehen können, fand nicht statt. „Kleine“ Grundstücke zu erwerben war unmöglich. Alle guten Böden waren bereits der Agraroligarchie der Großgrundbesitzer, den *estancieros*, in die Hände gefallen. Um sich zu bereichern, musste man schon vorher reich sein.

Latifundienwirtschaft und Landflucht

IN dem Boden, der den Menschen nicht gehört, können sie keine Wurzeln schlagen. Die Latifundienwirtschaft hat die Einwanderer auf die Städte zurückgeworfen, auf den Handel, den öffentlichen Dienst, die freien oder kleingewerblichen Berufe. Dort gingen sie letztlich im städtischen Proletariat auf - oder aber in einem vielgestaltigen urbanen Mittelstand, der sich der Radikalen Partei in die Arme warf. Bei den denkwürdigen, weil ersten freien und geheimen Wahlen von 1916 brachte die neue Mittelschicht einen der Ihren an die Macht: Hipólito Yrigoyen, radikaler Archetypus des aus der Ferne angelandeten Argentiniers. Ein goldenes Zeitalter beginnt. Buenos Aires, bisher nur ein „großes Dorf“, wird zu einer

modernen Hauptstadt europäischen Stils. Von ihrem Hafen, der das Nervenzentrum bildet, führen die großen Eisenbahnstrecken in die reichsten ländlichen Gebiete, um Fleisch, Getreide, Wolle und Leder nach Europa zu exportieren, das sich nur mühsam von einem verzehrenden Weltkrieg erholt. Ausländisches Kapital strömt ins Land. Banken und Aktiengesellschaften schießen aus dem Boden. Jeder „macht Geschäfte“, und bald liegt Argentinien mit seinen Wachstumsindikatoren und seiner Alphabetisierungsrate weit vor dem Rest des Kontinents. Als die Krise von 1929 dem Konsum und den Krediten ein Ende setzt, können sich die Radikalen nicht mehr behaupten. 1930 kehrt mit einem Militärputsch das alte konservative Argentinien der großen *estancieros* zurück. Eine „schändliche Dekade“ lang bleiben die nationalistischen Generäle an der Macht. Hatte Gott Argentinien vergessen? Noch nicht. Der Zweite Weltkrieg kommt gerade rechtzeitig, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Und 1943 hält ein obskurer germanophiler Oberst, der gerade eine Lehrzeit im Italien Mussolinis und im franquistischen Spanien absolviert hat, seinen Einzug in die Politik: Juan Domingo Perón. Und er verfällt auf den genialen Schachzug, das staatliche „Sekretariat für Arbeit“ in eine schlagkräftige Waffe zur Umwälzung der argentinischen Gesellschaft zu verwandeln. Auf dem Land werden proletarisierte Gauchos zu elenden *peones* herabgewürdigt. In den Städten dominiert ein Mittelstand von Bürokraten und kleinen Angestellten. An den Rändern von Buenos Aires sammeln sich, notdürftig untergebracht und schlecht bezahlt, die Arbeitskräfte einer Leichtindustrie, die im Sinne der „Importsubstitution“ den durch den Weltkrieg unterbrochenen Güterimport ersetzt. Für diese neuen Arbeiterschichten interessieren sich weder die bürgerlichen Radikalen noch die in einer „europäischen“ Ideologie verhafteten Linksparteien. Einige spektakuläre Maßnahmen - Lohnerhöhungen, geregelter Arbeitstag, Tarifverträge und eine Legalisierung der bislang kaum geduldeten Gewerkschaften - verschaffen Perón auf Anhieb eine so beunruhigende Popularität, dass die Generäle an der Macht ihn „entlassen“. Und jetzt geschieht etwas, was Buenos Aires noch nie erlebt hat. Von überall her, aus den Elendsquartieren der Vororte, strömt der berüchtigte „Pöbel“ herbei, zieht die Hemden aus, denn es ist ein heißer Tag, und bemächtigt sich der Stadt, bis seine Forderung erfüllt ist: die Rückkehr des „tapferen Generals“, der so viel für die kleinen Leute getan hat. Schließlich hat er ihnen nicht nur einen besseren Lebensstandard verschafft, sondern auch etwas gegeben, was sie nie vergessen und an die folgenden Generationen weitergeben werden: das große Gefühl einer neuen Würde. Es ist der unglaubliche 17. Oktober 1945, der Tag der *descamisados* - der „Hemdlosen“. Das Gründungsdatum des „Peronismus“, der größten Massenbewegung der argentinischen Geschichte, die seither eine wesentliche Rolle im politischen und sozia-

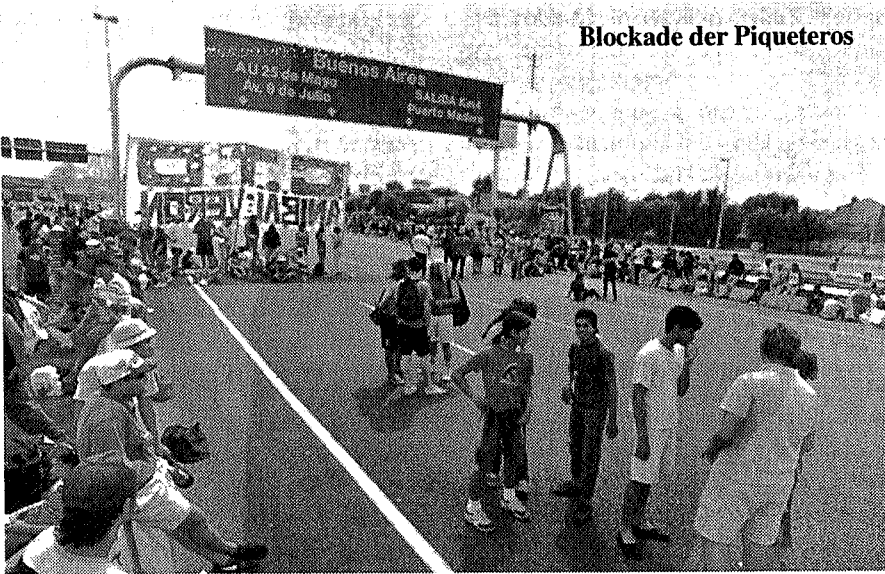
len Leben des Landes spielt. Perón wurde 1946 mit allen Ehren zum Präsidenten gewählt und 1951 nach einer Ad-hoc-Verfassungsänderung wiedergewählt. Anfangs erlaubte der unerhörte Wohlstand Argentiniens, das dem Europa der Nachkriegszeit als Lieferant von Nahrungsmitteln und Textilien die Preise seiner Exportgüter diktierte, dem Präsidenten-General eine Politik der massiven Verstaatlichung und einen Populismus *sui generis*. Doch dessen wichtigste Züge waren dennoch dem klassischen Faschismus entlehnt: die charismatische Bindung an den *líder*, die „Vergewaltigung der Massen“ durch eine allgegenwärtige Propaganda, die korporatistischen Organisationen, um den Gewerkschaftsapparat kontrollieren zu können und zugleich den Schulterchluss mit den Arbeitgebern zu ermöglichen. „Es heißt immer, ich sei ein Feind des Kapitals [...], aber Sie werden sehen, meine Herren, dass es für die Geschäftsleute keinen besseren Interessenvertreter gibt als mich“, hatte Perón ihnen schon 1944 verheißen und hinzugefügt: „Die Arbeiter brauchen eine Führung des Herzens, damit sie besser arbeiten. [...] Wer Arbeiter unter seinem Kommando hat, muss sie auf diesem Wege erreichen, um sie zu beherrschen.“⁽¹⁾ Die zehn Jahre peronistischer Herrschaft standen ganz im Zeichen dieses vollendeten Zynismus, gepaart mit einer rührseligen Demagogie und absoluter Skrupellosigkeit, was die ethischen Kategorien der Granden des Regimes und ihrer Clans betraf. Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren nicht mehr das Privileg der „Spitze der Pyramide“, sondern beherrschten nun das gesamte politische Leben. Und sie prägen den Charakter und das Verhalten der argentinischen Gesellschaft bis zum heutigen Tage. Während sich Europa nach und nach vom Krieg erholt und seine Importe reduzierte, steuerte die peronistische Freigebigkeit das Land langsam, aber sicher in Richtung Krise. 1955 verbündete sich die konservative Bourgeoisie mit der aristokratischen Marine und zwang Perón, in Schimpf und Schande das Land zu verlassen. Doch der Peronismus überlebte in den Herzen der kleinen Leute und bei einem Teil der Mittelschicht. Die wollten alle Zumutungen des Peronismus möglichst schnell vergessen, um nur die glitzernden Dinge des Wohlfahrtsstaates in der Erinnerung zu behalten, von denen ja eine fortschrittliche Gesetzgebung noch immer zeugte. Seit dieser Zeit lässt sich das politische Leben Argentiniens nur noch als postperonistisch definieren. Nachdem der alte *líder* aus dem Exil hatte zurückkehren dürfen, wurde er 1973 noch einmal mit 62 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Er schaffte es, indem er sich als Fürsprecher aller seiner Anhänger ausgab, auf der Linken wie auf der Rechten. Im Ernstfall entschied er sich natürlich für die Rechten - die Arbeitgeber, den Gewerkschaftsapparat der CGT und die Armee -, während er mit den *montoneros* brach, der linksperonistischen Jugend, die von einer „sozialistischen Heimat“ träumte. Kurz

nach Peróns Tod übernahm die Armee erneut das Kommando, um den „inneren Feind“ ein für alle Mal auszumerzen. Die sieben grauenhaften, die sieben „bleiernen Jahre“, dauerten von 1976 bis 1983. Die Junta ließ über dreißigtausend Menschen verschwinden; Intellektuelle und Freiberufler strömten zu tausenden ins Exil. Als die Militärs, diskreditiert durch das jämmerliche Scheitern ihres unsäglichen Falklandkriegs (1982) gegen die Engländer, wieder einer Zivilregierung weichen mussten, war das Argentinien, in dem der Radikale Raúl Alfonsín an die Regierung kam, nicht mehr dasselbe. Von der Repression traumatisiert, bekommt das Land bereits die ersten Auswirkungen des ökonomischen und finanzpolitischen Liberalismus zu spüren. Die Mittelschicht schrumpft, erlebt die Anfänge einer wirklichen Armut, und die soziale Kluft ist tiefer geworden: 6,5 Prozent der Reichsten verfügen über ein tägliches Einkommen von 95,60 Dollar; das ist mehr als das Dreißigfache der 3,20 Dollar, die den 14,6 Prozent der Ärmsten zur Verfügung stehen.⁽²⁾ Unter der Diktatur hatten die Argentinier ihren Finanzminister „Hood Robin“ getauft, weil er im Gegensatz zu Robin Hood „die Armen beraubte, um die Taschen der Reichen zu füllen“. Die Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1983 hat an der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit nichts geändert. Finanzspekulationen bringen nun einmal mehr als die industrielle Produktion und die Erträge aus Ackerbau und Viehzucht, zumal wenn die Gewinne ins Ausland wandern. Der peronistische Präsident Carlos Menem kann mit Hilfe der Dollarbindung des Pesos zwar eine dreistellige Inflationsrate abwenden, aber er legt damit eine Zeitbombe. Die übersteuerten, vom Protektionismus der USA und Europas behinderten Exporte stagnieren, während zugleich die Importe steigen. Binnen kürzester Zeit hat Menem alles privatisiert, was Perón verstaatlicht hatte, nicht ohne - so behauptet man in Buenos Aires - einen Teil des 40-Milliarden-Dollar-Erlöses in die eigene Tasche abzuzweigen. Er verdoppelt die Auslandsverschuldung, behauptet den erfolgreichen Sprung Argentiniens in die „erste Welt“, lässt das Land in künstlichem Überfluss leben und benimmt sich selbst wie ein Mafiaboss. Es ist nicht lange her, dass sein ehemaliger Vizepräsident Eduardo Duhalde erklärte: „Wir sind eine Scheißführungsschicht, und ich gehöre dazu.“⁽³⁾ Kaum hat der Kongress ihn an die Spitze des Staates befördert, hat Duhalde auch schon einen Schuldigen gefunden: den Liberalismus der Menem-Ära, der das heutige Argentinien in ein „fremdbestimmtes“ Land verwandelt habe. Armes Argentinien - so fern von Gott und dem Internationalen Währungsfonds so nahe! Allzu leicht vergisst man, dass die argentinische Gesellschaft im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts tief greifende Veränderungen erfahren hat. Eine massive Marginalisierung hat nicht nur die unteren Bevölkerungsschichten erfasst, sondern auch den berühmten Mittelstand, auf den das Land so

stolz war. Die erste Generation der Kinder dieser „Neuarmer“ ist herangewachsen, ohne von dem einst erfolgreichen Bildungssystem zu profitieren, das zunehmend in Verfall geraten ist. Und zudem haben die Opfer der Diktatur - die Toten, die Verschwundenen und all jene, die ins Exil geflohen sind - eine „Generationslücke“ hinterlassen, die schwer zu füllen ist. Jenseits der Wirtschafts- und Finanzkrise erlebt Argentinien offenbar eine erneute Krise der Werte, die dieses Mal zwar weniger sichtbar, aber doch höchst real ist. Diese ethische Krise hat in Argentinien eine lange Geschichte und wurde durch die peronistische Demagogie noch zusätzlich verschärft. Wie steht es um den Wert der Arbeit, wenn es als naiv gilt, seinen Lebensunterhalt mit redlicher Arbeit zu bestreiten, wenn die Gesellschaft in der Überzeugung lebt, seit je liege der Reichtum des Landes sozusagen vor der Tür und müsse nur eingesackt werden? Wie steht es um die ethisch-moralischen Werte eines Systems, in dem es gang und gäbe ist, das Gesetz mit allen Tricks zu umgehen und nötigenfalls Beziehungen spielen zu lassen? Wo bleibt der Bürgersinn, wenn sich alle weigern, ihre Steuern zu bezahlen und ihre Gewinne im Land zu investieren, und sie lieber in ein Steuerparadies bringen? Und was ist aus den Werten im streng semantischen Sinn geworden? Zu den übelsten Taten der peronistischen „Gerechtigkeitspartei“ gehört es, die ureigenen Schlüsselbegriffe der sozialistischen Ideologie so verdreht und in den Schmutz gezogen zu haben, dass es heute nötig ist, die Bedeutung der Wörter immer wieder neu zu definieren. So dass heute - in einer Zeit, in der die Korruption und die Ungerechtigkeiten ständig zunehmen - der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ bei jeder Erwähnung genauer erläutert werden muss. Müssen wir deshalb das Vertrauen in Argentinien aufgeben? Sicher nicht. Obwohl es an unmittelbaren Perspektiven fehlt, hat das Land noch eine Überfülle von Talenten. Und die Krise scheint sogar die kulturelle Kreativität und politische Energie einer Zivilgesellschaft zu stimulieren, in der heute die politischen Führer von morgen schlummern. Um Argentinien aus dem Sumpf zu ziehen, in dem es versunken ist, hat ein peronistischer Abgeordneter ein einfaches Wundermittel vorgeschlagen: „Zwei Jahre ohne Korruption, und Argentinien wäre wieder reich.“ Und Gott womöglich wieder Argentinier. dt. *Grete Osterwald*

Fußnoten: (1) Georges Béarn, „La década peronista“, Paris (Gallimard-Julliard) 1975. (2) A. Lopez, „Accorralados, la historia del otro corralito“ u. „Distribucion del ingreso entre ricos et pobres“, Equipo de investigación social, Buenos Aires, 01/2000, 11/2001. (3) Francesco Relea, *El País*, 21. Oktober 2001.

Blockade der Piqueteros



Die Argentinienkrise

Diskussionsvorschlag für eine alternative Wirtschaftspolitik

Luis Becerra, Alberto Bonnet, Alfonso Florido, Guillermo Gigliani, Claudio Katz, Jorge Marchini, Alberto Teszkiewicz

Auf einer Versammlung am 9. Januar an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften wurde die Notwendigkeit unterstrichen, Alternativvorschläge für die gegenwärtige Krise zu erarbeiten. Mit dem vorliegenden Text soll die Diskussion eröffnet werden. Dabei wollen wir darauf hinweisen, dass unsere Initiative vom Prinzip geleitet ist, dass die Last der außerordentlichen Katastrophe, die Argentinien heimsucht, voll und ganz auf die KapitalistInnen abzuwälzen ist, die das Land ruiniert haben, und nicht auf die ArbeiterInnen, Erwerbslosen, freiberuflich Tätigen und KleinproduzentInnen, -händlerInnen oder -sparerInnen.

Die Krise übersteigt hinsichtlich der enormen Verschärfung der Armut, der Zerstörung der industriellen Basis und der regionalen Auseinanderentwicklung bei weitem das Ausmaß früherer Krisen, wie derer in den Jahren 1975, 1981 und 1989. Andererseits ist die gegenwärtige Depression nicht nur auf die „Konvertierbarkeit“, das argentinische „Modell“ oder die „Öffnung“ des Landes zum Welthan-

del zurückzuführen, sondern Ausdruck mehrerer sich ergänzender Faktoren wie der periodischen Erschütterungen des Kapitalismus, seiner Durchsetzung in Ländern der Peripherie und der neoliberalen Politik des letzten Jahrzehnts.

Unsere Initiative knüpft am Aufstand der Bevölkerung an, der zum Sturz der das Land aushungernden Regierung führte und seine Fortsetzung in den täglichen Protesten und cacerolazos² findet.

Wir verstehen uns als aktiver Teil der Mobilisierungen der Bevölkerung und lehnen die gegenwärtige politische Ordnung ab, die darauf beruht, mit Regierungserlassen die Interessen der herrschenden Klasse durchzusetzen, die legislative Gewalt denjenigen zu übertragen, die diese Strukturanpassung vorgenommen haben, und die Richter in ihrem Amt zu belassen, die den Plünderern der Staatskasse Straffreiheit gewährleisten. Wir unterstützen die Demonstrationen, in deren Verlauf Banken und privatisierte Unternehmen gestürmt werden, und stellen in den Volksver-

sammlungen, die in verschiedenen Stadtteilen und Ortschaften entstehen, Lösungsvorschläge für einen Ausweg aus der gegenwärtigen sozialen Katastrophe zur Diskussion. Unser Ausgangspunkt ist die völlige Ablehnung der Maßnahmen, die von der illegitimen, durch ein schändliches Parlamentsbündnis eingesetzten Regierung ergriffen werden.

Die folgenden Ausführungen zeigen in groben Zügen die Ausrichtung unserer Vorschläge und sind als erste Annäherung an ein Programm zu verstehen, das wir befördern wollen. Wir wissen, dass diese Ziele nur mit einer konsequenten Ausweitung des im letzten Dezember begonnenen Prozesses erreicht werden können. Zudem glauben wir, dass die Mobilisierungen einen klaren Richtungswechsel anstreben müssen, um den Raubzug auf die Geldbeutel der einfachen Bevölkerung abzuwenden und die Kosten der Krise auf die KapitalistInnen abzuwälzen. Die Kämpfe für Lohnerhöhungen, gesicherte Beschäftigung und Herausgabe der Ersparnisse, deren Enteignung geplant ist, müssen von einer solchen Perspektive getragen sein. Gleichzeitig stellen wir aber auch fest, dass die Erfüllung der Erwartungen der gesamten Gesellschaft nur im Rahmen einer sozialistischen Umgestaltung erreicht werden kann.

1. Die Abwertung des Peso wurde verfügt, um einen weiteren regressiven Einkommenstransfer zugunsten der herrschenden Klasse vorzunehmen. Sie wird zu einer Verteuerung der Nahrungsmittel, der Arzneimittel und der Güter des täglichen Gebrauchs führen. Wenn der Kurs des frei konvertierbaren Dollars weiter abstürzt, wird die Inflation steigen und die Bevölkerung zusätzlich belasten. Schon heute ist die Situation katastrophal. Von den 14 Millionen Armen mit einem Familieneinkommen von unter 460 Pesos im Monat zählen 4,5 Millionen zu den absolut Bedürftigen, die sich kaum die im Warenkorb enthaltenen Grundnahrungsmittel im Wert von 70 Pesos leisten können.

¹ Unter Präsident Menem in Abstimmung mit dem IWF beschlossenes Wirtschaftsprogramm (Programa de Convertibilidad), das die argentinische Zentralbank dazu verpflichtete, US-Dollar zum Kurs von einem Peso je US-Dollar zu verkaufen, und untersagte, dass die monetäre Basis die Währungsreserven übersteigt.

² „Cacerolazo“ bedeutet unermüdliches Krachschlagen mit Töpfen («cacerolas»), Deckel und allen möglichen Metallgegenständen.

nen. Bei einer zehnpromtigen Preissteigerung würde sich Schätzungen zufolge die Zahl der Armen um 1,3 Millionen erhöhen, bei einer 30-prozentigen Preissteigerung wären 3,7 Millionen Einwohner von Verarmung bedroht.

Eine derartige Talfahrt in die Armut wird von der Regierung, die diese Abwertung beschlossen hat und damit das Leid der Bevölkerung weiter zuspitzt, nicht abgedefert werden können. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Preiskontrolle werden gegenüber der Verteuerung der Industriegüter und der Produkte aus Landwirtschaft und Fischfang unwirksam bleiben. Bereits heute kommt es zu Versorgungsengpässen bei Gütern des täglichen Bedarfs. Die Spekulation auf die Wechselkurse ist wieder voll entflammt und wird von der Zentralbank durch den gestützten Verkauf von Devisen an die Wechselbüros finanziert. Die Vorkehrungen zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit durch Verteuerung von Kündigungen erweisen sich im Kontext der gegenwärtigen extremen Beschäftigungslosigkeit und der von den Mehrheitsfraktionen des Parlaments unterstützten Einfrierung der Löhne aus völlig unzureichend.

Das von der Regierung vorbereitete „Arbeitslosen- und Bildungsgeld“ von 150 Pesos ist eine Hohn angesichts der Forderung von 380 Dollar, die in der Volksbefragung von Dezember 2001 aufgestellt wurde. Unserer Meinung nach ist die sofortige Beseitigung der Armut möglich, sofern eine geplante Umorganisation der Produktion und eine griffige Einkommensumverteilung vorgenommen und nicht auf künftige Unternehmensinvestitionen gewartet wird. Die ArbeiterInnen werden selbst für eine Wachstumsspirale sorgen, die der Bevölkerung zugute kommt, und müssen nicht auf die herrschende Klasse warten.

Angesichts der dramatischen gegenwärtigen Lage unterbreiten wir einen einfachen, aber überzeugenden Vorschlag: die unmittelbare Einführung eines Arbeitslosengelds von 500 Pesos bei gleichzeitiger Verkürzung des Arbeitstages, Umverteilung der bestehenden Arbeitszeit und Neuanstellungen. Mit dieser Maßnahme, verbunden mit der Festsetzung eines generellen Mindestlohns von 600 Pesos, könnte die Kaufkraft schrittweise wiederhergestellt werden, um möglichst rasch wieder ein Lohnniveau zu erreichen, das dem Preis des Warenkorbs für eine Familie von 1030 Pesos ent-

spricht. Zudem müssten die Mindestpensionen auf 450 Pesos erhöht werden und allen älteren Menschen ohne Sozialversicherung zugute kommen. Natürlich stellt sich damit das Problem der Finanzierung dieser Maßnahmen.

Wir schlagen drei Wege der Beschaffung der zur Realisierung dieses Plans notwendigen Mittel vor: die völlige Einstellung der Schuldentrückzahlung, die sofortige Einführung von Steuern auf große Vermögen und die Wiedereinführung der Pensionskassenbeiträge. In den letzten Budgets waren 9 Milliarden Pesos jährlich für die Schuldentrückzahlung veranschlagt, im laufenden Budget sind es über 5 Milliarden Pesos.

Was die Steuern betrifft, könnte eine Belastung in der Höhe von 10 Prozent des Aktivvermögens der 100 umsatzstärksten Unternehmen und eine Belastung von 5 Prozent für Unternehmen mit einem Absatz von über 5 Millionen Pesos sowie eine Sondersteuer auf die Kapitalerträge erhoben werden. Wo dies nötig ist und die Gefahr von Steuerhinterziehungen besteht, könnte die Steuer auf die Unternehmensaktiva auch durch eine außerordentliche Steuer auf Unternehmensgewinne oder -verkäufe ersetzt werden. Ebenso müsste eine Abgabe von 30 Prozent auf im Ausland liegendes Kapital, das nicht in Direktinvestitionen gebunden ist, erhoben werden; dabei könnte auf im Land registriertes Vermögen zurückgegriffen werden, um die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu gewährleisten.

Drittens glauben wir, dass die sofortige Abschaffung der privaten Pensionskassen (AFJP) und die Einführung eines einheitlichen Pensionssystems nach dem Solidarprinzip auf der Grundlage der Wiedereinführung der UnternehmerInnenbeiträge den Steuerbehörden 4000 Millionen Pesos jährlich einbringen könnten. Ebenso müssten Steuerfreistellungen, Zahlungsaufschübe und Zuschüsse zugunsten von Kapitalgruppen und privatisierten Unternehmen aufgehoben werden.

Die Summe dieser drei Einnahmequellen verbunden mit den übrigen Maßnahmen, die in diesem Text vorgestellt werden, kann ein ausreichendes Ausgangskapital ergeben, um auf den sozialen Notstand zu antworten.

2. Der vom ehemaligen Wirtschaftsminister Cavallo eingeführte „corralito“, der auf dem Rücken der Kleinsparer den Banken zu Hilfe kommen sollte, ist ein mittlerweile nicht mehr länger zu verheimlichendes Mittel zur Eineignung

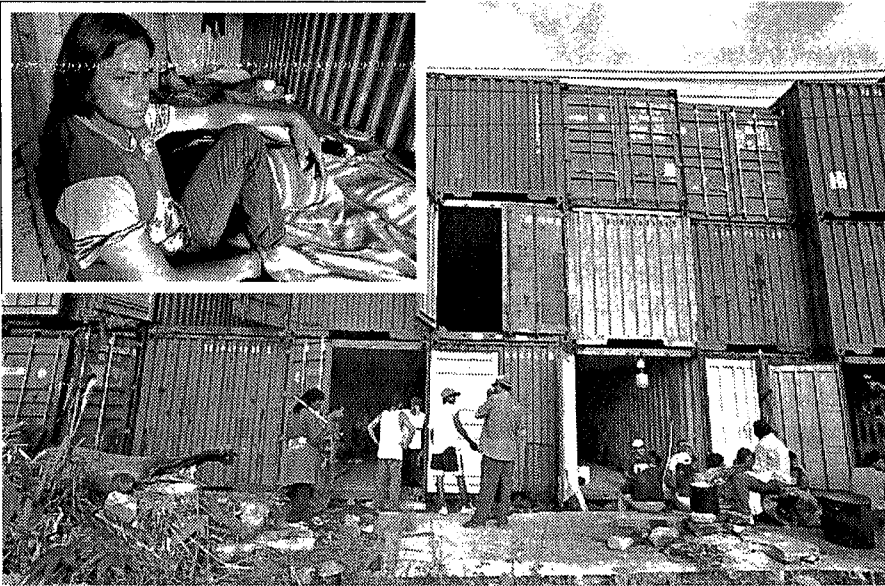
des Mittelstands geworden. Um die Banken zu schützen, wurden zuerst alle Finanzgeschäfte blockiert und danach der Geldbezug noch weiter eingeschränkt.

Duhalde hat gelogen, als er versprach, die Einlagen würden „in ihrer Originalwährung zurückerstattet“. Die Banken rücken keinen einzigen Dollar mehr heraus, und die Zwangsumwandlung aller Sparguthaben in Pesos und damit ihre explizite Enteignung steht unmittelbar bevor. Je höher der Dollarkurs steigt, desto teurer bezahlen die KleinsparerInnen diesen Betrug: Ihre Pesos werden abgewertet, und für ihre Papiere erhalten sie nicht mehr denselben Preis, den sie den Banken gezahlt haben. Eine erste Berechnung des Ausmaßes dieser Finanzenteignungen zeigt, dass sie einen Wert von rund 50 Prozent der momentanen Spareinlagen oder rund 23 Milliarden Dollar erreichen.

Die Finanzunternehmen, die im Jahr 2001 mehr als 20 Milliarden Dollar in das Ausland geschleust haben, müssen dazu gezwungen werden, die Sparguthaben durch vorgezogene Eintreibung von Krediten, die sie den Großunternehmen gewährt haben, zurückzuzahlen. Mit den Bankschulden der Großunternehmen könnte der Wert der kleinen und mittleren Sparguthaben gedeckt werden. Auch auf die Stammhäuser und selbst ihr Eigenkapital müsste zurückgegriffen werden. Schätzungen zufolge beträgt allein der Besitz ausländischer Banken 6,2 Milliarden Pesos.

Dagegen wird argumentiert, dass sich die ausländischen Unternehmen bei einer solchen Forderung aus dem Land zurückziehen und die inländischen Betriebe den Konkurs anmelden würden. In diesem Fall müsste das gesamte in Umlauf befindliche Vermögen dieser Unternehmen beschlagnahmt werden. Die Firmen, die sich aus dem Land zurückziehen, müssten alle Aktiva inklusive des direkten, des verborgenen und des assoziierten Eigentums zurücklassen.

Aus unserer Sicht dürfen die Kosten der Bankenzusammenbrüche auf keinen Fall auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, indem ihre Schulden über den Weg der Inflation liquidiert oder die Finanzinstitute verlustreich vom Staat aufgekauft werden. Diese Lösung wäre so verheerend wie die komplette Verlagerung ins Ausland („Off-Shore-Plätze“), wie sie von anderen Finanzgruppen betrieben wird. Ihre Kosten für das Land wären enorm. In Mexiko belief sich die Hilfe an



Notunterkünfte für Wohnungslose aus Containern

die Banken in der Krise 1994 auf 25 Prozent des mexikanischen BIP, in Korea während der Asienkrise 1997/98 16 Prozent und in Indonesien 40 Prozent des jeweiligen BIP. Ähnlich war die Situation in Argentinien in der Phase des Tequila-Effekts⁵, doch beim gegenwärtigen Zustand der Staatsfinanzen würde eine solche Lösung der nationalen Wirtschaft den Garaus machen.

3. Die Bankensperre betrifft auf der anderen Seite auch die Masse der Einzelpersonen, die sich verschuldet haben, um irgendwelche Waren zu kaufen. Doch wie bereits gesagt, bilden die Unternehmen, die nach vier Jahren Wirtschaftskrise große Schwierigkeit haben, die aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen, das Gros der Schuldner. Die Regierung beteuert, dass eine beschleunigte Eintreibung dieser Darlehen zur Aufhebung der Bankensperre eine Welle an Unternehmenskonkursen nach sich ziehen würde. Was jedoch würde im Fall von Konkursen passieren? Wer müsste für das zerbrochene Geschirr herhalten? Die Besitzer oder die übrige Gesellschaft? Wer ist verantwortlich für das Scheitern, die Eigentümer oder die Angestellten? Wäre es denkbar, dass die GroßkapitalistInnen des Landes dieselbe Behandlung erfahren wie die Kleinunternehmen?

Die Regierung schickt sich an, wie im Fall der Bankiers die Rechnung wieder vom Volk bezahlen zu lassen. Die Regierung arbeitet bereits an einer wegehenderen Abschreibung der Ausstände, die mit der Abwertung des Peso de facto in die Wege geleitet wurde. Das „neue

Produktionsbündnis“, das Duhalde vorschlägt, ist an Macri, Soldati, Eurnekian, Techint, Bidas, Perez Companc und all die anderen Unternehmensgruppen gerichtet, die in den achtziger Jahren durch die Inflation ihre Schulden losgeworden sind und damit Vermögen aufbauen konnten. Ein Großteil der KapitalistInnen, die in den letzten zehn Jahren ihre Unternehmen verkauft und ihre Gelder im Ausland angelegt haben, sitzen zur Zeit in den Startlöchern, um die entwerteten Aktiva aufzukaufen.

All diese Unternehmensgruppen verhandeln im Geheimen auf höchster Ebene über ihre Schulden und warten auf den geeigneten Moment, um Gesetze verabschiedet zu können, die diesen Betrug sanktionieren. Während diese Rettungsaktion vorbereitet wird, ließ die Regierung andere, außerbankliche Schuldner ungeschoren, was einer Willkür gegenüber dem Mittelstand gleichkommt, der sich verschuldet hat, um beispielsweise Wohnungen, Autos oder Arbeitsgeräte zu kaufen. Den KleinschuldnerInnen blüht dieselbe Enteignung wie den KleinsparerInnen. Beide gehören dem am stärksten betroffenen Sektor an, da sich die Regierung zum Ziel gesetzt hat, vorrangig die kapitalistischen Großbetriebe zu retten.

Angeichts dieser Situation schlagen wir vor, dass die Industriellen gleich behandelt werden wie die Bankiers, also mit ihrem Vermögen, ihren Auslandsinvestitionen, ihrem persönlichen Besitz und ihren Strohmannern für die Schulden haften, die sie bei den Banken haben. Die

Kredite der Großunternehmen – die Hälfte aller Darlehen bei den Banken – müssen vorzeitig aufgekündigt werden. Wenn ein Unternehmen mit Schließung und Entlassungen droht, muss es verstaatlicht und in einen neuen öffentlichen Sektor kollektiven Eigentums und demokratischer Verwaltung unter der Kontrolle der ArbeiterInnen und der Bevölkerung eingegliedert werden. Dafür müssen klare Richtlinien über Investitionen, Ersparnisse und Konsum demokratisch diskutiert und von der Bevölkerung angenommen werden.

4. Die gegenwärtige Aussetzung der Schuldenrückzahlungen durch Argentinien beweist die völlige Nutzlosigkeit der Opfer, die die Bevölkerung jahrelang erbracht hat, um die öffentlichen Schulden zurückzuzahlen. Es ist offenkundig unmöglich, Zinsforderungen zu begleichen, die das Dreifache der Verwaltungskosten der Regierung, das Sechsfache der Sozialhilfe und das 23-fache der für Beschäftigungsprogramme zur Verfügung stehenden Mittel ausmachen. Zudem können sie nicht mehr durch neue Privatisierungen finanziert werden, da das Staatseigentum vollständig ausverkauft wurde.

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass der Großteil der Schulden auf Betrügereien zurückgeht, denen keine produktiven Investitionen entsprechen, mit anderen Worten, auf Spekulationsgeschäften, in denen sich die Kreditgeber und ihre lokalen Partner bereichert haben. Daher wiederholen wir hier die von einem großen Teil der Bevölkerung bereits geteilte Grundforderung nach sofortiger Einstellung der Schuldenrückzahlung für Titel, die sich zu einem wesentlichen Teil im Besitz argentinischer KapitalistInnen befinden. Diese Einstellung der Rückzahlung muss begleitet sein von der Aufkündigung aller Verhandlungen mit dem IWF, der definitiven Nichtanerkennung aller betrügerischen Forderungen, der Neuverhandlung von Kreditrahmen für Handelstransaktionen von vorrangiger Bedeutung und der Einrichtung eines zu-

³ „Seguro de empleo y formación“, ein von den Gewerkschaften gefordertes Arbeitslosengeld in der Höhe von ursprünglich 380 Dollar/Pesos für jeden arbeitslosen Familienvorstand und 60 Dollar für jedes minderjährige Kind.
⁴ Bankensperre; im wörtlichen Sinn „Kindersperre“. Beschränkungen für Bargeldbezüge.
⁵ Auswirkung der Mexiko-Krise auf die Kredit- und Glaubwürdigkeit anderer latein-amerikanischer Länder.

künftigen Zahlungssystems, das nur den Besitzern von kleinen staatlichen Wertpapieren zugute kommt. Alle anderen Lösungen, die versucht wurden, um diesen Ausweg zu vermeiden, haben in die gegenwärtige Katastrophe geführt. Der Brady-Plan und die schrittweisen Zinssenkungen und Zahlungsaufschübe haben nur dazu geführt, dass der Schuldenberg weiter angewachsen ist und die gesamte Wirtschaftstätigkeit auf die Forderungen der GläubigerInnen ausgerichtet wurde. Dennoch schlägt die Regierung ein weiteres Mal denselben Weg ein, indem sie gerade zum Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit Verhandlungen mit dem IWF forciert, um einen neuen Zeitplan für die Rückzahlung auszuhandeln. Sie versucht denselben Weg weiterzugehen, den Cavallo mit dem Eintausch der Schuldtitel ausländischer GläubigerInnen und der Anerkennung der neuen Schatzanweisungen an die privaten Pensionsfonds (AFJP) und an lokale Banken eingeschlagen hat. Um die Kontinuität zu unterstreichen, hat Duhalde einen direkten Vertreter des IWF an die Spitze der Zentralbank bestellt.

An diesem Punkt muss eingeräumt werden, dass die mit einer Nichtanerkennung der Schulden einhergehenden Schwierigkeiten wesentlich geringer wären als die Leiden, die mit der weiteren Rückzahlung verbunden sind. Könnte ein Moratorium die Lage überhaupt noch verschlimmern? Könnten die schon seit einem Jahr nicht mehr vergebenen internationalen Kredite noch seltener werden? Könnten die nicht getätigten Investitionen noch weiter zurückgehen? Könnte das Länderrisiko⁶ noch höher werden? Könnte der bedeutungslose öffentliche Auslandsbesitz beschlagnahmt werden? All die für den Fall einer möglichen Nichtanerkennung der Schulden angekündigten Horrormeldungen sind bereits eingetreten, weil eben dieser Entscheidung ausgewichen wurde. Es ist an der Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen und sich von den Gläubigern der Auslandsschulden, einschließlich derjenigen, die im Land selbst leben, zu emanzipieren. Ein solcher Schritt könnte auf die Solidarität aller Völker der Welt bauen, die in dieselben Ketten gezwungen sind. Der Volksaufstand in unserem Land ist international auf reges Interesse gestoßen und hat unter den Kreditgebern ernste Befürchtungen vor der möglicherweise „ansteckenden politischen Wirkung des argentinischen Beispiels“ ausgelöst. Diese

Bedingungen begünstigen die unmittelbare Durchsetzbarkeit einer souveränen Entscheidung, die Schuldentrückzahlung einzustellen.

5. Die Nichtanerkennung der Schulden würde eine vollständige Umstellung des Budgets für das Jahr 2002 erlauben, das von der Bevölkerung ohne jegliche Überwachung durch den IWF diskutiert werden könnte. Der offizielle Haushaltsentwurf verabschiedet sich vom Ziel eines „Nulldefizits“, nicht aber vom Prinzip einer von den Steuereinnahmen abhängigen Lohn- und Pensionsanpassung und Mittelzuteilung an die Provinzen, da die Zahlung von 5,275 Mrd. Pesos an Schuldzinsen an internationale Institutionen und örtliche Gläubiger als vorrangig angesehen wird. Damit wird die 13-prozentige Lohnkürzung, die Cavallo vorgenommen hatte, bekräftigt und auf alle Leistungen ausgedehnt. Im Bildungsbereich sind keine Zuschüsse mehr vorgesehen und die Renten- und Sozialversicherung (PAMI) sowie die öffentlichen Spitäler werden weiter ausgehungert. Da mit der Abwertung die Inflation losgetreten wurde und die Steuereinnahmen in der zu erwartenden Rekordrezession des laufenden Halbjahres weiter sinken werden, dürften die Budgetkürzungen für das Jahr 2002 alles Bisherige bei weitem übertreffen. Daher glauben wir, dass sich jegliches Steuerkonzept den weiter oben genannten Zielen anpassen, d.h. Lohnerhöhungen und Erwerbslosengelder vorsehen muss, die mit der Nichtanerkennung der Auslandsschulden und der Besteuerung des Großkapitals zu bezahlen sind.

6. Während das Land wirtschaftlich ausblutet, erzielen die privatisierten Unternehmen Dank der Aneignung strategischer Produktionszweige noch immer Riesengewinne. Die von den Erdölgesellschaften erhobenen Steuern zur Unter-

stützung der Banken sind nach wie vor völlig unklar, und die Neuverhandlung der Gebühren für öffentliche Dienstleistungen wurde während der letzten Parlamentsdebatte offen gelassen. Die Unternehmen und ihre diplomatischen VertreterInnen (von Botschaftern bis zu Präsidenten) üben ungeniert Druck aus, um die Abgaben auf Erdölexporte zu verringern oder Wechselkursgarantien und Tarifaufgleiche zu erhalten. Doch die koloniale Mentalität und die Akzeptanz dieser knechtenden Behandlung sind den Beamten schon so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, dass sich niemand gegen diese Einmischung in die wirtschaftlichen Entscheidungen des Landes auflehnt.

Die privatisierten Unternehmen haben ihre Pläne zur Dollarisierung der Wirtschaft nicht aufgegeben, um weiterhin Gewinne in das Ausland transferieren zu können. Nur setzen sie darauf, den Dollar zu einer anderen Parität wieder einzuführen, wie zuvor in Ecuador nach einer chaotischen Inflation geschehen. Während sie diese neue Version der Konvertierbarkeit vorbereiten, sind sie kurzfristig damit beschäftigt, einen neuen Tarifindex für die privatisierten Dienstleistungen auszuarbeiten.

Die verheerenden Folgen der Privatisierung sind offenkundig. Die Unternehmen konnten beispiellose Gewinne erzielen, die auf Kosten des restlichen Landes gingen. Sie kauften für lächerliche Summen Unternehmen auf, tätigten in einigen Sektoren geringfügige Investitionen und bauten andere Zweige ganz ab. Sie eigneten sich die Erdöleinnahmen an, zerstörten Eisenbahnlinien, lösten Fluglinien auf, forderten den Spediteuren Mautgebühren ab und verteuerten Telefon-, Wasser- und Elektrizitätsgebühren. Angesichts all dieser betrügerischen Machenschaften ist es an der Zeit, dieser Ausplünderung ein Ende zu setzen und den

Die Polizei räumt die besetzte Fabrik Brukman



wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes in die Wege zu leiten.

Ein Notprogramm, das die Interessen der ArbeiterInnen spiegelt, müsste eine Wiederverstaatlichung der privatisierten Unternehmen ohne jegliche Entschädigung vorsehen und den Staatssektor völlig umgestalten, damit er im Dienste des Landes funktioniert. Die gegenwärtig unbezahlbaren und oft auch nicht bezahlten Gebühren müssen verbilligt, die nötigen Investitionen gewährleistet und die Gewinne und Kapitalerträge wieder in den produktiven Sektor der nationalen Wirtschaft geschleust werden. Die Wiederverstaatlichung ist unverzichtbar, da die Unternehmen darauf spezialisiert sind, alle Formen der Kontrolle und Regulierung ihrer Tätigkeit zu vereiteln, und weil es ohne staatliche Führung der strategisch wichtigen Unternehmen unmöglich ist, einen den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Wirtschaftsplan zu entwickeln. Um eine Wiederholung der bisherigen Erfahrungen von Bürokratisierung, Korruption und Bereicherung zu verhindern, die mit den öffentlichen Unternehmen assoziiert werden, schlagen wir die Einführung neuer

Formen demokratischer Verwaltung auf der Grundlage der direkten Beteiligung der ArbeiterInnen und BenutzerInnen vor.

7. Eine der anstehenden Maßnahmen müsste ein Notstandsprogramm sein, das die zentrale Verwaltung des Außenhandels und die Kontrolle über den Geldwechsel gewährleistet. Ebenso dringend wäre eine Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft, die durch Produktivitätseinbrüche, Armut, die allgemeine Verschuldung und enorme steuerliche Belastung der KleinproduzentInnen zerrüttet ist. Ebenso müssten aus unserer Sicht die Mehrwertsteuersätze sofort gesenkt werden. Schließlich müsste die hier vorgeschlagene Kapitalsteuer mit einer völligen Umgestaltung des Steuerwesens einhergehen, um unter anderem der skandalösen Steuerflucht in der Höhe von 20 Milliarden Dollar jährlich ein Ende zu bereiten.

8. Die in diesem Text präsentierten Vorschläge, die an die Diskussion vom 9. Januar in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät anknüpfen, sind nicht mehr als ein Ausgangspunkt. Wir wollen dazu anregen, für jedes einzelne der in dieser ersten Analyse nur allgemein an-

gesprochenen Themen konkrete Programme auszuarbeiten.

Während der letzten Jahre des Neoliberalismus wurde der Beruf der Ökonomen mit der Tätigkeit von Gurus, Technokraten und Geschäftsleuten gleichgesetzt, die in den Medien auftreten, um Maßnahmen zu rechtfertigen, die sich gegen die Bevölkerung richten. Wir beabsichtigen, dieses Bild von Grund auf zu revidieren und zu zeigen, dass es auch kapitalismuskritische Ökonomen gibt, die in offener Gegnerschaft zu den Grundlagen der herrschenden Klasse stehen. Wir stellen uns hinter die Forderungen, die von den ArbeiterInnen, den StraßenblockiererInnen, dem Mittelstand, der Jugend und anderen erhoben werden und die in einem außerordentlichen Prozess von Kämpfen zusammengeflossen sind, die die Zukunft Argentiniens verändern werden.

Buenos Aires, 24. Januar 2002
Übersetzung aus dem Spanischen und
Anmerkungen von Birgit Althaler.

⁶ Vom Vertrauen der internationalen GläubigerInnen in eine Land abhängige zusätzliche Zinsbelastung.



Buenos Aires am Mittwoch: die verarmte Bevölkerung begehrt auf

WHY ARGENTINA CRASHED —AND IS STILL CRASHING



Depositors protest President Duhalde's banking policies outside the Bank of Boston in Buenos Aires on April 19.

By ERIC HERSHBERG

The catastrophic collapse of the Argentine economy during the second half of 2001, and its accelerating decline during the first half of 2002, has created hardships of a scale and scope that fully justify concluding that the country is undergoing a "Second Great Depression." On the heels of four years of recession, Argentina's default on its \$140 billion national debt triggered an economic contraction of more than 15% during the first six months of 2002. Unemployment has skyrocketed to encompass a quarter of working age Argentines, and the poverty rate in what was once Latin America's most prosperous republic has surpassed 50% of the population. In improvised markets throughout the land, economic

transactions are increasingly being conducted through barter. The combination of drastic devaluation and limits on withdrawals from savings accounts in an essentially frozen banking system has left citizens without access to cash to spend on everyday household needs. Meanwhile, lacking resources with which to pay state employees, pensioners and other recipients of public funds, many government agencies are resorting to a proliferating array of non-currency instruments to make good on their obligations. The dissatisfaction expressed by the millions of Argentine citizens presented with government bonds of dubious value or with one or another form of scrip is fully understandable. It is exceeded, however, by the rage of countless of their neighbors to whom the state has made putatively ironclad commitments but who are receiving nothing at all.

Long-time Peronist kingpin Eduardo Duhalde was selected by the Congress on January 1 to serve as Argentina's fifth President in a period of barely two

weeks during which popular demonstrations provoked the resignation of incumbent Fernando de la Rúa and a succession of three other hapless politicians. So far, he has managed to remain in office, but boasts few accomplishments beyond that of survival. Indeed, Duhalde's government has careened from one desperate stopgap measure to another, making little headway in its quest to prevail upon international financial institutions and developed country governments to come to Argentina's assistance. The government's ineptitude has reinforced the generalized contempt with which Argentine citizens have come to regard the country's political class. As enraged citizens fill the streets with cries of *que se vayan todos* (throw them all out) and as foreign technocrats demand still more ironclad restraints on future government spending as a condition for releasing more funds, scenarios for renewed political stability or for economic recovery are noteworthy for their absence.

Argentina's plight has justifiably provoked renewed scrutiny of the role of such international financial institutions as the International Monetary Fund (IMF). The IMF has indeed become a key player in determining the fate of developing countries in this environment of U.S.-dominated economic globalization and neoliberal restructuring. Within Argentina itself, the IMF and its patrons in Washington are routinely vilified by frustrated politicians and by a resentful citizenry, but criticism of the Fund and its orthodox recipes for developing country economies are increasingly under challenge from observers elsewhere. Columbia University economist and Nobel laureate Joseph Stiglitz, who served a controversial stint as Chief Economist at the World Bank during the Clinton administration, has been among the most relentless of the IMF's antagonists, but he has hardly been alone.¹ Especially striking have been the angry denunciations of the Fund by generally mainstream "technopols" elsewhere in Latin America, perhaps most notably Peruvian Finance Minister Pedro Pablo Kuczynski. Not surprisingly, the IMF also has been singled out for blame by progressives who have long opposed the Washington Consensus recipe of market-oriented restructuring. They have particularly criticized its emphasis on deregulation, privatization and curtailment of government spending, all of which were pursued with gusto by the administrations of Carlos Saúl Menem, the flamboyant Peronist leader who governed

Argentina with steady support from the multilaterals throughout the decade that began in 1989.²

The debate over who is to blame for the Argentine nightmare is important, and only in part because of its significance for Argentina itself. Indeed, while the "contagion effect"—the spread of Argentina's economic ills to other countries—has been less severe than many observers anticipated late last year, and indeed for a time appeared limited to neighboring Uruguay, the impact of rising interest rates on Brazil's public finances as that country's October presidential elections draws near highlights the risks confronting all of Latin America. It is entirely plausible that 2002-2003 will be remembered as a watershed period in the region's economic history, much as we look back today on the debt crisis of 1981-82 as the beginning of the current neoliberal period that has transformed economies and politics in the region.

In such a context, it is all the more imperative for progressives to offer sober analyses of the roots of Argentina's crisis and the factors that impede its mitigation. While we should take advantage of this, the umpteenth opportunity to publicize the damage brought about by the policies promoted by the IMF and its allies in the U.S. Treasury Department (and by some but not all offices of the World Bank), neither the depth of this collapse nor its specific characteristics are attributable solely to these institutions. Nor is the catastrophic situation in which Argentina finds itself exclusively the result of the neoliberal model that those institutions have pushed so aggressively on developing countries around the world. Rather, an array of factors internal to the country, political as well as economic in nature, converged with pressures from outside to intensify the crisis. Many of these same factors accentuate the country's difficulties in finding a way out of the crisis today.

Consideration of the role of external actors must begin by asking how the crisis came about. Here, the ramifications of the so-called "convertibility" plan of Menem's economic czar Domingo Cavallo cannot be underestimated. By pegging the peso to the dollar and eliminating any option whatsoever to devalue the currency, convertibility became the keystone of a system that overcame the devastating hyper-inflation that had eroded living standards, created maddening uncertainty and undid the first elected government of the

Neoliberalism is not solely to blame for Argentina's current plight. Internal politics and economics covered with pressures from the outside to intensify the crisis.

post-dictatorship, that of Radical Party leader Raúl Alfonsín. Convertibility became much more than a strategy that appeared to have vaccinated the country against price fluctuations: As political scientist Robert Kaufman has pointed out, it also became emblematic of the first period of economic policy stability in more than half a century in Argentina.

Convertibility was not without flaws, however; these remained of concern to many outside observers who meanwhile applauded Menemismo's radical dismantling of Argentina's public sector and the extreme deregulation and liberalization that accompanied it. Clearly, maintenance of an artificially high—and fixed—exchange rate throughout the 1990s made Argentine exports prohibitively expensive and diminished the cost of imports. The entirely predictable effect was to destroy quality jobs while depriving the economy of resources that, particularly in a context of spiraling foreign debt, were urgently needed to support investment in productive assets. As the recession of the late 1990s made the capacity to continue making debt payments increasingly doubtful, thus calling into question the durability of the fixed exchange rate itself, investors demanded ever-higher interest rates as a condition for extending new loans.

In turn, confirming that they had learned nothing at all from their woeful mismanagement of the 1997 financial crisis in East Asia, the IMF and U.S. Treasury linked further loans to even more draconian cutbacks in public spending. In a particularly repulsive twist to the story, but one that is hardly unique to Argentina, resources secured through these loans were destined not to relieve the plight of impoverished Argentines but rather to ensure the state's capacity to cover obligations to the multilaterals themselves. Resources were also used to pay off loans to bankers and bondholders who had enriched themselves at the citizenry's expense during the wave of privatizations that had taken place over the previous decade.

Not surprisingly, the result of misguided austerity policies was to paralyze economic activity even further. As sharply declining tax revenues coincided with soaring popular demands for relief, and as the Bush administration begrudgingly agreed in August 2001 to an \$8 billion IMF rescue package that by all accounts was too little too late, everyone came to see what Wall Street had recognized at least a year earlier: Devaluation was inevitable.

Foreign investors had acted on that conviction for some time—it was for that reason that interest rates had



President Duhalde and his Defense Minister, Horacio Jaunarena, during the celebration of the 192nd anniversary of the Armed Forces in May.

reached such punishing levels. But during the fall of 2001, when Argentine citizens responded to the situation en masse—and equally rationally—by rushing to withdraw their savings from the teetering banking system, a full scale implosion ensued. And when the country's incompetent president, Radical Party leader Fernando de la Rúa (aptly nicknamed by the press Frenado de la Duda, that is, "Paralyzed by Doubt") responded by limiting access to savings and by failing to acknowledge the depth of pain that the crisis was causing, the collapse of his administration amidst an outburst of popular demonstrations was equally foretold.

Conditions since the devaluation and the ascendance of Duhalde have gone from terrible to catastrophic. A revolving door of economic policymakers has wavered constantly on conditions for re-opening the banks, on the status of dollar-denominated debts and on the range of concessions that might be acceptable for reaching a renewed understanding with multilateral lenders and donor governments. Relieved by the absence of rapid contagion in "emerging markets" elsewhere, the latter have dug in their heels, pledging not to throw away good money after bad by extending loans before Argentina can guarantee conditions for repayment. By the end of June, Duhalde appeared to have satisfied one of the most difficult obstacles to restored funding, as the last of the provincial governors agreed to tough measures to limit expenditures at the sub-national level. Yet still the lenders deferred re-opening the spigot, skeptical that Duhalde or his eventual successor would be able to deliver on pledges extended during a moment of desperation.

While this cursory review of the role played by multilaterals highlights their contribution to Argentina's predicament, it is crucial to note that internal factors were also pivotal. Without recognition of the domestic roots of economic decline, prospects for reversing it will be even dimmer. In this regard, three factors stand out as worthy of mention.

First, there was no shortage of support within Argentina itself for the misguided formulas emanating

from Washington throughout the Menem years. Indeed, a succession of elected—and re-elected—governments chose to embark on that course. They were operating under pressure from abroad, of course, but so were the Brazilians, who managed a much more limited adoption of neoliberal orthodoxy and a successful if somewhat rocky devaluation in January 1999. Nor was Argentina's adherence to orthodoxy, particularly with regard to convertibility, solely a reflection of elite sentiment. The country's struggling middle classes—whose mortgages and most other debts were denominated in dollars—took an understandable yet ultimately untenable stance against devaluation. Indeed, as opinion surveys demonstrated consistently over the past decade, the success of "convertibility" in overcoming hyper-inflation generated support for the fixed exchange rate in virtually every sector of Argentine society, including in popular sectors that would need to form the basis for the (today essentially invisible) Argentine left.

Secondly, progressives are justified in asserting that neoliberal reforms implemented under Menem devastated the central state in Argentina, with many pernicious consequences. Employment suffered terribly, state services grew more scarce and diminished in quality [see "Cutbacks Threaten Argentina's Children," p. 34], and domestic and external private actors were permitted to amass monopolies and oligopolies through which to line their own pockets and those of many of the public officials who were supposed to regulate them. But it is also the case, as neoliberal critics emphasize, that both the Menem and de la Rúa governments failed to rein in expenditures at the regional level. Contrary to the position taken by some observers, this was far from trivial. Governors committed growing proportions of a shrinking pot unwisely, at best, to varying combinations of personal enrichment and pet projects. To be sure, many households benefited from the public sector employment this entailed—

even if they were woefully underpaid they had jobs—but advocates of the Washington Consensus are not wrong to insist that in exchange for pathetically low paychecks those workers all too often provided pathetic services to the public, along with their loyalty and votes that maintained the power of a corrupt political class.

Aggravating the problem was the fact that, once the provincial governments lacked funds to meet these

Both of Argentina's major parties have mismanaged the economy since the 1983 return to democracy, and they have continued an old pattern of squandering resources.

payrolls, they resorted to printing money on their own, in the form of the infamous *patacones* that are now supplemented by several other forms of scrip. This exacerbated the predicament faced by central authorities who lacked even a semblance of control over state policies at the sub-national level. IMF officials are not mistaken in insisting that an institutional problem—the inability of the central government to exercise authority over regional political elites—is partly a reflection of the depth of the present crisis, and for the difficulties that the present government and any near-term successor(s) will face as they endeavor to do so.

It is worth underscoring this point, and not only because defenders of orthodox economic policies will cite it—rather than their own policies—as responsible for Argentina's collapse. It is foolish to attribute the collapse of the whole edifice to this particular remnant of the old order, but it would be equally foolish of neoliberalism's critics to pretend that it did not matter, or that it will not matter in the future.

This brings us, finally, to a third factor behind Argentina's economic debacle, a monumental failure of politics. As if taking their cue from the grotesquely inept military governments that preceded them, both major parties have mismanaged the economy systematically since democracy's return in 1983, and have continued a decades-long pattern of squandering resources at an alarming rate. Malfeasance has magnified the effects of incompetence on the part of Radicals and Peronists alike. The haplessness of de la Rúa's administration is surpassed only by the irresponsibility of the Peronists, diverse factions of which were and remain more concerned with advancing their own (intra-) partisan positions than in overcoming the country's grave problems. Menem himself merits an enormous portion of the blame, but the other party bosses, including President Duhalde (Menem's erstwhile vice president and now his arch-enemy), are amply tainted as well. ■

Der IWF – Rettungsanker oder Sargnagel?

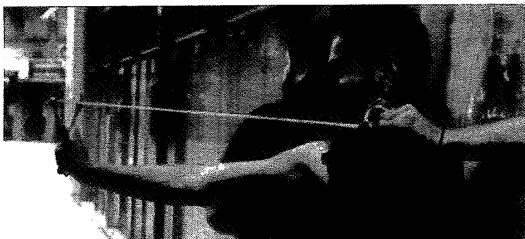
Über das bange Hoffen und die verschärfte Gangart der Regierung

Argentinien übt sich in der Quadratur des Kreises. Während der IWF das Ende der Einfrierung der Sparkonten fordert, ist die Regierung Duhalde inzwischen so weit, dass sie zur Eindämmung des sozialen Konflikts gezielte Repressionen einsetzt.

Der Forderung des IWF, den Bankkunden Zugang zu ihren Konten zu verschaffen, konnte bisher wegen mangelnder Liquidität nur zu staatlich festgelegten Höchstgrenzen entsprochen werden. Chris Struble, der Vize des US-State Departments für inneramerikanische Beziehungen, schließt nicht aus, dass es dadurch zu einem politischen Kollaps mit ungewissen Folgen kommen kann. Am Tag der Ehrung der Gefallenen des Malvinen-Krieges in Campo de Mayo schloss hingegen der Chef des Heeres Ricardo Brinzoni einen militärischen Schlag in Zusammenarbeit mit zivilen Kräften definitiv aus. Brinzoni betonte, dass das Militär sich der Politik unterordne und dies der beste Dienst für das Vaterland sei. Allerdings weisen jüngste Äußerungen des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, in eine andere Richtung: In einem Interview brüstete er sich, 1975 als Mitglied der Regierung Isabel Peróns ein Gesetz vorbereitet zu haben, das es den Militärs ermöglichte, in der Provinz Tucumán zu intervenieren. Ein Jahr später putschte General Videla,

der Leiter dieses Militäreinsatzes. Ruckauf schlug auch für die „Befriedung“ des aktuellen sozialen Konfliktes einen Einsatz des Militärs vor. Die Ankündigungen, auch von Teilen der Bundesregierung, gegen die Demonstrationen der militanten Arbeitslosen, den *piqueteros*, härter vorzugehen, haben sich inzwischen im Verhalten der

gerInnen gegen die Regierung bleibt abzuwarten, ob sich der Präsident Duhalde noch bis zu den Wahlen im September 2003 im Amt halten kann. Die argentinische Regierung möchte bis Mitte Juli in Zusammenarbeit mit dem IWF eine Einigung erarbeiten, um Zugang zu Krediten zu erhalten.



Zwei junge Arbeitslose wurden Ende Juni von der Polizei ermordet

Sicherheitskräfte niedergeschlagen. Ende Juni kamen zwei junge Arbeitslose bei Auseinandersetzungen mit Beamten der Provinzpolizei unter noch ungeklärten Umständen ums Leben. Wie Fotos eines Fotografen der Tageszeitung *Clarín* jedoch nahelegen, sind die beiden regelrecht exekutiert worden.

Angesichts der sich weiter verschärfenden Armut und den wiedererstarnten Protesten der Bür-

Ende der „Politik der ruhigen Hand“?

Während der IWF sich mit konkreten Verhandlungen Zeit lässt, scheint die Luft in Argentinien immer dünner zu werden. Wenigstens Wirtschaftsminister Lavagna ist guter Dinge, da nach ersten Vorverhandlungen in Buenos Aires eine Einigung bis zum 15. Juli möglich erscheint. In den letzten zwei Monaten hatte die Vizepräsi-

den des IWF Anne Krueger die Ansicht vertreten, dass die Wirtschaftskrise lediglich auf Argentinien beschränkt sei und daher den argentinischen Forderungen nach Krediten kaum Beachtung geschenkt.

Politik des Durchwurstelns

Die Tatsache, dass krisenhafte Erscheinungen nun auch die Nachbarländer Brasilien und Uruguay betreffen, hat zur Verhandlungsbereitschaft des IWF beigetragen. Vorbedingung für Verhandlungen war jedoch die Aufhebung eines Gesetzes, das noch aus der Zeit der Militärdiktatur stammt. Es ahndet fahrlässig verursachte Unternehmenspleiten mit Freiheitsstrafen bis zu sechs Jahren. Nachdem Duhalde sich zunächst geweigert hatte, hat er nun nach starkem Druck des IWF, ein partielles Veto gegen dieses Gesetz eingelegt. Jetzt können Unternehmenspleiten nur bei nachweisbarem Vorsatz bestraft werden. Duhalde versucht nun, dieses partielle Veto dem politischen Gegner und den ArgentinierInnen als Teilerfolg gegenüber dem IWF zu verkaufen, da die Wiederaufnahme von Verhandlungen erreicht wurde. Die Politik des Durchwurstelns geht also weiter und zeigt die Schwierigkeit Duhaldes, das völlige soziale Chaos zu verhindern und gleichzeitig den IWF zu einer raschen Einigung zu bewegen.

Die Stützungskäufe der argentinischen Zentralbank, durch die der Fall des Peso gebremst werden soll, sorgen allerdings weiter für Verstimmung beim IWF. Während diese Interventionen die Zentralbank rund 200 Millionen US-Dollar in einer Woche gekostet haben und die Währungsre-

serven auf 9,7 Milliarden US-Dollar gesunken sind, verlangt der IWF die Einstellung von Stützungskäufen. Auch auf die Gefahr hin, dass dies möglicherweise in eine Hyperinflation führt und die Verarmung der Bevölkerung weiter verschärft. Das Misstrauen der Märkte in den Peso und die Finanzkrise Argentinien steigern die Nachfrage der AnlegerInnen nach Dollars nach wie vor. Zu allem Überfluss ist der Präsident der Zentralbank, Mario Blejer, aus Protest gegen die versuchte Einflussnahme aus der Politik zurückgetreten. Schuld daran war die Ansicht Lavagnas, dass in Krisenzeiten das Wirtschaftsministerium und die Zentralbank enger zusammenarbeiten müssen. Lavagna erteilte öffentlich Ratschläge zur Währungspolitik und zur Stützung des öffentlichen Bankensystems. Neben Blejers Nachfolger Pignanelli werden nun Vertrauensleute von Lavagna wie Félix Antonio Camarasa und Jorge Levy als Direktoren der Zentralbank eingesetzt. Die Veränderungen werden als Politisierung der Zentralbank interpretiert.

Mögliches Ende des *corralito*

Beim Plan Bono zeichnet sich jedoch eine neue Möglichkeit ab. War der IWF zunächst darauf aus, die Guthaben in Staatsanleihen umzuwandeln, gibt es nun stattdessen die Möglichkeit, mit den so genannten *bonos* bestimmte Waren wie Autos, Maschinen oder Wohnungen zu kaufen. Für den Fall, dass sich 30 Prozent der Sparer für die *bonos* als Ersatzwäh-

rung und gegen eine befristete Einlage des Staates entscheiden, wären die Belastungen des Staates etwa zwei bis drei Milliarden Pesos, die über Zentralbankreserven finanziert werden müssten. Die Zinsen für die Anleihen sollen nach Möglichkeit über Steuereinnahmen finanziert werden. Sollten sich 60 bis 70 Prozent der Sparer für die *bonos* entscheiden, würde die Einlösung der Wertpapiere und die staatliche Hilfe für den Bankensektor zur Deckung der Zinsen bis zum Jahresende fünf Milliarden Pesos kosten. Sollte sich die Mehrheit der ArgentinierInnen für die Warenbonos entscheiden, würde dies den Spielraum der Wirtschaftspolitik einschränken.

Der Spagat Duhaldes, eine für die Sparer halbwegs akzeptable Lösung für die Aufhebung des *corralito*, die Einfrierung der Sparguthaben, zu finden und gleichzeitig den IWF bei Laune zu halten, könnte zu einem ungesunden politischen Ende des machtbesessenen Präsidenten führen. Die argentinische Regierung hat jedenfalls angekündigt, dass ein Scheitern der Verhandlungen mit dem IWF bis Mitte Juli die Rückzahlung von Krediten völlig unmöglich machen würde. Werden keine gemeinsamen Lösungen für den *corralito* und die Haushalts- und Finanzpolitik erzielt, könnte die Krise angesichts sinkender Zentralbankreserven zur Stützung des Bankensystems eine neue Dimension erreichen.

Gianni Bisaccia

31

JAHR DER FRAGEZEICHEN

Neuwahlen stehen vor der Tür, doch trotz der überaus massiven Ablehnung der herrschenden Politikerklasse durch die Bevölkerung ist fürs Nächste keine politische Alternative in Sicht.

Viktor Sukup

Etwas über ein Jahr nach dem Kollaps der argentinischen Wirtschaft, genauer gesagt seines Finanzsystems, könnte die allgemeine Lage des Landes wie folgt zusammengefasst werden:

- * im sozialen Bereich (unvermeidlicherweise) katastrophal, wenn auch mit einigen interessanten neuen Entwicklungen, nicht zuletzt in der Kultur;
- * im politischen äußerst konfus, mit einem Zusammenbruch des alten Zweiparteiensystems, aber keiner klaren Alternative in Sicht;
- * im wirtschaftlichen nach einem Absturz des BIP von ca. 11% im Vorjahr – man hatte anfangs noch einiges mehr erwartet –, echte Anzeichen einer gewissen Stabilisierung, die jedoch naturgemäß sehr fragil ist, da noch keine wirklich lebensfähige Alternative zum kaputten „Modell“ ausgemacht werden kann, und angesichts der großen Fragezeichen im politischen und sozialen Bereich.

Was den äußeren Zusammenhang betrifft, wäre insbesondere zu erwähnen:

- * die Wahl Lulas zum Präsidenten Brasiliens, des früheren Rivalen und jetzigen Hauptpartners, die diesem Bündnis neue Impulse und der chronisch zersplitterten, ineffizienten Linken Argentiniens mittelfristig neue Anstöße geben kann;

- * die erhoffte Reorientierung der IWF-Politik, deren Fehlschlag – und damit auch Mitverantwortung für die argentinische Katastrophe – heute nicht mehr ignoriert werden kann; eine solche Reorientierung sollte auch von den Ländern Europas empfohlen werden, wofür es erfreulicherweise auch erste Anzeichen gibt;

* die Irak-Krise, die die soeben erwähnten Prozesse eher begünstigen sollte.

Eine soziale Katastrophe wie noch nie ...

Laut offiziellen Statistiken ist der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze im Vorjahr von knapp einem Drittel auf über die Hälfte gestiegen; an die Hälfte davon leben sogar in extremer Armut, das heißt mit größten Schwierigkeiten bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen einschließlich Ernährung. Schreckensbilder von an Unterernährung gestorbenen Kindern in der Provinz Tucumán – seit Jahrzehnten eine Krisenprovinz mit besonders korrupten lokalen Regierungen – sind um die ganze Welt gegangen. In Buenos Aires und anderswo fallen die unzähligen *cartoneros* auf, die systematisch die Abfälle nach Altpapier, Kartons etc. durchsuchen und diese auf klapprigen Karren abtransportieren: eine zwar umweltfreundliche Initiative, die jedoch aus der drastisch angestiegenen Armut entstanden ist und diese sogar mit einem neuen Begriff widerspiegelt. Früher hieß es recht abfällig *cirujas*, einer Art Äquivalent von Stadstreichern; heute spricht man

eher verständnisvoll von diesen *cartoneros*, die oft aus kleinen Gruppen ganzer Familien mit größeren und kleineren Kindern bestehen.

Daneben wären freilich andere Aspekte zu erwähnen, von denen einige sehr positiv sind: Mehr Leute fahren mit dem Fahrrad, man lässt Dinge reparieren, die früher achtlos weggeworfen wurden; der Binnentourismus schlägt in diesem Sommer Rekorde, denn jene, die sich keine Auslandsreisen mehr leisten können, aber doch Urlaub im eigenen Land, sind zahlreicher als jene, die früher wegfahren konnten und heute nicht mehr. Initiativen wie selbstverwaltete Betriebe, Tauschzentralen, gemeinschaftliche Einkaufsgruppierungen und

Volksküchen, Bürger- und Nachberversammlungen usw. haben zwar nicht zu einer „Revolution“ geführt, wie das manche Optimisten Ende 2001 erwartet hatten, und vieles davon ist seither verpufft, aber es gibt doch einige neue Impulse, die zu mehr Solidarität, weniger Individualismus und veränderten Mentalitäten führen können, die das Land dringend nötig hätte. Etliche Dutzend Klein- und Mittelbetriebe sind nach ihrem Bankrott vor einem Jahr in Eigenregie der ArbeiterInnen weitergeführt worden. Ein kürzliches Beispiel spricht Bände: *Cartoneros/as* der Hauptstadt haben den Transport einer in ihren Reihen gesammelten Tonne von Lebensmitteln und anderen Gütern für die Armen von Tucumán organisiert ...

Weitere soziale Phänomene sind die allgegenwärtigen *piqueteros*, organisierte Arbeitslose, die sich u.a. mit Kollektivküchen organisieren und in Protestaktionen Straßen sperren, womit sie



„Es gibt keine freien Stellen“

nicht nur verständnisvolle Reaktionen beim Publikum auslösen, sowie immer noch, trotz kürzlicher Verbesserung der Lage, der protestierende Mittelstand, der im Untergang des Menem-Cavallo-Modells vielfach das Vermögen oder einen bedeutenden Teil davon verloren hat und seine verständliche Wut an den daran nicht unschuldigen Banken auslässt. Unter- und Mittelschichten, deren gemeinsame Proteste Ende 2001 die inkompetente Regierung De la Rúa zum Rücktritt gezwungen haben, haben jedoch weiterhin viel zu oft divergierende Interessen ...

Auf der anderen Seite gibt es noch deutliche Verschlechterungen für alle oder fast alle in den Bereichen Gesund-

weiter Seite 12 ⇨

⇨ von Seite II : ARGENTINIEN

heit, Unterricht und vielen anderen. Selbstmorde, vermeidbare Krankheiten, darunter solche, die vom Krisenstress herrühren, Unterernährung und Kriminalität sind sehr deutlich angestiegen, die Auswanderung ist so hoch wie noch nie: Selbst nach Israel sind 2002 wesentlich mehr Leute ausgewandert als im Jahr zuvor, und zwei dieser Neu-Israelis wurden dort bereits Opfer von Attentaten ...

... aber auch ein gewisser Kulturboom

Aufsehen erregend ist andererseits die kulturelle Szene: Es gibt – trotz oder eben im Zusammenhang mit der akuten Krise – einen echten Theater- und Filmboom, der auch im Ausland aufhorchen lässt. Etliche Filme haben internationale Preise gewonnen; vor kurzem waren z.B. gleichzeitig drei neue argentinische Filme in den kommerziellen Kinos der relativ kleinen Stadt Brüssel zu sehen, und einer davon – *Nueve reinas* – wurde im angesehenen Pariser Wochenblatt *Le Canard enchaîné* empfohlen. Es hieß unlängst, dass derzeit mehr Theaterstücke in Buenos Aires zu sehen sind als in New York. Der graphische Humor weltbekannter hiesiger Zeichner wie Quino und Fontanarrosa ist scharf und treffsicher wie immer, wenn nicht noch genialer als früher. Das alles kompensiert vielleicht zum kleinen Teil, dass viele Besitzende heute ihre Kunstwerke verschleudern, um über die Runden zu kommen, dass unzählige kompetente Leute arbeitslos sind oder auswandern und dass die vielen ansehnlichen Jugendstil-Gebäude der Hauptstadt mehr denn je verkommen ...

Im intellektuellen Bereich ist ein Umdenken im Gange. Die Illusionen über den neoliberalen „Königsweg in die Erste Welt“ sind ausgeträumt, man diskutiert wieder seriöser über Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Landes, über Globalisierung und Entwicklung. Symptomatisch dafür: Ein Klassiker der heterodoxen Interpretation der argentinischen Geschichte wie Arturo Jauretche ist wieder in den Auslagenscheiben der Buchhandlungen zu finden, und jene, die seit Jahren das Menem-Modell kritisieren, finden heute eine ungleich höhere Zustimmung.

Kollaps des Parteiensystems und politische Konfusion

Das traditionelle Zweiparteiensystem der Peronisten und Radikalen liegt in Trümmern. Die seit jeher zwischen Links-, Mitte- und Rechtstendenzen zerrissenen Peronisten zeigen sich heute zerstrittener denn je, für viele Beobachter am Rand der offenen Parteispaltung. Die kaum weniger widersprüchlichen Radikalen neigen nach ihrem Fiasko von 2000/2001, als sie sich vom katastrophalen Erbe Menems in den Abgrund treiben ließen und zum Kurswechsel unfähig zeigten, zur völligen Selbstzerstörung. Zwar reicht keiner ihrer Präkandidaten auch nur entfernt an die 10%-Marke bei den Umfragen, doch haben sie sich noch den Luxus einer Vorwahl mit wüsten gegenseitigen Schwindelvorwürfen geleistet; viele Wochen später lag noch immer kein Resultat vor, und sie werden nur eine Statistenrolle bei den für den 27. April angesetzten Präsidentschaftswahlen spielen. Die Peronisten werden dafür gleich drei Kandidaten ins Rennen schicken, von denen wohl einer dem heutigen Übergangspräsidenten Duhalde nachfolgen wird, laut Fahrplan am Nationalfeiertag, dem 25. Mai. Prognosen sind riskant, denn die Lage ist im Fluss. Die Linksparteien zerstreiten sich wie üblich über die Frage der Teilnahme oder Nichtteilnahme an der „Wahlfarce“ und die Aufstellung mehrerer chancenloser Kandidaten.



Elisa Carrió, Chefin der Aktion für eine Republik der Gleichen (ARI)

Auf der halblinken Seite des Spektrums steht eine Frau mit einem riesigen Kreuz vor der Brust im Mittelpunkt des Interesses und der Wahl-

absichten. Elisa Carrió, Abgeordnete aus der nördlichen Chaco-Provinz und Ex-Radikale, hat sich mit der Denunzierung der Korruption einen Namen gemacht. Sie hat auch nach ihrem Bruch mit den Sozialisten Aussicht auf einen guten Platz für den zweiten Wahlgang. Doch sie ist umstritten: Nicht der Korruption verdächtig, intelligent, spricht sie meist recht vernünftig und fortschrittlich, ist aber gleichzeitig auch autoritär, religiös „illuminert“ und damit für die meisten kaum als Staatschefin denkbar.

Insofern sich im Peronismus, wie es nunmehr durch die klare Unterstützung Duhaldes und seiner entscheidenden Parteiorganisation der Provinz Buenos Aires aussieht, der Gouverneur der südpatagonischen Provinz Santa Cruz Néstor Kirchner, durchsetzt, der de facto fortschrittlichen Flügel seiner Partei zugeschrieben wird, dürfte es bei einer Stichwahl schwerlich zu einem Sieg der „Santa Lilita“ oder „Iluminada“ kommen, wie zwei der Spitznamen von Elisa Carrió lauten. Sollte jedoch ein Duell mit dem ebenfalls antretenden Ex-Präsidenten Menem stattfinden, so müsste im Prinzip das weitverbreitete negative Urteil über diesen ausschlaggebend werden. Denn in den heutigen Umfragen kommt kaum jemand auf mehr als 10 bis 15% Zustimmung. Menem soll jedoch rund 75% Negativstimmen haben („den wähle ich unter keinen Umständen“), gegen nur jeweils 20 bis 30% der anderen. Die große Frage ist freilich, wie sehr oder wie wenig die alte Regel gelten wird, dass es „für einen Peronisten nicht Besseres gibt als einen anderen Peronisten“, sollte die Stichwahl die streitbare Elisa gegen einen solchen stellen ... Der dritte Peronist ist Adolfo Rodríguez Saá, der als Kurzzeitpräsident Ende 2001 sein populistisches Image des ewigen Gouverneurs der kleinen Provinz San Luis landesweit projiziert und dabei insbesondere eine gewisse gewerkschaftliche Unterstützung gewonnen hat.

Natürlich besteht die Politik nicht nur aus Wahlen, und diese nicht nur aus denen des Staatschefs. Und Wahlen enthalten auch mehr oder weniger politikfremde Elemente, sodass z.B. der Präsident des populären Fußballklubs *Boca* der nächste Chef der Stadtregierung von Buenos Aires werden könnte und Hilda Duhalde, die Ehefrau des heutigen Staatschefs, Gouverneurin der mit fast 40% der argentinischen

Bevölkerung weitaus bedeutendsten Provinz des Landes, Buenos Aires (nicht zu verwechseln mit der Hauptstadt).

Aber eine andere Entwicklung könnte mittelfristig interessanter sein und Hoffnungen auf einen progressiven Umschwung geben. Seit über zehn Jahren schon bemüht sich der konsequent Menem- und neoliberalismuskritische Gewerkschafter Víctor de Gennaro (s. Foto) um eine alternative Organisation von ArbeiterInnen, Angestellten und auch RentnerInnen, Arbeitslosen und anderen, die an einer gerechteren und vernünftigeren Organisation der Gesellschaft interessiert sein müssen. Langsam gewinnt sein oppositioneller Gewerkschaftsdachverband CTA an Gewicht. Bei einem großen Kongress Mitte Dezember beschloss der Verband, sich in Zukunft stärker politisch zu engagieren. Es ist nunmehr beabsichtigt – mit dem Beispiel der aus dissidenten Gewerkschaften entstandenen und jetzt so erfolgreichen brasilianischen Arbeiterpartei im Sinn –, eine politische Bewegung mit der CTA als zentralem Element zu gründen.



Wirtschaft: Erholung in Sicht?

Es wäre natürlich verfrüht, hierauf mit Ja zu antworten, nicht zuletzt aufgrund der skizzierten sozialen und politischen Aspekte. Doch gewisse makroökonomische Grunddaten geben Anlass für vorsichtigen Optimismus. Die Inflation ist zur Zeit unter Kontrolle und hat laut offiziellen Ziffern nur rund 40% für das ganze Jahr 2002 erreicht: Das ist viel zuviel für die stagnierenden und oft gesunkenen Nominaleinkommen, aber sehr wenig angesichts des um über 250% gestiegenen Wechselkurses zum Dollar. Dieser ist seit etlichen Monaten stabil geblieben (mit gegenwärtig sinkender Tendenz auf etwa 1:3,2), was auch positiv vermerkt werden kann. Die Industrieproduktion, die nun den früher absurd überhöhten Wechselkurs los ist, hat zuletzt wieder leicht zulegen können, und die Arbeitslosigkeit ist – auf einem sehr hohen Niveau – einigermaßen stabilisiert. Die soziale Lage ist äußerst deprimierend für ein Land, in dem Hunger nahezu inexistent und Elend ein margi-

nales Problem war, doch kann man hoffen, dass die Talsohle überschritten ist.

Grundlegend für die Zukunft ist aber nicht zuletzt auch die Haltung des Landes gegenüber der „internationalen Finanzgemeinschaft“, die unter Duhalde von der totalen Unterwürfigkeit zum rationell-konstruktiven Aufbegehren umgeschwenkt ist: also weder selbstherrliche Isolierung noch, wie vorher, bedingungslose Akzeptanz der IWF-Rezepte, die den Gang in den Bankrott mitentschieden haben. Argentinien hat im Jahr 2002 gelernt, dass seine Quasi-Paria-Lage nicht zu dem von vielen an die Wand gemalten völligen Bruch mit den Weltfinanzen – und schon gar nicht zum totalen Zusammenbruch der nationalen Wirtschaft – führen musste, und dass sich das Welt-Establishment schließlich doch zu einem vorsichtigen Einlenken durchringen konnte. Anfang 2003 konnte so endlich ein vorläufiger Kompromiss mit dem IWF erzielt werden, der zumindest ein Aufatmen ermöglicht. Das Verdienst liegt v.a. beim kompetenten, seit langem neoliberalismuskritischen Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, der seit April im Amt ist. Seine These, ein Abkommen mit dem IWF solle angestrebt werden, aber nicht um jeden Preis, hat Erfolg gebracht. Duhalde hat ihn Kirchner als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft empfohlen, dieser wird ihn aber wohl eher im jetzigen Amt bestätigen wollen.

Für Überlegungen zur Entwicklungsökonomie ist der Fall Argentinien weiterhin von größtem Interesse, was die Bevölkerung freilich weniger kümmert als ihr Überleben in der heutigen tiefen Krise und ihre äußerst unklaren Zukunftsperspektiven. Aber für die Theorie und Praxis der „Entwicklungsländer“ ist die Frage wichtig, wie ein Land aus einem derartigen Schlamassel herauskommen kann. Osteuropa wurde in den 90er Jahren vom weltweiten Establishment eine „Schocktherapie“ empfohlen, deren Resultate kaum überzeugend waren. Aber wenn auch in Westeuropa oft „weniger Staat“ ein sinnvoller Vorschlag sein kann, muss man doch annehmen, dass Argentinien nach

seiner quasi-letalen Überdosis von Liberalismus jetzt zunächst einmal dringend eine ordentliche Portion staatlicher Intervention braucht, um überhaupt wieder auf die Beine kommen zu können, und dass erst nach einigen Jahren effizienten Krisenmanagements und behutsamen Wiederaufbaus des in den letzten Jahren weitgehend eingebrochenen Binnenmarktes ein mittelfristig vertretbarer Policy-Mix im Rahmen eines geschickt reformierten Neokeynesianismus greifen kann, zusammen mit einer vernünftigeren, dynamischen Weltmarktintegration und einer verstärkten Allianz mit Brasilien.

Der von angesehenen Ökonomen der Universität Buenos Aires ausgearbeitete *Plan Fénix* bietet in diesem Sinn gute Anhaltspunkte für eine mögliche konsequente Umorientierung, die freilich noch auf ihre politische Umsetzung wartet. Natürlich bleibt hier auch die große Frage des notwendigen Umdenkens im Norden: In einem kürzlichen Leitartikel schließt *Le Monde*, man solle mehr „auf den Professor Lula hören“, wenn dieser für eine ausgeglichene, für den Süden positivere Globalisierung plädiert ...

Kurzfristig stellt sich die Frage, ob es der nächsten Regierung gelingt, die sehr relative und fragile Stabilisierung zu konsolidieren und, mit dem nun endlich erzielten Kompromiss mit dem IWF in der Tasche, daraus einen neuen Start in eine wieder dynamischere Entwicklung herauszuholen. Kirchner, heute im Prinzip der Favorit, stellt eine vorsichtig neokeynesianische, produktionsorientierte Wirtschaft in Aussicht, und auch Elisa Carrió und Rodríguez Saá versprechen den notwendigen Bruch mit dem ultraliberalen und spekulativen Menem-Cavallo-Modell, den schon Duhalde in Ansätzen durchgeführt hat. Menem, noch im Rennen, verspricht dagegen die völlige Dollarisierung, die Übernahme der US-Währung, als „Lösung“; damit wäre der MERCOSUR abgeschrieben und wohl bald eine soziale Explosion auf der Tagesordnung. Die Macht der Statusquo-Kräfte, Korrupteure und Spekulanteure, die von den Irrwegen des letzten Vierteljahrhunderts profitiert haben, ist weiterhin sehr groß. Prognosen sind im heutigen Argentinien sehr riskant... □

IGLA-Mitarbeiter Viktor Sukup war in den 90er Jahren Professor für internationale und lateinamerikanische Wirtschaft an mehreren argentinischen Universitäten und hat das Land zuletzt zur Jahreswende besucht.

Die Zwillingsskrisen

Wenn das Wirtschafts- und das Finanzsystem zusammenbrechen

Sin plata, sin planes, extrañando los plazos fijos, preguntándose quién va a gobernar, entre el ruido de las cacerolas, se acabó el 2001. Julio Nudler, Mempo Giardinelli, Rudy, Sandra Russo, Alan Pauls, Rodrigo Fresán y Sergio Kiernan escriben sobre cómo pasar un año nuevo en que viviremos en peligro.



SUPERSTAR CAVALLO, RETTER IN DER NOT?

Zwanzig Jahre sind gar nichts, meint ein berühmter Tango, aber die letzten zwei, drei Jahrzehnte haben es in sich gehabt für Argentinien, das Land der chronischen Krisen. Ob die besonders akute von heute mit dem lokalen „Supermann“ zu überwinden ist, bleibt abzuwarten.

**Viktor Sukup/
Claudio Katiz**

**A
R
G
E
N
T
I
N
I
E
N**

Vor einem Vierteljahrhundert, am 24. März 1976, hat mit einem Putsch die katastrophalste Periode der gesamten argentinischen Geschichte begonnen. Als die Terrordiktatur 1983 einer zivilen Regierung Platz machte, waren ca. 30.000 Mordopfer zu beklagen, Hunderttausende waren geflohen, die Wirtschaft war bankrott, die Außenschuld ungeheuer angestiegen und gleichzeitig das Wirtschafts- und insbesondere das Industriepotential deutlich reduziert. Die vorher relativ gemäßigten sozialen Kontraste hatten sich dramatisch verschärft. Das Land war schockiert über die Verbrechen und Tragödien dieser Jahre, auch über den unsinnigen Malvinas-(Falkland-)Krieg, der die Militärs wieder in die Kasernen zurückbrachte, nachdem er gezeigt hatte, dass diese auf dem Schlachtfeld ebenso inkompetent und verantwortungslos waren wie in Außenpolitik und Wirtschaft.

Der 25. Jahrestag des Putsches war Gegenstand verschiedener Veranstaltungen. An die hunderttausend Menschen marschierten in Buenos Aires gegen Vergessen und Schwamm drüber. Wie in Chile wird die Straffreiheit der Verbrecher von damals auch hier wieder mehr in Frage gestellt. Nach Jahren angeblicher „nationaler Versöhnung“ ist das Thema in Bewegung geraten, die Rufe nach Bestrafung der Täter werden stärker. Ein kurioses Detail: der Richter, der jetzt den Stein ins Rollen brachte, ein kürzlich in Mexiko verhafteter argentinischer Folterknecht und der alt-neue

„Superminister“ tragen alle drei den keineswegs häufigen Familiennamen Cavallo.

Rezession ohne Ende

Knapp 16 Monate ist die Regierung unter Präsident Fernando de la Rúa erst im Amt. Sie hat wenig geleistet, um das schwere Erbe des Vorgängers Menem, insbesondere die noch einmal mehr als verdoppelte Außenschuld, zu bewältigen. Als Ende 2000 der Finanzkollaps drohte und Argentinien knapp daran war, ähnliche Schockwellen in die internationale Finanzwelt zu senden wie Thailand Mitte 1997, erhielt sie ein IWF-Hilfspaket von 40 Mrd. US\$. In Buenos Aires wurde das als „blindaje“ (Panzerung) gefeiert, eine provisorische Absicherung der Wirtschaft durch eine neuerliche Umstrukturierung des Schuldendienstes, der sonst dieses Jahr gut drei Viertel der Exporteinnahmen verschlungen hätte.

Es gab wenig Illusionen auf eine echte Konsolidierung, aber man hoffte auf eine Verschnaufpause. Gestiegene Agrarweltmarktpreise, BSE in Europa, sinkende Zinsen und der ebenfalls sinkende Dollarkurs ließen wieder etwas Optimismus zu, die Chance konnte vielleicht genutzt werden.

Leider waren es leere Hoffnungen. Anfang März, gegen Ende der argentinischen Sommermonate, die hier oft von heftigen Gewittern an der Wirtschaftsfront erschüttert werden, erwies sich, dass die „blindaje“ keine Stabilität und schon gar nicht einen Ausweg aus der seit drei Jahren anhaltenden Rezession bieten konnte. Das Vertrauen von außen und innen fehlte weiter, die Wiederankurbelung ließ auf sich warten. Die harten und ohne politisches Gespür geschnürten Sparpakete der neuen Regierung waren auch kaum das beste Mittel dafür: Die fortlaufende Rezession drückte die Steuereinnahmen und erhöhte das Budgetdefizit, Investitionen blieben weiter aus. Und jetzt kam noch die Maul- und Klauenseuche dazu ...

Schiffbruch der Talibane

Am 2. März trat Wirtschaftsminister José Luis Machinea zurück. Ersetzt wurde er durch Ricardo López Murphy,

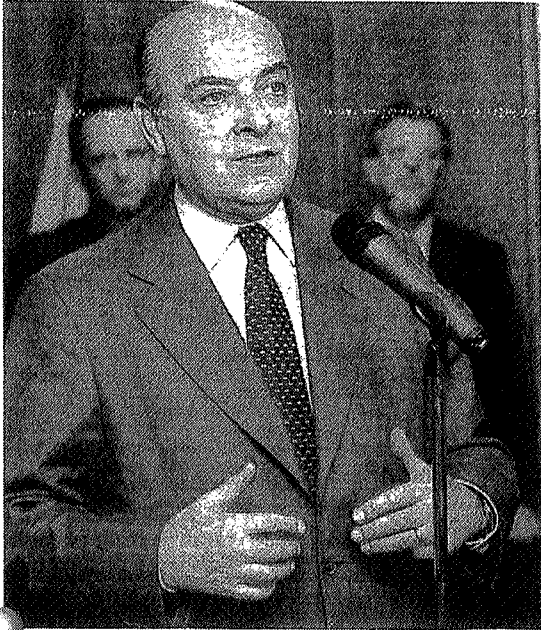
einen Neoliberalen reinsten Wassers, dessen Mitarbeiter als „Markt-Talibane“ bekannt sind. Tage darauf, als López Murphy sein orthodoxes Sparpaket verkündete (darunter die Entlassung von 90.000 der 290.000 Staatsbeamten), das insbesondere auch das Lehrpersonal und die Rentner hart treffen sollte, traten mehrere Minister unter Protest zurück, und Präsident De la Rúa erlebte die heftigste seiner bereits zahlreichen Krisen.

Die Allianz seiner UCR mit dem im Prinzip links von der Mitte stehenden Parteienbündnis FREPASO, die 1999 den Sieg der Koalition gebracht hatte, ist mit dessen Ausscheiden aus der Regierung de facto zerbrochen. Ex-Präsident Alfonsín, das sozialdemokratische Gewissen und der Vorsitzende der UCR, ist sichtlich auf Distanz. Immerhin stand die neue Politik fast genau für das Gegenteil dessen, wofür das Land Ende 1999 gestimmt hatte – ähnlich, wie das 1989 mit Menem war. Angesichts einer besonders breiten Ablehnungsfront, zwischen Streikankündigungen, Fakultätsbesetzungen und sonstigen Massenprotesten gegen seine Pläne, trat López Murphy schließlich selbst zurück, nach nur zwei Wochen im Amt – fast ein Rekord im instabilen La-Plata-Land. Zum ersten Mal seit vielen Jahren gab es wieder Bombenanschläge ...

Der Wirtschaftsputsch

Der gemäßigte Machinea war für die herrschenden Kreise tragbar, denn seine Politik beruhte weitgehend auf Kontinuität. Aber die Rückkehr zu ultraliberalen Wirtschaftsrezepten, knapp vor dem 25. Jahrestag der Diktatur, die einst solche mit brutalsten Methoden eingeführt hatte, illustriert sowohl die Stärke der Finanzbosse als auch den Verfallsprozess eines Landes, das nicht mehr ein noch aus weiß.

Wie schon 1989, beim traumatischen Abgang Alfonsíns, ist kein Militärputsch mehr notwendig, um eine Kurskorrektur durchzusetzen, es genügt ein „Wirtschaftsputsch“. Und Domingo Cavallo, Menems Superminister der Jahre 1991 bis 1996, wurde von den Eliten als „Retter in der Not“ durchgesetzt. Zunächst sollte er Zentralbankchef werden (was er 1982, in der Endphase der



Wird Domingo Cavallo, der neue „starke Mann“, den Karren noch einmal aus dem Dreck ziehen?

Diktatur, schon einmal kurz gewesen war), das war ihm aber zu wenig, dann Regierungschef. Schließlich wurde er zum Wirtschaftsminister mit Sondervollmachten ernannt. Er ist nun der „starke Mann“ des Landes, der sich vom schwachen De la Rúa kaum viel sagen lassen wird.

Wie die „*Neue Zürcher Zeitung*“ treffend resümierte: „Dass die schiffbrüchige Regierungsbündnis den Mann, den sie jahrelang als Hauptschuldigen an der heutigen sozialen Misere dämonisiert hatte, jetzt mit letzter Kraft als Steuermann, ja als De-facto-Kapitän an Bord des untergehenden Schiffes hievt, entbehrt nicht der Ironie.“ Zu ergänzen wäre, dass jene Beschuldigung nicht so aus der Luft gegriffen war ...

Viele sehen in Cavallo effektiv den Retter in der Not oder zumindest den brutalen Draufgänger, der das Land aus der Krise führen kann. Vielleicht kann er auch, als Autor der Dollarankettung des Pesos vor genau zehn Jahren, als einziger diese wieder aufheben, ohne eine neue katastrophale Inflation auszulösen. Und das Cavallo-Paket enthält auch Elemente, die es deutlich vom phantasielos-orthodoxen Paket López Murphys unterscheiden: Besteuerung von Finanztransaktionen, Zollbefreiung für Investitionsgüter und Zölle bis zu 35% auf Konsumgüter. Massenentlassungen von Beamten weist Cavallo heute zurück, ebenso wie Rentenkürzungen. Die

Reaktivierung soll also auch mit protektionistischen Maßnahmen erreicht werden, im Widerspruch zum liberalen Kredo.

Ein Land versinkt im Pessimismus

Doch der Zauberlehrling von 1991 droht von seiner eigenen wirtschaftspolitischen Frankenstein-Kreatur – ultraliberale Politik gekoppelt mit fixem Wechselkurs per Gesetz – selbst überrollt zu werden. Das Rezept wurde jahrelang als genial gepriesen. Heute ist klar, dass es kurzfristig sinnvoll sein konnte, um die Inflation zu brechen und der Wirtschaft eine Art Doping zu verschaffen, dass es aber das Land mittelfristig noch mehr in Verschuldung, Rezession, Abhängigkeit und sinkende internationale Konkurrenzfähigkeit getrieben hat. Auch der im Prinzip

vielpersprechende MERCOSUR ist dadurch in der Praxis gelähmt. Die an sich sinnvollen angekündigten Maßnahmen im Außenhandelsbereich sind mit der Zollunion unvereinbar, ebensowenig wie die Dollarparität selbst, doch Brasilien hat diese letzte Kursänderung akzeptiert, um seinen Partner nicht fallen zu lassen. Wie man aus der monetären Zwangsjacke unverletzt herauskommt, weiß niemand.

Während weltweit Alternativen zum neoliberalen Rezept gesucht werden, schien Argentinien a priori auf extreme Formen desselben zu setzen, die es schon vorher in den Bankrott getrieben hatten. Wird der Wundermann neue Illusionen wecken? Nach den ersten Reaktionen, ja. Eine Frage ist wohl, wie viele „Anpassungspakete“ das Jahr für Jahr tiefer verschuldete und dramatisch verarmte Land noch verkraften kann. Eine andere aber ist, ob Cavallo heute mit seiner bedeutenden internationaler Unterstützung und einem anderen, weniger „markt-fundamentalistischen“ Rezept den nationalen Pessimismus wieder zerstreuen kann, wie vor zehn Jahren mit dem sogenannten „Konvertibilitätsplan“.

IGLA-Mitarbeiter Viktor Sukup hat jahrelang an der Universität Buenos Aires internationale und lateinamerikanische Wirtschaft gelehrt und lebt seit dem Vorjahr in Brüssel. Der Deutsch-Brasilianer Claudio Katiz ist Jurist und lebt in Buenos Aires.

AKTIVITÄTEN AM PUTSCH-JAHRESTAG

Mit Demonstrationsmärschen, Gedenkfeiern sowie großen und kleinen Festivals gedachten die ArgentinierInnen des Militärputsches vom 24. März 1976, der eine der grausamsten Diktaturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einleitete und einen Wendepunkt in der argentinischen Geschichte markiert. Die wichtigsten Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer fanden in der Hauptstadt Buenos Aires statt.

Bereits am Vorabend füllten 35.000 Menschen ein Fußballstadion bis auf den letzten Platz, in dem die Menschenrechtsgruppe der Mütter von der Plaza de Mayo ein Konzert organisiert hatte. Unter dem Motto „Für die Erinnerung, die Wahrheit und die Gerechtigkeit“ traten der Uruguayer Jaime Ross, der Argentinier Víctor Heredia, der Kubaner Pablo Milanés und der Spanier Juan Manuel Serrat auf.

Am 24. März zog eine riesige Menschenmenge durch die Straßen im Zentrum der Hauptstadt. Der Weg führte vom Kongress der Nation zur Plaza de Mayo. Mehr als hundert soziale, gewerkschaftliche und Menschenrechtsorganisationen zeichneten für den Demonstrationaufruf verantwortlich. Die Mütter und die Großmütter der Plaza de Mayo gehörten auch hier wieder zu den Initiatoren an der Spitze. Die Großmütter der Plaza de Mayo waren eine der ersten Gruppen, die dem bis 1983 herrschenden Militärregime die Stirn boten und Sonntag für Sonntag auf der Plaza de Mayo öffentlich nach ihren unter der Diktatur verschwundenen Familienangehörigen fragten.

Die Organisatoren sprechen von der Demonstration zum 25. Jahrestag des Militärputsches als der wichtigsten Mobilisierung in den vergangenen zehn Jahren. Die Motive für die Teilnahme waren zahlreich. Einigen war es wichtig, ihre Abscheu gegenüber der Diktatur und ihren Protagonisten zu zeigen. Für andere waren es die Erinnerung an die Opfer des Staatsterrorismus und der Ruf nach Gerechtigkeit, der sie auf die Straße trieb.

Marcos Salgado

(gekürzt aus poonal 473)

Argentiniens fatale Fixierung auf den Dollar

IM TEUFELSKREIS VON AUSLANDSVERSCHULDUNG, INFLATION UND KONJUNKTURSCHWÄCHE

DIE Peso-Dollar-Parität ist wieder aufgehoben, der argentinische Präsident Eduardo Duhalde spricht gebetsmühlenartig von einem neuen Wirtschaftsmodell, von mehr sozialer Gerechtigkeit und dem Ende der neoliberalen Ära in Argentinien. Der IWF hat seine Verantwortung für die Wirtschaftskrise Argentiniens eingestanden - um gleich darauf Duhalde an seine Pflicht zu erinnern: Es gebe keinen Ausweg aus der Krise, der nicht schmerzen würde. Doch diese Schmerzen hat in Lateinamerika noch immer die breite Bevölkerung zu spüren bekommen, während die privaten ausländischen Gläubiger auf ihre Kosten kommen und auch der IWF seine Bilanz immer wieder ausgleichen kann. Von MICHEL HUSSON ** Wirtschaftswissenschaftler, Paris. Le Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15.2.2002 Seite 16-17

Die gegenwärtige Krise in Argentinien hat ihren Ausgangspunkt in der Peso-Dollar-Parität. Die 1991 eingeführte Maßnahme wurde inzwischen wieder rückgängig gemacht - ein vorhersehbarer Schritt, der allerdings nicht die einzige Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik blieb. Die monetären Spannungen offenbaren nur die außen- und binnenwirtschaftlichen Widersprüchlichkeiten des neoliberalen Modells, wobei sich Erstere im Problem der Integration in den Weltmarkt, Letztere im Problem der Verteilung des erzeugten Reichtums äußern. Um diese Widersprüche darzulegen, müssen wir zum Ende der Achtzigerjahre zurückgehen, als die drei großen lateinamerikanischen Länder Brasilien, Mexiko und Argentinien in der Geldpolitik eine entscheidende Wende vollzogen. Infolge der mexikanischen Krise von 1982, in deren Verlauf Finanzminister Jesus Silva den Zinsendienst vorübergehend einstellte und ein Schuldenmoratorium androhte, um den IWF, die Weltbank und Washington zu neuen Finanzhilfen zu bewegen, empfahlen sämtliche Strukturanpassungsprogramme eine Abwertung der Landeswährung. Ihre Logik war auf das Ziel ausgerichtet, Devisen für die Rückzahlung der Auslandsschulden zu beschaffen. Also musste man den Staatshaushalt sanieren, um die „konkurrierende“ innere Verschuldung (der Zentralregierung) einzudämmen und damit der Auslandsschuld die gebührende Priorität zu sichern. Die Binnennachfrage musste also gedrosselt, die Ausfuhr gefördert werden. Der damit einsetzende Abwertungswetlauf führte in der Tat zu einer Zunahme der Exporte, ließ fast gleichzeitig aber auch die Infla-

tion ansteigen. Zwar senkt eine Abwertung die relativen Ausfuhrpreise, doch im gleichem Maße verteuert sie die Einfuhren, was zum allgemeinen Anstieg des Preisniveaus sämtlicher Güter und Dienstleistungen beiträgt. Hinzu kommt ein weiterer Mechanismus, der kein rein ökonomischer ist: In der Regel geben die Importeure die hohen Preise, die auf die abgewertete Binnenwährung zurückgehen, überhöht an die Kunden weiter und erweitern damit ihre Gewinnspanne auf eine Weise, die man nur als spekulativ bezeichnen kann. Die Inflation führte auch zu einer schlagartigen Erhöhung des Zinsniveaus. Damit wurde die Bedienung der Staatsschulden erheblich verteuert, was wiederum das Budgetdefizit erhöhte, obwohl der Staatshaushalt - ohne Schuldendienst - häufig ausgeglichen war. Also musste der Staat weitere Kredite aufnehmen, um die inflationär steigenden Zinsen zu bezahlen, was wiederum Ressourcen verschlang, die für die Rückzahlung der Auslandsschulden fehlten. Der hier skizzierte Kreislauf geriet schnell außer Kontrolle: Die Inflation zehrte die Geldwertsubstanz auf, was wiederum die teuflische Spirale weiter antrieb. Das Ergebnis war in den meisten Ländern eine Hyperinflation, die in Argentinien 1989 auf aberwitzige 4 900 Prozent anstieg und die Gesellschaft an den Rand des Ruins brachte. Ende Mai 1989 wurde die zweitgrößte Stadt Argentiniens, Rosario, von Aufständen und Plünderungen erschüttert, bei deren Niederschlagung es 14 Tote gab. Einen Ausweg aus dem Desaster schien damals die Anbindung der Landeswährung an den Dollar zu bieten. Mexiko vollzog die Wende bereits im Dezember 1987, Brasilien zog 1994 mit dem Real-Plan nach, und in Argentinien wurde die Peso-Dollar-Parität 1991 eingeführt, als Staatspräsident Carlos Menem und Finanzminister Domingo Cavallo das „Konvertibilitätsgesetz“ durchboxten. Die Erinnerung an die Jahre der „rotierenden Geldpresse“ wurde für die Peronisten zum Kernelement ihrer Propaganda. Obwohl Carlos Menem in den letzten Jahren seiner Amtszeit mit Korruptionswürfen konfrontiert war,⁽¹⁾ hat ihn die argentinische Öffentlichkeit als den Präsidenten im Gedächtnis behalten, der dem Albtraum der Hyperinflation ein Ende bereitete. So erklärt sich auch, dass die Mittlinks-Koalition, die 1999 an die Regierung kam, die Dollaranbindung nicht in Frage stellte und sogar Domingo Cavallo in die Regierung berief. Eine starke Währung hat nicht nur den Vorteil, den Teufelskreis von Inflation und Abwertung zu durchbrechen, sie reduziert auch den Nominalwert der inneren

Staatsschulden und die reale Last der Auslandsverschuldung. Allerdings funktioniert das neoliberale Modell nur unter der Bedingung, dass das chronische Leistungsbilanzdefizit, das infolge der harten Währung eher noch zunimmt, durch einen ständigen Zustrom von Auslandskapital ausgeglichen wird. Der feste Wechselkurs ist so gesehen auch eine bindende Zusage an diese ausländischen Kapitalgeber - eine Art Versicherung gegen die plötzliche Entwertung ihrer Investitionen. Diesen unbestreitbaren Vorteilen der Wechselkursparität stehen allerdings neue Nachteile gegenüber. Vor allem sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der Waren des Hartwährungsland. Im Fall Argentinien machte sich dieser Zusammenhang besonders drastisch bemerkbar. Zwischen 1997 und 2001 stand der Peso-Dollar-Wechselkurs unverändert bei eins zu eins, und die Preise blieben stabil. Der brasilianische Real verlor im selben Zeitraum 60 Prozent seines Dollarwerts, während das inländische Preisniveau um 25 Prozent anstieg. In Dollar gerechnet, hat sich das argentinische Preisniveau damit gegenüber dem brasilianischen verdoppelt. Dieser Verlust an Wettbewerbsfähigkeit spiegelt sich in der Handelsbilanz wider. Die blieb gegenüber den USA aufgrund der Dollarbindung unverändert, aber gegenüber den anderen lateinamerikanischen Ländern - vor allem den Mercosur-Staaten (2) und insbesondere Brasilien - sowie gegenüber Europa ist eine deutliche Verschlechterung zu verzeichnen. Im Jahr 2000 machten die argentinischen Ausfuhren gerade einmal 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Angesichts des wachsenden Handelsbilanzdefizits kamen bei den Investoren Zweifel auf, ob Buenos Aires auch künftig in der Lage sein werde, die Dollarparität aufrechtzuerhalten und seinen Auslandsverpflichtungen nachzukommen. Während der Krisenmonate ließ sich der Vertrauensverlust Tag für Tag am Barometer der Rating-Agenturen ablesen. Um diese Entwicklung zu stoppen und das Vertrauen der Kapitalmärkte wiederherzustellen, musste man spektakuläre Zinserhöhungen vornehmen. Nur sie boten die Garantie, dass der Wechselkurs nicht plötzlich freigegeben werden musste, und nur sie konnten die unmittelbar drohende Zahlungsunfähigkeit abwenden. (3) Die Zinserhöhungen brachten die öffentlichen Finanzen noch mehr aus dem Gleichgewicht. Zwischen 1996 und 2000 verdoppelten sich die staatlichen Zinszahlungen von 4,6 Milliarden auf 9,65 Milliarden Dollar. Die Hilfskredite des IWF, darunter das Ende 2000 ausgehandelte „Rettungspaket“ über 39,7 Milliarden Dollar, wurden von diesem Mahlstrom verschlungen. Die geschilderten Mechanismen wirken umso unerbittlicher, als nach dem System des Currency Board jeder umlaufende Peso durch einen Dollar Devisenreserven gedeckt sein muss und die Devisenreserven mit dem Stand der Zahlungsbilanz schwanken. So schnappt die Falle der neoliberalen Orthodoxie zu und lässt keinen anderen Ausweg als die Politik des *corralito*, der Begrenzung von Barab-

hebungen. Kurzum: Der Peso ist hart, aber es gibt keine Pesos mehr. Die aussichtslose Suche nach dem optimalen Wechselkurs bestätigt erneut die Unstimmigkeit der Postulate, auf denen die liberale Globalisierung beruht. Der Theorie zufolge sollte sich ein Land wie Argentinien den Regeln des Weltmarkts aussetzen können, und umgekehrt soll die Öffnung für den Wettbewerb als Anreiz dienen, die Produktivität der Landeswirtschaft so weit zu steigern, dass sie sich auf dem Weltmarkt behaupten kann. Dabei rechnet man mit lediglich zeitweiligen Defiziten, die aber durch den Zufluss von Auslandskapital ausgeglichen werden. In der Praxis der real existierenden Globalisierung erweist sich dieses Modell als höchst instabil, da der Wechselkurs widersprüchlichen Anforderungen genügen muss. Auf der einen Seite soll er durch wettbewerbsfähige Preise Käufer anziehen, auf der anderen Seite durch solide Gewinnmargen um Investoren werben. Das erste Ziel ist durch eine eher unterbewertete, das zweite durch eine überbewertete Währung zu erreichen. Da die Grundannahme der neoliberalen Theorie also falsch ist, sehen sich die meisten Länder des Südens genötigt, zwischen den beiden Optionen krisenhaft hin und her zu schwanken. Die Dollarbindung des Peso war nur um den Preis eines horrenden sozialen Rückschritts möglich. Zwischen 1991 und 1998 verzeichnete Argentinien eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5 Prozent (3,4 Prozent in Lateinamerika insgesamt), die Pro-Kopf-Produktivität wuchs um 30 Prozent, aber der Durchschnittslohn ging um 3 Prozent zurück. Hier wird die Logik des neoliberalen Modells überdeutlich: Es begünstigt die zunehmend ungleiche Verteilung des Produktivitätszuwachses. Die Arbeitslosenquote stieg trotz des relativ hohen Wachstums von 7 Prozent im Jahr 1992 auf heute über 17 Prozent, von der Zunahme der Unterbeschäftigung ganz zu schweigen. (4) Nutznießer des Modells ist die sehr schmale Oberschicht. Überdies wird durch die sozial inakzeptable Reichtumsverteilung langfristig das Wirtschaftswachstum untergraben. Ein undynamischer Binnenmarkt bietet am Ende keine Investitionsanreize mehr und führt dazu, dass die Eliten sich als Rentiers auf ihren Dividenden- und Zinseinkommen ausruhen. Mitten in der Krise zeigte das Börsenbarometer in Buenos Aires auf Hausse, weil leicht wiederverkäufliche Dollartitel gekauft wurden. Die Kapitalflucht belief sich nach Schätzungen auf insgesamt 120 Milliarden Dollar (ungefähr genauso viel wie die Staatsschuld), wobei 24 Milliarden allein zwischen März und Dezember 2001 abflossen. Im Staatshaushalt trafen die Widersprüche zwischen außenwirtschaftlich-monetären und binnenwirtschaftlich-sozialen Anforderungen aufeinander, insofern die ultraliberale Wirtschaftspolitik die Einkommen der Besitzenden zunehmend von der Steuerpflicht befreite. Der Leiter der Fiskalabteilung beim IWF, Vito Tanzi, erklärte gegenüber der Tageszeitung *Clarín* (11. August 1997): „Das aktuelle

Steuersystem hat es vielen Leuten ermöglicht, sich zu bereichern, weil sie keine Steuern zahlten, vor allem denjenigen, die hohe Einkommen aus Kapitalgewinnen, Zinsen und Dividenden hatten.“ Das Ausmaß der Krise erklärt sich auch aus diesem Verhalten der Elite: Steuerbefreiung, Kapitalflucht und natürlich Korruption. Aus der geschilderten Verkettung von außen- und binnenwirtschaftlichen Widersprüchen ergibt sich eine Vielfalt unterschiedlicher Interessenlagen. Die Beschäftigten, Kleinsparer und Rentner, Banken und Auslandsgläubiger, die binnen- und die weltmarktorientierten argentinischen Kapitalisten, die spanischen und die französischen Multis und ihre Regierungen, der IWF und andere multilaterale Organisation, das US-Finanzministerium - all diese „Akteure“ sind auf die eine oder andere Weise von der Geldpolitik betroffen. Die wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen Argentinien und Brasilien stellen den „Gemeinsamen Markt des Südens“ (Mercosur) auf eine harte Probe. Argentinien beschloss protektionistische Maßnahmen, um sich gegen den Zustrom von brasilianischen Waren zu schützen, und die Intensivierung des Handels innerhalb des Mercosur ist seitdem praktisch nicht mehr vorangekommen. Brasilien geriet zunehmend in die Isolation: Das Land zeigt Vorbehalte gegenüber der für 2005 vorgesehenen „Gesamtamerikanischen Freihandelszone“ (FTAA) und steht der fortschreitenden Dollarisierung des lateinamerikanischen Wirtschaftsraums ziemlich distanziert gegenüber. Zwei Dinge gilt es auseinander zu halten: Dollarisierung und Wirtschaftsintegration. Die Vereinigten Staaten befürworten die Dollarisierung nicht um jeden Preis. Sie würden den Dollar gern als Bezugswährung sehen, wollen ihrer Zentralbank jedoch unter keinen Umständen die Funktion eines *lender of last resort* aufbürden. Der Meltzer-Bericht über die IWF-Reform(5) lässt die Frage „feste oder flottierende Wechselkurse“ offen. Argentinien könnte die Krise nutzen, um dem Mercosur neues Leben einzuhauchen und die gemeinsame Geldpolitik auf eine vernünftige Grundlage zu stellen. Dies würde voraussetzen, gemeinsam mit Brasilien einer dollarisierten FTAA eine Absage zu erteilen. In jedem Fall steht zu erwarten, dass die Dollarisierung durch das argentinische Beispiel einiges an Attraktivität verlieren wird. Einstweilen herrscht de facto ein Schuldenmoratorium. Das ließe Zeit, um herauszufinden, wer die Last der Abwertung tragen soll: die „kleinen Leute“ oder die „oberen Zehntausend“. Präsident Eduardo Duhalde steht von zwei Seiten unter Druck. An seiner Zwangslage, eingeklemmt zwischen den Wünschen der argentinischen Bevölkerung und denen des IWF und der EU-Kommission(6), zeigt sich die ganze()Widersprüchlichkeit eines labilen Entwicklungsmodells. dt. Bodo Schulze

Fußnoten: (1) Am 21. Januar 2002 sperrte die Schweizer Justiz zwei Konten des Expräsidenten mit rund 10 Millionen Dollar. Anfang Dezember vori-

gen Jahres wurde Menem nach 167 Tagen Haft wieder auf freien Fuß gesetzt. Ihm wurde vorgeworfen, zwischen 1991 und 1995 illegal Waffen an Kroatien und Ecuador vermittelt zu haben. (2) Der „Gemeinsame Markt des Südens“ (Mercosur) umfasst Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay. Mit Chile und Bolivien bestehen Assoziationsabkommen. (3) Bei der Umschuldungsaktion vom Juni 2001 wurden beispielsweise bis 2005 fällige Schuldtitel über 29,5 Milliarden Dollar in Papiere mit bis zu 30-jähriger Laufzeit umgewandelt. Als „Gegenleistung“ wurden höhere Zinssätze vereinbart - durchschnittlich 15 Prozent. (4) UN-Wirtschaftsorganisation für Lateinamerika (CEPAL), Estudio económico de América Latina y el Caribe 2000-2001, <<http://www.eclac.cl/estadisticas>>. (5) <<http://www.house.gov/jec/imf/meltzer.pdf>>. (6) Die EU-Kommission hat den Duhalde-Plan kritisiert, angeblich wegen „mangelnder Glaubwürdigkeit“, in Wirklichkeit wegen fehlender Garantien für spanische und französische Vermögen (*El País*, 16. 1. 2002).



D: Ich bin besorgt... Der IWF sagt, dass wir sparen müssen. Unsere Ausgaben kürzen, bei der Politik sparen, bei der Gesundheit sparen, überall sparen.

H: Was machte Ihnen Sorgen?

D: Dass Sparer hier immer beschissen werden.

Land unter am Río de la Plata

Ein entscheidungsschwacher Präsident, ein unberechenbarer Wirtschaftsminister, ein Volk mit Wut im Bauch und der Pegel steigt

Nach den sintflutartigen Regenfällen der letzten Wochen stehen einige Landesteile Argentiniens unter Wasser. Ein Sinnbild für die ökonomische und politische Situation des Landes, denn am Río de la Plata regnete es auch Rekorde anderer Art. Die Arbeitslosenquote stieg im Oktober auf die Rekordhöhe von offiziell 18,7 Prozent. Die Zahl der Firmenpleiten erreicht seit Monaten Spitzenwerte. Die Außenverschuldung liegt mittlerweile bei offiziell 132 Milliarden US-Dollar. Argentinien befindet sich im vierten Jahr einer tiefen Rezession, die Wirtschaft schrumpft, der private Konsum wird auf das Notwendigste beschränkt, die Staatseinnahmen sinken, die öffentlichen Haushalte können keine Nachfrage stimulieren und die Wirtschaft ankurbeln. Alles dreht sich im Kreis nach unten. Geld von außen gibt es nicht mehr. Der Länderrisikoindex für Kredite an Argentinien lag Ende Oktober bei sagenhaften 2500 Punkten: Weltrekord!

Wie schwarze Gewitterwolken hängen über dem Land die vier großen Ds: Defizit Zero, Devaluation, Dollarisierung oder Default – das Gesetz über den Null-Defizit-Haushalt, die Abwertung des Peso, die Abschaffung des Peso oder die Zahlungsunfähigkeit des Staates.

Die vier großen Ds

Mit dem Haushaltsgesetz Defizit Zero hatte Wirtschaftsminister Domingo Cavallo versucht, die Zahlungsschwierigkeiten des Landes in den Griff zu bekommen. Der Staat darf nur noch ausgeben was er einnimmt und die Bedienung der Auslandsschuld hat oberste Priorität. Eine Kreditfinanzierung von außen findet nicht mehr statt, Argentinien bekommt ohnehin kein Geld mehr zu bezahlbaren Konditionen, die Verschuldung liegt bei 132 Milliarden US-Dollar. Da die Staatseinnahmen aber schrumpfen – im September lagen sie beispielsweise rund 20 Prozent unter denen des Vorjahres – folgte eine Haushaltsanpas-

sung nach der anderen. Sozialprogramme wurden zusammengestrichen, die Löhne der Staatsangestellten gekürzt oder ihre Auszahlung verschoben. Das Gleiche geschah bei den Renten.

Die festgeschriebene Eins-zu-Eins-Bindung des Peso an den US-Dollar verhindert zwar eine Inflation, zwingt aber die Exportwirtschaft in die Knie. Seit beispielsweise Brasilien seine Währung freigegeben hat, liegt der Außenhandel mit dem großen Nachbarn brach. Argentinische Produkte sind für brasilianische Verhältnisse sündhaft teuer. Dagegen steigen die Importe und treiben die heimischen Hersteller in den Ruin. Selbst Produkte, die das Land im Überschuss produziert, wie beispielsweise Mais, werden billiger importiert. Das Gespenst der Abwertung geistert somit immer wieder durch die Debatten.

Doch die Regierung hält an der Dollar-Bindung fest, und sie weiß warum. Nach einer Studie des Forschungsinstituts Equis würden bei einer Abwertung des Peso um

20 Prozent rund 3,6 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze gedrängt werden. Die Grenze ist mit einem Monatseinkommen von 154 Peso festgelegt. Bereits heute wird der Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze auf knapp 40 Prozent veranschlagt. Das sind rund 14,5 Millionen Menschen.

Gegen eine Dollarisierung des Landes wehrt sich der Wirtschaftsminister. Damit würde sich der Staat vollends der US-amerikanischen Zentralbank unterordnen. Zudem würde die Abschaffung des Peso keines der Probleme lösen. Die Zahlungsunfähigkeit kann sich Argentinien auch nicht leisten. Auch wenn das Land de facto pleite ist, als Glied einer Kette der internationalen Kreditverflechtungen, kann der Internationale Währungsfonds ein Ausbrechen Argentiniens nicht dulden.

Heute dies, morgen das

Aus dem zum Amtsantritt von De la Rúa versprochenen *cambio*, dem Wechsel, ist nichts gewor-

den. Reihenweisen gingen und kamen die Minister, Vereidigungen sind zum Markenzeichen dieser Regierung geworden. Als der Präsident Domingo Cavallo zum Wirtschaftsminister machte, war auch dem letzten Optimisten klar, dass er das katastrophale Erbe seines Vorgängers Carlos Menem nur weiter verwalten wird. Cavallo führte als Wirtschaftsminister unter Menem die Dollarbindung ein, jetzt kam das Defizit Zero und die Spekulationen darüber, was der Minister noch so vor hat, schießen ins Kraut.

Der Präsident selbst gilt als handlungs- und entscheidungsschwach. Marta, die schon einige Wahlkampagnen für anstehende Politikandidaten entworfen hat, erklärt es so: „Die Menschen, die De la Rúa gewählt haben sind ei-

ge. Er ist ein Mensch, da gehst du heute hin und sagst: 'Herr Präsident, das ist mein Vorschlag und er ist gut' und De la Rúa sagt: 'Mach das.' Und morgen kommt ein Anderer und schlägt genau das Gegenteil vor und De la Rúa sagt ebenfalls 'Mach das.' Die Menschen auf der Straße formulieren es drastischer: „Sein Vorgänger Menem hat uns alles gestohlen, aber er hat wenigstens regiert. De la Rúa macht gar nichts, er klaut nichtmal.“ Die Stimmung am Río de la Plata ist schlecht, die Menschen sind wütend.

Wütende WählerInnen

Am 14. Oktober fanden Kongresswahlen statt. Sie galten als Stimmungstest für die Politik der Regierung. Der Wahlkampf kannte vor allem zwei Schuldige für die

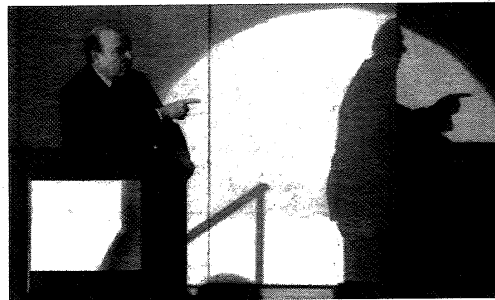
gumentierten gegen ihn. Sein ehemaliger Kabinettschef, Rodolfo Terragno, kandidierte in der Hauptstadt für den Senat und warb mit dem Slogan: „Wer im Gesundheitswesen spart, ist selber krank.“ Sein Parteivorsitzender der UCR und Ex-Präsident Raúl Alfonsín kandidierte ebenfalls für den Senat in der Provinz Buenos Aires. Seine Schelte fiel moderater aus: „Der Präsident ist ein intelligenter Mann. Aber ich glaube, diese Intelligenz treibt ihn dazu alles permanent zu korrigieren.“

„Voto bronca – Wahl der Wut“ war die am häufigsten verwandte Analyseformel für das Ergebnis dieser Wahlen. Zum ersten Mal wurden die Senatoren direkt und, wie alle zwei Jahre, die Hälfte des Abgeordnetenhauses neu gewählt. (Wahlergebnisse siehe Kasten)

Rund 25 Millionen Wahlberechtigte mussten ihre Stimme abgeben, in Argentinien herrscht Wahlpflicht. 6,3 Millionen kümmerte das nicht, sie blieben den Urnen fern, und 3,9 Millionen warfen leere Umschläge in die Urnen oder fütterten sie mit allerlei Papierkram: Bildern von Bin Laden oder Zetteln mit Bemerkungen wie „hijos de puta“. Einer wählte eine Scheibe Wurst, ein anderer ein unbenutztes Kondom. Insgesamt 10,2 Millionen ArgentinierInnen wählten

gar nicht oder ungültig. Das waren 41 Prozent der Wahlpflichtigen: Landesrekord beim *voto bronca*.

Dass der Präsident ein intelligenter Mann ist, zeigte seine Ana-



Das war's: Wirtschaftsminister D. Cavallo

ner Imagekampagne auf den Leim gegangen, die einen starken Präsidenten versprach, der einen Politikwechsel organisiert und der Korruption ein Ende bereitet. Ich beobachte De la Rúa schon lan-

Misere: Der Präsident und sein Wirtschaftsminister. Nur wer gegen die Regierung Front machte, hatte eine Chance. Selbst die eigenen Parteikandidaten aus der Radikalen Bürgerunion UCR ar-

ARGENTINIEN

lyse der Wahl: „Die Ergebnisse gelten den zur Wahl stehenden Politikern, nicht der Regierung.“ Wie verheerend der Wahlausgang aber für die Regierung war, zeigt der Blick auf die absoluten Zahlen. In der bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires kam die regierende Alianza auf 810.000 Stimmen. Bei den Wahlen vor zwei Jahren erzielte sie hier über drei Millionen. Die gleichen Erosionen ereigneten sich in nahezu allen Stimmbezirken. Landesweit verlor die regierende Alianza mehr als zwei Drittel der Stimmen von 1999. Dass sie dennoch recht glimpflich davon kam, liegt am argentinischen Wahlgesetz. Nach der Auszählung werden nur abgegebene und gültige Stimmen

nach Prozentanteilen auf die angetretenen Parteien verteilt und gewertet.

„Die Regierung muss nach diesen Resultaten einen Richtungswechsel in ihrer Politik vornehmen,“ war der einhellige Tenor am Tag danach. Parteichef Alfonsín forderte in jedes Mikrofon, das man ihm hinhielt, die Entlassung Cavallos. Für zusätzlichen Zündstoff sorgte ein Editorial der Financial Times aus London. Die konservative Finanzzeitung empfahl allen internationalen Investoren kein Kapital



Dr. Alfonsín, Sie kritisieren Cavallo, die Regierung und fordern jeden Tag Änderungen/ Ja, weil wenn sich nichts ändert, kann es sehr schlimm enden./ Wie?/ Wie als ich Präsident war.

Zahlen der Wut

Rund 25 Millionen Wahlpflichtige waren aufgerufen, ihre Stimmen für die Sitze im Senat und die Hälfte der Abgeordneten abzugeben. Die Senatoren wurden zum ersten Mal direkt gewählt, bei den Abgeordneten war es die alle zwei Jahre stattfindende Neuwahl der Hälfte des Abgeordnetenhauses. Von diesen 25 Millionen gingen 6,3 erst gar nicht zu den Wahllokalen, 3,9 Millionen warfen leere Umschläge oder ungültige Stimmen in die Urnen. Das sind 10,2 Millionen oder 41 Prozent der Wahlpflichtigen. Damit ist diese Gruppe der vermeintliche große Sieger der Wahl.

Senat

Auf Platz zwei sind die Peronisten mit rund 37 Prozent gelangt.

Eduardo Duhalde, der noch 1999 gegen De la Rúa bei den Präsidentschaftswahlen kläglich gescheitert war, feierte seinen errungenen Senatsposten in der Provinz Buenos Aires wie einen großen Sieg. Dabei hatte auch er absolut 700.000 Stimmen weniger bekommen, im Vergleich zu den Ergebnissen von 1999. Insgesamt verteilen sich diesmal 4,7 Millionen Stimmen weniger auf die Parteien als 1999, als das Nichtwahlergebnis deutlich geringer ausfiel.

Auf Platz drei landete die bei der Wahl noch bestehende Alianza aus UCR und FREPASO. Mit rund 23 Prozent verlor sie jedoch erdrutschartig. 1999 lag das Vergleichsergebnis bei gut 40 Prozent.

Mit unverändert 39 Senatorenposten stellen die Peronisten auch

weiterhin die stärkste Gruppe im Senat. Die Alianza gewann kurioserweise 3 hinzu und kommt auf 25 Sitze (UCR 24 / FREPASO 1). Der Grund für diesen Zugewinn liegt im Wahlgesetz. In jedem Stimmbezirk wurden drei Senatoren gewählt. Der Sieger erhält zwei Sitze, der Zweite einen.

Von dieser Regelung profitierte auch die erstmals angetretene Alternativa para una República de Iguales (ARI), die sich um die charismatische Elisa Carrió gebildet hat. In der Hauptstadt landete ihr Senatskandidat Alfredo Bravo auf Platz zwei. Carrió ist 1999 als Abgeordnete für die UCR gewählt worden, zog sich dann aber enttäuscht über die offizielle Politik, und speziell über die strafflos bleibende Korruption der Menem-Ära, aus dem UCR-Block zurück

mehr in Argentinien anzulegen: „Es macht keinen Sinn, einem Land Geld zu geben, das keine Chance mehr hat einen Zugang auf die Weltmärkte zu finden.“ Aber der Präsident hatte schon analysiert. Er hielt an seinem für nach den Wahlen vorgesehenen Fahrplan fest: Zuerst die Einigung mit den Provinzen über den neuen Länderfinanzausgleich, dann die Bekanntgabe der neuen Wirtschaftsmaßnahmen und zuletzt die Umbildung des Kabinetts.

Die Alianza zerbricht

Ein Witz machte die Runde: Schon wieder drei Stunden um und noch kein FREPASO-Minister zurückgetreten. 1999 war die Alianza, ein Mitte-Links-Bündnis aus der Unión

Cívica Radical (Radikale Bürgerunion, UCR) und der Frente Para un País Solidario (Front für ein Solidarisches Land, FREPASO), angetreten um die Peronisten bei der Präsidentschaft abzulösen. Das gelang bereits im ersten Wahlgang. De la Rúa wurde Präsident, sein Vize wurde der FREPASO-Vorsitzende Carlos Chacho Álvarez, der als eigentliches Zugpferd und Garant für den Wahlsieg galt. Knapp ein Jahr später kehrte Chacho Álvarez, wie einst der SPD-Vorsitzende und Finanzminister Oskar Lafontaine, über Nacht der Politik den Rücken zu. Nach einer kurzen Presseerklärung legte er sämtliche Ämter nieder und zog sich ins Privatleben zurück. Dem vorausgegangen war allerdings ein

ARGENTINIEN

Bestechungsskandal. Einige Senatoren hatten mutmaßliche Schmiergeldzahlungen aus dem Topf des Präsidenten erhalten, um dafür gegen ein Arbeitssicherungs-gesetz zu stimmen. Die Alianza erlebte ihren ersten tiefen Riss und De la Rúa verlor mit Chacho Álvarez seinen wichtigsten Mann in der Regierung. Weitere Austritte von FREPASO-Mitgliedern aus der Regierung folgten.

Am Vorabend der Wahlen vom 14. Oktober war mit Sozialminister Juan Pablo Cafiero noch ein FREPASO-Mitglied in der Regierung vertreten. Cafiero hatte öffentlich beklagt, dass man seinen Haushalt um über 80 Prozent zusammengeschrumpft hatte, indem man ihm einfach das zugesagte

und bildete mit ebenfalls frustrierten FREPASO-Mitgliedern die ARI. Bei den Abgeordnetenwahlen konnte sie ihre 17 Mandate halten. Damit ist die ARI parlamentarisch zur drittstärksten Kraft des Landes geworden. Dennoch wirkt die Partei mit Ausnahme ihrer stimmungsgewaltigen Führungsperson wie eine Ersatzbank mit der zweiten Garnitur. Es ist fast ausschließlich Carrió, die spricht. So auch auf der Abschlussveranstaltung vor der Wahl, auf der gut 30 Kandidaten auf dem Podium saßen. Die einzige Rede des Abend hielt, die nicht kandidierende, weil bereits Abgeordnete, Elisa Carrió.

Abgeordnetenhauses

Im Abgeordnetenhauses haben die Peronisten die Alianza als stärkste Kraft abgelöst. Mit einem Ge-

winn von 17 Mandaten halten sie jetzt insgesamt 116. Die Alianza verlor 14 Mandate und kommt auf 88 (UCR 71 / FREPASO 17).

Arg gebeutelt wurde Cavallos Acción por la República. Mit knapp 2 Prozent verschwand die Partei in der Versenkung und hätte sie nicht noch neun Mandate von den Wahlen 1999 wäre sie parlamentarisch nicht mehr vertreten.

Deutlich von der Stimmung im Land profitierten die kleinen Links-Parteien. In der Hauptstadt kamen die linken Gruppierungen in der Summe auf 25 Prozent. Aber die Zersplitterung ist die Crux der linken Opposition in Argentinien. Ein glänzendes Comeback mit 10 Prozent der Stimmen der Hauptstadt feierte Luis Zamora mit seiner trotzkistischen Autodeterminación y Libertad. Zamoras Ruf als ehr-

liche Haut ist unbestritten. Als er 1995 das Abgeordnetenhauses nach seiner Amtszeit verließ, verzichtete er auf die ihm zustehende finanzielle Zuwendung als Ex-Abgeordneter und lebte vom Buchverkauf auf der Straße. Legendär ist seine Beschimpfung von Ex-Präsident Bush Senior, als dieser Anfang der 90er im Kongress eine Rede hielt. Nachdem er ihn lautstark als Hurensohn bezeichnete und dass es eine Schande sei, dass einer wir er hier reden dürfe, trugen ihn die Ordner aus dem Plenum.

Auch die Izquierda Unida um Patricia Walsh erzielte mit gut 7 Prozent ein beachtliches Ergebnis in der Hauptstadt und zieht wieder ins Abgeordnetenhauses ein. Der Rest splittet sich auf.

juvo

47

ARGENTINIEN

Geld nicht zukommen ließ. Er forderte ein Dekret von De la Rúa, durch das die Sozialausgaben von der Politik des Defizit Zero ausgenommen werden sollten. Aus der Finanzabteilung des Wirtschaftsministeriums hieß es dazu:

„Oberste Regel ist das Defizit Zero. Der Minister möge uns sagen, woher wir das Geld nehmen sollen, dann werden wir es ihm auch geben.“ Eine Woche nach der Wahl trat Cafiero zurück. Damit war auf Regierungsebene die Alianza beendet und eine Woche später trat auch die Mehrzahl der FREPASO-Delegierten im Abgeordnetenhaus aus der Alianza aus.

Der letzte Schritt zuerst

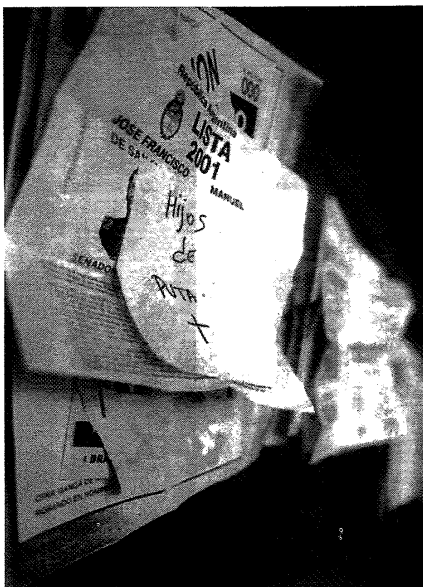
Drei Tage nach Cafieros Rücktritt wurde Daniel Sartor, Mitglied der UCR und bisher zweiter Mann im Ministerium als Minister vereidigt. Er ist bereits die vierte Person innerhalb von zwei Jahren auf diesem Posten. Sartor war schon einmal Sozialminister in der Provinz Rio Negro und die dortige Opposition beschuldigt ihn noch heute 90.000 Peso als Sozialhilfe

deklariert zu haben, ohne dass jemand sagen kann, wo sie geblieben sind. Aber er ist wahrscheinlich auch der letzte Sozialminister der Regierung De la Rúa. Denn just ein paar Tage später gab der Präsident eine weitere Umbildung

rismus Hernán Lombardi wurde in den Ministerrang erhoben und steht nun dem neuen Ministerium für Tourismus, Kultur und Sport vor. Lombardi hatte schon lange für die Schaffung dieses Ministeriums geackert und gilt als treuer

Anhänger De la Rúas. Er ist Teil der so genannten Sushi-Gruppe, eine Gruppe die sich um Antonio de la Rúa, den Sohn des Präsidenten, schart. Dem Sohn wird nachgesagt, er habe erheblichen Einfluss auf seinen zögerlichen Vater.

Zur Sushi-Gruppe gehört auch Patricia Bullrich. Sie wechselt von der Spitze des Arbeitsministeriums in ein neu geschaffenes Ministerium für Soziale Sicherheit und Agencia Social. Die Bündelung aller sozialen Maßnahmen soll mit diesem Ministerium eingeleitet werden. Bullrich rammt denn auch gleich mächtige verbale Pföfke ein: „Ich werde die revolutionärste Sozialpolitik mache, die Argentinien seit Perón gesehen hat.“ Das wird sie auch tun müssen, will sie am Ende nicht wieder mit einem Negativrekord aus diesem Amt scheiden. Ihrem Nachfolger



Hurensöhne! Ein Haufen ungültiger Stimmzettel

des Kabinetts bekannt.

Der Präsident hebelte kurz nach dem Dekret ein Gesetz aus, das die Zahl der Ministerien auf zehn beschränkt und erweiterte sein Kabinett um zwei Ministerien. Der bisherige Sekretär für Tou-

risma

ARGENTINIEN

José Dumón überlässt sie die Rekordarbeitslosenquote von 18,7 Prozent. Und auf die Frage, warum erst kurz zuvor ein neuer Sozialminister ernannt wurde, sagte sie diplomatisch: „Wir werden zusammengehen.“

Der zweite Schritt vor dem ersten

Nachdem sich die groß angekündigte Kabinettsumbildung lediglich als Erweiterung entpuppte, wartete die Bevölkerung mit Spannung auf die neuen Wirtschaftsmaßnahmen. Drei Wochen ließ sich die Regierung Zeit.

Immer wieder angekündigt und verschoben, trat der Präsident am 2. November vor die Kameras und sprach zur Nation: „...Alle haben



Kennst Du den Unterschied zwischen einem argentinischen und einem nordamerikanischen Senator?/Nein.../Wenn er einen anonymen Brief bekommt, erschreckt der amerikanische sich und der argentinische freut sich.

wir auf die eine oder andere Weise zur Verschuldung des Landes beigetragen. Wir alle haben sie aufgehäuft und wir alle müssen sie abtragen. ... Ich weiß, dass viele mit der Regierung nicht zufrieden sind, dass ihnen meine Art nicht gefällt, mein Stil. Ich weiß, dass viele kein Vertrauen gegenüber den Politikern haben oder in die Art und Weise wie sie ihr Amt führen. Dies ist die Gelegenheit aller führenden Politiker die Botschaft der Wahlen zu begreifen. ... Auf dem Spiel steht die Republik, nicht mein Schicksal...“

Neben der nationalen Rhetorik gab er auch einige Maßnahmen bekannt. Um die Kaufkraft zu erhöhen sollen die Rentenbeiträge der Beschäftigten zunächst für ein Jahr von 11 auf 5 Prozent gesenkt werden. Für den Konsumentenkau mit Kreditkarte soll die Mehrwertsteuer von 21 auf 16 Prozent gesenkt werden. Damit wird erreicht, dass die Umsatzsteuer überhaupt in den Staatsäckel fließt. Ohne offizielle Quittung oder Kassenbons einzukaufen, ist in Argentinien eher die Regel als die Ausnahme. Im sozialen Bereich wird es ein Kindergeld von 30 Peso geben, wer älter als 75 Jahre und dennoch nicht in Rente gehen kann, soll monatlich 100 Peso erhalten. Dreh- und Angelpunkt ist jedoch die Senkung der Zinsen für den Schuldendienst auf 7 Prozent, die mitunter bei einer Rate zwischen 15 bis 25 Prozent pro Jahr liegen. Der Staatshaushalt soll im Jahr 2002 um 4 Milliarden Peso durch eine umfassende Neuregelung des Schuldendienstes entlastet werden. Ob das gelingt, ist die große Frage. Der Wirtschaftsminister hat offiziell

Front gegen die Armut

Gegen die Politik von oben regt sich seit langem Widerstand von unten, beispielweise die *piquetes*, Straßenblockaden. „Die große Mehrheit will von dieser Politik nichts wissen. Unsere Politik bedeutet, dass wir mobilisieren, uns organisieren, Straßen sperren und solidarische Projekte aufbauen.“ So der *Piquetero*-Führer Emilio Ali aus Mar del Plata, der gegenwärtig wegen Lebensmittelklau im Knast sitzt. Mit Luis D'Elia aus La Matanza zieht allerdings einer der bekanntesten *Piquetero*-Führer ins Abgeordnetenhaus ein.

Drei Tage nach den Wahlen kam es wieder zu Protesten gegen die Sparmaßnahmen der Regierung. Die *Piqueteros* legten für einen Tag wichtige Verkehrsverbindungen lahm und vor dem Kongress demonstrierten die Staatsangestellten. Schon vor den Wahlen hatte sich eine *Frente Nacional contra la Pobreza* (Bündnis gegen die Armut) gebildet, die zu einer Volksbefragung am 13 bis 15 Dezember aufruft. Im Bündnis vereinigen sich parteiunabhängige Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Arbeitslosenkomitees, Stadtteilgruppen und Einzelpersonen wie bekannte Journalisten. Ziel ist die Sammlung von vier bis fünf Millionen Unterschriften für die Forderung nach monatlich 380 Peso für jeden Familienhaushalt ohne Einkommen und 60 Peso Kindergeld.

(www.consultapop.com.ar, www.consultapop.com.ar oder www.cta.org.ar)

jüvo

ARGENTINIEN



Ja, ja, ja... mein nächster Anschlag wird in Argentinien sein...es wird Chaos geben./Das gibt es schon./Eldend.../ Das gibt es schon./Die Moral wird zerstört.../Ist schon passiert./Ok...Schick Ihnen ein Video, dass wir es nicht waren.

sen als auf gar keine einlassen werden.

Drei Tage nach der Präsidentenrede legte Cavallo nach. Er sprach sich öffentlich für ein Schulderrmoratorium aus. Drei Jahre lang sollen nur die Zinsen bedient werden und die Kreditrückzahlung ausgesetzt werden.

Noch fehlt der erste Schritt

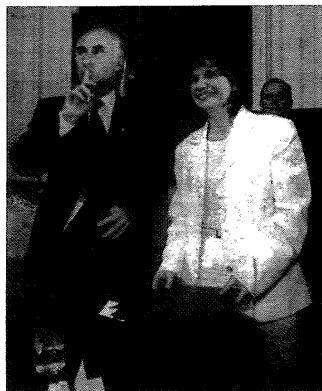
Ohne einen Konsens mit den Provinzen ist ohnehin alles Makulatur. Nur wenn klar ist, wer was wie bekommt, werden sich auch die Gläubiger bewegen. Aber Verhandlungen mit den

garantiert die Einlösung zu einem späteren Zeitpunkt, oder akzeptiert damit Steuerzahlungen. Die großen Supermarktketten akzeptieren ebenso den Einkauf mit Patacones wie die kleinen Kioske und Straßenhändler. „Se aceptan Patacones – Wir nehmen Patacones“ steht vielerorts zu lesen. Und dadurch funktioniert das Ganze. Domingo Cavallo sind sie ein Dorn im Auge, untergraben sie doch die monetäre Souveränität des Staates und zwingen die Länder nicht zum eiserne Sparen.

Ex-Wirtschaftsminister Jose Luis Machinea hatte den Provinzen eine monatliche Überweisung aus den Staatseinnahmen in Höhe von mindestens 1,36 Milliarden Peso zugesichert. In 14 Provinzen wandert dieses Geld zu über 50 Prozent direkt in den provinziellen Schuldendienst. Rio Negro, Jujuy,

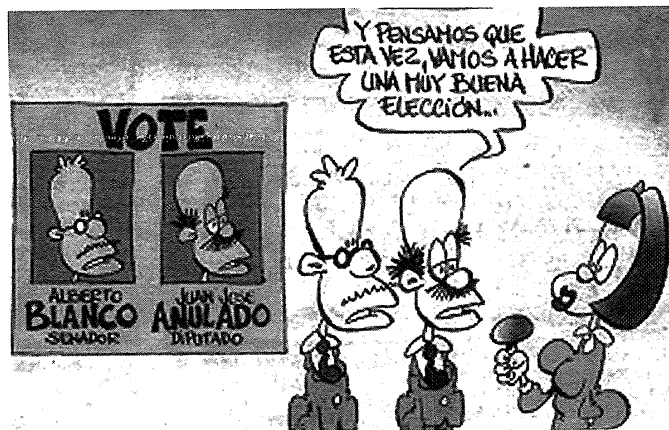
eingestanden, dass ohne eine große Umschuldungsaktion Argentinien nicht mehr auf die Beine kommt. Er möchte den Zinssatz auf sieben Prozent reduzieren, die Differenz kapitalisieren, also auf die Kreditsumme draufpacken und die Laufzeit der Kredite verlängern. Das soll auf freiwilliger Basis erfolgen. Den Anreiz, den Cavallo dafür bietet, ist die Garantie, dass diese umgeschuldeten Papiere bevorzugt bedient werden. Die Gläubiger warten erstmal ab, zumal das Gesetz des Null-Defizit-Haushalts die Bedienung der Staatsschuld als oberste Priorität bereits festgeschrieben hat. Cavallo spekuliert dagegen mit dem exorbitant hohen Länderkreditrisikoindex von weit über 2000 Punkten und der drohenden Zahlungsunfähigkeit des Staates und darauf, dass die Gläubiger sich deshalb lieber auf niedrigere Zin-

24 Provinzen über den Länderfinanzausgleich ziehen sich hin. Den meisten Provinzen steht das Wasser ebenfalls bis zum Hals, einige sind am abtauchen. In ihrer Not bezahlen sie ihre Angestellten mit Provinz Gutscheinen. In der noch relativ reichen Provinz Buenos Aires beispielsweise ist der Patacon als zweites Zahlungsmittel im Umlauf. Mangels Pesos wird der Monatslohn in Patacones ausgezahlt, die Provinzregierung



Ministerin Patricia Bullrich steht vor schier unlösbaren Herausforderungen

ARGENTINIEN



Wählen Sie Alberto Ungültig und Juan José Ungültig! Dieses Mal haben wir uns gedacht, eine richtig gute Wahl zu treffen

Formosa und Tucumán liegen knapp unter der Hundertprozentmarke. Domingo Cavallo möchte diese garantierte Summe abschaffen. Ohnehin hat der Staat im laufenden Jahr 600 Millionen zuwenig überwiesen und Cavallo möchte noch einmal 900 Millionen einsparen. Für 2002 plant er eine Kürzung von 13 Prozent. Zum Ausgleich bietet er Staatsgutscheine an, den so genannten Lecop (Letras de cancelación de obligaciones provinciales) Eine erste Zuteilung soll 1,3 Milliarden umfassen. Nach Cavallos Kalkül sollen sie nach und nach die unterschiedlichen Provinzgutscheine ersetzen. „Der Staat möchte sein Defizit auf die Provinzen verlagern und es ist anzunehmen, dass die Kürzungen ein Teil der Vereinbarungen mit dem Internationalen

Währungsfonds sind“, so ein Provinzgouverneur. Die Provinzen stellen sich nicht prinzipiell gegen den Lecop. Sie befürchten aber, dass sie am Ende mit immer mehr Lecop abg gespeist werden, während der Staat die Pesos behält. Verhandelt wird mit harten Bandagen. Nach zwei Wochen schien eine Einigung möglich. Dann machte Cavallo in einer fulminanten Pressekonferenz alles zunichte. Verschwendungssucht war noch einer der harmlosesten Vorwürfe. Und weil es sich gerade anbot, attackierte er gleich noch das Nachbarland Brasilien, das sich ebenfalls den Luxus der Geldverschwendung leiste. Diplomatische Verstimmungen waren die Folge, der Präsident sprach seinem Wirtschaftsminister öffentlich die außenpolitische Kompetenz ab und

entschuldigte sich beim Nachbarn. Seither dümpeln die Verhandlungen vor sich hin. Jede Seite wartet bis die andere Seite eine Bewegung macht.

Bis 2003?

Derzeit wird offen spekuliert, ob der Präsident bis Ende 2003 durchhält. Argentinische Präsidenten regieren selten bis zum Ende ihrer Amtszeit. Menem ist eher die Ausnahme von dieser Regel. De la Rúa hat sich fest an Cavallo gebunden und ihm ist zuzutrauen, dass er einfach weiterverwaltet. Ein oppositioneller Gegenspieler ist derzeit noch nicht in Sicht. Öffentliche Schelte ja, aber den Job übernehmen? Nein danke.

Jürgen Vogt

Dollarschulden, Pesokonten

Argentinier dürfen nur limitierte Peso-Summen vom Konto abheben, hohe Schulden müssen aber in Dollar zurückgezahlt werden. Ausländische Banken drohen mit Rückzug aus dem Land

aus Buenos Aires INGO MALCHER

Tagsüber betteln organisierte Arbeitslosengruppen vor den Filialen der großen Supermarktketten um Lebensmittel. Abends trommeln Argentinier aus der Mittelschicht mit dem Suppenlöffel auf Töpfe, um ihr auf den Banken eingefrorenes Geld zurückzufordern. Alltag in einem bankrotten Land. Am Wochenende versammelten sich allein in Buenos Aires über 25.000 Menschen auf der Plaza de Mayo gegenüber dem Präsidentenpalast, um gegen die Finanzpolitik der Regierung zu demonstrieren. Großdemonstrationen wurden auch aus allen anderen bedeu-

tenden Städten des Landes gemeldet.

Präsident Eduardo Duhalde steht unter Druck. Am liebsten würde er das Versprechen, das er bei seiner Antrittsrede gab, ungesagt machen: „Wer Dollars angelegt hat, wird Dollars zurückbekommen.“ Vor einer Woche musste Duhalde eingestehen, dass dies unmöglich ist, da „die Dollars nicht da sind“.

Wer seiner Bank mehr als 100.000 Dollar schuldet, muss alles, bis auf den letzten Cent, in Dollar abstottern. Nur Schuldbeträge unter 100.000 Dollar dürfen in den billigeren Pesos zurückgezahlt werden. Nach einer Abwertung um fast 50 Prozent bedeutet dies, dass die Schulden

um 50 Prozent steigen. Umgekehrt werden allerdings Dollarschulden unter 100.000 Dollar in Peso umgerechnet – was für die Banken einen Verlust von schätzungsweise fünf Milliarden Dollar bedeutet. Mehrere ausländische Banken, die Filialen in Argentinien haben, drohen der Regierung mit ihrem Rückzug aus dem Land. Gemäß dem Zentralbankstatut würden dann sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten auf die argentinische Zentralbank übergehen – was womöglich deren Bankrott bedeuten würde.

Entgegen dem Versprechen des Präsidenten zahlen die Banken bisher keine Dollars an die Sparer aus, selbst wenn das Geld

auf einem Dollarkonto angelegt wurde. Bis zu 10.000 Dollar auf einem Festgeldkonto können umgetauscht und abgehoben werden – allerdings zum offiziellen Wechselkurs von 1,40 Peso pro Dollar. Auf dem freien Markt schloss der Dollar am Freitag jedoch bei 1,65 Peso. Pro Monat dürfen nicht mehr als 700 Peso abgehoben werden, gemäß offiziellem Wechselkurs entspricht dies 500 Dollar. Auf dem freien Markt reicht es aber beim Kauf von Dollar gerade aus, um 350 Dollar zu kaufen. Die Differenz von 150 Dollar gehört der Bank.

Die Bargeldbeschränkung, mit der die Regierung das Bankensystem vor dem kompletten Zusammenbruch retten will, verhindert, dass die Wirtschaft nach fast vier Jahren Rezession wieder in die Gänge kommt. Die Banken argumentieren, das Geld sei schlicht nicht da, um die Guthaben der Sparer auszubezahlen. „Wenn eine Bank die Festgeldkonten nicht bezahlen kann, muss sie eben bankrott erklärt werden und wir werden darüber stauen, wie schnell das Geld wieder auftaucht“, sagt der Ökonom Claudio Lozano vom linken Gewerkschaftsverband CTA.

Über die Hälfte der Argentinier hat indes ganz andere Probleme. 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung hat laut einer Untersuchung des Meinungsforschers Rosendo Frage kein Bankkonto. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Argentinier dem informellen Sektor zuzurechnen sind. Sie arbeiten schwarz, sind unterbeschäftigt oder erwerbslos und verdienen in bar. Da die Mittelklasse aufgrund ihrer eingefrorenen Bankkonten kein Bargeld mehr ausgeben kann, fehlt dem informellen Sektor die wirtschaftliche Grundlage. Dies führt dazu, dass die Armen in Argentinien derzeit nur schwer oder überhaupt nicht an Lebensmittel und Medikamente kommen. Fraga warnt vor einer „sozialen Explosion“.



In Buenos Aires reißen die Demonstrationen für die versprochenen eine Million neuen Jobs nicht ab FOTO: AP

Hinter der Globalisierung finden wir den Klassenkampf

Militärdiktatur und IWF legten die Grundlagen des heutigen Desasters

Der folgende Beitrag beschreibt die Entwicklung der argentinischen Regierungen. Er beginnt mit der Militärdiktatur 1976-83, wo die Grundlage der Ausplünderung gelegt wurde, beschreibt das Versagen der beiden „sozialdemokratischen“ UCR-Regierungen (1983-89 und 1999-2001) und skizziert ausführlich die Barbarei der beiden Menem-Regierungen (1990-99). Der Text entstand im vergangenen August. Obwohl ihm also die neuesten Entwicklungen fehlen, halten wir ihn dennoch für sehr lesenswert – nicht zuletzt, weil vieles, was zum derzeitigen Desaster in Argentinien geführt hat, seine Entsprechungen – wenn vielleicht auch in abgeschwächter Form – in der Politik von Schröder und Blair hat.

VON MICHEL HUSSON

Als die Militärs sich im März 1976 an die Macht putschten, lagen die Auslandsschulden praktisch bei Null (acht Milliarden Dollar); als sie sieben Jahre später abtraten, waren es 44 Milliarden.

In den Wirtschaftsteilen der großen europäischen und nordamerikanischen Zeitungen ist heute ein Standardargument, dass die Länder des Südens selbst schuld an der Verschuldung seien, wegen der Korruption ihrer Eliten. Dass die Eliten korrupt sind – namentlich im Fall Argentiniens unter der Militärdiktatur und in der Menem-Ära –, soll hier nicht bestritten werden. Der Fall Argentinien zeigt aber auch nachdrücklich, dass die internationalen Banken, die Regierungen der USA und Europas und der IWF von Beginn an die Verschuldung Argentiniens betrieben ha-

ben. Die USA haben grünes Licht für den Militärputsch gegeben und ihn gefördert, europäische Regierungen, v.a. die deutsche sozialliberale Regierung Schmidt-Genscher, haben das Regime unterstützt, die internationalen Banken haben die Militärs mit Krediten zugeschüttet und der IWF hatte einen Mann in der argentinischen Zentralbank, der alles überwacht und grünes Licht für die Kredite gegeben hat.

Die Hauptrolle beim Beginn der argentinischen Schuldenspirale unter der Militärdiktatur spielten vier Herren – drei Argentinier und ein IWF-Funktionär. Es waren der Präsident und General Jorge Videla, sein Wirtschaftsminister Martínez de Hoz (eine Empfehlung des Unternehmerverbandes und ein lupenreiner Wirtschaftsliberaler, der auf den „Standortvorteil“ Pampa, nämlich Getreide- und Fleischexporte, setzte), sein Zentralbankchef Domingo Cavallo (später Wirtschaftsminister unter Menem und zuletzt Finanzminister unter de la Rúa) und Dante Simone, den der IWF nach Argentinien abstellte. Ab 1976 vergab der Fonds Kredite an Argentinien und garantierte damit den Banken der Industriemetropolen eine sichere Investition ihrer Petrodollar-Überschüsse. Dante Simones Unterhalt wurde von der argentinischen Zentralbank finanziert. In einem Bericht an Cavallo versicherte er diesem, dass es einen breiten Spielraum für eine weitere Verschuldung gäbe, ohne dass eine Gefahr von wirtschaftlichen Schwierigkeiten bestünde.

Die Vervielfachung der Auslandsschulden unter der Diktatur ist wie im mexicanischen Fall das Ergebnis von drei Faktoren: der unkontrollierten Verschuldung mit Segen des IWF, der Korruption und der brutalen und einseitigen Zinserhöhung in den USA zu Beginn der 80er Jahre.

Rückkehr zur Demokratie, aber die Verschuldung geht weiter

Als die Diktatur fiel, übernahm der Sozialliberale Raúl Alfonsín von der „Radikalen Bürgerunion“ (UCR) die Regierung und

beschloss, die Schulden der Militärs zu übernehmen. Die Schulden nisteten sich ein und wuchsen weiter. Die allgemeine wirtschaftliche Katastrophe in Lateinamerika, wo man die 80er Jahre das verlorene Jahrzehnt nennt, nahm in mehreren Ländern die Form einer gigantischen Hyperinflation an. In Argentinien erreichten die jährlichen Preissteigerungen den Rekordstand von 4900 Prozent im Jahre 1989. In jenem Jahr stiegen die Preise also täglich um 1,1 Prozent und hatten sich am Ende des Jahres um das 50fache vermehrt. Die Währung wurde also mehr als abgewertet – und dito die Regierung Alfonsín, der Carlos Menem Platz machen musste.

Der Demagoge schlug eine kurzfristig durchaus erfolgreiche, aber langfristig katastrophale Politik ein. Natürlich war die Inflation eine schwere Last für das tägliche Leben und die Geschäftswelt in Argentinien. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, hatte Menem die Idee, den Peso an den Dollar zu binden, was er ab 1991 auch umsetzte.

In einem seiner ersten Strukturanpassungspläne empfahl der IWF damals eine „wettbewerbsfördernde Abwertung“, um die Exporte und damit die Deviseneinnahmen zu beleben, die für den Schuldendienst unerlässlich waren. Angesichts der Verheerung durch die Inflation änderte der IWF seine Philosophie und die großen lateinamerikanischen Volkswirtschaften gingen zu einer Politik fester Wechselkurse über, indem sie ihre Währungen mehr oder weniger eng an den US-Dollar banden. Eine solche Politik hat zwei Vorteile: Sie bremst die importierte Inflation und mindert das reale Gewicht der Schulden, die natürlich Dollar-nominiert sind. Diese Vorteile gehen aber Hand in Hand mit einem schwerwiegenden Nachteil: Die Exporte werden weniger wettbewerbsfähig. Und eine solche Konstellation verschärft die Abhängigkeit eines Landes wie Argentinien und führt zu einer Vertiefung des Handels- und Zahlungsbilanzdefizits, sobald sich die Wirtschaft wiederbelebt.

Wie also umgehen mit dem Problem dieser Defizite? Um das Handelsbilanzdefizit auszugleichen und die Auslandsschul-

den zu begleichen, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder man pumpt Währungsreserven rein, oder man lockt internationales Kapital an. Der erste Weg ist zeitlich befristet und passt wenig zu einer Politik fester Wechselkurse. So bleibt also nur der Ruf nach ausländischem Kapital. Und dieser Weg wurde in Argentinien beschritten: Allein in den beiden Jahren 1992 und 1993 strömten 21 Milliarden Dollar in das Land, wo es in den sechs davor liegenden Jahren gerade mal neun Milliarden gewesen waren.

Woher kam diese Attraktivität? Ganz einfach: Menems Politik bestand darin, alles zu privatisieren – zu Ausverkaufspreisen. France Télécom und die spanische Telefónica haben sich den Telefonkuchen geteilt, Vivendi verteilt das Wasser und hat sich einen pompösen Sitz in Buenos Aires bauen lassen. Man kann von einer veritablen Privatisierungswut sprechen. In der Hauptstadt ist jede Buslinie zu einem eigenen Privatunternehmen geworden. Die Tarife sind in der Größenordnung von 40 bis 100% gestiegen. Das Beispiel der einst staatlichen Fluglinie Aerolíneas Argentinas ist bekannt und traurig: Sie wurde „privatisiert“, vom spanischen Staat (!) gekauft und ging alsbald pleite. Die Argumente für die Privatisierung sind in Argentinien dieselben gewesen wie überall: größere Effektivität, bessere Anpassung an die neuen Technologien, Schrumpfung des öffentlichen Sektors. In Wirklichkeit handelt es sich um eine inkonsequente Politik, um den „Verkauf des Tafelsilbers“, der zur Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und zur Desorganisierung der öffentlichen Dienstleistungen führte. Teilweise wurden die Privatisierungen zu regelrechten Plünderungen. Das gilt z.B. für die Privatisierung der Rentenversicherung, dem angeblich freiwilligen Übergang von einem Solidar- zu einem kapitalgedeckten System, der die Finanzmärkte weiter aufbläht und den Staatshaushalt mit den Übergangskosten belastet (vgl. ila 251).

So sind die Auslandsschulden Argentiniens von acht Milliarden Dollar 1975 auf 155 Milliarden 2001 angeschwollen. Und es ist damit ein florierendes Gewerbe entstanden. Die zehn größten Banken, von denen acht ausländische sind, widmen 46 Prozent ihrer Mittel Finanzgeschäften und dem Kauf von Staatsanleihen, die ausgegeben werden, um die Auslandsschulden zu bezahlen. Dieses letztere Geschäft ist besonders interessant, weil die Einnahmen daraus nicht versteuert werden müssen. Der Schuldendienst

belief sich Mitte 2001 auf 15 Milliarden Dollar, was der Hälfte des Exportwertes und beinahe einem Viertel der Steuereinnahmen entspricht. Die andere Seite dieser Medaille sind vier Jahre Rezession und der soziale Rückschritt: 37 Prozent Arme, 30 Prozent Arbeitslose, die Hälfte der Löhne und Gehälter liegt unter 500 Dollar im Monat, die Sozialversicherung ist praktisch pleite.

Das Dogma der Dollarparität

Zehn Jahre später schnappte die Falle der Dollarbindung zu. Angesichts der Inflation war es schwierig, die Konvertibilität, die Menem unentwegt predigte, in Frage zu stellen, und das Wort Abwertung war aus dem politischen Vokabular verbannt. Aber die Kosten dieser Sanierung waren gewaltig, denn sie basierte letztlich auf Haushaltskürzungen und Lohnsenkungen. Der Verfall der Lebensbedingungen, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die endemische Korruption und die zunehmenden Ungleichheiten führten 1999 zur Wahlniederlage Menems. Aber die Hoffnungen, die in den neuen Präsidenten de la Rúa und sein Wahlbündnis „Alianza“ gesetzt wurden, waren schnell enttäuscht. In der „großen“ sozialdemokratischen Tradition behielt die neue Regierung die liberale Orientierung Menems bei und die Katastrophe nahm ihren Lauf. Ohne eine radikale Änderung der Wirtschaftspolitik verding sich die Regierung vollends in der neoliberalen Sackgasse. Sobald die Flucht nach vorne mit immer neuen Privatisierungen mangels Munition nicht mehr möglich ist und der Kapitalzustrom versiegt, werden aus den Auslandsschulden ewige Schulden. Die Krise wird zur Finanzkrise. Da der Staat schließlich die Schulden bezahlen muss, aber nicht genügend Steuern einnimmt, muss er sich weiter

verschulden und aus dem Schneeballeffekt wird eine unkontrollierbare Lawine.

Die Regierung de la Rúa reagierte mit denselben Rezepten wie ihre Vorgängerin: noch mehr Flexibilisierung, „Reform“ des Arbeitsmarkts, genannt, Steuererhöhungen, die auf den Mittelstand und nicht die Profiteure zielen, Einfrieren der Löhne und Gehälter. Die „zero deficit“-Politik verfolgte das offensichtliche Ziel, durch Haushaltskürzungen Mittel für die Schuldentilgung frei zu machen und damit die internationalen Anleger zu beruhigen. Unter de la Rúa und Cavallo war sie zuletzt von einer Brutalität ohnegleichen: Erhöhung der Mehrwertsteuer, Senkung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 13 Prozent, Kürzung des Verwaltungshaushaltes um 30 Prozent.

So versuchte die Regierung zur Rückversicherung der Anleger die Schulden-Termine einzuhalten. Aber es passierte, was passieren musste. Mit den 40 Milliarden Dollar, die mit Hilfe des IWF zusammengekratzt wurden, gewann man ein paar Monate Zeit. Fünf Monate später, im Mai 2001, versuchte man es mit einer Umschuldung. Ein Teil der Schuldtitel, die in den kommenden fünf Jahren fällig waren, wurden gegen neue ausgetauscht. In Wirklichkeit ein fürstliches Geschenk für die internationalen und argentinischen Gläubiger, denn die neuen Titel haben im Durchschnitt Zinssätze von 15 Prozent (zuvor waren es neun Prozent) – zum Ausgleich für das berüchtigte Risiko, das die Rating-Agenturen definieren.

Diese Abfolge von Basteleien führte schließlich zur Regierungskrise. In weniger als zwei Jahren wurde der Finanzminister dreimal ausgewechselt, wobei von Domingo Cavallo, dem vormaligen Zentralbankgouverneur der Militärdiktatur und Wirtschaftsminister Menems, nichts anderes zu erwarten war als die Unterwerfung unter die Spielregeln des internationalen Finanz-



kapitals – auch um den Preis der Gewalt. Die Unternehmerzeitung „Ambito financiero“ ging am 16. Juli 2001 so weit zu erklären, dass ein Austeritätsplan dieser Größenordnung ohne Ausnahmezustand nicht umgesetzt werden könnte. Letztlich keine schlechte Synthese einer tiefen sozialen Krise, die auf eine Explosion zusteuerte.

Mercosur

Brasilien und Argentinien bilden den harten Kern der Freihandelszone Mercosur, die in den letzten Jahren eine zunehmende Integration der regionalen Volkswirtschaften erreicht hat. Paradoxerweise unterhält der Mercosur im Gegensatz zu Mexico keine intensiven Handelsbeziehungen zu den USA. Anfang 1999 machten die Rohstoffexporte dorthin acht Prozent, der Halbfertigwaren zehn Prozent und der Industrieprodukte 15 Prozent der jeweiligen Gesamtexporte des Mercosur aus, verglichen mit 23, 14 und 52 Prozent des Mercosur-internen Handels und 36, 28 und zehn Prozent der Exporte in die EU. Von daher hat die Bindung an den Dollar wenig Logik, weshalb Cavallo denn auch zuletzt mit dem Vorhaben einer teilweisen Euro-Bindung hausieren ging. Eine tatsächliche Stabilisierung erforderte aber logischerweise ein kohärentes Währungssystem innerhalb des Mercosur oder zumindest eine abgestimmte Geldpolitik. Ohne eine solche bleibt es bei Ungleichgewichten, vor allem seit der Abwertung in Brasilien im Jahre 1999.

Innerhalb des Mercosur ist der Wechselkurs zwischen argentinischem Peso und brasilianischen Real ausschlaggebend. Das Festhalten an der Bindung an den immer (noch) stärkeren Dollar untergrub die Wettbewerbskraft Argentinien, insbesondere seiner Automobilindustrie, und verstärkte den Trend zur Spezialisierung auf Rohstoffexporte. Die durch das Währungsgefälle entstandene Konkurrenz zwischen den beiden Motoren der Mercosur-Integration führte auch dazu, dass industrielle Anleger Argentinien verließen. Absurd: Während die Dollarbindung aufrecht erhalten wurde, um ausländisches Kapital anzuziehen, floh dieses, weil es auch rechnen kann, von Argentinien nach Brasilien. Schon Mitte 2000 veröffentlichte „Business Week“ eine Liste von abgewanderten Konzernen wie Delphi, Unilever, Goodyear, General Motors und Tupperware.

Die soziale Frage

Die Tiefe der sozialen Krise in Argentinien misst sich vor allem an der kräftigen

Zunahme der Klassenkämpfe. Es geht um „La Argentina piquetera“, die Mobilisierung vor allem der Arbeitslosen, die die Supermärkte belagern und Lebensmittelspenden einfordern und sie sich gegebenenfalls selber holen. Auch gab es in den letzten beiden Jahren fünf Generalstreiks, bei denen organisierte Arbeitslose und ArbeiterInnen ihre Kraft demonstrieren und, angefangen mit Straßenblockaden, neue Kampfformen erfunden haben.

Diese Zunahme der sozialen Kämpfe zeigt, dass es keine technische Lösung für die Probleme eines abhängigen Landes wie Argentinien geben wird. Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit äußert sich im neoliberalen Zeitalter in der Auslandsverschuldung und der Unfähigkeit des Landes, den Grad an Superwettbewerbsfähigkeit zu erreichen, den die kapitalistische Norm heute weltweit verlangt. Dieser Widerspruch kristallisiert sich bezüglich der Währungspolitik in der Tatsache, dass es keinen optimalen Wechselkurs gibt. Um schnell wettbewerbsfähig zu werden, müssten der Wechselkurs und die Zinssätze niedrig, um für institutionelle Anleger attraktiv zu sein, müssten er und ebenso die Zinssätze hoch sein.

Jede Möglichkeit, diesen gordischen Knoten zu lösen, trifft auf das Hindernis des außerordentlich rigiden sozialen Modells, das von einer der barbarischsten Diktaturen des Kontinents errichtet worden ist. Man muss die Zügel ziemlich fest im Griff haben, um wie die dogmatischen Ultra-Liberalen bei 15-20 Prozent offizieller Arbeitslosigkeit eine weitere Flexibilisierung und weitere Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich zu fordern.

In Wirklichkeit beruht das Modell der Rentiers und der Deindustrialisierung, das Martínez de Hoz als Wirtschaftsminister der Diktatur eingeführt hat und das so trefflich den neoliberalen Forderungen entspricht, auf einer Grundlage, deren Problematik eher sozial als finanziell ist. Die Vorherrschaft der Finanzmärkte ist nicht auf Kosten der „produktiven“ Kapitalisten hergestellt worden, sondern durch einen gigantischen Kahlschlag in den Lebensbedingungen der Werktätigen. „Die Opfer des Modells sind die Lohnabhängigen, deren Einkommen mit jedem Pluspunkt des wirtschaftlichen Wachstums um 0,5 Prozent gesunken sind, und keineswegs die Kapitalisten, die von der Prekarisierung der Arbeit in den 90er Jahren profitiert haben.“ (Claudio Katz) Zum Schrumpfen der Lohnsumme haben sich die Auswirkungen einer radikalen Gegen-Steuerreform gesellt, die zu einer enormen Konzentration des Reichtums

geführt haben. Am 11. August 1997 hat der damalige IWF-Abteilungsleiter für Steuerfragen, Vito Tanzi, der argentinischen Tageszeitung „Clarín“ erklärt: „Dank der aktuellen Steuerpolitik konnten viele sich bereichern, indem sie keine Steuern bezahlt haben, vor allem jene, die große Profite, Zinsen und Dividenden kassiert haben. Es ist wichtig, diese Situation zu korrigieren.“ Dem Journalisten, der das altbekannte Argument ins Feld führte, höhere Steuern würden das Kapital aus dem Land vertreiben, antwortete Tanzi, dass die negativen Auswirkungen von Steuern auf Finanzeinkommen übertrieben werden. Und er verwies auf das Beispiel Chile, wo die Profite sehr viel stärker besteuert werden als in Argentinien. Über Tanzis Hinweis auf soziale Ausgeglichenheit in diesem Zusammenhang darf man sich allerdings keine Illusionen machen. Er sah lediglich die Gefahr voraus, dass Argentinien zahlungsunfähig werden könnte, wenn das Steueraufkommen nicht verbessert wird.

Die zentrale Rolle, die heutzutage der Steuerpolitik als Anpassungs-Variable zugeschrieben wird, zeigt, dass immer dieselben sozialen Schichten zur Kasse gebeten werden. Hinter den angeblichen Sachzwängen der Globalisierung finden wir den Klassenkampf. Angesichts einer Krise diesen Ausmaßes gibt es im Grunde nur zwei Alternativen. Entweder wird die Last ihrer Bewältigung ein weiteres Mal den ArgentinierInnen aufgebürdet, und wenn es sein muss mit Gewalt. Oder das Land leidet einen doppelten Bruch ein: durch die Verweigerung des Schuldendienstes einen Bruch mit den internationalen Finanzmärkten und mit den Privilegierten in Argentinien selbst durch Lohn erhöhungen und Wiederaufstockung des Sozialhaushaltes, durch Hinterfragen der Privatisierungs-Ausplünderung, durch eine Steuerreform, mit der der Reichtum der Rentiers an jene umverteilt wird, die diesen Reichtum erzeugen.

Denn das ist die Lehre, die uns Argentinien, der Musterknabe des IWF, der Weltmeister im Privatisieren und Champion einer starken Währung, erteilt: Die dogmatische Logik des globalisierten Kapitalismus mündet unausweichlich in einer sozialen Katastrophe. ♦

Der Autor bedankt sich bei Claudio Katz und Eduardo Lucita für wertvolle Informationen.

Quelle: Grain de Sable, Informationsbulletin von attac Frankreich, Nr. 257, 17.08.2001

Die ersten zwei Absätze sind eine Einleitung der ila. Übersetzung und Bearbeitung: Eduard Fritsch



I: Wir müssen ehrlich sein, aus dieser Situation gibt es keinen Ausgang ohne Schmerzen.
 D: Ich habe Dir doch gesagt, dass wir einen Übersetzer brauchen. Ich verstehe den Kerl nicht.
 F: Zum Beispiel?
 D: Was bedeutet „ehrllich“?

Der IWF schlägt wieder zu

Wirtschaftsdebakel in Argentinien

Selbstbedienungsladen in Constitución/Buenos Aires

Während IWF-Chef Köhler am 16. Januar generös verkündete, dass man Argentinien Schulden in Höhe von 933 Millionen Dollar (die Gesamtauslandsschulden belaufen sich auf 155 Milliarden Dollar!) bis zum Januar 2003 stunden werde, stammelte sein Abteilungsleiter für die westliche Hemisphäre, Claudio Loser, im argentinischen Radio Mitre Plattitüden. Der Fonds hätte ein "kohärentes Wirtschaftsprogramm" verlangen sollen und "es kann im argentinischen Fall Fehler gegeben haben". Da formulierte es der britische Guardian am 22. Dezember etwas flotter: „Das IWF-Buch der Weisen mit Ratschlägen, wie man eine Finanzkrise löst, muss sehr kurz sein. Als Argentinien im Chaos versank, war das einzige Wort, das man aus Washington hörte, die hilfreiche Beobachtung des

IWF-Chefvolkswirt, dass der derzeitige Politikmix nicht haltbar sei. Wer hätte das gedacht?" Und der vormalige Chefvolkswirt der Weltbank, Joseph Stiglitz, dozierte: „Hier machte der IWF einen fatalen Fehler: Er ermunterte zu einer restriktiven Haushaltspolitik. Derselbe Fehler, den er schon in Ostasien gemacht hatte, nämlich die Annahme, dass Haushaltsdisziplin das Vertrauen wiederherstellen würde... Vertrauen wird selten wiederhergestellt, wenn eine Wirtschaft tief in eine Rezession mit zweistelligen Arbeitslosenraten gerät.“ Nun wird Argentinien wohl das Versuchskarnickel für die neue IWF-Politik, auf die die stellvertretende Direktorin, Anne Krueger, am deutlichsten hinwies, als sie bereits Ende November 2001 von einem neuen internationalen Insolvenzrecht zu plaudern begann.

VON ARTHUR MACÉWAN

Im vierten Jahr der Rezession, während sich die offizielle Arbeitslosenrate den 20 Prozent näherte und die Sozialausgaben immer mehr zusammengestrichen wurden, ging Argentinien in den Tagen vor Weihnachten auf die Straße. Ausgelöst von der Einschränkung des Zugriffs auf die eigenen Bankkonten breiteten sich politische Demonstrationen und Plünderungen von Lebensmittelgeschäften im ganzen Land aus. Zuerst erklärte die Regierung den Ausnahmezustand, aber solange die Polizisten den Plünderungen einfach zuschauten, konnte sie nicht viel machen. Einen Tag nach Beginn der Demonstrationen trat der Wirtschaftsminister ab und sein Präsident folgte ihm ein paar Tage später. Die hastig zusammengeflückte Interimsregierung erklärte sich sofort für zahlungsunfähig – mit 155 Milliarden Dollar die größte Staatspleite der Geschichte – und versprach ein Beschäftigungsprogramm und eine neue Währung. Aber die wirtschaftliche Instabilität hielt an und so gelang es der Regierung nicht, breite Unterstützung zu finden, woraufhin sie sich schnell wieder auflöste.

Es ist noch nicht lange her, da war Argentinien der Musterknabe des Wirtschaftsliberalismus, den der IWF betreibt. Die Regierungen in Buenos Aires privatisierten Staatsunternehmen, liberalisierten Außenhandel und ausländische Investitionen und strafften die nationale Steuer- und Haushaltspolitik. Zu Beginn der neunziger Jahre schien das der Wirtschaft gut zu tun. Aber das gute Wirtschaftswachstum stand auf einem schwachen Fundament. Die wenigen Jahre substantiellen Wachstums scheinen zu guten Teilen das Ergebnis einer wachsenden internationalen Verschuldung, einer zufälligen Ausdehnung der Auslandsmärkte und kurzfristigen Geldinjektionen aus dem Verkauf von Staatsunternehmen gewesen zu sein. Noch bevor das Jahrzehnt zu Ende war, begann das Traumschloss in sich zusammenzufallen.

Die derzeitigen Probleme Argentiniens sind um so schwerwiegender, als die Regierung Anfang 1990 zur Bekämpfung der Inflation ein "Currency Board" einrichtete, das heißt den Peso im Verhältnis eins zu eins an den US-Dollar band. Um diesen fixierten Wechselkurs zu garantieren, musste der Currency Board Dollarreserven horten und konnte die Versorgung der nationalen Wirtschaft mit Pesos nicht ausdehnen ohne eine entsprechende Erhöhung der Dollarreserven. Weil gegen Ende der 80er Jahre eine Inflation von absurden bis zu 200% im Monat herrschte, erschien die Dollarbindung zunächst attraktiv.

Mitte der 90er Jahre war die Inflation buchstäblich eliminiert – die Flexibilität in der Geldpolitik allerdings auch. Als sich die derzeitige Rezession anbahnte, konnte die Regierung die Geldmenge nicht erhöhen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Schlimmer noch: In dem Maße, in dem die Wirtschaft schrumpfte, begann auch der Dollar-Zustrom aus dem Ausland abzunehmen, wodurch die Regierung wegen der Dollarbindung noch weniger eingreifen konnte. Und noch schlimmer: In den späten 90er Jahren war der US-Dollar im Vergleich zu anderen Währungen stark und mithin, wiederum wegen der Dollarbindung, auch der Peso, was die argentinischen Exporte weiter schwächte.

Im Laufe des Jahres 2001 vertiefte sich die Rezession in Argentinien weiter. Obwohl der IWF zusätzliche Mittel in das Land pumpete, knüpfte er dies an die Bedingung, das Haushaltsdefizit vollständig abzubauen. Da es mit der Wirtschaft weiter steil bergab ging und die Steuereinnahmen sanken, waren drastische Ausgabenkürzungen das einzige Mittel zum Haushaltsausgleich. Das bedeutete aber, dass die Sozialprogramme vollends abzubauen

und die Gesamtnachfrage zu reduzieren. Mitte Dezember kündigte die Regierung an, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 20% und die Renten weiter zu kürzen. Weil die sich verschärfende Krise die Angst nährte, der Peso könnte abgewertet werden, fing die Regierung gleichzeitig damit an, die Leute per Gesetz am Kauf von Dollars zu hindern. Das waren die letzten Tropfen, die das Fass vor Weihnachten vollends zum Überlaufen brachten.

Katastrophe unter Anleitung des IWF

Die argentinische Wirtschaftspolitik ist in den letzten 15 Jahren wesentlich von der Unternehmerelite des Landes getragen worden, vornehmlich von jenen Teilen, die im Finanzsektor und im Export von Rohstoffen engagiert sind. Diese Gruppen haben in diesen Jahren substantielle Gewinne gemacht.

In den neunziger Jahren wurde die Wirtschaftspolitik Argentiniens gleichzeitig unter Anleitung des IWF formuliert und umgesetzt. Von Ende der 80er Jahre an gab eine Reihe von Anleihen dem IWF den Hebel in die Hand, die argentinische Politik zu lenken, die mehr und mehr das neokonservative Wirtschaftsprogramm des Fonds übernahm. Auch als die Rezession begann, fuhr der IWF ohne zu schwanken mit seiner Unterstützung fort. Er versorgte Argentinien mit "kleinen" Krediten wie jenen 3 Milliarden US-Dollar Anfang 1998, als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten angingen. In dem Maße, in dem die Krise anschwellte, erhöhte der IWF seine Unterstützung, gab Ende 2000 13,7 Milliarden selbst und arrangierte Anleihen aus anderen Quellen in Höhe von 26 Milliarden. Als sich die Dinge im Verlaufe von 2001 weiter verschlechterten, sagte der IWF weitere 8 Milliarden Dollar zu.

Der IWF knüpfte seine Freigiebigkeit an die Bedingung, dass die Regierung ihre restriktive Geld- und Haushaltspolitik beibehalte. Die Defizitsenkung, die laut IWF der Schlüssel für makroökonomische Stabilität ist (die ihrerseits der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum sein soll), wurde geradezu besessen betrieben. Anfang Juli 2001, am Vorabend einer größeren Ausgabe von Staatsanleihen, kündigte die argentinische Regierung Haushaltskürzun-

gen um 1,6 Milliarden Dollar (ungefähr 3% des nationalen Haushalts) an – in der Hoffnung, das würde die Investoren beruhigen und eine Zinssenkung erlauben. Anscheinend haben die Investoren diese Haushaltskürzungen aber als Zeichen für eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage interpretiert und die Anleihen konnten nur mit einem erheblich höheren Zinsangebot verkauft werden (14% verglichen mit 9%, was ähnliche Anleihen Mitte Juni boten). Im Dezember erforderten dann die Anstrengungen, den Haushalt auszugleichen, weit drastischere Kürzungen, und die Regierung kündigte an, ihre Ausgaben um 9,2 Milliarden Dollar (entsprechend 18% des Gesamthaushaltes) kürzen zu wollen.



Nach dem Besuch im Selbstbedienungsladen

So liefert Argentinien jetzt ein weiteres Beispiel für die Unfähigkeit der IWF-Politik, in Ländern mit niedrigem Einkommen die Grundlage für ein langfristiges wirtschaftliches Wachstum herzustellen. Zahlreiche Länder haben ähnliche Probleme: ein Großteil von Afrika südlich der Sahara, Mexico und mehrere andere lateinamerikanische Länder, Thailand und weitere Länder Ostasiens, die von der Krise von 1997 getroffen wurden. Der IWF-Politik gelingt es oft, Inflation zu stoppen: Scharfe Kürzungen der Staatsausgaben und eine restriktive Geldmengenpolitik bringen im

allgemeinen niedrigere Preissteigerungsraten. IWF-Programme können auch einen starken Zustrom von ausländischen Krediten auslösen – vom Fonds selber und von der Weltbank, von der US-Regierung und den Regierungen anderer Länder mit hohem Einkommen und, wenn der IWF einmal sein Placet gegeben hat, von international operierenden Banken. Nirgendwo aber hat das IWF-Politikset zu einem stabilen, nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum geführt. Und es führt auch häufig wie in Argentinien zu wachsender Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Die Manie des IWF, auch in Zeiten der Krise die Staatsausgaben zu reduzieren, ist oft mit der Behauptung begründet worden, dass ein ausgeglichener Haushalt die Grundlage für langfristiges Wachstum und Stabilität ist. Offiziell beklagt der IWF, dass eine solche Politik negative Auswirkungen auf Gruppen mit niedrigem Einkommen hat, weil sie zu hoher Arbeitslosigkeit und zum Abbau von Sozialausgaben führt. Und doch behaupten IWF-Funktionäre, das sei notwendig, um eine langfristige Stabilität zu erreichen. Nonsense. In Rezessionen sind gemäßigte Haushaltsdefizite, wie jene, die Argentinien in den letzten Jahren hatte, eine wünschenswerte anti-zyklische Politik und ausgeglichene Haushalte verschärfen den Abschwung bloß. Kürzungen von Sozialausgaben im Bildungs- und Gesundheitsbereich und in der physischen Infrastruktur schlagen die Beine weg, die langfristiger wirtschaftlicher Fortschritt braucht, um zu laufen.

Warum hält der IWF an verfehlten Politiken fest?

Aber der IWF hält an seiner Politik fest – wahrscheinlich, weil sie mächtigen Interessen in der US- und Weltwirtschaft dient. Schließlich wird der IWF weder von den Leuten noch von den Regierungen der Länder mit niedrigem Einkommen kontrolliert. Er funktioniert nicht einmal wie andere UN-Unterorganisationen, wo die Regierungen zumindest formell bei den Abstimmungen gleichberechtigt sind. Der IWF wird vielmehr von den Regierungen der Länder mit hohem Einkommen kontrolliert, die ihm die Mittel für seine Operationen zur Verfügung stellen. Die US-Regierung hat bei weitem den größten Einfluss. Mit über 18 Prozent der Stimmenteile kontrolliert die US-Regierung den Fonds de facto. Tatsächlich hat der IWF über die Jahre weitgehend als eine Abteilung des US-amerikanischen außenpolitischen Apparates funktioniert, der versucht, ein Klima im Interesse der US-

Wirtschaft zu schaffen – d.h. der in den Vereinigten Staaten ansässigen transnationalen Firmen. Dasselbe Klima dient auch jenen Multis, die in Europa, Japan und anderswo beheimatet sind, so dass die USA im allgemeinen von den mit ihnen verbündeten Regierungen bei der Leitung des IWF unterstützt werden.

Am wichtigsten dabei ist, dass der IWF den Regierungen erzählt, eine uneingeschränkte Öffnung für ausländische Importe und Investitionen sei der Schlüssel zum wirtschaftlichen Wachstum. Buchstäblich alle Erfahrungen legen aber das Gegenteil nahe – nämlich dass umfangreiche Regulierungen des Außenhandels durch eine Regierung eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches wirtschaftliches Wachstum gewesen sind. Großbritannien, die Vereinigten Staaten, die westeuropäischen Länder, Taiwan, Süd-Korea – alle haben nicht den Freihandel, sondern staatliche Regulierungen des Handels zur Grundlage für ihre Entwicklung gemacht. Der IWF mogelt sich um die unbequemen historischen Tatsachen herum, indem er die Förderung des Freihandels mit einem intensiven Engagement in der Weltwirtschaft kombiniert. Aber die beiden Dinge bedeuten nicht dasselbe. Es stimmt zwar, dass erfolgreiche Entwicklung immer von umfangreichem internationalem Engagement begleitet gewesen ist, aber durch einen regulierten Handel und eben nicht durch Freihandel.

Die dramatischen Erfahrungen mit dem Finanzkapital zeigen einen ähnlichen Widerspruch zwischen der Rhetorik des IWF und der Wirklichkeit. In den zwanzig Jahren, in denen der Einfluss dieses Sektors ständig gewachsen ist, nämlich in den achtziger und neunziger Jahren, hat der IWF Länder mit niedrigem Einkommen permanent dazu gedrängt, ihre Kapitalmärkte zu liberalisieren. Kapitalkontrollen seien, so behauptet er, absolut schädlich für die Entwicklung. Dann kam das Jahr 1997, als die offenen Kapitalmärkte in Ostasien zusammenbrachen. Danach schien klar, dass die wirklichen Gewinner von offenen Kapitalmärkten die Finanzkonzerne in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern mit hohem Einkommen sind.

Dieselben Unternehmen gewinnen auch mit einem weiteren Bestandteil des IWF-Politikpakets. Haushaltsdisziplin bedeutet nach den Lehren des IWF, dass die Regierungen der Bedienung ihrer Auslandsschulden die höchste Priorität einräumen müssen. Neue IWF-Anleihen sind in der Tat häufig notwendig, um Zinszahlungen und Tilgungen für frühere Kredite sicherzustellen. Während kein Zweifel daran besteht, dass Banken, die in New York

und anderen Finanzzentren operieren, aus solcherlei Politik Nutzen und Gewinn ziehen, erhärten die vorliegenden Erfahrungen nicht die Behauptung, dass die Zahlungsunfähigkeit oder –unwilligkeit von Regierungen zu finanziellen Desastern führt. Statt dessen legen die Erfahrungen den Schluss nahe, dass Zahlungsunfähigkeit bei den Auslandsschulden eine effektive und positive Politikoption sein kann. Auch ist vielfach angemerkt worden, dass die international operierenden Banken keinen Anreiz dazu haben, solide Kredite zu vergeben, solange sie damit rechnen können, dass der IWF die Mittel zur Verfügung stellen wird, um die Rückzahlung der von ihnen vergebenen Kredite sicherzustellen.

Das IWF-Lobbying für Privatisierungen ist ein weiteres Beispiel für die Anstrengungen des Fonds, die Weltwirtschaft immer mehr für US-Konzerne zu öffnen. Wenn in Ländern mit niedrigem Einkommen Staatsbetriebe verkauft werden, sind große transnationale Unternehmen häufig die Käufer, weil sie dank ihrer riesigen Kapitalreserven in der Lage sind, schnell zur Stelle zu sein. Natürlich waren in Argentinien und anderswo lokale Geschäftskreise oft die direkten Nutznießer von Privatisierungen – entweder auf eigene Rechnung oder als Juniorpartner von ausländischen Firmen. Egal aber ob die Käufer von Staatsunternehmen national oder ausländisch sind, nutzt die Erweiterung des Privatsektors allemal den Privatunternehmen. Das Problem dabei ist nicht, dass Privatisierungen immer unangebracht sind, sondern schlicht und einfach, dass sie nicht, wie der IWF behauptet, immer angebracht sind.

Privatisierungen sind vor allem dann problematisch, wenn dadurch ineffektive Staatsmonopole durch private Monopole ersetzt werden, die auf diese Weise riesige Gewinne einfahren. Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen von Mexiko D.F. bis Moskau, dass Privatisierungen häufig mit Korruption verbunden sind. ♦

Arthur MacEwan ist Wirtschaftsprofessor und Vizekanzler der Universität von Massachusetts in Boston.

Der Text erschien in The Progressive Response, Vol.6, Nr.1, 8. 1. 2002 und im englischen Rundbrief von attac-Frankreich, Nr. 113, 9. 1. 2002. Die im Original vorhandenen Abschnitte über die Anti-Globalisierungs-Bewegung und alternative Strategien schienen uns in diesem Zusammenhang entbehrlich, zumal diese Themen, andernorts umfangreich behandelt werden.

Übersetzt, gekürzt und bearbeitet von Eduard Fritsch

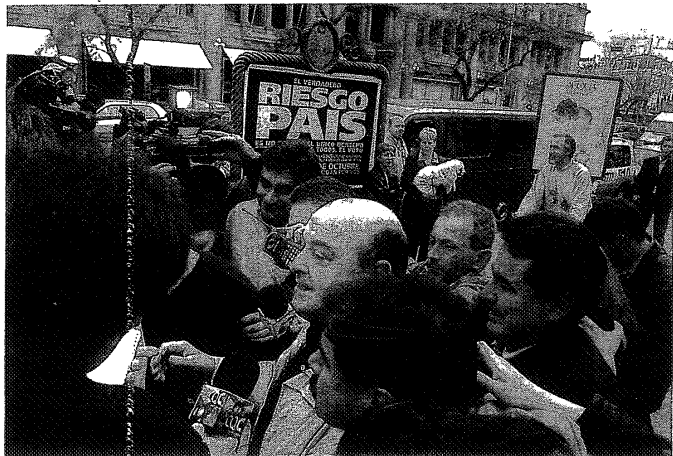
52 Die Flucht in den schwachen Peso

Präsident Eduardo Duhalde zwischen Pest und Cholera

Argentiniens neuer Präsident Eduardo Duhalde steht vor einem wirtschaftlichen Scherbenhaufen. Die Auslandsverschuldung beträgt 141 Milliarden US-Dollar, seit Dezember ist das Land zahlungsunfähig. Duhaldes Maßnahme, den Peso vom US-Dollar abzukoppeln und abzuwerten, war unvermeidlich. Der damit vollzogene Ausstieg aus dem 1991 im Plan Cavallo festgelegten Wechselkursregime war überfällig. Dennoch bleiben die Aussichten für eine dauerhafte Erholung der argentinischen Wirtschaft düster.

Eines der Mittel, mit denen bereits im 19. Jahrhundert Geldstabilität – und damit eine größere Sicherheit, dass ein Land zahlungsfähig blieb – durchgesetzt wurde, war das so genannte Currency Board. Dies ist eine geldpolitische Zwangsjacke, die den Wert der Währung nach außen festzurrt, indem das gesamte nationale Geld bei festem Wechselkurs vollständig durch Devisen gedeckt sein muss. Bis vor kurzem galt das Currency Board Argentiniens vielen Ökonomen als vorbildliches Erfolgsmodell für Entwicklungsländer, schien es doch ein echter

Garant für eine stabile Geld- und Wirtschaftspolitik zu sein. Die Begeisterung für dieses Modell begründete sich dabei vor allem auf den frustrierenden Erfahrungen mit anderen Formen der Geld- und Währungspolitik der Vergangenheit, die im Falle Argentiniens bis zur Hyperinflation ab Ende der 1980er Jahre geführt hatten. Gerade diese traumatische Erfahrung mit einem Geld, das tagtäglich an Wert verlor, hatte die „Dollarisierung von unten“ angeheizt: die Fluchtbewegung aller argentinischen Bürger, die irgendetwas zu verlieren hatten,



Das Länderrisiko hatte ein Gesicht: Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo

aus dem nationalen Geld in die US-Währung.

Das wichtigste Argument, das Befürworter eines solchen Currency Boards anführen, lautet: Wenn eine Währung durch die Misswirtschaft der nationalen Politiker ihre Glaubwürdigkeit verloren hat, dann ist es besser, sie einer starken Währung zu unterwerfen, deren Management vertrauenswürdigeren Entscheidungsinstanzen unterliegt. Mit demselben Argument lässt sich auch die noch radikalere Variante verteidigen, die gänzliche Übernahme einer stärkeren Währung, für Lateinamerika also des US-Dollars.

Pest oder Cholera

Es ist Unsinn, die ökonomischen Probleme eines Landes wie Argentinien allein dem Fehlverhalten seiner politischen Elite zuzuschreiben. Und man muss weder besonders nationalistisch noch besonders links sein, um die offen deklarierte monetäre Unterwerfung unter die Hegemonialmacht für verhängnisvoll zu halten. Sie bedeutet schlicht den Verzicht auf die wichtigste Waffe einer nationalen Wirtschaftspolitik gleich welcher Couleur; die Geld- und Währungspolitik.

Die ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer haben sehr viel damit zu tun, dass ihnen im Rahmen einer kapitalistischen, anders gesagt: einer geldwirtschaftlichen Weltwirtschaft wenig mehr als die Wahl zwischen Pest und Cholera bleibt. Bietet die einheimische Zentralbank billige Kredite an (und finanziert darüber hinaus den Staat als Lokomotive der Entwicklung großzügig, wie dies im Rahmen der Politik der Importsubstitution über mehrere Jahrzehnte in Lateinamerika praktiziert wurde), dann vermag das über einen gewissen Zeitraum durchaus eindrucksvolle Wachstumserfolge zu erzeugen. In der Regel jedoch schlägt eine solche Politik des weichen Geldes früher oder später in Inflation um. Damit wird unter anderem jene „Dollarisierung von unten“ ausgelöst, die erst die Grundlagen für eine aktive Politik der Dollarisierung schafft. Setzt sich eine Wirtschaftspolitik dagegen das Ziel, eben diese faktische Dollarisierung mit harter Geld- und Fiskalpolitik zu bekämpfen, droht ihr die Stabilitätsfalle: Es ist für ein Entwicklungsland zwar möglich, so die Inflation zu bekämpfen, doch das Wachstum und das Ziel einer sozialen Umverteilung bleibt dabei auf der Strecke.

Angesichts dieser deprimierenden Alternativen suchten in den 90er Jahren gerade die redemokratisierten lateinamerikanischen Länder, die nach der tiefen Schuldenkrise der 80er Jahre besonders wachstumshungrig waren, einen dritten Weg. Dieser sollte die Stabilisierung ihrer Währungen mit ökonomischem Wachstum verbinden. Argentinien, Brasilien und Mexiko verfolgten ganz ähnliche Strategien: über die Anbindung des eigenen Geldes an den US-Dollar dessen Stabilität zu importieren und damit beim eigenen Geld absurd hohe Zinssätze zu vermeiden. Das Wachstum sollte mit der Förderung von Kapitalimporten finanziert werden.

Eine Zeit lang ging die Rechnung auch auf. Die Inflation sank in allen Ländern rasch, die Wirtschaften wuchsen. Im Falle Brasiliens kam es sogar zu gewissen Verbesserungen in der Einkommensverteilung. Das Ende jedoch waren Währungskrisen, zuerst 1995 in Mexiko und dann 1999 in Brasilien, die die Länder erneut in die Krise rissen und zur Aufgabe des Modells des Stabilitätsimports zwangen. Dass ausgerechnet Argentinien standhielt, brachte viele Beobachter dazu, das harte argentinische Modell des Currency Board mit seinem festbetonierten Wechselkurs und der harten Begrenzung der Geldpolitik für das bessere Modell zu halten als die weichere Variante Brasiliens und Mexikos, die einen Restspielraum für Währungsabwertungen gelassen hatte.

Am Tropf der Kapitalimporte

Die Vorstellung, dass in Argentinien das tragfähigere Währungsregime gewählt wurde, ist nun durch die akute Schuldenkrise Argentiniens zerstört worden. Denn was letztendlich den Krisen aller drei Länder zu Grunde liegt, ist ein und dieselbe Crux: die Kombination aus Währungsanbindung und liberalisierender Politik, insbesondere die Liberalisierung der Finanzmärkte. Den internationalen Investoren und Kreditgebern erscheint eine solche Konstellation eine Zeit lang vielversprechend. Damit wird ein extremes Wachstum der Auslandsverschuldung provoziert. Gleichzeitig erzeugt die Aufwertung, die sich in den Ländern aus der Ankoppelung an den US-Dollar auf Grund höherer Inflationsraten als in den USA ergibt, sinkende Exporte und steigende Importe. Die steigende Außenverschuldung bei steigendem Handelsbilanzdefizit macht die betreffen-



„Ich seh' da kommt der Pizzaservice.“ – „Ich hör' nix.“
Jetzt-Präsident Duhalde und Ex-Präsident De la Rúa in Champagnerlaune

den Länder wiederum hochgradig abhängig von „frischem Geld“ der internationalen Kapitalmärkte. Wenn die aber zu der Auffassung kommen, dass nun ein Punkt der Verschuldung erreicht sei, der kritisch werden könnte für die zukünftige Zahlungsfähigkeit des Landes, ist die Krise da.

Die Kapitalimporte können auch abnehmen, weil die Zinsen in den Industrieländern gestiegen sind, weil ein anderer so genannter Emerging Market in die Krise gekommen ist, weil Rohstoffpreise fallen oder weil sich die weltpolitische Lage verschärft. Die Liste der potenziellen Gründe für einen Rückzug der internationalen Kapitalströme ist endlos, und eine Vielzahl von Gründen hat mit dem betreffenden Land nichts oder nur wenig zu tun. Doch die beschriebene Wirtschaftsstrategie vergrößert systematisch die Anfälligkeit der nationalen Ökonomien für diese Art von „ungerechten Auswirkungen“. So ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass das Land in einem bestimmten Moment in ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten kommt, also nicht mehr über genügend Devisen verfügt, um seinem Schuldendienst

nachkommen zu können. In einem solchen Fall bleibt nur noch eine drastische Abwertung der Währung, die einer Bankrotterklärung der Wirtschaftspolitik gleichkommt und eine schwere Krise des Binnenmarkts nach sich zieht. Wie tief eine solche Krise werden kann, haben jüngst die südostasiatischen Länder gezeigt, in denen das Bruttoinlandsprodukt um bis zu 15 Prozent in nur einem Jahr schrumpfte, während sich die Zahl der Armen gleichzeitig verdoppelte.

Auslaufmodell Argentinien

Argentinien, das während der 90er Jahre vor solchen Krisen bewahrt geblieben war, befindet sich jetzt in einer ausweglosen Lage. Die enormen Auslandsschulden können nicht mehr bedient werden. Mit der Abwertung des Peso versucht Duhalde, die Zahlungsfähigkeit wieder herzustellen. Gern wird argumentiert, dass eine solche Abwertung die Exporte anregen könnte, weil damit heimische Produkte wieder billiger werden auf dem Weltmarkt. Im Fall Argentinien aber dürfte sich wohl nicht viel

ändern. Denn die Politik der letzten zehn Jahre hatte so desaströse Folgen für die Unternehmen auf dem Binnenmarkt, dass von der Industrie nicht mehr viel übrig geblieben ist. Exportiert werden hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte, und selbst die sind abhängig von importierten Vorprodukten wie Futtermittel und Dünger – und die werden durch eine Abwertung der Währung teurer.

Der Gang zum IWF ist unvermeidlich

So kommt es, dass die Freigabe des Wechselkurses vor allen Dingen die Last der Dollarschulden, gemessen in einheimischem Geld, noch einmal massiv ansteigen lässt. Das trifft alle Dollarschuldner, und dies sind nicht nur die argentinischen Unternehmen, sondern auch in hohem Maße der Staat und die Mehrzahl der privaten Haushalte. Um die Folgen abzumildern, hat Duhalde verfügt, dass Dollarschulden bis zu einer Höhe von 100.000 US-Dollar in Peso umgewandelt werden. Die Banken sollen für ihre dadurch entstehenden Verluste durch die Einnahmen aus einer Sondersteuer auf Erdöl-Exporte entschädigt werden. Das trifft wiederum auf den Unwillen der ausländischen Erdölkonzerne, zum anderen wird es längst nicht reichen, das Bankensystem vor dem Bankrott zu retten. Der erneute Gang zum IWF ist unvermeidlich.

Ob Duhalde die unterschiedlichen Interessen in der derzeitigen explosiven Lage letztlich unter Kontrolle bringen kann, bleibt fraglich. Als Alternative wäre die von seinem Erzfeind Carlos Menem propagierte offene Dollarisierung denkbar gewesen. Damit hätte zwar einerseits die weitere Verschärfung der Schuldenkrise vermieden werden können, die den Binnenmarkt durch die Abwertung noch weiter nach unten reißt. Andererseits jedoch hätte sich die internationale Zahlungsfähigkeit des Landes um keinen Deut verbessert.

Längerfristig wären die Folgen einer vollständigen und einseitigen Dollarisierung, die nicht auf die explizite Unterstützung der US-amerikanischen Zentralbank zählen kann, gravierend. Der Ökonomie fehlte dann eine Zentralbank, die Bankenrisiken auffangen könnte. Außerdem bürge eine solche Strategie das nicht geringe Risiko, dass der Staat bankrott geht. Denn ist der Staat in eigener Währung verschuldet, kann er sich durch den nationalen Kapitalmarkt finanzieren lassen, notfalls zu sehr ho-

hen Zinsen und zu kurzen Laufzeiten, aber er verfügt überhaupt über eine Kreditquelle.⁽¹⁾ Ist er jedoch in Fremdwährung verschuldet, hängt seine Kreditwürdigkeit von der des gesamten Landes ab, und damit, wenn es sich um ein nach außen verschuldetes Land handelt, von eben der launischen Bereitschaft der weltweiten Investoren, Geld nachzuschießen.

In Argentinien ist das aktuelle Defizit weniger irgendwelchen Unverantwortlichkeiten lokaler Politiker zuzurechnen, als vielmehr der seit drei Jahren andauernden Wirtschaftskrise, die die Steuereinnahmen in den Keller sacken ließ. Jedes neue öffentliche Sparprogramm, mit dem der Staat seine Ausgaben an die sinkende Einnahmen anzupassen versuchte, um auf diese Weise doch noch einmal das Interesse der internationalen Investoren zu wecken, drückte wiederum die Nachfrage und so noch einmal die Steuereinnahmen. In Argentinien hat die Wirtschaftskrise, mit der sich die Ökonomie an die gesunkenen Kapitalimporte anpassen versucht, inzwischen knapp 40 Prozent der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gedrängt. Die Arbeitslosigkeit ist im Oktober nach offiziellen Angaben auf 18,7 Prozent angestiegen, während der informelle Sektor immer größer wird und die Schlangen der Migrationswilligen vor den Konsulaten der Industrieländer immer länger werden.

Barbara Fritz

Die Autorin ist Ökonomin am Institut für Iberoamerikakunde in Hamburg. Ihr Schwerpunkt sind Währungsfragen in Entwicklungsländern

(1) Dass dies keineswegs ein kostenloses Unterfangen, aber doch möglich ist, zeigt der Fall Brasilien: In vielem ähneln sich die beiden Ökonomien, doch hat Brasilien selbst unter dem Liberalisierungsdiktat der 90er Jahre seinen Dollarisierungsgrad erheblich geringer zu halten vermocht (vgl. Fritz 2002) und sich damit zumindest diese Zwickmühle ersparen können, auch wenn sich damit die Fiskalkrise des Landes noch einmal verschärft hat.

Literatur:

Fritz, Barbara, 2002: *Entwicklung durch Wechselkurs-basierte Stabilisierung? Der Fall Brasilien*. Marburg: Metro-polis (im Druck)

Krugman, Paul, 2001: „Anderer Leute Geld“, in: *ILA 248*, Sept. 01, S. 6 (Originalbeitrag: *Other People's Money*, in: *The New York Times*, 18.6.01)

„Argentinien ist nicht pleite“

Interview mit dem Ökonomen Claudio Lozano

Claudio Lozano, Direktor des Informationsinstituts des unabhängigen Gewerkschaftsverbands CTA und Vorstandsmitglied des CTA, war auf Einladung des Entschuldungsbündnisses erlassjahr.de in Deutschland und hatte in Berlin Gelegenheit, seine Position vor dem Finanzausschuss des deutschen Bundestags darzustellen. Die Lateinamerika Nachrichten sprachen mit dem Ökonomieprofessor der Universität von Buenos Aires über die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung, die Versuche des IWF, in Argentinien einen Kurswechsel zu verhindern, sowie die Chancen eines linken Bündnisses unter Beteiligung des CTA. Der Gewerkschaftsverband Central de Trabajadores Argentinos (CTA) wurde 1992 als Alternative zu den traditionell peronistischen Gewerkschaftsverbänden gegründet und hat heute etwa 850.000 Mitglieder.

Seit einem Jahr ist überall in den Tageszeitungen zu lesen: „Argentinien ist pleite.“ Wie kann ein Land denn pleite gehen?

Die Behauptung, Argentinien sei pleite, ist absolut subjektiv. So argumentieren die meisten Gläubiger Argentiniens und die führenden argentinischen Unternehmer. Damit wollen sie erreichen, dass nur ein einziger Ausweg als möglich erscheint: die Rückzahlung der Schulden so weit als möglich zu sichern und gleichzeitig die existierenden Institutionen zu erhalten. Das Argument, Argentinien sei bankrott, verhindert jede Diskussion über eine gerechtere Verteilung im Land selbst oder die Verhandlungen über die Entschuldung anders zu führen. Aber dieser Standpunkt ist falsch, denn Argentinien hat weiterhin beachtliche natürliche Ressourcen und einen hohen Bildungsstand der arbeitenden Bevölkerung. Selbst in den letzten Monaten hat die Regierung eine Kapitalflucht von etwa zwölf Milliarden US-Dollar zugelassen, obwohl das Land angeblich pleite ist.

Was bezwecken denn die argentinische Regierung und die Unternehmer, wenn sie behaupten, Argentinien sei zahlungsunfähig?

Es gibt eine ganze Kette von Argumenten, die das aktuelle Vorgehen der Regierung, um aus der Krise zu kommen, begründen sollen. Das zweite Argument, das von offizieller Seite ins Feld geführt wird, ist, dass Argentinien um jeden Preis eine Einigung mit dem IWF erzielen müsse. Nur so könne wieder Kapital ins Land fließen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das ist auch falsch, denn das einzige, worüber mit dem IWF verhandelt wird, ist die Refinanzierung der fälligen Schuldtitel beim IWF

und anderen ausländischen Gläubigern. Anders als noch zu Beginn der neunziger Jahre, gibt es im heutigen globalen Kontext keinerlei Interesse, in diese Region zu investieren und am wenigsten in Argentinien.

Damit verbunden ist auch das Argument, dass jede Investition sich automatisch positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirke: Die Geschichte Argentiniens der letzten zehn Jahre beweist etwas anderes. Von 100 investierten US-Dollar trugen gerade mal vier zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung bei. Die restliche Summe kam entweder in Form staatlicher Kredite, die sich in öffentliche Schulden verwandelten und Kapitalflucht und Spekulation ermöglichten, oder wurde in den Kauf von Unternehmen investiert, die bereits existierten, ohne dass damit die Wirtschaftskapazität des Landes erhöht worden wäre. Den einzigen Effekt, den das hatte, war die Entnationalisierung der Produktion.

Das dritte falsche Argument ist, dass Argentinien keine Ressourcen mehr besitze. Der Staat besitzt eine Devisenreserve von 9,5 Milliarden US-Dollar zur Stützung der eigenen Währung. Das ist eine völlig überzogene Höhe. Generell werden Währungen durch die vorhandenen Kapazitäten, die das Land durch seine Wirtschaft und natürlichen Ressourcen besitzt, gestützt und nicht durch Geldreserven in Fremdwährung. Argentinien könnte also seine Ökonomie wieder in Gang bringen. Aber das wird nicht getan.

Viertens wird behauptet, dass aufgrund der wirtschaftlichen Situation die soziale Ungleichheit nicht lösbar sei. Argentinien ist ein Land, das praktisch alle seine Gesellschaftsverträge gebrochen hat, die

es einst hatte. 1975 hatte Argentinien 22 Millionen Einwohner und weniger als zwei Millionen Arme. Unter den heute 37 Millionen Argentinern sind 20 Millionen Arme. In absoluten Zahlen ist in den letzten 26 Jahren die Armut mehr als fünf mal so stark gewachsen wie die Bevölkerung. Zwölf Millionen Verarmte stammen aus einer ehemals breiten Mittelschicht, die immer auch das hervorstechende Merkmal Argentiniens im lateinamerikanischen Vergleich gewesen ist. Wenn man jedoch den heutigen Konsum aller Haushalte zusammennimmt, so könnten 120 Millionen Menschen oberhalb der Armutsgrenze leben. Es gibt also eindeutig etwas in gerechterer Weise zu verteilen, sonst könnte es ja keine solche Fehlverteilung geben.

Das fünfte falsche Argument ist, dass Argentinien nicht selbstständig aus der Krise kommt, sondern dazu auf den IWF und die Weltbank angewiesen sei. Das Umgekehrte ist der Fall. Wenn Argentinien nicht allein seine inneren Strukturen aufzubauen in der Lage ist, wird es niemals aus der Krise kommen. Denn wenn es wie heute so weiter geht, also systematische Kapitalflucht ermöglicht und die eigene Wirtschaft von Importen abhängig gemacht wird, innerhalb von drei Jahren die gleichen Schulden erneut angehäuft.

Natürlich muss mit den Gläubigern verhandelt werden, aber es wird kritisch zu prüfen sein, wer Argentiniens Interessen letztendlich vertreten wird. Wenn man nur die Regierung wechselt, wird sich nichts ändern können. Eine politische Grunderneuerung ist die Voraussetzung, um aus der Verschuldung zu kommen.

In welcher Weise ist die neoliberale Wende Anfang der neunziger Jahre unter Menem, die schon unter der Militärdiktatur (1976-1983) angeschoben wurde, für die jetzige Situation verantwortlich?

Die handels- und finanzpolitische Öffnung des Landes unter der Militärdiktatur hat dazu geführt,

dass sich ein neuer Typ der Politik- und Wirtschaftseliten durch das Konzept der Verschuldung etablieren konnte. Auf den internationalen Finanzmärkten wurde zu geringen Zinssätzen Geld aufgenommen, auf dem lokalen Markt zu hohen Zinssätzen verliehen und die Gewinne wurden ins Ausland geschafft. Daher gibt es für jeden Schuldendollar einen Dollar Fluchtkapital im Ausland. Die wirtschaftliche Macht der Anleger im Zusammenhang mit der Verschuldungskrise fand in Finanzspekulation und Kapitalflucht ihren Ausdruck. Investitionen in die Produktion haben sich zugunsten der Finanzinvestitionen verschoben. Das hat der nationalen Industrie geschadet, die wegen der fehlenden Innovation der Produkte an Wettbewerbsfähigkeit einbüßte. In der Folge stieg die Arbeitslosigkeit und sanken die Löhne.

Wäre es möglich gewesen, diesen Prozess aufzuhalten?

Die Geschichte lehrt uns, dass dies offensichtlich nicht möglich gewesen ist. Die politische und wirtschaftliche Elite des Landes schuf Mitte der 70er Jahre ein autoritäres Regime und setzte einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik in Gang. Die Unterdrückung der Gesellschaft hat den Einfluss der Unternehmer auf die Politik gestärkt. Die politische Klasse ist auch nach dem Ende der Diktatur 1983 in großem Maße durch die großen Unternehmen korrumpiert worden. Wir haben heute nicht nur eine Wirtschaftskrise, sondern auch eine tiefgreifende politische Krise, bedingt durch die Komplizenschaft der politischen Parteien, der Parlamentarier und der Justiz untereinander. Die einzigen, die versuchen, diese Entwicklung aufzuhalten, ist die Bevölkerung.

In welcher Weise drückt sich diese starke Ablehnung der Bevölkerung aus? Wir lesen häufig, dass physische Gewalt eine erhebliche Rolle spielt, zumal die Repression des Staates seit dem offenen Ausbruch der Krise vor einem Jahr stark angestiegen ist.

Der Staat und die Justiz haben jegliche Legitimation verloren, die Parteiverdrossenheit ist enorm. Teile der Bevölkerung machen dem Staat das Gewaltmonopol streitig. Es kam schon häufiger bei der Räumung von Straßensperren zu Toten. Insbesondere Staatsgebäude müssen geschützt werden, um nicht Ziel von Übergriffen zu werden, bei den Politikern ist es ähnlich. Politiker werden angespuckt,

tätig angegriffen, ihre Wohnorte sind nicht sicher. Einige können sich nicht auf die Straße trauen, ohne Angst haben zu müssen, angefeindet und verprügelt zu werden. Die Argentinier wissen, dass die Präsidentschaftswahlen am 30. März 2003 eine eingeschränkte institutionelle Lösung sind, da alle Kandidaten zusammen auf höchstens 30 Prozent kommen und die Mehrheit der Bevölkerung nicht wählt oder eine ungültige Stimme abgibt.

Sie haben davon gesprochen, dass eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik eine Grundlage schaffen könnte, um die argentinische Volkswirtschaft wieder zu beleben. Die etablierten Parteien sträuben sich gegen eine innere und inhaltliche Erneuerung. Wem aus den vielen Oppositionsparteien trauen sie neue Impulse zu?

Zuallererst muss ich nochmals betonen, dass die meisten Politiker gar keinen und einige Politiker ein wenig Zuspruch erhalten. Jedoch nur, wenn sie prinzipiell die aktuelle Form, Politik zu machen, in Frage stellen. Durch eine Parteienlandschaft ohne sichtbares Bemühen nach innerer Erneuerung, ein Wirtschaftssystem, das keine passenden Antworten auf die Bedürfnisse der Menschen gibt und die damit verbundenen gesellschaftlichen Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte haben ein starkes Bedürfnis nach Veränderungen erzeugt. Die Oppositionsgruppen haben jedoch unterschiedliche Visionen von Politik und Gesellschaft, Konsens besteht lediglich darüber, den status quo abzulehnen und zu bekämpfen. Ein Wahlsieger aus der Opposition würde außerdem nicht nur gegen die Wirtschaftseliten ankämpfen sondern gegen ein feindlich gesinntes Parlament regieren müssen, das ebenfalls als Teil der Institutionen stark in Frage gestellt wird.

Wer könnte Teil eines Bündnisses sein und welche Rolle spielt dabei die CTA?

Angefangen von den Dissidenten aus der peronistischen (PJ) und der radikalen (UCR) Partei über die Mitte-Links-Vertreter wie Elisa Carrió von ARI bis zu Izquierda Unida, die einen Teil der Kommunisten umfasst, ist ein Bündnis möglich. Auch Luis Zamora als Vertreter der revisionistischen Linken und die Bewegungen, die aus den Protesten oder schon vorher entstanden sind wie die Arbeitslosen- und Stadtteilbewegungen, können sich als Teil

eines breiten Bündnisses herauskristalisieren. Bis-her haben jedoch persönliche Animositäten und ideologische Zwistigkeiten ein länger andauerndes Bündnis untergraben. Klar ist nur, dass die Argentinier zu wesentlich mehr bereit sind als die etablierte politische Klasse zu denken vermag. Die hohe Wählermobilität in Argentinien macht eine Prognose über den Wahlausgang sehr schwierig. Carrió hat eine echte Siegchance, wenn es gelingt, aus den vielen politischen Gruppen ein Bündnis zu schmieden.

Doch prinzipiell bin ich der Ansicht, dass jeder eine Siegchance hat, der eine andere Politik als die der etablierten Parteien vertritt. Auch das Beispiel Kirchner zeigt, dass, obwohl er zur PJ gehört, durch ein Ausscheren aus seiner Partei seine seit längerem kritischen Positionen auf fruchtbaren Boden fallen und ihm zum Sieg verhelfen könnten. Das sage ich ganz unabhängig davon, was ich mir nun wünsche. Überraschungen gibt es momentan sehr viele. Eine andere Möglichkeit wäre, dass es gar nicht zu Wahlen im März kommt.

Was gibt denn den Ausschlag, das deutsche Parlamentarier ihre Auffassung hören wollen, und nicht mehr allein den Einschätzungen der internationalen Organisationen vertrauen?

Noch 1998 haben der IWF, die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) Menem international als den Macher des argentinischen Wirtschaftswunders vorgestellt, und damit eine weitere Verschuldung ermöglicht, während faktisch schon keinerlei Indikatoren mehr existierten, die eine Fortsetzung seiner Wirtschaftspolitik gerechtfertigt hätten. Damit haben sich diese Organisationen als Komplizen der argentinischen Oberschicht bekannt, deren Interesse nicht beständiges Wachstum, sondern kurzfristige finanzielle Gewinne waren. Die IDB beispielsweise hat 70 Prozent ihres Kreditgeschäftes mit Argentinien gemacht. Sie sind Gläubiger mit Eigeninteressen. Ich schätze, dass den Deutschen das inzwischen klar ist.

Interview: Gianni Bisaccia / Alexander Jachnow

Die CTA hat am 10. November einen Wirtschaftsplan („Shock Distributivo“) landesweit zur Diskussion gestellt. Er kann von der Internetseite der CTA heruntergeladen werden: www.cta.org.ar

1. DIE ARGENTINISCHE AUSLANDSSCHULD (in Millionen US-Dollar)

Eine einfache Übersichtstafel hilft zum Verständnis ihrer Entwicklung:

1973:	
Ende der linksperonistischen Regierung Campora	4.890
1976:	
Nach dem neokapitalistischen Versuch Isabel Perons und bei Machtübernahme durch die Militärs:	7.800
1983:	
Bei Amtsantritt Alfonsins:	46.200
1989:	
Amtsübernahme Menem	65.300
1999:	
Amtseinführung de la Rúas:	146.219
2001:	
Abdankung de la Rúa – (inklusive Kreditzusagen von Mai 2001)	190.000

Die wichtigsten Entwicklungsphasen der Auslandsschuld waren:

- a) die Militärdiktatur (1976-83)
- b) die Regierung Menem (1989-1999)
- c) die Regierung de la Rúa (1999-2001).

Wie ist die Auslandsschuld eigentlich entstanden?

Tatsache I: Argentinien benötigte 1973 überhaupt keinen Auslandskredit.

Tatsache II: Bei der sogenannten „Ölkrise“ hatten die westlichen Ölkonzerne einen derartig enormen Gewinn gemacht, dass eine akute Gefahr der „Überhitzung“ der Finanzmärkte bestand, so dass vor allem der IWF mit allen Mitteln darauf drang, die (gefährlichen) Massen umherirrenden Kapitals dadurch zu beruhigen, dass man sie in den sog. „Schwellenländern“ festlegte.

FINANZPARADIES ARGENTINIEN

Der nachfolgende Text erläutert in groben Zügen das Wachstum der argentinischen Auslandsschuld und erläutert die Merkmale des Systems, das dieses Wachstum verursacht hat.

Argentinien erlebt seit über 20 Jahren einen Prozess der Plünderung seines Reichtums. Dieser Prozess wird durch das unverhältnismäßige Wachstum der Auslandsschuld verursacht.

Vor mehr als einem Vierteljahrhundert war Argentinien ein relativ fortschrittliches Land. Selbstversorgung mit Rohstoffen, ein hohes Bildungsniveau, eine solide Industriebasis und sogar der Ausbau von Spitzentechnologien (z.B. Kernkraft) zeichneten das südamerikanische Land aus. Der Staat hatte großen Anteil an dieser Entwicklung, denn viele Betriebe befanden sich in staatlicher Hand, so z.B. die meisten Versorgungsunternehmen (Strom, Gas, Wasser usw.). Diese staatlichen Unternehmen wurden nicht immer nach Rentabilitätskriterien geführt. Zwischen 1965 und 1975 wuchsen die argentinischen Auslandsverbindlichkeiten um 7,5 Milliarden US-Dollar. Während der Militärdiktatur (1976-83) wuchs die Verschuldung auf 43,5 Milliarden US-Dollar, ein 600% tiges Wachstum in sieben Jahren. 1990 betrug die argentinische Auslandsschuld 90 Milliarden US-Dollar. Zwischen 1990 und 2000 kamen weitere 95 Milliarden dazu, obwohl in diesem Jahrzehnt fast der gesamte Besitz des Staates privatisiert wurde. Die Gesamtschulden Argentiniens im Ausland (sowohl private Schulden wie staatliche Schulden) betragen heute ca. 170 Milliarden US-Dollar.

Diese Zahlen stammen von der Weltbank und zeigen das irrationale Wachstum dieser Verbindlichkeiten und die Unmöglichkeit, diese Schulden jemals zu begleichen.

Besonders beteiligt an der Entstehung dieser Summe war Domingo Felipe Cavallo, einmal als Präsident der argentinischen Zentralbank und später als Wirtschaftsminister. Vier Gründe erklären das Wachstum der argentinischen Verbindlichkeiten:

- Falsche Finanzierung der argentinischen Entwicklung.
- Eine verfehlte Zinspolitik die Spekulanten anzog und Investoren erschreckte.
- Mangelhaftes Verhandlungsgeschick der argentinischen Behörden.
- Andere zweifelhafte Beweggründe (Korruption, Interessenkollision usw.) der argentinischen Verhandlungspersonen.

Welche Belastung die Begleichung der Auslandsschuld bedeutet, zeigen folgende Zahlen:

Im Jahr 1992 überwies das Land Zahlungen, im Gegenwert von 23% seiner Exporte. Trotz einer Verdoppelung der Exporte des Landes stiegen diese Belastungen auf ca. 50% (Jahr 2000, Quelle: Weltbank).

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung stieg von 1.400 US-Dollar (1982) auf 4.768 US-Dollar (2000), ein Wachstum von ca. 300%.

Die Zahlung der argentinischen Auslandsschuld beinhaltet ein merkwürdiges Phänomen: je höher die Zahlungen, desto höher steigt die Gesamtbelastung des Landes. Denn für die laufenden Zahlungen werden neue Kredite aufgenommen. Manche schlagen eine Neustrukturierung der Zahlungsfristen oder eine Verstaatlichung der Schulden vor. Beide Wege sind falsch.

Schon 1982 hat Cavallo den zweiten Weg gewählt und 20 Milliarden US-Dollar Privatschulden durch eine Bürgschaft der argentinischen Zentralbank sozialisiert. Eine erneute Verstaatlichung würde eine größere Belastung für die Mehrheit der Bevölkerung bedeuten, obwohl nur eine kleine Minderheit die Schulden verursacht hat.

Eine Veränderung der Zahlungsfristen oder Zinssätze würde eine Anerkennung der Höhe der Auslandsschulden bedeuten. So was fordern diejenigen, die nicht möchten, dass der Ursprung dieser Schulden untersucht wird.

Die Gläubiger Argentiniens sollten genau belegen können: wann, wie, wieviel und warum diese Verbindlichkeiten entstanden sind.

So würde man die echten Schulden im Gesamtvolumen von den verschiedenen Provisionszahlungen und anderen unlauteren Geschäften trennen können. (Bsp.: Beim letzten Austausch von Schuldtiteln übernahm der argentinische Staat die Verpflichtung, 160 Millionen US-Dollar an Provisionen zu zahlen.)

Zurzeit wird von zwei argentinischen Bundesrichtern untersucht, ob kurz vor oder nach dem 01.12.2001 (Zeitpunkt der Sperrung der argentinischen Konten) mehr als 20 Milliarden Dollar ins Ausland geflossen sind. Fest steht, dass diese Summen nur von einer geringen Anzahl von Steuerzahlern bewegt worden sind und nicht von der breiten Masse der Bevölkerung, wie man uns oft glauben lassen will. Nach einer Untersuchung von Alfredo Calcagno (ein ehemaliger argentinischer UN-Mitarbeiter) entstand die Auslandsschuld vor 1983 nach folgendem Muster:

44% der Schulden entstanden als Kapitalflucht.

33% der Schulden waren Zinszahlungen auf dieses Kapital,

23% der Schulden entstanden aus nicht registrierten Exportgeschäften (Quelle: Weltbank).

Die nicht registrierten Exportgeschäfte betrugen in den 90er-





F: Aznar(*1) sagt, dass Spanien nicht vergisst, dass Argentinien es mal ernährt hat.

J: Und?

F: Jetzt möchte er das Dessert haben.

(*1) spanischer Premierminister

Jahren ca. neun Milliarden US-Dollar. Nach Angaben der Weltbank besitzen argentinische Anleger Depots in Höhe von 120 Milliarden US-Dollar außerhalb der argentinischen Grenzen. Sicherlich gehören diese Depots nicht den argentinischen RentnerInnen, dessen Bezüge im letzten Jahr um 13% gekürzt wurden, um Zinsen der Auslandsschuld zu begleichen.

Es ist unerlässlich den Ursprung und die Zusammensetzung der Schulden zu analysieren, denn die neun bis elf Milliarden US-Dollar, die jährlich aufgebracht werden müssen, nur um die Zinsen zu bezahlen, verhindern die weitere Entwicklung des Landes.

Nach dem Verursacherprinzip sollen die Kapitalflüchtlinge oder Steuerschwindler den von ihnen verursachten Schaden begleichen.

Zu dieser Belastung gesellte sich ab 1991 der feste Wechselkurs des argentinischen Pesos zum US-Dollar. Die Währung wurde angeglichen, aber man musste auf Kredite Zinssätze von über 30% pro Jahr begleichen. Im kurzfristigen Leihgeschäft unter den Banken betrugen die Zinsen sogar 700% pro Jahr. Diese Zinssätze führten viele Unternehmen oder auch Privatpersonen zur Pleite. Sogar die Provinzregierungen und Kommunen haben Kredite mit solchen Zinssätzen aufnehmen müssen. Glauben die Verantwortlichen, dass sie je so viel Mittel eintreiben oder ihre Ausgaben so kürzen werden, dass die Schulden irgendwann beglichen werden können?

Diese Wucherzinsen und die Sperrung der Konten führten zur Entstehung eines Schwarzmarktes für Finanzmittel. Damit wird nur die fast vierjährige Rezession vertieft.

Die einzigen, die unter dieser Situation nicht leiden sind die Banken. Sie zahlen Zinsen von 5% pro Jahr auf Einlagen und verleihen sie zu Zinssätzen von 60%. Diese Gewinnmarge ist durch legale Transaktionen nicht zu erreichen.

Als 1977 Wirtschaftsminister Martinez de Hoz die Gesetzgebung für das Finanzwesen ändern ließ und der Spekulation Tür und Tor öffnete, betrug die Gewinnmarge bereits 52%. Das führte zum Rückgang der produktiven Tätigkeit und Investition. Die Finanzspekulation wurde ertragreicher als jede mögliche Kombination von Kapital und Arbeit. Durch die damals festgelegte Abwertungstabelle des argentinischen Peso konnten die internationalen Spekulanten Geld ins Land bringen, es zu Zinssätzen bis 235% im Jahr anlegen und ohne Einschränkungen wieder außer Landes bringen. Obwohl die Banken heute noch größere Gewinne einfahren behaupten sie, die angelegten Gelder nicht mehr auszahlen zu können.

Wucher und Spekulation bilden keine Grundlage für die weitere Entwicklung des Landes.

Der Spekulationskapitalismus argentinischer Prägung muss sich verändern oder mit dem Land untergehen.

Zusammenfassung und Übersetzung: R. Frankenthal

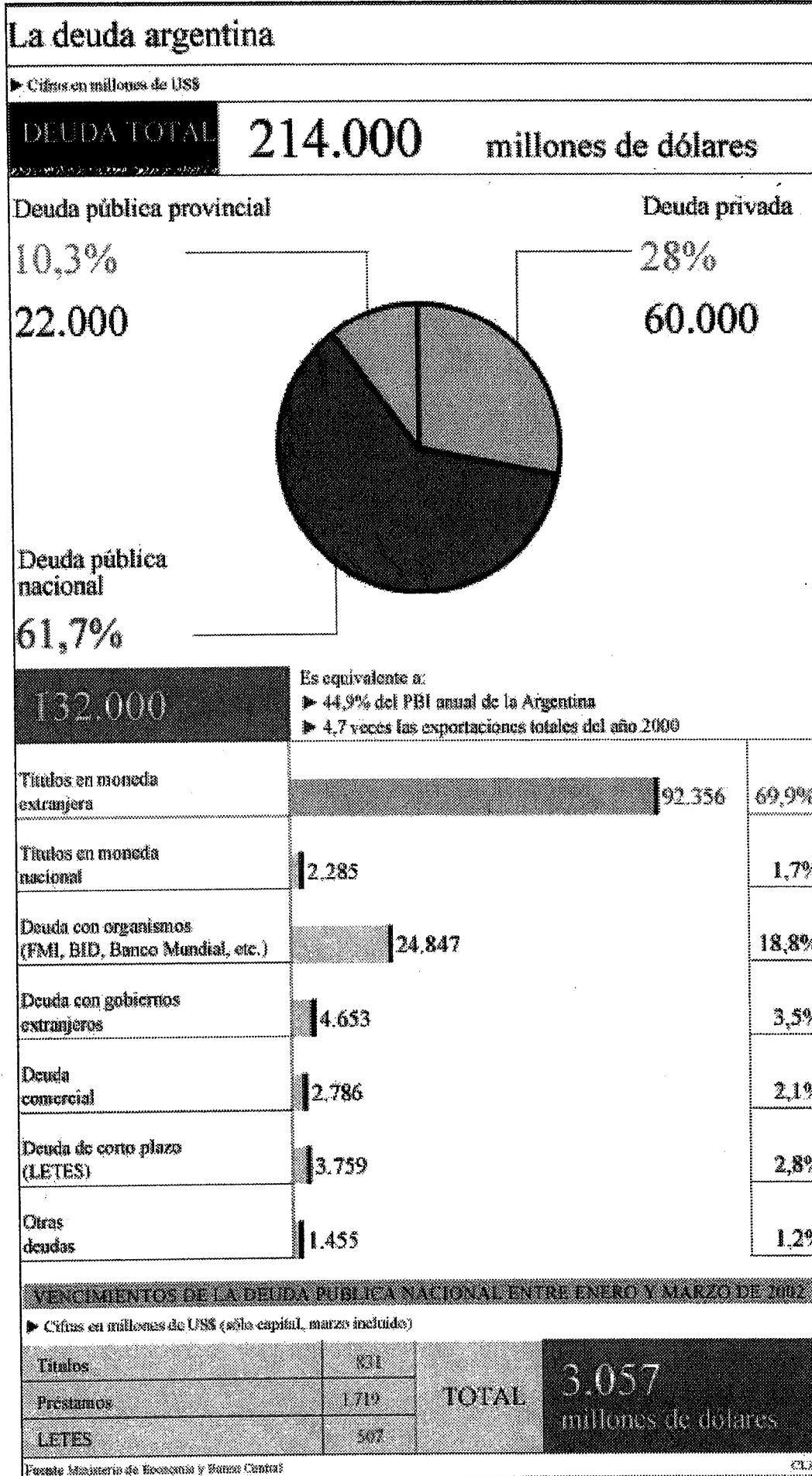
Edgardo Civit Evans



S: Mein Gott... Ich kann keine Schmiergelder mehr annehmen!!!

J: Ethische Bedenken?

S: Nein, meine Taschen sind überfüllt!!!



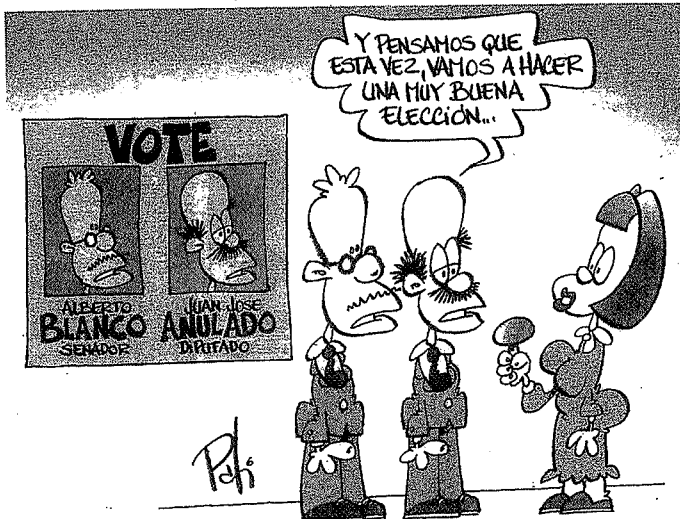
Die Krise der Repräsentation

Politikverdrossenheit, Peronistenklüngel und Polizeigewalt



Mañana son las elecciones

VOTO CANSADO



¿ALIVIO ECONOMICO?

Si el riesgo país sigue subiendo, lo vamos a perder de vista

¿FIN DE LA CONVERTIBILIDAD?

Nueva paridad peso-dólar: uno-cero

SUPERAMOS A NIGERIA

Se emitirá una serie de bonos de la deuda para festejarlo

FUTURO DEL "VIRREY" BIANCHI

¿Brasil, Palmeiras, o el Ministerio de Economía?

ADVIERTEN A ESPECULADORES

"No sigan apostando contra el peso porque pueden ganar"

ASTROLOGIA

¿Pasaremos de la era de acuario a la del dólar?

Mariana Llanos

¿Reforma política? Un comentario

La reforma política se instaló en la agenda del gobierno de Eduardo Duhalde cuando éste apenas tenía dos meses en el poder. Con la flaca legitimidad que le otorgara su elección por parte del Congreso Nacional y a poco de embarcarse en el difícil camino de la devaluación, las demandas para llevar a cabo una reforma de la política adquirieron carácter terminante y urgente. Por un lado, el "voto bronca" de octubre de 2001 y el estallido social que precedió el arribo de Duhalde al poder demostraron que el país atravesaba una seria crisis de representatividad, al tiempo que la voz popular "que se vayan todos" expresaba también de manera directa el descrédito general de la clase política. Por ello, para quien, como el presidente Duhalde, arribaba al poder con una legitimidad endeble en medio de la crisis, hacerse cargo de la demanda social por una reforma de la política aparecía como una tarea ineludible. Cabe hacer la aclaración, en este punto, de que la elección de Eduardo Duhalde fue resultado de una amplia mayoría en el Congreso Nacional, mecanismo de sucesión presidencial que prevé la Constitución en ausencia del vicepresidente, como era el caso de Argentina en ese momento. Al hablar de legitimidad endeble me refiero, más que a la forma en que Duhalde fue electo, al hecho de que sus electores, el Congreso y sus miembros, son los depositarios de la más baja estima y credibilidad por parte de la ciudadanía. Por otra parte, no sólo la ciudadanía otorgó a los políticos responsabilidad primaria por la situación del país, también los organismos de crédito (en especial, el Fondo Monetario Internacional) interpretaron que una reforma integral de la política argentina era indispensable para la recuperación económica e incorporaron a ésta entre las condiciones para una eventual ayuda económica. De este modo, las demandas interna y externa convergieron para instalar, con fuerza considerable, el tema de la reforma política en la agenda del gobierno entrante.

Estas demandas dictaron, asimismo, gran parte de los contenidos de dicha reforma, los cuales se concentraron casi exclusivamente en la cuestión de la reducción de costos y, como señala Palermo en su artículo, en la "eliminación de políticos" mediante la reducción del número de representantes, esto último pensado quizás como la respuesta que más se acercaba al reclamo de "que se vayan todos". Frente a estos contenidos, no puedo menos que coincidir con el mencionado autor en que la presión pública (y externa) de la Argentina de hoy está mal orientada y que hay temas centrales que quedan fuera de las quejas del sentido común. Puedo agregar, asimismo, que una implementación cabal de una reforma de estas características no resolvería gran parte de los problemas a los que apunta, es decir, los de la democracia representativa. En los próximos párrafos comentaré las razones de mi opinión.

Los contenidos de la propuesta de reforma política fueron hechos públicos en el mes de febrero luego de la firma, por parte de los gobernadores, de un compromiso para su implementación a nivel nacional y provincial. Fueron los siguientes:¹

1. Reducción del número de diputados nacionales en un 25%.
2. Reducción del tamaño del Senado (dos senadores por provincia en vez de tres).
3. Reducción del número de legisladores provinciales en un 25% (total actual de diputados provinciales: 1223).
4. Reducción del número de concejales municipales en un 25% (total actual: 8100).
5. Supresión de la renovación parcial de los cuerpos legislativos a nivel nacional, provincial y municipal. Propuesta de una renovación total simultánea cada cuatro años.
6. Implementación del sistema unicameral en todas las legislaturas provinciales.

7. Reducción de los gastos legislativos a nivel nacional, provincial y municipal. El Congreso Nacional debería restringir los gastos al 0,8 del total de gastos públicos nacionales. Los gastos legislativos provinciales no deberían exceder el 1,2% de los gastos provinciales.
8. Los concejales de municipios con menos de 10.000 habitantes deberían trabajar *ad honorem*.
9. Supresión de los fondos legislativos para subsidios, pensiones y becas.
10. Reducción del número de empleados en organismos descentralizados del Estado (PAMI, Banco Central).
11. Reducción de sueldos de empleados estatales nacionales y provinciales.
12. Supresión de gastos reservados, excepto en las áreas de defensa y seguridad.
13. Otros cambios en el sistema electoral: aceptación de listas con candidatos independientes; listas electorales abiertas en vez de cerradas; sistema doble de elección con listas de partido en distritos multinominales y candidatos únicos en distritos uninominales; reducción del período de campaña electoral a 30 días; prohibición de publicidad electoral paga de candidatos en la radio y la televisión; primarias abiertas para la selección de candidatos a la presidencia, la vicepresidencia y los senadores y diputados nacionales.
14. Transparencia en el financiamiento de los partidos políticos.

A mi juicio, una reforma política que tiene por objetivo resolver una crisis de representatividad no puede concentrarse casi exclusivamente en las cuestiones del costo de la política. En las condiciones actuales que atraviesa la Argentina, la recuperación de la confianza en la política pasa por la búsqueda de transparencia (lo cual es tratado de manera marginal en los últimos dos puntos de la propuesta) y por los rendimientos o, en otras palabras, por la capacidad del sistema político de producir resultados de política satisfactorios. Incluir propuestas que contribuyan a ganar legitimidad por rendimientos (las cuales, como ya he dicho, deberían combinarse con otras que mejoren la *accountability* horizontal y la transparencia de las instituciones), me parece un punto importante que está llamativamente ausente.

En este sentido, podría sugerir dos caminos a seguir. El primero ha sido mencionado por Palermo y tiene que ver con cambios en la clase política, que no pasarían por la reducción de su número o su reemplazo por candidatos independientes, como se oye aún a mismos políticos proponer ahora, sino por su profesionalización y adquisición de competencias para las tareas de gobierno. Los argentinos ya han padecido los males opuestos de gabinetes formados por políticos expertos sin capacidades para las tareas de gobierno y por técnicos expertos que no comprendían las complejidades de la política. De modo que la preparación de cuadros políticos profesionales al interior de los partidos me parece que debería ser un objetivo central de la reforma política. El segundo camino tiene que ver con cambios institucionales que apunten a mejorar los niveles de gobernabilidad. El sistema institucional argentino ofrece múltiples puntos de veto que no sólo dificultan la toma de decisiones políticas sino que invitan al ejercicio del gobierno unilateral como mecanismo para sortear esos obstáculos. Existen algunas medidas que podrían contribuir no sólo a agilizar sino también a institucionalizar el proceso decisorio: sólo a modo de ejemplo (ya que las medidas podrían ser muchas), podría citar el reemplazo de la renovación parcial y escalonada de los cuerpos legislativos (o alguno de ellos) por la renovación total y simultánea de los cargos electivos². Este tema, mencionado en la propuesta oficial de reforma política (punto 5) sólo por su eventual reducción del costo electoral, podría servir como punto de partida para un debate que sume el objetivo de la gobernabilidad, a los de transparencia, *accountability* y participación política.

¹ *Diario Clarín*, Página 12; *La Nación* (varios números de febrero 2002).

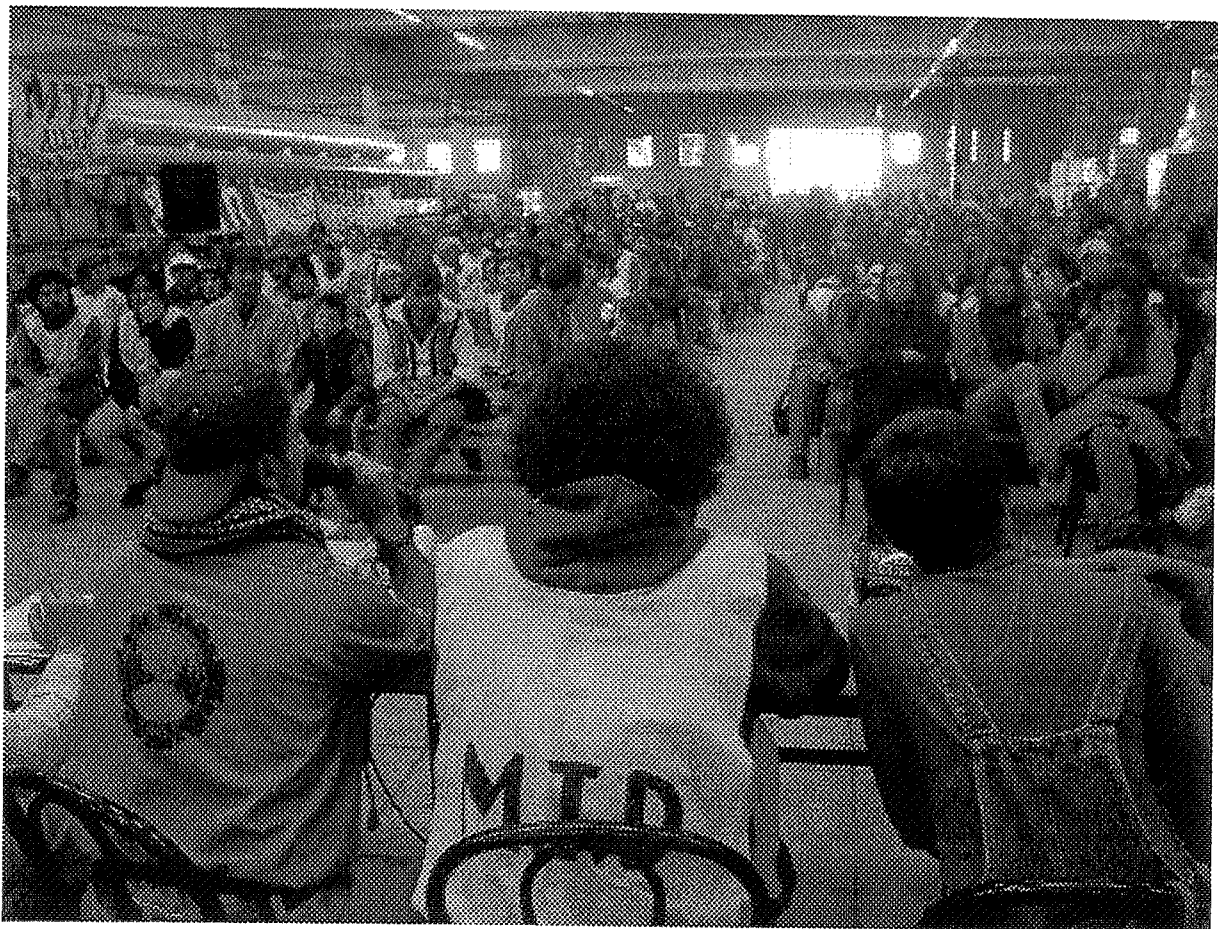
² La renovación parcial y escalonada del Senado argentino (por tercios cada dos años según el artículo 56 de la Constitución de 1994) es una institución bastante generalizada entre las cámaras altas, pero en Argentina el mismo método se aplica también para la Cámara de Diputados (por mitades cada dos años, artículo 50), la cual pasa a ser, según Molinelli, Palanza y Sin (*Congreso, Presidencia y Justicia en Argentina*, 1999, p. 56) "la única asamblea en el planeta que...

De todos modos, una reforma constitucional difícilmente tendrá lugar en las condiciones políticas actuales de Argentina caracterizadas por un presidente electo por el Congreso, al que las fuerzas políticas que lo sostienen le retacean su apoyo, y por un contexto de urgencia, incertidumbre y descrédito que la apertura de un proceso de reforma sólo ayudaría a profundizar. La evolución política de los últimos meses demuestra, no obstante, que los otros cambios políticos (que no requerirían una reforma constitucional) tampoco se concretarán fácilmente. Luego del compromiso de los gobernadores firmado en febrero, un nuevo documento con catorce puntos fue suscripto entre éstos y Duhalde después de la renuncia del ministro de economía Remes Lenicov. En el punto 13 de ese documento los gobernadores se comprometieron, una vez más, a “asegurar el cumplimiento efectivo de la reforma política acordada, asegurando la reducción de gastos políticos y burocráticos innecesarios y la modernización de las formas de elección electoral”. Quizás sea ésta la mejor prueba de que mucho no se ha avanzado en estos meses: unas pocas provincias han tratado el tema en la legislatura y, a nivel nacional, el avance se ha restringido a la sanción parcial de algunos proyectos aislados (como el de financiamiento de partidos, por ejemplo). Esto ha sido interpretado por el periodismo (activo en la campaña por la reforma política) como que “nadie en el Congreso apoya – ni se toma en serio – proyecto alguno que imponga reducir el número de bancas” (*La Nación* 20.5.2002).

Quizás tengan razón los periodistas al señalar que los políticos no tienen interés en producir cambios que los perjudicarían. Con las fuertes demandas externa e interna a favor de una reforma, más bien parecería que los políticos no tienen interés en dar apoyo ciego a unas reformas cuyos contenidos ofrecen más dudas que certezas. Si el debate y la demora, el carácter incremental de la política, son vistos en otras sociedades como rasgos positivos de la democracia que mejoran los resultados y aumentan los niveles de consenso³, no veo razón para interpretar en otros términos lo que está sucediendo hoy en Argentina.

Mariana Llanos

es politóloga, doctorada en la Universidad de Oxford y, desde 2002, investigadora en el IIK, Hamburg.
E-Mail: Mariana.Llanos@public.uni-hamburg.de



Fabrik Ceramica Zanon, besetzt und selbstverwaltet von Arbeitern. Hier eine Versammlung, an der 64 Organisation teilnehmen, u.a. Barrios de Pie, Polo Obrero und Corriente Clasista y Combativa (CCC). (10.08.2002)

Das argentinische Parlament hat den peronistischen Senator Eduardo Duhalde zum neuen Präsidenten gewählt. Er ist der fünfte Staatschef in weniger als zwei Wochen. Der sowohl bei der Opposition als auch in seiner Partei umstrittene 60-Jährige soll das Land aus der Krise führen

Ein Staat als Geisel der Peronisten

Die argentinische Gesellschaft ist gelähmt. Schuld daran ist ein tief verwurzelter Peronismus, dem eine schwächliche Opposition nicht Paroli bieten kann

aus Buenos Aires INGO MALCHER

Es ist das Drama Argentiniens, dass es auf der politischen Bühne keine Kraft gibt, die sich wirksam gegen die verkrusteten Parteistrukturen durchsetzen könnte. Sowohl die Radikale Bürgerunion (UCR) des kurz vor Weihnachten zurückgetretenen Präsidenten Fernando de la Rúa als auch die Justizialistische Partei (PJ) der Peronisten sind weitgehend diskreditiert. In Argentinien rangiert Politiker auf der Liste ehrenwerter Berufe etwa gleichauf mit Dieben und Fälschern.

Im 20. Jahrhundert gab es in Argentinien praktisch nur drei Regierungstypen: Peronisten, UCR oder Militärrherrschaft. Keine politische Bewegung hat das Land so sehr geprägt wie die Peronisten. Sie betrachten den Staat als ihren Privatbesitz. Als Fernando de la Rúa kurz vor Weihnachten anbot, mit den Peronisten eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, ließen sie ihn auflaufen. Zwei Wochen und vier Regierungschefs später ist es der Peronist Eduardo Duhalde, der diesen Vorschlag wieder aufgreift. Zuvor hatten die peronistischen Gouverneure ihrem eigenen Mann im Präsidentenamte, Adolfo Rodríguez Saá, die Gefolgschaft verweigert und ihn so zum Rücktritt gezwungen.

Juan und Evita, das Politpärchen
Die Peronisten sind ein maßloser Klüngel halbeidener Caudillos. Was sie eint, ist ihr Wille zur Macht – und die platonische Liebe zu ihrem General Juan Domingo Perón und dessen Frau Eva Duarte de Perón, genannt Evita. Beide sind für die Peronisten unsterblich. Bei jeder Versammlung der PJ und jedem noch so kleinen Gewerkschaftstreffen wird der Peronistenmarsch abgesungen. Die Kontertafel des Politpärchens sind bei jeder Gewerkschaftsdemonstration auf blauweißen Fahnen dabei, bei jedem Streik auf Flugblätter gedruckt, ihre Büsten stehen in der düsteren Eingangshalle der Zentrale des argentinischen Gewerkschaftsdachverbands CGT.

Dreimal war der Mussolini-Bewunderer Juan Domingo Perón Präsident Argentiniens. Er versuchte sich als Verteidiger der Arbeiterinteressen zu profilieren. Schon in seiner ersten Amtsperiode ab 1945 hob er die Löhne an, verbesserte den Kündigungsschutz und kümmerte sich um eine Rentenversicherung. Perón baute seine Bewegung mit der Arbeiterklasse auf und wurde deren Schutzpatron. In seiner allmorgendlichen Radiosendung hörte sich das so an: „Ich habe Vertrauen in die Menschen, die arbeiten, weil sie mich noch nie betrogen haben.“

Wenn er jedoch vor Unternehmern sprach, klang er anders. „Um zu vermeiden, dass die Massen nicht zu weit mit ihren Forderungen gehen, ist das wichtigste Hilfsmittel, sie zu organisieren.“ Sein Ziel: Unternehmer und Arbeiter kümmern sich Hand in Hand um den Aufbau des Landes. In den Worten des Politologen Carlos S. Fayat: „Der Peronismus ist die argentinische Version des italienischen Faschismus, er ist ein Produkt des argentinischen Nationalismus, der die Arbeiter zu seinem Instrument machte.“

Bis heute sind die Gewerkschaften das wichtigste Standbein der peronistischen Bewegung. So schafften sie es durch permanente Streiks, unter dem UCR-Präsidenten Raúl Alfonsín das Land lahm zu legen und ihn schließlich zur Amtsaufgabe zu zwingen. Alfonsíns Nachfolger, der Peronist Carlos Menem, betrieb in seiner Amtszeit von 1989 bis 1999 den Totalausverkauf des Landes, verdoppelte die öffentlichen Schulden und die Arbeitslosigkeit. Doch die Gewerkschaften verhielten sich still. Sie traten erst wieder auf den Plan, als der



Von sozialem Frieden keine Spur: In Buenos Aires gehen linke Demonstranten und Duhalde-Anhänger aufeinander los FOTO: AP

Vom alten Schlag

Der Peronist Eduardo Duhalde ist neuer Präsident Argentiniens. Vor Jahren hat er die Provinz Buenos Aires als Gouverneur ruiniert

Revanche geglückt: Eduardo Duhalde hatte 1999 schon einmal versucht, Präsident Argentiniens zu werden. Gegen den kürzlich zurückgetretenen Präsidenten Fernando de la Rúa fiel er damals klar durch.

Zwei Jahre später ist Duhalde neuer Präsident Argentiniens. De la Rúa ist zurückgetreten, der Staat musste seine Zahlungsfähigkeit eingestehen. Der 60-jährige Jurist Duhalde gibt sich als Peronist alter Schule. Bei seiner Antrittsrede im Kongress am Dienstagabend vergaß er nicht, Evita und Juan Domingo Perón zu würdigen. Duhalde wettete gegen das neoliberale Modell in Argentinien unter Menem, dessen Vizepräsident er von 1989 bis 1991 war.

Pathetisch erklärte er am Dienstag-



Am Ziel: Eduardo Duhalde FOTO: REUTERS

abend die Sozialpolitik zu seinem Terrain. Die war bislang Aufgabe seiner Frau. Hilda „Chiche“ Duhalde leitete wie damals Evita eine Hilfsorganisation für Arme; im Fernsehen hat sie bereits angekündigt, nicht in den Präsidentensitz ziehen zu wollen – ein luxuriöses Anwesen mit Park und Golfplatz.

Bis zum Jahr 1999, als Duhalde Präsident werden wollte, war er zweimal Gouverneur der Provinz Buenos Aires, der reichsten und wichtigsten. Jeder vierte der 36 Millionen Argentinier lebt dort. Als Gouverneur profilierte sich Duhalde, indem er öffentliche Aufträge beschaffte und so für Arbeit und Wachstum sorgte. Doch seinem Nachfolger Carlos Ruckauf hinterließ er einen völlig aus dem Gleichgewicht geratenen Haushalt, die Provinz ist faktisch pleite.

Duhalde gilt als autoritär. Unbeliebt machte er sich als Gouverneur, als er im Jahr 2000 per Dekret verfügte, dass alle Bars und Diskotheken der Provinz um drei Uhr nachts zu schließen haben. Ein Skandal für argentinische Verhältnisse, wo bis zum Sonnenaufgang gefeiert wird. Nach tagelangen Demonstrationen von Jugendlichen musste Duhalde seine Anordnung, die zum Ziel hatte, Wirtschaftskraft und Moral in der Provinz zu verbessern, wieder zurücknehmen.

Nach seiner Wahlniederlage gegen de la Rúa 1999 schien es, als wolle Duhalde sich aus der Politik verabschieden – er ging als Dozent an die Universität. Doch im Oktober 2001 kam er zurück und wurde prompt in den Senat gewählt. Wenige Wochen später hat er sein Ziel erreicht: Er ist Präsident Argentiniens.

Zuckerbrot und Pleite

In seiner Antrittsrede verspricht Eduardo Duhalde ein reformiertes Wirtschaftssystem. Schmerzhaft Entscheidungen klammert er aus

Der Peronist Eduardo Duhalde ist seit Dienstag der fünfte argentinische Präsident in weniger als zwei Wochen. In einer Sondersitzung von Senat und Abgeordnetenhauses wurde er als einziger Kandidat mit den Stimmen der Opposition und seiner eigenen Partei, der Justizialistischen Partei (PJ), gewählt. Duhalde wird das Mandat des kurz vor Weihnachten zurückgetretenen Präsidenten Fernando de la Rúa vollenden und Argentinien bis Dezember 2003 regieren. Die ursprünglich für März vorgesehene Neuwahlen sind abgesagt.

„Es gibt heute nichts zu feiern“, sagte Duhalde in seiner Antrittsrede. Das Land sei pleite, in der Politik stehe man am Rande des Chaos. Duhalde versprach mit allen „politischen Parteien, den Unternehmern, den Gewerkschaften, der Kirche und Nichtregierungsorganisationen“ zusammenzuarbeiten. Ob dies bedeutet, dass am Kabinettsminister aus den Reihen der beiden größten Oppositionsparteien Radikale Bürgerunion (UCR) und dem Mittel-links-Bündnis Frepaso sitzen werden, ist noch ungewiss. Auch wenn beide für Duhalde gestimmt haben, ist nicht entschieden, ob sie zu einer Regierungsbeilegung bereit sind.

Duhalde kündigte an, das Wirtschaftsmodell wechseln zu wollen. „Das alte Modell hat abgewirtschaftet, es hat Mittelschicht und Industrie kaputtgemacht“, sagte er. In bester peronistischer Manier versprach er sich für die Schwächsten der Gesellschaft einzusetzen und appellierte an das Nationalbewusstsein. Dass schwierige und schmerzhaft Entscheidungen anstehen, klammerte er aus.

UCR-Präsident Fernando de la Rúa Menems Erbe in Höhe von 132 Milliarden Dollar Staatsschulden zu verwalten begann. In 720 Amtstagen riefen die Peronisten zu acht Generalstreiks auf, doppelt so viele, wie sie unter Menem in zehn Jahren angezettelt hatten.

Ungebrochener Machtinstinkt

Im Peronismus haben sowohl Linke wie Rechte Platz gefunden. „Peronismus ist einfach nur Perón“, schreibt der Politologe Fayat. Aber innerhalb der peronistischen Bewegung werden darunter oft verschiedene Dinge verstanden. Als Perón nach Jahren im Madrider Exil am 20. Juni 1973 nach Argentinien zurückkehrte, erlebte die peronistische Bewegung ihr schlimmstes Trauma. Tausende waren zum internationalen Flughafen von Buenos Aires geeilt, um dem General die Ehre zu erweisen. Doch plötzlich kam es zu einer wilden Schießerei zwischen rechten Peronisten und den linksperonistischen Guerilleros der „Montoneros.“ Beide Seiten zogen die Waffen zur Verteidigung Peróns. Das Blutbad unter den Peronisten forderte über hundert Tote. Trotz solcher Tragödien hat sich die peronistische Bewegung immer wieder aufgerappelt.

Selbst nach Peróns Tod am 29. Juni 1974 verschwand der Peronismus nicht aus der argentinischen Politik. Und das, obwohl die Montoneros und die rechts-extreme AAA, immerhin kommandiert von Peróns ehemaligem Sekretär, das Land ins Chaos trieben, bis die Militärs putschten und eine blutige Diktatur errichteten. Die Peronisten haben sich als extrem anpassungsfähig erwiesen. Ihr politisches Ziel ist heute so verschwommen wie damals und ihr Wille zur Macht ungebrochen. Notfalls nehmen sie dafür den Staat als Geisel.

So ist hinter den Kulissen längst beschlossen, dass Argentinien die 1:1-Parität von Peso und US-Dollar aufheben wird. Dies bedeutet, dass die Ersparnisse der Argentinier weiter schrumpfen werden und die Inflation steigt. Anscheinend will Duhalde den Peso an einen Währungskorb aus US-Dollar, Euro und brasilianischem Real anbinden. Dies würde einer Abwertung um etwa 20 Prozent entsprechen. Duhalde versprach auch, die eingefrorenen Bankkonten der Argentinier baldmöglichst wieder aufzutauen – was gegenwärtig schlicht unmöglich ist, weil den Banken das Geld fehlt. Duhalde sollte mit derartigen Versprechen äußerst behutsam umgehen. Noch während seiner Antrittsrede gingen in Buenos Aires erneut die Menschen auf die Straße, um gegen den neuen Präsidenten zu demonstrieren.

Auch in seiner eigenen Partei ist Duhalde umstritten. Weil die mächtigen peronistischen Gouverneure Duhalde auszubremsten versuchten, da sie selbst an Präsidentenkarrieren basteln, verzögerte sich seine Wahl um fünf Stunden. Zeitweise sah es am Dienstagnachmittag gar so aus, als würde die Wahl des neuen Übergangspräsidenten scheitern. Erst zähe Verhandlungen innerhalb der peronistischen Partei machten Duhaldes Wahl möglich. Das Jawort der großen Oppositionsparteien hatte er zu diesem Zeitpunkt schon längst.

Während im Kongress die Peronisten sich untereinander hinter verschlossenen Türen stritten, gingen davon linke Demonstranten und Duhalde-Anhänger mit Knütteln und Steinen aufeinander los.

INGO MALCHER

Alle sollen verschwinden

Das Oberste Gericht Argentiniens hat die Sperrung der Bankkonten für verfassungswidrig erklärt. Doch die Richter sind ebenso verhasst wie die Politiker.

VON JESSICA ZELLER, BUENOS AIRES, UND WOLF-DIETER VOGEL, MEXIKO-STADT

**»Viele Leute werden jetzt denken, sie gehen einfach zur Bank und bekommen dort ihr Geld, doch man wird sie nicht zufrieden stellen können.«
Eduardo Duhalde**

Argentinien ist immer für Überraschungen gut. Am vergangenen Freitag erklärte der Oberste Gerichtshof des Landes die »corralito«, die Sperrung von Bankkonten und die Limitierung von Bargeldauszahlungen, für verfassungswidrig. Präsident Eduardo Duhalde sprach nach der völlig unerwarteten Entscheidung von einem »institutionellen Putsch«. Schließlich sei das Urteil »zufällig« kurz nach der Entscheidung des Parlaments gefallen, Korruptionsvorwürfe gegen die obersten Juristen in einem Untersuchungsausschuss prüfen zu lassen.

In der Tat kann man den Urteilsspruch als Schachzug einiger »sehr erboster Richter« und ihres politischen Freundes, des ehemaligen Präsidenten Carlos Menem sehen, wie die argentinische Tageszeitung *Página 12* schrieb. Denn gerade jene fünf der neun Juristen, die für die Verfassungswidrigkeit der »corralito« stimmten, wurden einst von Menem in ihr Amt gesetzt.

Der Widersacher Duhalde, der selbst mitverantwortlich ist für die schwere Krise des Landes, setzt offenbar auf eine weitere Eskalation, um seine Position zu stärken. Zwar begannen mit der Sperrung der Konten im Dezember die Auseinandersetzungen auf der Straße, die bis heute kein Ende gefunden haben. Doch mittlerweile wird auch die nun verfügte Aufhebung wohl nicht für mehr Ruhe sorgen. »Viele Leute werden jetzt denken, sie gehen einfach zur Bank und bekommen dort ihr Geld, doch man wird sie nicht zufrieden stellen können«, prophezeite Duhalde.

Seine Regierungserklärung vom vergangenen Freitag änderte er um in einen Appell an die Bevölkerung, »sich nicht betrügen zu lassen« und den »sozialen Frieden« zu wahren. Bis einschließlich Dienstag sollten die Banken geschlossen bleiben. Die Zwischenzeit sollte offensichtlich dazu genutzt werden, alle Maßnahmen zu durchdenken, die gleichzeitig die

Liquidität der Banken und die Ersparnisse der Bevölkerung garantieren könnten.

Zur Debatte stehen ein modifiziertes »corralito«, die Umwandlung der Guthaben in Schuldscheine, und ein Austausch der unliebsamen Richter. Folgt man in Buenos Aires dem letzten Weg, so würde die Regierung möglicherweise etwas Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen. Schließlich hat sich der Protest gegen die »korrupten Richter« zu einem zentralen Anliegen der »cacerolazos«, der Demonstrationen mit Kochtopfgeklapper, entwickelt.

Bereits zum sechsten Mal versammelten sich am vergangenen Donnerstag Tausende vor dem Obersten Gerichtshof und zogen anschließend trommelnd weiter zu den Häusern einzelner Richter. »Das ist meine Waffe«, sagte die Rentnerin Marta Carbone, während sie den Journalisten ihren schon ziemlich zerbeulten Kochtopf entgegenhielt. Die Mehrzahl der Flugblätter und Transparente der »clase media« machte weder auf Partei-, noch auf Organisationszugehörigkeit aufmerksam. Im Mittelpunkt standen wie üblich die »asambleas vecinales«, die man etwa mit »Nachbarschaftstreffen« übersetzen kann. Sie haben sich mittlerweile in der Hauptstadt und in fast 50 verschiedenen Orten der Provinz Gran Buenos Aires gebildet.

150 Menschen durchschnittlich treffen sich ein bis zweimal wöchentlich an zentralen Plätzen ihres Viertels, um über aktuelle Anliegen zu diskutieren. Sie bilden Ausschüsse zu den Themen Bildung, Menschenrechte, Arbeit und Gesundheit. Stadtteilübergreifende Versammlungen finden sonntags im Park Centenario statt. Bis zu 3 000 Menschen beteiligten sich in den vergangenen

Schieden!

Wochen an diesen Treffen. Hier wurde etwa beschlossen, dass die »cacerolazos« künftig jeden Freitag auf dem zentralen Platz der Stadt, dem Plaza de Mayo abgehalten werden. Es gibt auch erste Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen den stadtteilbezogenen Asambleas und den piqueteros, den organisierten Arbeitslosen. Noch vor Monaten waren die piqueteros in der Mittelschicht verschrien.

Die Diskussionen in den Asambleas verlaufen laut, aber demokratisch. Vorschläge werden oft bis in die Nacht hinein diskutiert, über die Rednerliste kann jeder das Wort erhalten, Redezeiten von zwei Minuten sind die Obergrenze. Wer im Verdacht steht, mit dem Staat oder den offiziellen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, hat keinen Rückhalt mehr. Im Zweifelsfall wird ihm durch einen Mehrheitsbeschluss die Delegiertenfunktion entzogen.

Das Motto der neu konstituierten Bewegung ist eindeutig: »Alle sollen verschwinden, keiner soll bleiben.« Anders als es noch im Dezember erschien, ist die Befreiung vom »corralito« nicht mehr das einzige Anliegen. »Auch wenn die Guthaben wieder freigegeben sind, sollen die Korrupten verschwinden«, schimpft eine Frau auf der Asambla des Altstadtviertels San Telmo und erntet lauten Applaus. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs betrachtet man mit großer Skepsis. Kaum war der Richterspruch bekannt geworden, versammelten sich Demonstranten vor dem Justizgebäude, um gegen die »opportunistische und verlogene« Entscheidung zu demonstrieren, wie auf einem Transparent zu lesen war.

Ja, die Regierung »denkt genauso«, ließ Duhalde in einer Ansprache wissen. Wäre er nicht Präsident, würde er sich vermutlich an Kochtopfdemonstrationen oder Straßenbesetzungen beteiligen. Solche Aussagen wirken jedoch nicht nur nach den brutalen Polizeieinsätzen vor knapp

zwei Wochen lächerlich. Denn die Zugeständnisse halten sich bislang in Grenzen. Staatliche Angestellte sollen künftig wieder frei über ihr Gehaltskonto verfügen können. Dass die Beschäftigten jedoch teilweise seit vier Monaten auf ihr Gehalt warten, erwähnten Duhalde und der Generalsekretär der größten Gewerkschaft Confederación General de Trabajo (CGT), Rudolfo Daer, nicht.

Um den Mittelstand zu besänftigen, beschloss die Regierung zudem, dass Kredite unter 100 000 Dollar im Verhältnis eins zu eins getauscht werden sollen. Im Interesse ausländischer Banken und großer Unternehmen einigte man sich darauf, Schulden von über 100 000 Dollar im Verhältnis eins zu 1,2 anzugleichen. Die durch diese Maßnahmen entstehenden Milliarden-Differenzen für die Banken, die im Vergleich zum realen Wechselkurs entstehen, übernimmt der argentinische Staat. Die Kosten sollen durch die Einführung einer Erdölsteuer finanziert werden.

Das aber rief erneut die Erdölunternehmen auf den Plan. Die spanische Repsol drohte damit, 5 000 Beschäftigte zu entlassen. Auch die deutsche BASF, die in Argentinien ihr Geld mit Öl und Erdgas verdient, beschwerte sich über sinkende Profite. Nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten verliert das Unternehmen durch die Maßnahmen der Regierung 90 bis 100 Millionen Euro, etwa drei Prozent ihres Umsatzes.

Entsprechend schwierig war die Situation für Argentinien Außenminister Carlos Ruckauf, als er in der vergangenen Woche nach Italien, Spanien und in die USA reiste, um über Unterstützungszahlungen zu verhandeln.

Das Land habe in der Vergangenheit den Internationalen Währungsfonds (IWF) getäuscht, ließ er vor seiner Abfahrt wissen. Jetzt aber sei man bereit, »definitive Maßnahmen« zu ergreifen. »Wir wissen, dass wir zu einer Übereinkunft mit dem Fonds kommen müssen, aber gleichzeitig können wir nicht gegen die Interessen der Bevölkerung handeln«, erklärte Ruckauf in Madrid.

Die internationalen Finanzinstitute haben nach langem Zögern nun erstmals Geld in Aussicht gestellt. Nach einem Treffen mit dem IWF-Direktor Horst Köhler räumten die interamerikanische Entwicklungsbank und die Weltbank ein, man könne jeweils eine Milliarde Dollar zur Verfügung stellen. Mit den Krediten solle die Gesundheits- und Ernährungslage verbessert, der Schulbesuch ermöglicht und Selbsthilfe finanziert werden. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gab Köhler jedoch zu denken. Wie auch Duhalde unterstütze er eine schrittweise Freigabe der Konten, sagte er auf dem Weltwirtschaftsforum in New York. Der Beschluss kompliziere die Lage nun enorm.

Doch auf den Asambleas und Cacerolazos setzt man nicht mehr auf solche »Hilfe« von außen. »Niemand kann uns mehr verarschen. Deshalb hält sich der IWF bedeckt«, riefen Demonstranten am Wochenende auf der Plaza de Mayo. »Jede unserer Mobilisierungen ist eine Denunziation dessen, was sie getan haben.«

Argentinien droht im Chaos zu versinken 14.12.01

Von Eva Karnofsky

Buenos Aires – Die Gewerkschaften haben am Donnerstag mit einem 24-stündigen Streik Argentinien weitgehend lahm gelegt. Die Regierung von Präsident Fernando de la Rúa musste den siebten Generalstreik ihrer zweijährigen Amtszeit hinnehmen. Bereits am Vortag wurde im ganzen Land gegen die Politik von Wirtschaftsminister Domingo Cavallo protestiert. Die Unmutsäußerungen der Bevölkerung waren seit über einem Jahrzehnt nicht mehr so heftig, die Gewaltbereitschaft höher als bei früheren Streiks. Am Mittwoch waren sieben Taxis mit Molotowcocktails in Brand gesteckt worden, als Warnung für Taxifahrer, die trotz Streiks vorhatten zu arbeiten. Am Donnerstag Morgen gingen drei weitere Taxis in Flammen auf. Sämtliche Transportmittel standen still, so dass die meisten

Argentinier nicht zu ihrem Arbeitsplatz gelangen konnten. Die Flughäfen waren weitgehend außer Betrieb, der Müll blieb liegen. Die Vereinigung der Einzelhändler hatte die Bevölkerung aufgerufen, das Licht auszuschalten, die Hupen der Autos zu betätigen und auf den Straßen Kochtopfdeckel gegeneinander zu schlagen. Die Mehrheit der Bürger im Großraum Buenos Aires beteiligte sich an dem ohrenbetäubenden „Konzert“.

Der Protest richtete sich vor allem gegen die von der Regierung am 1. Dezember verfügte Verknappung des Bargelds. Nachdem zuvor aus Angst vor einer Geldabwertung ein Sturm auf die Konten eingesetzt hatte, erließ Wirtschaftsminister Domingo Cavallo ein Dekret, das den Argentinern nur noch erlaubt, 1000 Dollar Bargeld pro Monat von ihren Konten abzuheben. Die Geschäftsleute behaupten, dass sich ihre Umsätze seit dem 1. Dezem-

ber halbiert haben. Viele Einzelhändler akzeptieren weder Bank- noch Kreditkarten. Sie argumentieren, die dafür notwendigen Einrichtungen seien zu teuer. Sie kosten umgerechnet 220 DM im Monat. Ebenfalls aus Protest gegen die neuen Spielregeln wurde in der Stadt La Plata ein Geldautomat in Brand gesteckt, und am Donnerstag Morgen gingen eine Bank in La Plata und eine weitere in Mar del Plata in Flammen auf. Rund siebenzig Prozent der Bürger verfügte bis dato über kein Konto. Angesichts der Bargeldverknappung sahen sie sich gezwungen, umgehend Konten zu eröffnen. Noch 12 Tage nach Einführung der neuen „Spielregeln“ bildeten sich vor vielen Banken Schlangen.

Süddeutsche Zeitung

[...]

Führer der Herzen

**Der argentinische Peronismus ist
nicht in der Krise, er produziert sie.
Von Stephan Günther, Jungle World
Nr. 12, 13. März 2002, Dossier**

Offenbar in sich zerrissen, hatte der neue argentinische Präsident Eduardo Duhalde bereits im vergangenen Jahr seinen Schuldgefühlen freien Lauf gelassen: »Wir sind eine Scheiß-Elite, und ich gehöre dazu.« Nun ist diese »Elite« wieder an der Regierung, Duhalde scheint sich gefangen zu haben. Inzwischen versteht er sich als Retter der Nation. Nachdem seine Vorgänger allesamt gescheitert sind, will er die Tradition des Peronismus aufgreifen und verspricht eine Politik »für das Vaterland und für das Volk«.

Dabei war die Finanzkrise schon nicht mehr abzuwenden, als er noch Vizepräsident war. Präsident Carlos Menem hielt damals, Ende der neunziger Jahre, eisern an seiner Sparpolitik und der Dollarbindung des Peso fest, aber steigende Schulden und stagnierende Exporteinnahmen ließen die Krise immer deutlichere Konturen annehmen. Dass sie schließlich eskalierte, als die peronistische Justizialistische Partei (PJ) gerade mal nicht an der Regierung war, mag Zufall sein. Wahrscheinlicher ist aber, dass der totale Kollaps des Landes deshalb in die kurze Regierungsphase des Präsidenten Fernando de la Rúa von der Radikalen Bürgerunion (UCR) fiel, weil die peronistische Gewerkschaft, die Confederación General del Trabajo (CGT), seit dem Machtwechsel mehr Streiks organisierte als in den zehn Regierungsjahren ihres Parteifreundes Carlos Menem zusammengenommen. Und dies, obwohl beide Regierungen fast dieselbe Politik machten und demselben marktradikalen Kurs folgten.

An der Person Eduardo Duhalde und an der CGT wird die ganze Widersprüchlichkeit deutlich, die sich hinter dem Label des Peronismus verbirgt. Die Ideologie ist von Unternehmern und Gewerkschaften, von Linken und Rechten, von Menschenrechtlern und Militärs gleichermaßen geprägt. Deshalb tolerieren die peronistischen Gewerkschaften Kündigungen, Lohnkürzungen und Firmenschließungen, wenn sie von der peronistischen Partei zu verantworten sind, mobilisieren aber all ihre Kräfte, wenn politische Gegner an der Macht sind. Und deshalb konnte Duhalde jahrelang eine neoliberale Politik mittragen und -gestalten, um sie heute zu geißeln.

Es gehört zwar zu den Eigentümlichkeiten eines jeden Nationalismus, dass er sich nicht auf Klassenwidersprüche beruft, sondern im Gegenteil die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellt. Und als

nationalistische Ideologie folgt auch der Peronismus diesem Credo. Doch der Peronismus ist mehr als bloßer Nationalismus. Er folgt einem Führerprinzip, ohne so recht realisiert zu haben, dass dieser Führer - General Juan Domingo Perón - längst tot ist und seine Gefolgschaft um sein Erbe streitet.

Sowohl der linksnationalistische Flügel um die Gewerkschaften als auch die Marktradikalen um den ehemaligen Präsidenten Menem beanspruchen für sich, die verkündete Politik des »Caudillo« fortzusetzen. Tatsächlich haben beide Seiten Recht. Denn Perón verfolgte in den vierziger Jahren einerseits eine exportorientierte Wirtschaftspolitik, brachte durch die Stärkung der Gewerkschaften, Lohnerhöhungen und Sozialprogramme aber auch große Teile der Arbeiter hinter sich. Durch einen Militärputsch war er 1943 - zunächst als Arbeits- und Sozialminister - an die Macht gelangt und wurde in dieser Funktion zum populären Führer einer Massenbewegung der Arbeiter und Gewerkschaften. Durch einen Gegenputsch wurde die Regierung zunächst abgesetzt, doch nach einer Massenmobilisierung seiner Gefolgschaft mussten die Militärs das Feld räumen; 1946 wurde Perón schließlich zum Präsidenten gewählt.

Perón setzte auf eine Politik der nachholenden Entwicklung. Er nutzte die günstige Lage nach dem Zweiten Weltkrieg, die Argentinien mit dem Export von Rindfleisch und Getreide hohe Einnahmen bescherte, und subventionierte die Industrialisierung des Landes. Durch die Begrenzung der Importe konnte eine Leichtindustrie - vor allem zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte - aufgebaut werden; die Exportwirtschaft schuf vor allem in der Hauptstadt Buenos Aires Arbeitsplätze im Transportwesen, in Schlachthöfen und bei Handelsgesellschaften. Seine Frau Eva Duarte, genannt Evita, präsentierte den Arbeitern unterdessen umfangreiche Sozialprogramme. »Die Arbeiter brauchen eine Führung des Herzens, damit sie besser arbeiten«, hat Perón einmal gesagt und damit seine Strategie der ehelichen Arbeitsteilung angedeutet: Evita war fürs Zuckerbrot, er für die Peitsche zuständig.

Und die - das wird in peronistischen Kreisen gerne verschwiegen - nutzte der Bewunderer des italienischen Faschismus unter Benito Mussolini zur Genüge. Wer mehr als soziale Geschenke wollte, wer Landreformen forderte, die Monopole der fleisch-

verarbeitenden Industrie angriff oder gar das politische System des Landes in Frage stellte, wurde gnadenlos verfolgt. Politische Gegner wurden hinter Gitter gebracht oder gleich ermordet. Opposition war in einem Staat der »Organisierten Gemeinschaft« - wie Perón die Nation in seiner »Justizialistischen Doktrin« nannte - nicht nur unerwünscht. Sie galt als überflüssig, weil die Regierung als Vertreterin des Volkes definiert war; Oppositionelle galten folgerichtig als »Antipatria«, als Vaterlandsverräter.

Ähnlich wie das Vaterland war auch dessen Führer unangreifbar. Perón stellte sein Führungsprinzip schon 1944 in einer Rede klar, als er noch gar nicht Präsident war: »Die Völker müssen wissen, dass der Führer geboren wird. Er entsteht weder aufgrund von Dekreten, noch von Wahlen. Führen ist eine Kunst, und der Künstler wird geboren, nicht gemacht.«

Nachdem der Peronismus in den fünfziger Jahren, als die Exporteinnahmen nicht mehr wie gewünscht wuchsen und die Kosten des Militär- und Wohlfahrtsstaates in die Höhe gingen, in eine erste Krise geraten war, wurde Peron 1955 vom Militär gestürzt. Doch als der General zu seinem Künstlerfreund, dem spanischen Diktator Francisco Franco, ins Exil ging, erlebte seine Bewegung einen neuen Höhepunkt. Eine ähnliche Renaissance, die neben dem Gründungsmythos zum heutigen verklärten Bild des Peronismus beiträgt, wiederholte sich, als er kurz nach seiner Rückkehr 1974 starb.

Denn obgleich die Justizialistische Partei und die CGT während der kürzeren und längeren Militärdiktaturen jeweils verboten wurden, avancierte die peronistische Bewegung zur stärksten Opposition des Landes. Noch im Jahr des ersten Putsches, Ende 1955, kam es zu zahlreichen Streiks und Sabotageaktionen. Die Gewerkschaften wurden zum Rückgrat der Justizialistischen Bewegung im Kampf gegen die Militärs. Dass sie noch nie einen großen Unterschied zwischen Militärs und demokratisch gewählten politisch Andersdenkenden machten, wurde deutlich, als sie 1966 einen Militärputsch unterstützten, um die gegnerische Radikale Bürgerunion von der Macht zu vertreiben. Dies wird in der peronistischen Geschichtsschreibung von heute allerdings lieber ausgelassen.

Tatsächlich schaffte es keine Militärdiktatur, auch nicht die letzte und brutalste, der zwischen 1976 und 1983 etwa 30 000 Menschen zum Opfer fielen, die peronistischen Strukturen und Netzwerke zu zerschlagen. 30 Prozent der Ermordeten und »Verschwundenen« (viele Opfer der Diktatur wurden in Massengräbern verscharrt oder aus Flugzeugen über dem Meer abgeworfen; weil ihre Leichen nie gefunden wurden, gelten sie nach wie vor als vermisst) waren Industriearbeiter, die sich in den

peronistischen Gewerkschaften engagierten.

Nach dem Verbot der CGT und der Partei organisierten sich viele Peronisten illegal. Bereits im Rahmen der Massenmobilisierungen der sechziger Jahre waren vor allem von Jugendlichen getragene »revolutionäre Organisationen« entstanden, die bewaffnete Gruppen sehr unterschiedlicher politischer Ausrichtung beherbergten. Die wohl bekannteste unter ihnen war die Gruppe der Montoneros. Peronistische Organisationen jeglicher Couleur - von Parteifunktionären über Gewerkschaften bis hin zu bewaffneten Gruppen - stellten sich gegen die Diktatur und ihre Repression.

Doch selbst diese Zeit des vermeintlichen gemeinsamen Widerstands, die bis heute die peronistische Bewegung zusammenhält, ist voller Widersprüche. Denn in den Jahren vor dem Putsch, als zunächst Perón selbst und dann, nach dessen Tod, seine dritte Frau Isabel Perón an der Macht waren, stellte der Peronismus zugleich die Regierung und die Opposition. Die Bewegung war so zerstritten, dass die Montoneros auch unter Perón ihre Waffen nicht niederlegten.

Umgekehrt ließ die Regierung alle Oppositionellen, also auch Angehörige der eigenen Bewegung, verfolgen. Schließlich erließ die peronistische Regierung ein Dekret, um »das Wirken der subversiven Elemente im gesamten Staatsgebiet auszulöschen«. Dieses Dekret diente den Militärs später, während der siebenjährigen Diktatur, zur Legitimation ihrer blutigen Repression.

Trotz dieser Geschichte berufen sich nach wie vor die Partei, die Gewerkschaften und die Bewegung auf vermeintlich bessere »peronistische« Zeiten. Möglicherweise ist es also tatsächlich der viel beschworene Mythos Perón, der es bis heute möglich macht, dass sich peronistische Funktionäre unter die demonstrierenden und protestierenden Menschen in Buenos Aires mischen, um gegen die Politik der eigenen Partei zu demonstrieren, dass Gewerkschafter zum Streik gegen eine Kürzungspolitik aufrufen, der sie selbst zugestimmt haben, und dass sich ein selbst ernanntes Mitglied der »Scheiß-Elite« ein knappes halbes Jahr später zum Mann des Volkes erklärt.

Kein zweites Brasilien

Allianzen, Grabenkämpfe und Repression:
der steinige Weg der argentinischen Opposition

Nach dem Triumph eines Linkskandidaten in Brasilien träumen nun auch argentinische Oppositionelle von einem Lula im eigenen Lande. Doch die Linke in Argentinien ist zerstrittener als je zuvor. Gab es im Winter auf der Südhalbkugel noch hoffnungsvolle Anzeichen für ein breites Mitte-Links-Bündnis, so bekämpfen sich jetzt ehemalige Verbündete aus der Protestbewegung in der Hoffnung, dadurch ihre Chancen bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im März 2003 zu verbessern. Es scheint, als würde die Opposition ihrer eigenen Forderung, „Alle sollen verschwinden“, selbst keinen Glauben mehr schenken.

Lange Jahre waren die ArgentinierInnen dem großen und mächtigen Nachbarn Brasilien mit ambivalenten Gefühlen begegnet. Öffentlich spottete man über dessen EinwohnerInnen, denen man den Spitznamen „Monos“ (Affen) gegeben hatte. Ingeheim neidete man ihnen ihre Stellung als wichtigste südamerikanische Volkswirtschaft. Das Konkurrenzdenken der Menschen in den beiden Schwellenländern trieb nicht nur im Sport seltsame Blüten: Die Frage, wer denn nun der größte Fußballspieler aller Zeiten sei, Pelé oder Maradona, beschäftigte Hirne und Herzen der Menschen, band Ressourcen, die besser anderswo genutzt worden wären. In der selben Zeit stagnierte der wirtschaftliche und kulturelle Austausch zwischen den beiden Ländern.

Zwar war man zusammen mit Brasilien einem gemeinsamen Markt, dem Mercosur, beigetreten, und beide Länder stellten füreinander einen der wichtigsten Handelspartner dar. Aber beim kleinsten Anzeichen dafür, dass nationale Interessen gefährdet waren, mehrten sich die Stimmen, die de facto nie ganz abgebauten

Zollschranken wieder herunterzulassen. Argentinische Politiker verfolgten die Weiterentwicklung und den Ausbau des Mercosurs daher nur halbherzig. Man war weit davon entfernt, eine gemeinsame Währung einzuführen oder eine konzertierte Handelspolitik zu betreiben.

Die Achse des Guten

Doch seit dem 27. Oktober 2002 ist nichts mehr, wie es war. Der überragende Triumph von Luiz Inácio da Silva, genannt Lula, im zweiten Wahlgang der brasilianischen Präsidentschaftswahlen hat auch im Denken der ArgentinierInnen einen Stein ins Rollen gebracht. Zum einen versprach Lula noch in der Wahlnacht rasche wirtschaftliche Hilfe für das Nachbarland in seiner bislang schwersten Krise, zum anderen stellte er seine Idee von einem lateinamerikanischen Block vor, einem Zusammenschluss mehrerer Länder, um den USA in den Verhandlungen um die panamerikanische Freihandelszone ALCA Paroli zu bieten. Für Brasilien käme dabei Argentinien eine Schlüsselrolle zu. Wenn Argentinien zusammenbrä-

che, verlöre auch Brasilien seinen Verhandlungsspielraum gegenüber Washington.

Das hörten die ArgentinierInnen gern: Da weder oppositionelle Kräfte noch die Bevölkerung Vertrauen in die eigene politische Elite setzen, soll nun Abhilfe aus dem Nachbarland kommen. Von Lula lernen, heißt siegen lernen. So dachte es zumindest eine Delegation von PolitikerInnen aus Buenos Aires, die kurz vor dem zweiten Wahlgang nach São Paulo in die Kommandozone der PT (Partido dos Trabalhadores) fuhr. Aníbal Ibarra, der amtierende Bürgermeister von Buenos Aires von der Frente Grande und einige Mitglieder der ARI (Aktion für eine Republik von Gleichen) gratulierten Lula und nahmen dessen Ratschläge entgegen.

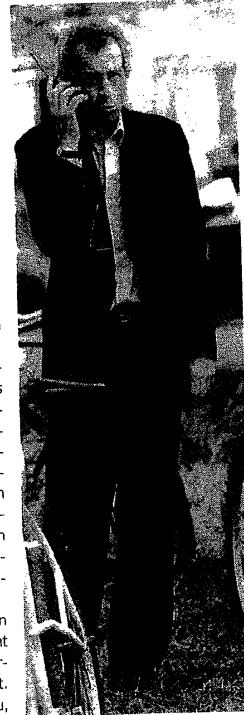
Lulas Rat

Vier Schritte, so Lula, würden auch die argentinische Opposition zum Erfolg führen: Erstens eine starke Partei, in der viele Strömungen koexistieren, diese sich aber einem gemeinsamen Ziel unterordnen. Zweitens ein Programm, nicht notwendigerweise ein sozia-

listisches, aber eines, das Veränderungen und Verbesserungen beinhaltet. Drittens die Bereitschaft, Wagnisse einzugehen und die eigenen Grenzen zu überschreiten. In anderen Worten, sich wie Lula zu getrauen, den politischen Gegner – in seinem Fall den Unternehmer José Alencar – einzubinden, ihn sogar zum Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten zu machen. Und viertens sich professionell beraten zu lassen: Eine gute Wahlkampfkampagne, die ein volksnahes Image vermittele, sei ein unverzichtbarer Baustein für den Erfolg an den Urnen.

Die argentinischen PolitikerInnen kehrten zurück, doch nichts erschien ihnen zuhause schwieriger umzusetzen als Lulas Vorschläge. Warum ist in Argentinien keine Entwicklung wie in Brasilien möglich? Warum gibt es im Augenblick keine der PT vergleichbare Partei? Und warum kann sich die Opposition auf keine(n) gemeinsame(n) PräsidentschaftskandidatIn einigen?

Die Unterschiede zwischen den beiden Situationen sind leicht aufgezeigt: Lula eint, wo die argentinische Opposition spaltet. Lula bewegt sich auf die Mitte zu, wo sich die argentinische Opposition radikalisiert. Und Lula hat eine Basis, wo die argentinische Opposition händeringend nach einer Verankerung in der Bevölkerung sucht. Warum dies so ist und vor allem, warum es niemandem gelingt, die Hindernisse auf dem Weg zur Macht auszuräumen, lässt sich wesentlich schwerer bestimmen. Ein Grund ist der desolatte Zustand der Parteienlandschaft: Die regierende peronistische Partei (Partido Justicia-



Mit einem Ohr immer an der Basis: Luis Zamora

lista) hat de facto ein zweites Olivos-Abkommen (benannt nach dem Präsidentenpalast) mit der anderen argentinischen Volkspartei, den Radikalen (Unión Cívica Radical, UCR), geschlossen, um die Regierbarkeit des Landes zu garantieren. Nach dem ersten Pacto de Olivo hatte der bereits zum kommenden Präsidenten gewählte Peronist Carlos Menem

1989 vorzeitig das Amt von seinem Vorgänger Alfonsín (UCR) übernommen.

Somit gibt es im argentinischen Kongress nur eine kleine Opposition: Einzelne aus der Alianza, der ehemaligen Regierungskoalition aus UCR und Frepaso (Frente para un País Solidario), ausgetretene Abgeordnete, ehemalige Peronisten, die Demokratischen Sozialisten, die Abgeordneten von A y L (Autonomía y Libertad) und die der traditionellen linken Splittergruppen. Aber nicht nur ihre Heterogenität verhindert, dass die Opposition eine tragende Rolle im politischen Diskurs spielt, auch ihre internen Zwistigkeiten unterhöhlen bislang noch jedes gemeinsam begonnene Projekt.

Das gescheiterte Bündnis

Noch im argentinischen Winter hatten sich drei der wichtigsten PolitikerInnen der Oppositionsbewegung, Elisa Carrió (ARI), Victor de Gennaro vom Gewerkschaftsdachverband CTA (Zentrale der argentinischen Arbeiter) und der ehemalige Trotzist Luis Zamora (jetzt A y L) zu einem Bündnis zusammengefunden. Für die Dauer eines Monats ließen die drei ihre ideologischen Differenzen beiseite, Carrió und Zamora setzten sogar ihre Wahlkampagnen für die Präsidentschaftswahlen aus – damit reagierten sie auf Forderungen der unabhängigen Piqueteros von der Vereinigung Aníbal Verón, die sich trotz dieses Entgegenkommens nicht an dem Bündnis beteiligten.

Nach zwei Protestmärschen war es mit der Einheit der Opposition auch schon wieder vorbei: Das Bündnis zerbrach an den

unterschiedlichen Haltungen zu den Präsidentschaftswahlen.

Ursprünglich hatten sich die drei Oppositionellen für die Aufhebung aller politischen Mandate (Regierung, Parlament, Senat, Provinzregierungen und Oberster Gerichtshof) eingesetzt. Damit wollten sie der Forderung der Bevölkerung „Alle sollen verschwinden“ Nachdruck verleihen und einen institutionellen Ausweg aus der politischen Krise vorzeichnen. Eine verfassungsgebende Versammlung sollte die Aufhebung der Mandate beschließen und dringend notwendige politische Reformen in Angriff nehmen. Doch der Zuspruch für das Bündnis fiel bei der Bevölkerung geringer aus als erwartet. Elisa Carrió, die bis dahin in den Meinungsumfragen vorne gelegen hatte, büßte ihre Spitzenposition ein. Sie gab im Nachhinein Zamora die Schuld für ihr Ausscheren aus dem Bündnis: Die Nähe zu Zamora habe sie Stimmen gekostet und ihren eigentlichen Wählerkreis, die WählerInnen der Mitte, verschreckt.

Zamora hatte auch schon vor dem Bündnis mit Carrió mehrfach beteuert, der ehemaligen Radikalen inhaltlich zu misstrauen. Sie beharrte zu sehr auf einer „moralischen“ Lösung. Ein Austausch von Gesichtern, ehrlich gegen unehrlich, war Zamora nicht genug: Was gerade dabei sei zu verwerfen, könne nicht mehr gerettet werden, überführte Zamora seine Zweifel am herrschenden politischen System in ein plastisches Bild. Die Krise ist seiner Ansicht nach strukturell. Deshalb müsse nicht nur die politische Klasse ausgetauscht, das ganze System müsse reformiert werden. Zamora

kommt aus einem traditionellen linken Milieu, lange Jahre war er Mitglied der trotzkistischen MAS (Bewegung zum Sozialismus).

Vieles, was Zamora heute denkt und verbreitet, hat er von der sich selbst organisierenden Bevölkerung in Argentinien, von der

re nicht, weil dies bedeute, das Illegitime zu legitimieren, erklärte er, ohne zu beschönigen. Statt den Forderungen der Bevölkerung zu entsprechen, alle politischen Amtsträger neu zu bestimmen, würden in den Wahlen am 30. März 2003 nur Präsident und Vize



Noch lächeln sie gemeinsam: ARI-Chefin Elisa "Lilita" Carrió

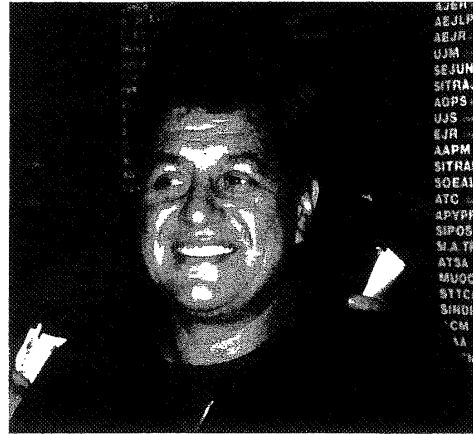
brasilianischen Landlosenbewegung Movimento Sem Terra (MST) und den mexikanischen Zapatisten gelernt. Zamora sucht entgegen seines privilegierten Status als Abgeordneter des argentinischen Parlaments die Nähe der neuen Protestbewegung, die allen Institutionen radikal misstraut und es auch ablehnt, KandidatInnen in den Präsidentschaftswahlen zu unterstützen. So hat Zamora in einer langen Nacht Ende Oktober beschlossen, selbst nicht zu den Wahlen anzutreten. Er kandidie-

ausgetauscht. Damit suchte er den Anschluss an die neuen sozialen Bewegungen, wie die Nachbarschaftsversammlungen, die Bewegung der wieder in Betrieb genommenen Fabriken und der Piqueteros. Zamoras neue Vision Politik zu machen, hat nicht die Machtübernahme als primäres Ziel, sondern die Selbstorganisation und den Aufbau von Basisbewegungen.

Elisa Carrió hat sich von dem Experiment, sich der Protestbewegung anzunähern, indes verab-

schiedet und eine eigene Partei gegründet. Aus ihrer Aktion für eine Republik der Gleichen (ARI) wurde am 9. November auf dem Gründungskongress offiziell die Partei PARI. Auch zu der sozialistischen Partei (PS) um Alfredo Bravo hat sie inzwischen ein ge-

Äußerungen Gennaros deuteten in die Richtung, dass er Carrió als nächste Präsidentin favorisiere. Er dachte Anfang November auch laut über Carriós Aufforderung nach, eine der brasilianischen PT vergleichbare Partei aufzubauen: Argentinien fehlten aber schlicht-



und CTA-Chef Victor de Gennaro

spanntes Verhältnis. Die PS hatte die Abgeordnete seit Oktober 2000 nach ihrem Austritt aus der UCR unterstützt.

Der Einzige, mit dem sie sich immer noch versteht, ist Victor de Gennaro vom nicht peronistischen Gewerkschaftsdachverband CTA. So ist es wahrscheinlich, dass sie zumindest mit der CTA ein Bündnis für die nächsten Wahlen eingehen wird. Schon in den vorherigen Wahlen hatte die CTA Parteien mit Werbung und KandidatInnen unterstützt. Die letzten

weg die Industrie, die Arbeiter und die Universitäten, um an die Entwicklungen in Brasilien anknüpfen zu können.

Die Unterstützung für die ehemalige Regierungskoalition Alianza durch die CTA ist einer der Hauptgründe, warum radikalere Piquetero-Organisationen wie die MTD Solano und die CTD Anibal Verón ein Bündnis mit dem Gewerkschaftsdachverband und in weiterer Konsequenz einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten ablehnen: Die Arbeitslosenak-

tivistInnen wollen sich ihre Unabhängigkeit bewahren. Die CTA und ihre Piqueteros hätten mit der Regierung gemauschelt, so ihr Vorwurf. Und es verwundert schon, dass in der Kommission, die über die Vergabe der staatlichen Hilfen für die Bedürftigsten entscheidet, nur die Piqueteros der CCC (Klassenkämpferische Strömung) und FTV (Vereinigung Land und Wohnraum) teilnehmen. Beide Organisationen sind mit der CTA assoziiert. Die unabhängigen Piqueteros sind dort nicht vertreten.

Arbeitslosenbewegung dreigeteilt

So ist auch das Feld der ArbeitslosenaktivistInnen inzwischen dreigeteilt. Auf der einen Seite gibt es die Organisationen wie die FTV und die CCC, die sich auf Verhandlungen mit der Regierung eingelassen haben und die „Regierbarkeit“ erhalten möchten, auf der anderen Seite die Piqueteros vom Bloque Nacional, die den traditionellen Linksparteien verbunden sind. Deren Ausrichtung nach klassischer vertikaler Manier und die Verteidigung des leninistischen Avantgardegedankens wird von dritter Seite, den unabhängigen Piqueteros der Anibal Verón und der MTD Solano („Bewegung Boden und Arbeitslose“) heftig kritisiert. Sie verstehen sich als wirkliche Basisbewegung: Alle Entscheidungen werden gemeinsam gefällt, es gibt keine formellen Hierarchien, Rotation und Weisungsgebundenheit zeichnen ihre politischen Gremien aus. Für die Piqueteros von der Anibal Verón steht die Machfrage nicht auf der tagespolitischen Agenda. Es geht ihnen in nächster Zeit darum, die

ARGENTINIEN

Strukturen an der Basis aufzubauen. In dem Getöse um die PräsidentschaftskandidatenInnen sehen sie nur die sich selbst entlarvenden Machenschaften der politischen Elite. Die Macht könne nicht übernommen werden, wie Pater Spagnolo von der MTD erklärt, sie müsse langsam konstruiert werden.

Die Nachbarschaftsversammlungen halten sich bisher aus dem Wahlkampf heraus. Der einzige Kandidat, der auf größere Zustimmung bei den Bürgern traf, war Luis Zamora. Mittlerweile haben sich die Versammlungen längst wieder den alltäglichen Problemen der BürgerInnen zugewendet.

Und erreichen manchmal sogar Erstaunliches: Die Versammlungen aus dem Süden der Stadt setzen gerade eine alte Brotfabrik wieder in Gang. Mit dem Brot könnten alle Volksküchen der Zone beliefert werden.

Timo Berger

Menem gegen Duhalde

Der Machtkampf innerhalb der peronistischen Partei

Die alten Kontrahenten stehen in der vordersten Reihe. Beim Gerangel um die nächste Präsidentschaftskandidatur innerhalb der peronistischen Justizialistischen Partei (JP) dreht sich alles um den alten Konflikt zwischen Präsident Eduardo Duhalde und dem früheren Präsidenten Carlos Menem. Knapp ein Jahr nach der Machtübernahme durch die JP muss sich sogar die argentinische Justiz mit deren taktischen Winkelzügen herumschlagen.

Die Macht fiel der justizialistischen Partei quasi über Nacht in den Schoß. Am 20. Dezember 2001 um 19 Uhr war es so weit: Präsident Fernando De la Rúa floh aus dem Präsidentenpalast und reichte sein Rücktrittsgesuch ein, nachdem Plünderungen, Demonstrationen und gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei 30 Todesopfer gefordert hatten. Das vorzeitige Scheitern von De la Rúa ebnete der Justizialistischen Partei (JP) die Rückkehr an die Macht. Eduardo Duhalde, Intimfeind von Carlos Menem, setzte sich durch und wurde am 2. Januar 2002 als Präsident vereidigt, nachdem Übergangspräsident Rodríguez Sáa wegen neuer Proteste und schwindenden Rückhalts in der eigenen Partei aufgegeben hatte.

69 Für Anfang November wurde ein Parteitag einberufen, der in



setzung der Wahlkommission zu Ungunsten von Menem verändert. Der Parteitag wurde nach Protesten der Getreuen Menems durch die Richterin María Servini de Cubría annulliert. Eine Woche später

bei der Wiederholung wurden die getroffenen Maßnahmen bestätigt.

Eine gewachsene Rivalität

Der Parteitag war ein taktischer Schachzug von Präsident Duhalde gegen seinen ärgsten Rivalen Menem, um die internen Vorwahlen zu verschleppen. Menem hatte noch im Oktober als Parteichef der JP mit seinen im Parteirat vertretenen AnhängerInnen die Vorwahlen für den 15. Dezember angesetzt und in Abstimmung mit Rodríguez Sáa eine parteiinterne Wahlkommission bestimmt. Doch das taktische Bündnis mit Sáa war zu schwach, um gegen Duhalde zu bestehen. Menem musste sich den Beschlüssen des zweiten Parteitages beugen, die die Vorwahlen mit der notwendigen Mehrheit auf den 19. Januar verlegten. Somit hat Duhalde Zeit gewonnen, um

ARGENTINIEN



Mit einer Hand immer am Dickkopf – Präsident "El Cabezón" Eduardo Duhalde

einen ihm genehmen Präsidentschaftskandidaten aufzubauen. Denn der frühere Präsident und Vorkandidat Menem ist fest entschlossen, seine Ankündigung von 1999 wahr zu machen und bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 30. März 2003 anzutreten.

Zwei Populisten am Werk

Duhalde gilt ähnlich wie Menem als Populist, der sich gemäß der Tradition der Peronisten gerne als Freund der Unterprivilegierten gibt. Sein sicherer Machtinstinkt und sein pragmatischer Politikstil haben ihn politisch weit gebracht. Als Gouverneur der Provinz Buenos Aires hat er häufig die Gelegenheit genutzt, bei der Essensausgabe für Arme werbewirksam in Erscheinung zu treten. Ähnlich wie Duhalde verstand es auch Menem, durch die Gewährung von Pfründen an kooperationswillige PolitikerInnen und GewerkschafterInnen Mehrheiten zu schaffen und durch sein charismatisches Erscheinungsbild den Wohltäter für die Armen zu spielen. Bei der Wahl 1989 setzte sich das Duo Menem-Duhalde durch, Menem wurde Präsident, Duhalde sein Vize.

Das Spiel der Politik über informelle Gremien verstehen beide nur allzu gut. So gut, dass Duhalde, oft auch „cabezón“ (Dickkopf) genannt, auf Wunsch von Menem 1991 zum Kandidaten für den Gouverneursposten der Provinz Buenos weggelobt wurde. Nach seinem Wahlsieg und der Wiederwahl blieb er Gouverneur der Provinz bis 1999.

Die nach Menems Wiederwahl 1995 angemeldeten Ansprüche von Duhalde auf die Präsidentschaftskandidatur 1999, verknüpft mit einer Abgrenzung von der Politik Menems, verschärften die Gegensätze. Zum offenen Konflikt kam es 1997 nachdem die JP bei den Parlamentswahlen besonders in der Provinz Buenos Aires verloren hatte und die AnhängerInnen von Menem dies zum Anlass nahmen, eine dritte Amtszeit anzustreben. Menem ging die Kritik an der Korruption während seiner Präsidentschaft und am neoliberalen Wirtschaftsmodell zunehmend auf die Nerven. Er versuchte deshalb schon seit längerem eine frühzeitige Präsidentschaftskandidatur Duhaldes zu verhindern.

Der Konflikt nahm immer groteskere Züge an: Menem strebte eine weitere Verfassungsreform für eine dritte Amtszeit oder eine Interpretation der geltenden Verfassung in seinem Sinne an. Duhalde wollte eine Volksbefragung zur Wiederwahl Menems starten, beließ es jedoch bei dem Boykott des Parteitages von 1998. Bis zu den Präsidentschaftswahlen 1999 drohte der Konflikt Menem-Duhalde die JP zu spalten. Nachdem die Wiederwahl von Menem unmöglich erschien und seine ins Spiel gebrachten Kandidaten wie Carlos Reutemann oder Rodríguez Saá verzichteten, sicherte sich Menem den Parteivorsitz der JP vorzeitig bis 2003. Der „cabezón“ Duhalde erlitt bei den Präsidentschaftswahlen Schiffbruch und musste sich vor dem Radikalen De la Rúa geschlagen geben. Dennoch schaffte es der Verlierer von 1999 im Januar 2002 nach De la Rúas

69

Rücktritt in die Casa Rosada.

Duhalde taktiert

Am 19. Januar soll nun die Vorwahl für die Präsidentschaftskandidatur in der JP stattfinden. Seitdem sicher erscheint, dass die Präsidentschaftswahl von Dezember 2003 auf Ende März vorgezogen wird, hat in den verschiedenen Fraktionen der Regierungs-

Vorkandidat nicht zur Verfügung steht, bastelt Duhalde an einem Bündnis für die JP-Gouverneure José Manuel de la Sota (Córdoba) oder Néstor Kirchner (Santa Cruz).

Noch wartet Duhalde ein Gerichtsurteil ab, denn juristisch ist über die Zulässigkeit von offenen Vorwahlen noch nicht endgültig entschieden. Für den Fall einer Ablehnung hat Duhalde ein alter-

sidentschaft vor. Auf diese Weise würde nach der Vorstellung von Duhalde Menem ausgeschaltet, da dieser in Umfragen schlecht abschneidet. Der Weg wäre frei für einen Präsidenten Kirchner oder De la Sota, sollten diese kurz vor der Wahl noch für die JP zur Verfügung stehen. Im Fall Kirchner ist ein Zerwürfnis mit Duhalde aber nicht ausgeschlossen, da dieser seit einiger Zeit den politischen Kurs der JP kritisiert und Bündnisse außerhalb der Partei plant. Kirchner wird bis zuletzt abwarten.

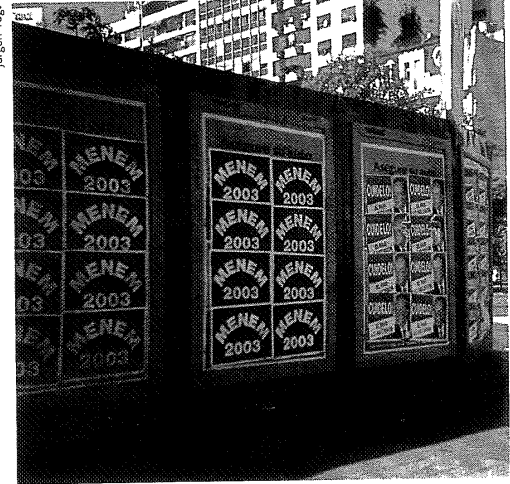
Menem setzt auf Vorwahlen

Für Menem hängt viel davon ab, ob die internen Vorwahlen in der JP durchgeführt werden oder nicht. Sein Widersacher Duhalde hat kein Interesse an Vorwahlen, da durch die Popularität, die der Ex-Präsident Menem noch in der JP genießt, nur ein von Duhalde geschmiedetes Bündnis die Präsidentschaftskandidatur verhindern könnte. Das Problem hierbei ist, dass sich sowohl De la Sota als auch Kirchner selbst noch Chancen ausrechnen und somit eher Rivalen sind. Rodríguez Sáa, in Umfragen vorn, jedoch in der JP ohne großen Rückhalt, fällt als Bündnispartner ebenfalls aus, da er sich bis zuletzt offen hält, auch außerhalb der Partei anzutreten. Für Menem wäre es das Beste, wenn für sämtliche Parteien interne Vorwahlen stattfinden müssten. Ansonsten wird er viel politisches Gespür für die Durchsetzung seiner Kandidatur brauchen.

Gianni Bisaccia



- J: Duhalde, warum gewinnt immer am Ende das IWF?
- D: Nein, nein... Meine Politik besteht darin, von denen zu nehmen die mehr haben und denen zu geben, die weniger haben.
- J: Sind sie sicher?
- D: Wir nehmen von denen, die mehr Ausdauer haben und geben denen, die weniger Skrupel haben.



Am Tag nach Duhaldes Wahl Niederlage 1999 klebten in Buenos Aires bereits die "Menem 2003"-Plakate

partei ein politisches Taktieren begonnen, um für die Vorwahlen ein breites Bündnis hinter sich zu bringen. Nachdem der Wunschkandidat von Duhalde, der Gouverneur der Provinz Santa Fé, Carlos Reutemann, wiederholt kein Interesse bekundet hat und wohl aus politischer Dankbarkeit gegenüber seinem Ziehvater Menem als

natives Wahlsystem für die allgemeinen Wahlen vorbereitet: Alle Parteien werden in einem einmaligen Ausnahmefall berechtigt, mehrere KandidatInnen zu präsentieren. Die Partei mit den meisten Stimmen ist der Sieger der Präsidentschaftswahlen und schlägt aus ihren KandidatInnen, die mit den meisten Stimmen für die Prä-

Jürgen Vogt

Der Argentinazo

Volksaufstand und Repression



CHRONIK EINES ANGEKÜNDIGTEN AUFSTANDES

Der Anfang und das Ende

Im Dezember 1999 wurde Fernando de la Rúa, gemeinsamer Kandidat der traditionellen Radikalen Partei (UCR) und der Mitte - Links Koalition FREPASO Präsident Argentiniens. Nach zehn Jahren Peronismus bedeutete der Regierungswechsel für viele Argentinier endlich Schluss mit der Korruption und mit der Privatisierungspolitik Menems. Doch schon ein Jahr nach dem vielversprechenden Anfang waren die Beziehungen zwischen den beiden Regierungspartnern angespannt. Nach einer Krise wegen der Untersuchung von Korruptionsfällen im Parlament trat der Vizepräsident „Chacho“ Alvarez (FREPASO) im Mai 2000 von seinem Amt zurück.



Symbole der Korruption und der Unfähigkeit

Anfang 2001 versuchte es De la Rúa mit einem neuen Wirtschaftsminister, der sofort strenge Sparmaßnahmen ankündigte, damit einen Sturm von Protesten hervorrief, und einige Tage später schleunigst entlassen werden musste.

Daraufhin wurde Domingo Cavallo Wirtschaftsminister mit dem expliziten Auftrag, „Argentiniens Wirtschaft wieder einzuführen“, was auch immer das bedeuten möge. Cavallo war schon Minister unter der Vorgängerregierung Menem gewesen und als Erfinder der „Convertibilidad“ in die Geschichte des modernen Argentiniens eingegangen. Das System der „Convertibilidad“ bestand darin, die nationale Währung an den amerikanischen Dollar zu binden.

Auch Cavallo kündigte tiefgreifende Sparmaßnahmen an und versprach die Reduzierung des staatlichen Defizits auf zwei Milliarden für das erste Vierteljahr 2001. Die Strategie der drastischen staatlichen Einsparungen bedeutete auch Kürzung der Investitionen, was sich sofort auf die wirtschaftliche Aktivität auswirkte. Die Arbeitslosenzahlen erhöhten sich weiter und die Armut nahm sichtbar zu. Zum ersten Mal sprach man im stolzen Argentinien von Hunger. Im April 2001 lag das staatliche Defizit bei drei Milliarden US-Dollar, also eine Milliarde höher als angesagt. Daraufhin änderte Cavallo im Laufe einiger Monate drei Mal die Richtung seiner Politik und kündigte jedes Mal neue und originelle, doch für den Durchschnittsbürger zunehmend unverständliche Maßnahmen an.

Gerüchte von einer bevorstehenden Geldentwertung oder einer Einführung des Dollars als Nationalwährung kamen auf. Um die wachsende Kapitalflucht zu bremsen, verfügte Cavallo schließlich Anfang Dezember den „Corralito“ (1): Ab sofort durften die Sparer nur 250.- US-Dollar wöchentlich von ihren Konten abheben. Viele fühlten sich mit Recht enteignet, und die Glaubwürdigkeit der Regierung und ihres Superministers verschwand vollends.

Am 13. Dezember riefen die Gewerkschaften einen Generalstreik gegen die Regierung und ihre Wirtschaftspolitik aus. Es häuften sich Demonstrationen, die immer häufiger in Plünderungen und Gewalttaten ausarteten. Als die peronistische Opposition schließlich das Angebot zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit ablehnte, schlug die letzte Stunde De la Rúas. Nach zunehmenden Plünderungen im Landesinneren wurde am 19. Dezember 2001 der Ausnahmezustand ausgerufen.

Am nächsten Morgen kündigte Cavallo und abends sprach De la Rúa im Fernsehen zum argentinischen Volk: „Ich wende mich an Euch, um meinen Rücktritt als Präsident der Nation anzubieten. Mein Vorschlag, eine Regierung nationaler Einheit, wurde nicht angenommen. Ich hoffe, dass mein Entschluss dazu beitragen wird, die Kontinuität der Institutionen der Republik zu sichern.“ Der Präsident des Senats wurde Übergangspräsident. Auf dem „Plaza de Mayo“ tobte die Polizei gegen die Demonstranten, während man einen tiefgebückten De la Rúa auf dem Dach der Casa Rosada in seinen Hubschrauber einsteigen sah. Für viele kamen Erinnerungen an die Ereignisse von 1976 zurück, als Isabel Perón, die Witwe Peróns, ebenfalls in einem Hubschrauber das Re-



- J: Die Regierung hat versprochen weder abzuwerten noch zu enteignen.
- C: Genau. Was wir entscheiden müssen ist, welches Versprechen wir zuerst brechen werden.



- J: Was halten Sie vom Streik?
 D: Das ich nicht lache!!! Wen wollen sie mit diesem 24 Stunden-Streik beeindrucken?
 J: Halten Sie es für so unwichtig?
 D: Ganz klar. 24 Stunden nichts zu tun ist einfach. Schwierig wird es wenn man zwei Jahre lang nichts tut.

gierungsgebäude verließ. Damals verschwand mit Frau Perón auch das letzte Symbol einer schon angeschlagenen verfassungsmäßigen Ordnung. Es folgte die erbarmungslose Repression durch die Militärs. Es war wieder ein Donnerstag, als De la Rúa in den Hubschrauber einstieg.

Auf dem Platz wurden die „Mütter der Plaza de Mayo“, die jeden Donnerstag seit April 1977 vor dem Regierungssitz demonstrieren, vor laufenden Kameras von der Polizei bedrängt und geschlagen.

Opfer 1

Die Demonstration auf dem Mayo Platz am 19. Dezember war spontan und unorganisiert, eher ein Ausdruck von Wut und Verzweiflung, als eine geplante politische Aktion. Es war leicht zu erkennen, dass die sonst eher passive Mittelschicht auf dem Mayo Platz stark vertreten war. Die meisten Parolen richteten sich gegen die Korruption der Politiker und gegen die Enteignung der Ersparnisse. Die Polizei benutzte zwar angeblich nur Gummigeschosse, doch am Abend waren in Buenos Aires fünf Menschen durch Schüsse getötet worden. Zur gleichen Zeit brachen in ganz Argentinien Demonstrationen aus, bei denen es oft zu Plünderungen kam. Viele Ladenbesitzer bewaffneten sich daraufhin, um ihr Eigentum zu verteidigen. Am 21. Dezember sprach man von über 20 Toten landesweit. Am 23. Dezember 2001 wurde der Gouverneur der Provinz San Luis, der Peronist Rodríguez Saá, vom Parlament als Präsident für eine zweimonatige Übergangszeit ernannt. Trotz des Ernstes der Lage erinnerte die Ernennungsfeier stark an eine fröhliche parteipolitische Versammlung: Rodríguez betrat selbstbewusst und betont gut gelaunt sein Amt. Auf seiner Rede verkündete er die sofortige Unterbrechung der Zahlungen an die internationalen Gläubiger, verpflichtete sich, den Kurs der nationalen Währung

aufrecht zu halten und annoncierte die Abschaffung einiger Ministerien und den Verkauf von staatlichen Gebäuden und Fahrzeugen. Weiterhin versprach Rodríguez, innerhalb der nächsten 60 Tage, also bis zur Wahl, eine Million Arbeitsplätze zu schaffen.

Neues Ende

Die Regierungszeit von Rodríguez Saá hielt nur kurz an. Nach einigen Tagen waren die Leute wieder auf der Straße, um diesmal gegen einige der gerade ernannten Mitglieder seines Kabinetts zu protestieren. Wieder besetzten Tausende den Mayo Platz und griffen die symbolischen Gebäude der Macht an. Während einige erfolglos versuchten das Regierungsgebäude „Casa Rosada“ zu stürmen, drang eine Gruppe von Vermummten in den Kongress ein und zündete Vorhänge und Möbel an. Wie sie in das Gebäude hineinkamen, ist bis heute unbekannt, aber es wird behauptet, dass das schwere Tor von innen geöffnet worden war. Der bedrängte Rodríguez Saá sagte ein Treffen mit den Gouverneuren seiner Partei an; als jedoch die meisten gar nicht erschienen, flog er in seine Heimatprovinz und kündigte dort.

Opfer 2

Bei den neuerlichen Demonstrationen auf dem Mayo Platz gingen einige Demonstranten sehr gewalttätig gegen die Polizisten vor. Ein Beamter wurde von Vermummten bewusstlos geprügelt, und als er auf dem Boden lag fingen einige an, mit Steinen auf ihn einzuschlagen. In letzter Minute gelang es einigen Demonstranten, den Schwerverletzten zu retten. Die brutale Szene wurde von einem Fernseheteam festgehalten und im Laufe des Nachmittags immer wieder gesendet. In einer Kneipe im Viertel „Foresta“ in Buenos Aires tranken drei Jugendliche gerade ein Bier. Einer der Jugendlichen soll eine abfällige Bemerkung über den verletzten Polizisten gemacht haben. Der Kommentar wurde von einem Polizisten a.D. gehört, der daraufhin seine Pistole zog und alle drei jun-



Briefe an den Weihnachtsmann:

Er soll zurücktreten, er soll abhauen, er soll zurücktreten, er soll abhauen.... Will dieses Jahr niemand etwas anderes???

gen Männer erschoss. Als die Nachricht von den Morden bekannt wurde, versuchten Bewohner des Viertels, die Polizeistation zu stürmen. Stundenlang lieferten sich Hunderte von aufgebrachtten Bürgern mit der Polizei eine Straßenschlacht.

Und noch ein Anfang

Am 02. Januar 2002 wurde der neue Präsident Eduardo Duhalde vereidigt. Diesmal war die Feier betont seriös, und Duhalde sagte gleich am Anfang, dass Argentinien bankrott ist. Er verzichtete auf leichte Versprechungen und diesmal wurde als Abschluss die Nationalhymne gesungen. Die wichtigste Ankündigung des neuen peronistischen Präsidenten war die lang erwartete Abwertung der nationalen Währung, der gehasste „Corralito“ wurde aufrechterhalten. Wieder kam es zu Demonstrationen, bei denen die Bürger auf leeren Kochtöpfen ihren Unmut gegen alle Politiker, gegen das Parlament, und immer häufiger auch gegen den Obersten Gerichtshof laut bekundeten. Die populärste Parole war: „Sie sollen alle gehen“. Duhalde bemühte sich sofort, den Eindruck von Seriosität in der Verwaltung und Einheit in der Partei zu vermitteln. So ernannte er einen Rivalen, den Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, zum Außenminister. Doch die härteste Kritik kam ausgerechnet von Carlos Memem.



Der falsche Mann zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort

Der ehemalige Präsident und Chef der Peronistischen Partei gab am 8. Januar ein Interview, in dem er unter anderem behauptete, Duhalde sei ein Nichtsnutz, dessen Maßnahmen der argentinischen Wirtschaft schweren Schaden zufügen würden.

Schließlich behauptete er, dass die Revolten der letzten Tage von Duhalde und Ruckauf direkt gefördert worden seien. Heute fragen sich die Argentinier, wie es so weit kommen konnte. Die Sparer fühlen sich enteignet, doch der Staat kann sie nicht an ihr Geld ran lassen, denn wahrscheinlich würden alle ihre ganzen Ersparnisse sofort ins Ausland verlegen. Alle wissen, dass das große Geld schon lange weg ist, so fühlt sich gerade die Mittelschicht betrogen. Die Produktion ist zu 50% paralyisiert, die Steuereinnahmen sind um 40% gefallen, während Auslandskredite ausfallen, da Argentinien alle Zahlungen ins Ausland unterbrochen hat. Immer mehr verzweifelte Menschen erwarten vom Staat schützende oder wenigstens das Elend mildernde Maßnahmen.

Da aber der Staat paralyisiert ist, fühlen sich immer mehr Menschen sich selber überlassen. Glaubwürdige Alternativen oder politische Programme fehlen heute in Argentinien. Es breitet sich das Gefühl aus, dass sich die argentinische Gesellschaft im Zustand der Auflösung am Rande eines allgemeinen Gewaltausbruches befindet.

(*) Wortwörtlich: Laufstall für Babys

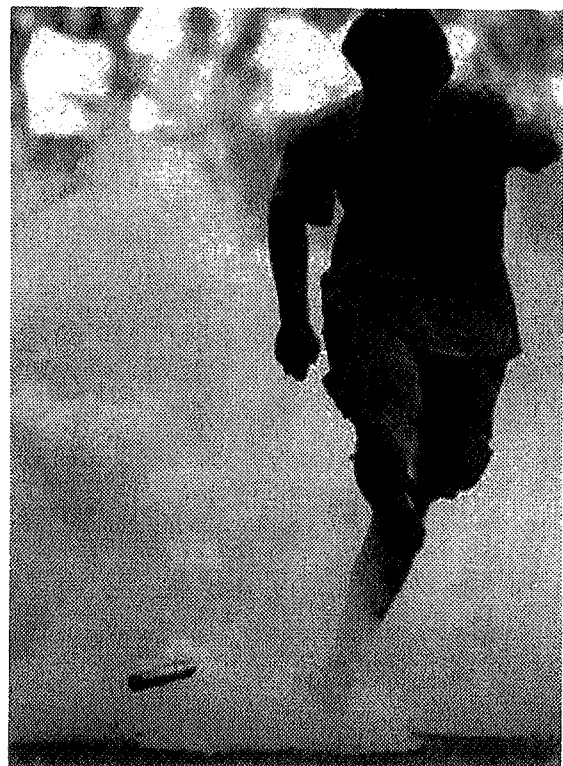
Manfredo Steffen

DER TAG, AN DEM DIE PLAZA DE MAYO WIEDER MIT BLUT GETRÄNKT WURDE (*)

Es war vor einem Monat, am Tag, an dem de la Rúa zurücktrat. Es gab sechs Tote. Die Justiz ermittelt gegen die Bundespolizei. Sowohl uniformierte Mitglieder der Polizei wie auch Polizisten ohne Dienstuniform werden verdächtigt, auf Protestierende geschossen zu haben.

Gastón Riva hat nie erfahren, was ihn umbrachte: Er spürte den schrecklichen Schlag in der Brust, ein brennendes Feuer schneller als der Blitz, und verlor bald darauf das Bewusstsein. Im Angesicht der Gewaltspirale in der Stadtmitte von Buenos Aires stürzte er von seinem Motorrad. Leute, die zu Hilfe kamen, erzählten, er hätte eine Hand bewegt und die Zunge. Aber er war bereits bewusstlos. Der Fahrer eines Krankenwagens – an der Ecke Avenida de Mayo und 9 de Julio – richtete ihn auf. Unter den Leuten, die halfen ihn zu tragen, hörte man jemand flehend sagen: „Nehmt ihn mit, er liegt im Sterben“.

Nur wenige Minuten vorher waren Riva und sein Freund Daniel Guggini mit dem Motorrad von Bernardo de Irigoyen in Richtung Plaza de Mayo aufgebrochen und hatten gerade die Avenida de Mayo erreicht. „Aus einer Entfernung von etwa 50 Metern fing eine Gruppe von Polizisten an zu schießen“, berichtete Guggini bei der Verhandlung. „Riva erhob sich und fiel. „Ich sterbe, ... ich sterbe ...“, sagte er. Ich hob sein T-Shirt an und erblickte die Schusswunde auf der lin-



(*) Im Juni 1955, drei Monate vor dem Sturz von Perón, erfolgte ein Luftangriff auf die auf der Plaza de Mayo versammelten Menschen, der heute noch traumatisch im Gedächtnis ist.

ken Seite seiner Brust.“ Es war Viertel nach Vier am Donnerstag nachmittag, 20. Dezember 2001. Riva starb wenig später, während die Ärzte vom Hospital Argerich versuchten, ihn wieder zu beleben. Niemand hat erfahren, wer ihn getötet hat. Man weiß es immer noch nicht. Man weiß auch nicht warum. Er war Motorradfahrer. Er war 31 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder.

Gastón Riva war einer von fünf Toten, die in der Nähe der Plaza de Mayo durch die grausamen Polizeirepressionen den Tod fanden. Diese Aktion besiegelte für die Geschichte die letzten anarchischen Stunden in der Regierung von Fernando de la Rúa.

Die Menschenrechtskommission im Stadtparlament von Buenos Aires zeigte am vergangenen Freitag ein sechstes Opfer an: Rubén Aredes, 30 Jahre alt, der 21. Dezember, auf der Intensivstation des Santojanni-Krankenhauses starb. Nach Berichten aus dem Krankenhaus hatte Aredes vier Einschüsse im Brustkorb. Im Parlament ist von einem siebten Opfer die Rede. Auf einer Liste von SAME (städtische Notrufzentrale) stehen sechs Personen, die, 20.12. starben. Aredes ist nicht dabei. Es wird versucht zu klären, ob ein Toter zweimal irrtümlicherweise gezählt wurde, oder ob es sich hier um ein nicht identifiziertes Opfer handelt.

Ein hoher Polizeichef, der als Augenzeuge anwesend war, war bereit, mit „Clarín“ zu sprechen. Er stellte aber als Bedingung, anonym zu bleiben. Er bestätigte, dass die Bundespolizei „bereits fünf Männer, die geschossen haben, sowie zwei im polizeilichen Gebrauch befindliche Fahrzeuge – einen VW Polo und einen grauen Kleinlaster – identifiziert“ habe. Der Offizier versicherte, dass diese Daten an die Richterin María Servini de Cubría, die die Geschehnisse untersucht, übergeben worden seien.



- D: Ich werde die „Casa-Rosada“ nicht verlassen
 F: Haben Sie sich entschlossen, den Stier bei den Hörnern zu packen?
 D: Nein, aber wenn ich rauskomme, werden mich diese Menschen umbringen.

Diese Information wurde Clarín aus einer anderen, dem Staatssekretariat für Sicherheit nahe stehenden Quelle bestätigt. Hiernach hat als sicher zu gelten, dass es Videoaufnahmen gibt, die der Richterin bereits zur Verfügung stehen und in denen Uniformierte zu sehen seien, während sie in die Menge schießen.

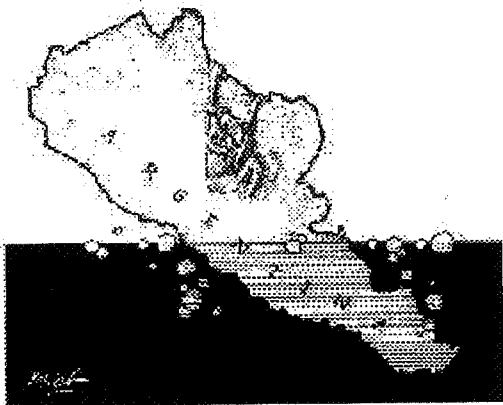
In dieser Menge gab es die unterschiedlichsten Teilnehmer. Das Spektrum reichte von Spontis, die an einem Protest teilnehmen wollten, von dessen Gerechtigkeit sie überzeugt waren, bis zu neugierigen und begeisterten Zuschauern. Es gab auch organisierte gewalttätige Gruppen, die bereit waren zu zerstören, und sich mit der Polizei eine über mehrere Stunden lange Steinschlacht lieferten. Auf die Aktionen dieser Gruppen folgte in bester argentinischer Tradition eine illegale und ungeheure Repression, die sich über alle in einem Rechtsstaat festgelegten Grenzen hinweg setzte. Nur durch ein Wunder wurde ein noch größeres Blutbad vermieden.

Das Massaker auf der Plaza de Mayo nahm seinen Ausgang nach einer Rede des Präsidenten De la Rúa. In der Nacht vom 19. zum 20. Dezember wurde mit „Topf schlagen“ gegen das Dekret vom 03. Dezember protestiert, welches die Sperrung der Sparkonten vorsah. Die Protestierenden wollten auch ihren Ängsten über die Plünderungen, welche die Hauptstadt und ihre Außenbezirke erschütterten, lautstarken Ausdruck verleihen. Insbesondere wollten sie eine Regierung – von der sie annahmen, sie sei unfähig – in Frage stellen. Als sie die Plaza erreichten, herrschte dort bereits der von De la Rúa verhängte Belagerungszustand – eine seiner letzten Regierungshandlungen. Die Plaza de Mayo leerte sich in Sekunden, als die erste Gasgranate einschlug. Und dann begann die Schlacht. Diese sollte den ganzen Vormittag des 20. Dezember andauern und gegen vier Uhr am Nachmittag die ersten Toten fordern, fast zeitgleich mit der letzten Präsidentenrede, die zur nationalen Einigkeit aufrief. Um diese Stunde fiel gerade ein anderer Jugendlicher mit einem Kopfschuss um. Gustavo Benedetto war 23 Jahre alt.

Die Regierung De la Rúa glaubte in ihren letzten Stunden, dass die Demonstranten beabsichtigten, das Regierungsgebäude zu überfallen. Das bestätigte der Polizeichef: „Die Information, die wir hatten, war, dass die Demonstranten in die „Casa Rosada“ eindringen wollten. Sollten sie die Polizeibarriere überwinden, warteten die mit FAL-Gewehren ausgerüsteten Soldaten auf sie. Die Jugendlichen (...) kamen bis zum Plaza de Mayo von allen vier Seiten.“

Gab es seitens der Exekutive den Befehl, die Plaza de Mayo zu räumen? Wurde befohlen, mit Gewalt, wie es tatsächlich geschehen ist, zu räumen? Ja, es gab den Befehl, die Plaza de Mayo zu räumen. Die Verantwortung dafür übernehmen ehemalige Funktionäre vor Gericht: der frühere Präsident, sein Innenminister Ramón Mestre und der damalige Sicherheitssekretär, Enrique Mathov. Aber niemand gibt zu, der Polizei grünes Licht gegeben zu haben, mit solcher Gewalt gerade auch dann noch vorzugehen, nachdem es bereits sechs Tote gab, kaum noch Demonstranten sichtbar waren und De la Rúa seinen Rücktritt formal bereits eingereicht hatte.

De la Rúa soll der Richterin lakonisch u.a. geschrieben haben:



FAZ, 21.12.01

In Argentinien herrscht der Ausnahmezustand / Tausende demonstrieren gegen die Regierung und plündern Geschäfte / Von Josef Oehrlein

Mit dem Schürhaken auf den Topf schlagen, bis der Präsident zurücktritt

BUENOS AIRES, 20. Dezember. Kaum mer wieder ihre Wut heraus. „Was De la Rúa gesagt hat, ist grauenhaft“, ruft eine junge Frau und schlägt mit einem Schürhaken noch heftiger auf ihren Topfdeckel ein, der schon völlig deformiert ist.

Der Präsident hatte eigentlich nur gesagt, daß er den Ausnahmezustand ausgerufen habe. Und er hatte die Bevölkerung aufgerufen, Ruhe zu bewahren. Die meisten Argentinier hätten von ihm mehr erwartet, viel mehr. Antworten auf ihre drängendsten Fragen: Warum es zu den Sozialunruhen, die das Land in den vergangenen Tagen erschüttern, überhaupt hat kommen müssen. Warum viele, alten viele ihren Arbeitsplatz verlieren müßten. Warum die Regierung die Verfügungsgewalt über ihr auf den Banken deponiertes Geld eingeschränkt hat, und das so kurz vor Weihnachten. Sie hatten Konsequenzen erwartet: daß zumindest Wirtschaftsminister Cavallo, am besten auch De la Rúa selbst zurücktritt. Die Ansprache des Präsidenten war tatsächlich so unverbrochen ausgefallen, daß sie zu einem beliebigen Feiertag gepaßt hätte.

Gegen 1 Uhr haben die Märsche, das Trommeln und Klappern, das Krachen von Feuerwerkskörpern und die Schallchöre ihren Höhepunkt erreicht. Um diese Stunde hätte der nächtliche Spuk längst beendet sein müssen: Im Ausnahmezustand sind Massendemonstrationen untersagt. Da kommt plötzlich eine Nachricht, mit der die wenigsten Demonstranten gerechnet haben: Wirtschaftsminister Cavallo ist zurückgetreten. Ein erstes Ziel der spontanen nächtlichen Aktion ist erreicht.

In der lauen Sommernacht, nach einem in vielerlei Hinsicht heißen Tag, bricht sich der Volkszorn gegen die Regierung so spontan Bahn, wie es selbst demonstrationserprobte Bewohner von Buenos Aires noch nicht erlebt haben. Keine Partei, keine Gewerkschaft, keine soziale Gruppierung hatte zu der nächtlichen Protestaktion aufgerufen. Die Marschkolonnen haben keine Anführer, es gibt keine Einheitsfarbe, und es sind keinerlei Transparenzen zu sehen. Die Märsche gleichen eher Karnevalsanzügen als Protestaktionen. Einzelne Demonstranten schreiten in-

Die Polizei, die bislang dem Treiben ungenügend von Lebensmittelgeschäften, die nahezu das ganze Land erfüllt hatten, nicht eingreift, wird, „Das Heer hat keine Cummikugeln, keine Schilde, keine Schlagstöcke, nicht einmal schußsichere Westen“, wird in einer Tageszeitung ein General zitiert.

„Wenn wir vor einer aufgebrachten Volksmasse stehen, die uns mit Steinen angreift, was sollen wir da tun?“, Ein hoher Regierungsvertreter gab darauf die Antwort:



Vor dem Präsidentensitz in Buenos Aires Foto dpa

- Ich habe keinen ungesetzlichen Befehl gegeben und
- Ich war nicht mehr dafür zuständig.

Die Richterin war sich darüber im Klaren, wer die politische Verantwortung für die Repression trug, als sie selbst zur Plaza de Mayo kam, um Befehl zu geben, „die wahllose Repression zu beenden.“ Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine Toten.

Die Richterin erteilte diesen Befehl an drei Polizeichefs: „Meine Ansprechpartner erklärten mir, sie hätten vom Innenminister den Befehl bekommen, die Plaza de Mayo zu räumen.“ Funktionäre, Parlamentarier, Berater und sogar Journalisten baten am Nachmittag den Innenminister Mestre und den Staatssekretär Mathov, die Repression zu beenden.

Die Antwort von Mathov war: „Was willst du denn? Willst du denn, dass man den Regierungspalast in Flammen steckt?“

Die offizielle Version, es seien unerfahrene Polizisten dabei gewesen, ist nicht haltbar. An der Repression nahmen auch bewaffnete Zivilisten teil. Diese fuhren zum Teil zusammen mit Uniformierten in privaten Fahrzeugen, aus denen wahllos geschossen wurde.

Alicia Pierini, Parlamentarierin, hat keine Zweifel: „Es gibt sechs Tote, womöglich sieben und 52 Verletzte mit Schusswunden. Die Zahlen sprechen für sich. Es ging nicht um eine Überreaktion seitens der Polizei, sondern um eine rein von den Institutionen befohlene Handlung. Es gibt keine einzige Zeugenaussage darüber, dass es bewaffnete Demonstranten gab. Schüsse fielen nur von der einen Seite. Das ist, was wir vom Parlament aus gesehen haben.“

Es bleibt noch zu klären, wer den Befehl gab, mit scharfer Munition gegen die Demonstranten zu schießen. Wer waren die an der Repression beteiligten Zivilisten? Wem gehören die Fahrzeuge, aus denen wahllos geschossen wurde? War auch eine „Todesschwadron“ beteiligt?

Sollte die Justiz alle offenen Fragen klären können, bleibt trotzdem eine weitere stillschweigende Frage: Was ist mit dem politischen Willen, ein nie dagewesenes Massaker zu untersuchen?

Quelle: „Clarín“, 20.01.2002

Übersetzung und Zusammenfassung: Pia Corte

ten, hatten sie eine entwerfende Antwort parat. Die Geräte würden sie auf einem Markt gegen Nahrungsmittel oder Geld eintauschen, und damit könnten sie ihre Familie versorgen.

Es traf beliebig nicht nur die großen Supermarkten, die den Verkauf vermutlich verschmerzen können. Erbsamungstos wurden auch kleine Tanta-Emma-Läden geplündert. Vor dem Gehäuse, das einmal sein Geschäft war, weinte herzerregt ein chinesischer Geschäftsmann. Alles, was er aufgebaut habe, sei nun dahin, jammerte er, während auch noch sein Weihnachtstüten aus Plastik abgeschleppt wurde und die Kugeln auf dem Boden herumprasselten. Viele kleine Lebensmittelhändler in Buenos Aires werden von Chinesen betrieben. Es muß so viele dieser asiatischen Kleinhandluler am Río de la Plata geben, daß sich das chinesische Außenministerium in Peking bemüht fühlte, über die chinesische Botschaft die argentinische Regierung ausdrücklich um Schutz für ihre Landsleute zu bitten.

Am Tag danach scheint der Spuk fürs erste gebannt, es kommt nur ganz vereinzelt zu Zwischenfällen. Die Bilanz der Unruhen nach zwei Tagen aber ist erschreckend: mindestens 16 Tote, mehr als hundert Verletzte, weit über 300 Verhaftete. Schon am frühen Donnerstag morgen sammeln sich unter dem strahlend blauen Sommerhimmel allerdings wieder Gruppen von Demonstranten. Sie versuchen, das Trommelkonzert der Nacht fortzusetzen. Gegen Mittag werden sie von berittener Polizei mit Knüppeln und Tränengas verscheucht, während Präsident De la Rúa in der Casa Rosada eintritt.

„Wenn das Heer auf die Straße geht, dann schießt es, und wenn das Heer schießt, dann tötet es.“ In früheren Zeiten wäre eine politische Krise, wie sie Argentinien derzeit erlebt, für das argentinische Militär ein willkommener Anlaß für einen Putsch gewesen. Daß es sich diesmal weigert einzugreifen, ist so gesehen, ein gutes Zeichen.

Die Polizei, die in ausreichender Zahl über Schutzvesten, Gummikugeln, Tränengasgeschosse und Schlagstöcke verfügt, schien allerdings am Tag der großen Plünderungen überfordert. Oder sie schaute bei den Märschen herfiele und Kinder, Jugendliche, Mütter, gestandene Männer wie Greise an Waren herausschleppen, was sie fassen konnten. Die Bilder gleichen sich: Zuerst läuft der Plünderer die Sicherheitsgatter und schneidet ein Schlupfloch, durch das ein paar Kinder in den Laden krochen und kurz darauf mit Zuckerlöffeln, Waschpulver oder Kartoffelsäcken herauskamen. Darauf zerrte der ganze Mob an den Gittern, und dann war kein Halten mehr. Jeder holte sich, was er zu fassen bekam. Zurück blieb ein Trümmerfeld.

Große Lebensmittelketten versuchten die Plünderungen mit einer Gegenoffensive abzuwehren. Sie ließen Lastwagen vorfahren und Grundnahrungsmittel verteilen. Das brachte aber nur selten den erhofften Erfolg. Denn längst begünstigen sich die Eindringlinge nicht mehr damit, Mehl und Salz abzuschleppen. Sie griffen wahllos nach Fernsehgeräten, Waschmaschinen, Möbelen und Gerätschaften jeder Art. Auf die Frage, ob sie damit den Hunger bekämpfen könnten,

L'état de siège a été décrété pour trente jours

Le gouvernement argentin a décrété l'état de siège dans tous le pays pour une période de trente jours, mercredi soir 19 décembre. Le communiqué officiel précise que cette mesure entre en vigueur dès la signature du décret par le président Fernando de la Rúa. Le texte doit ensuite être transmis au Parlement pour aval. L'état de siège suspend les garanties constitutionnelles et octroie des pouvoirs spéciaux à l'exécutif.

C'est la quatrième fois depuis le rétablissement de la démocratie, en 1983, que l'état de siège est instauré. Il avait été décrété à deux reprises par Raul Alfonsín – la première fois, du 25 octobre au 9 décembre 1985, pour faire face à un mouvement d'humeur de l'armée après l'arrestation de personnes liées à la répression sous le régime militaire, et la seconde, du 29 mai au 27 juin 1989, après une vague de mises à sac de supermarchés. Carlos Menem y avait eu recours une fois, du 3 au 5 décembre 1990, pour réprimer un soulèvement militaire.



Präsident Duhalde kümmert sich um alles selbst. Er solidarisiert sich mit dem Kollegen Pastrana in Kolumbien, der an der „Anti-Terror-Front“ gegen die FARC zum Angriff geblasen hat. Er gibt sich unnachgiebig gegenüber den Erdölkonzernen, die die Sondersteuer auf ihre Exporte auf die argentinische Kundschaft abwälzen wollen: „Die Unternehmen werden die Preiserhöhungen zurücknehmen müssen. Es gibt Gesetze, die es uns erlauben, die Preise festzulegen.“ Und er befiehlt der Zentralbank, die weitere Abwertung des Peso zu stoppen: Der Kurs soll auf 1,60 bis 1,70 Peso pro US-Dollar stabilisiert werden, obwohl er bereits bei 2,20 Peso angelangt ist. Präsident Duhalde rudert – weil er schwimmt. Und die Richtung, in die er schwimmt, passt offensichtlich Zehntausenden von ArgentinierInnen immer noch nicht.

VON EDUARD FRITSCH

ANstatt die historische Chance für einen radikalen Neuanfang zu nutzen, setzt die Regierung Duhalde wie ihre militärischen und zivilen Vorgängerinnen auf einen Tauschhandel mit den internationalen Finanzorganisationen und anderen Geldgebern – frisches Geld gegen brave Erfüllung von Bedingungen. Dabei verkennt sie, dass „das Imperium keine Freunde hat, sondern nur Interessen“ (Página 12). Selbst die auf den ersten Blick neu anmutende Haltung der Regierung gegenüber dem jüngsten Armutsbericht des Nationalen Statistikinstitutes, diesen nämlich nicht unter den Tisch zu kehren, sondern öffentlich zu verbreiten, verfolgt diesen Zweck. In seinem Eifer, den IWF zu sensibilisieren und die heimischen Pressure-Groups zur Mäßigung zu ermahnen, zählte der Vize-Wirtschaftsminister Jorge Todesca gar die neuen Zahlen über Arme und Extrem-Arme einfach zusammen (vgl. Kasten rechts).

Die unvermeidbar gewordene Abkoppelung des Peso vom US-Dollar und seine Abwertung, die – als es dann soweit war – auch der IWF ganz toll und unerlässlich fand, hat natürlich neue Probleme mit sich gebracht. Wild entschlossen, die Banken um jeden Preis zu retten, lässt die Duhalde-Regierung die Spareinlagen in US-\$, weiter sperren (der „corralito“,

gegen den KleinsparerInnen, aber auch die Provinzen Sturm laufen) und streitet ein wenig mit der Erdölindustrie um eine Sonderexportsteuer von 20 Prozent, mit deren Erträgen die Banken für ihre Abwertungsverluste entschädigt werden sollen. Letztlich will sie es sich weder mit der „petrolera“ noch mit den „banqueros“ verscherzen, und entsprechend sind ihre Erfolge an beiden Fronten eher bescheiden.

Duhalde hat andere Sorgen

Zwar hat sich die Regierung über ein Urteil des Obersten Gerichtshofes gegen den „corralito“ hinweggesetzt, aber jetzt hat ein Ermittlungsrichter die Banken selbst ins Visier genommen. Richter Bergés fand heraus, dass der Antrag eines Rentners, der den Anspruch auf seine 10 000 US-\$ bei der Banco Sudameris im Rahmen des „corralito“ sichern will, eine Anzeige gegen diese Bank enthält, gegen die Bergés jetzt folgerichtig ermittelt. Als er die bei seiner Kammer eingehenden „corralito“-Anträge durchsah, fand er weitere Hinweise, die zur Ausweitung der Ermittlungen auf die Banken Boston, Galicia, Scotia und Citibank geführt haben. In deren Zentralen haben inzwischen Razzien stattgefunden. Ihre Chefmanager dürfen das Land nicht verlassen. Die Ermittlungen versuchen herauszufinden, ob diese Banken tatsächlich die Spareinlagen, die mit dem „corralito“ belegt worden sind, noch halten oder nicht schon längst eingesackt haben.

Die Auseinandersetzung mit den Erdölkonzernen hat zu einer weiteren Fragmentierung des Landes geführt, denn in Patagonien haben die Gewerkschaften der Erdölarbeiter zusammen mit den Firmen Repsol, Panamerican und Tecpetrol eine Front gegen die „Porteños (die in Buenos Aires), die alles absahnen“, gebildet. Am 19. Februar organisierten sie die größte Demonstration der letzten Jahre. Verzichtet die Regierung unter diesem Druck auf die Sondersteuer, hat sie ein weiteres Problem mit den Banken. Behält sie die Steuer bei, werden die Erdölfirmer weiter versuchen, die Abgabe auf ihre Auslandsgeschäfte auf die heimische Tankstellenkundschaft abzuwälzen. Die patagonischen Provinzen werden ähnliche Abgaben für die Agrokonzerne fordern, und das wird den mächtigen Gouverneuren der Pampa-Provinzen nicht gefallen. Außerdem wissen die mit ihren Managern verbündeten Erdölarbeiter, wie man mit Dynamit umgeht und wie man die Hähne der großen Gaspipelines zudreht.

So hat die Regierung Duhalde alle Hände voll zu tun, mit „petrolera“ und „banque-

ros“ zu verhandeln, das heimische Publikum zu beruhigen (wegen weiter sinkender Steuereinnahmen wird Duhalde demnächst nicht einmal mehr seine Prioritäten Sozialprogramme, Renten und Gehälter der Staatsbediensteten einhalten können) und den IWF zu bezirzen, mit dem die offiziellen Verhandlungen noch nicht einmal angefangen haben. Und auf die anhaltenden Straßenproteste muss sie auch reagieren.

„Piquete y cacerola, la lucha es una sola“¹

Allein an einem Tag Mitte Februar gab es in Groß-Buenos Aires drei von den Medien registrierte Straßenblockaden, eine Demo gegen einen Bezirkschef, eine Bankbesetzung, einen Hungermarsch in der Provinzstadt Posadas und in Rosario Demonstrationen gegen die Banco Francés und die

Explosionsartige Zunahme der Armut

Nach den jüngsten Zahlen des Nationalen Statistikinstitutes für Oktober 2001 in Groß-Buenos Aires hat die Armut stark zugenommen. In dieser bevölkerungsreichsten Region des Landes lebten im vergangenen Oktober 4,3 Millionen Arme (als Armutsgrenze gilt der Wert des Grundwarenkorb, der mit 150 Pesos/US-\$ pro Monat und Erwachsenen berechnet wird), 830 000 mehr als ein Jahr zuvor. Prozentual stieg der Anteil der Armen von 29 auf über 35 Prozent.

Offenbar sind im Betrachtungszeitraum nicht nur bedeutende Gruppen der unteren Mittelklasse in die Armut abgesunken, sondern ebenfalls große Gruppen von Armen weiter pauperisiert worden. Die Anzahl der „extrem Armen“, der Menschen, die sich nicht einmal mehr eine Grundernährung im Wert von 63 Pesos/US \$ pro Monat leisten können, ist zwischen Oktober 2000 und Oktober 2001 um 560 000 Personen auf 1,5 Millionen angestiegen (von 7,7 auf über 12 Prozent). Das sind viermal so viele wie 1990.

Auf das ganze Land projiziert bedeuten diese Zahlen, dass es im Oktober 2001 ca. 12 Millionen Arme gab, 2,3 Millionen mehr als ein Jahr zuvor.

Als Ursachen für die beschleunigte Verarmung werden die Zerstörung von Arbeitsplätzen und die Senkung der Angestellten-Gehälter angesehen.

spanische Banco Santander.

Die soziale Lage ist weiterhin explosiv. Einen Tag vor dem 20. Februar, zu dem in Erinnerung an das Massaker vom 20. Dezember mobilisiert wurde, bekam der Staatssekretär für Öffentliche Sicherheit einen Wutanfall, weil dem Regierungssprecher das Wort Repression aus dem Mund rutschte. Seine Erläuterung „Wir folgen einer Eskalation in drei Stufen: Dialog, Aufmarsch der Sicherheitskräfte, Repression“, weckte bei allen, denen die Bilder von der berittenen Polizei und den scharf schießenden Kommandos im Zentrum von Buenos Aires am 20. Dezember noch gegenwärtig sind, die schlimmsten Befürchtungen (vgl. Kasten S. 8).

Am 20. Februar blieb es aber ruhig. Vom frühen Nachmittag an, für den Gewerkschaften zum Kongress mobilisiert hatten, um gegen den Haushaltsentwurf zu protestieren, bis spät in die Nacht, als Nachbarschaftsversammlungen und linke Gruppen ein „cacerolazo“ (Kochtopf-Konzert) auf der Plaza de Mayo veranstalteten, fanden Versammlungen in den Stadtteilen und Märsche ins Zentrum von Buenos Aires statt. Página 12 kommentierte: „Im Unterschied zu anderen Cacerolazos gab es sehr viel mehr Transparente von verschiedenen Versammlungen. Es sieht so aus, als ob in weiteren Stadtteilen solche Versammlungen entstanden seien, wenngleich mit Ausnahme der Gruppen entlang der Rivadavia-Straße weniger Leute gekommen sind. Mit diesem neuen Cacerolazo demonstrierten die Versammlungen gleichwohl, dass sie weiterhin aktiv sind. Auch eine bessere Organisation wurde deutlich. Andererseits waren Parolen, welche die Einstellung der Auslandsschuldenzahlung oder die Säuberung des Obersten Gerichts fordern, viel seltener zu hören als das allgegenwärtige „Que se vayan todos!“ (Haut alle ab!)“

Wie anarchistisch sind SparerInnen?

Die Frage, wie sich die neue soziale Bewegung jenseits von Parteien und Gewerkschaften weiter entwickeln wird, mag der Regierung Duhalde und ihren Freunden Bush, Aznar und Schröder gleichgültig sein. Den ProtagonistInnen dieser Bewegung und allen, die auf radikale Veränderungen in Argentinien setzen, brennt diese Frage aber unter den Nägeln. An Versuchen, diese Bewegung einzuschätzen, fehlt es nicht:

„Es gibt derartig widersprüchliche Versionen über die Bewegungen der Stadtteilversammlungen und Arbeitslosen, dass man sie nur verstehen kann, wenn man die

Interessen und Vorurteile mit bedenkt, mit denen entsprechende Ansichten aufgeladen sind. Aus der konservativen Ecke tönt es, diese Bewegungen seien ein Faktor des Auflösungsprozesses, in dem sich die Institutionen befinden, und ein Nährboden für soziale Anarchie. Aus der linken Ecke hört man, sie brächten einen kräftigen Wind der Demokratisierung in die Gesellschaft und in die Volksbewegung selbst. Für beide Wahrnehmungen gibt es Belege in der Realität. Da gibt es Gruppierungen mit einer alten Tradition multisektoraler Zusammenarbeit, die in den letzten beiden

Monaten von einer begeisterten Dynamik ergriffen worden sind und mehr Zulauf erhalten haben als je zuvor in den letzten Jahrzehnten. An anderen Orten handelt es sich um ganz neue Erfahrungen. Auf jeden Fall kommen die unterschiedlichsten Erfahrungen zusammen – von den enttäuschten ParteiaktivistInnen bis zu den SparerInnen, die für ihr Recht auf Privateigentum auf die Straße gehen. Die Zusammensetzung der Bewegung ist vielfältig und sie erweitert sich laufend. Zu spezifischen Aktivitäten kommen soziale Gruppen zusammen, die bis vor wenigen Wochen in verschiedenen

Welten lebten – wie die aus dem Produktions- und Konsumsystem ausgeschlossenen Armen auf der einen und die Einzelhändler im Stadtteil auf der anderen Seite, die von der Krise in die Enge getrieben werden. Logischerweise hat die Bewegung unter diesen Bedingungen chaotische Züge, ungenaue Ziele und neigt stets dazu, sich aufzulösen, bevor die ursprünglich angepeilten Ziele erreicht sind. Auf der anderen Seite hat die Bewegung ein kreatives Potenzial, die Fähigkeit und die Ausdauer, zusammenzutreten und die Möglichkeit, ihren Wirkungsgrad noch zu verbessern, den sie beim Sturz von zwei Regierungen bereits unter Beweis gestellt hat.“ (Página 12, 23. Februar 2002)

Wie heterogen diese Bewegung ist, lässt sich ermesen, wenn man einschlägige Forderungskataloge vergleicht. Der „Runde Tisch für den argentinischen Dialog“, den die katholischen Bischöfe mit Unterstützung von UN-Funktionären eingerichtet haben, schlägt z.B. vor:

Mehr Unterstützung für die Familien der Arbeitslosen, verbunden mit Nahrungsmittelhilfe, die vollkommen transparent und unter sozialer Kontrolle verteilt werden soll. Finanziert werden sollen diese Programme mit Sonderbeiträgen der am meisten begünstigten Sektoren und durch eine sofortige Senkung der Verwaltungskosten des Staatsapparates auf nationaler und Provinzebene. Diese Sonderbeiträge sollen auf der Grundlage einer fairen Kosten-Verteilung der Krise gesetzlich verankert werden.

Eine „Nationale Versammlung der Arbeiter“, die am 16. Februar auf der Plaza de Mayo zusammenkam und sich selbst als „authentischster und radikalster Ausdruck der Arbeiterklasse und der am meisten Ausgebeuteten Argentiniers“ bezeichnet, geht unverkennbar weiter: Sie fordert die Freilassung von Castells, Alí, Peralta und anderen gefangenen Genossen und die Einstellung aller Verfahren. Weiterhin sollen die intellektuell und materiell Verantwortlichen für die Morde am 19. und 20. Dezember verurteilt und bestraft werden. Die Auslandsschulden sollen nicht bezahlt, Banken, private Rentenfonds und alle Unternehmen, die vor der Schließung stehen oder Leute entlassen haben, sollen verstaatlicht werden. Außerdem wird die sofortige Rückgabe der Einlagen der kleinen SparerInnen gefordert. Schließlich stehen noch Mindestlöhne, Arbeitslosengeld und stabile Arbeitsplätze durch Verteilung der Arbeitszeit ohne Lohnneinbußen auf der Forderungsliste. ♦



Offiziell totgeschwiegen: nächtliche Märsche in die Innenstadt

Sie fuhren los, um zu töten

Wegen der Ermordung von Alberto Márquez am 20. Dezember 2001 mitten im Zentrum von Buenos Aires haben die Bundesstaatsanwälte für sechs Polizisten der Abteilung Interne Angelegenheiten der Bundespolizei Untersuchungshaft beantragt. In ihrem Schriftsatz heißt es: „Der Zweck dieser Abteilung besteht im Wesentlichen darin, die Polizeieinheiten auf den Straßen dieser Stadt zu kontrollieren. Das heißt, ihre Mission an diesem so tragischen Tag hätte genau darin bestanden, ihre Kollegen zu beobachten.“

Stättdessen luden die Beschuldigten ihre Gewehre mit scharfer Munition, woraus die Staatsanwälte schließen, dass sie von Anfang an die Absicht hatten, loszufahren um zu töten. „Die Abteilung für interne Angelegenheiten hatte an diesem Ort nichts verloren,

und die Zerstörungen, zu denen es in dieser Zone kam, fanden später statt und waren erst das Ergebnis dieses Massakers.“ Zeuginnen sagen aus, dass die vier Fahrzeuge mit Blaulicht und in voller Geschwindigkeit vorfuhren. Aus jedem Fahrzeug sprang eine Person – ohne Uniform, aber mit kugelsicherer Weste mit der Aufschrift Bundespolizei. „Sie hatten Gewehre und einer von ihnen stützte sich auf die Motorhaube, um zu zielen“, beobachtete eine Zeugin. Márquez wurde in die Brust getroffen. Der Literaturstudent Martín Galli wurde in den Nacken getroffen. Er überlebte, ist heute halb gelähmt. Der Anführer der Gruppe, Kommissar Orlando Oliverio, wurde von einem Zeugen als derjenige identifiziert, der sich auf die Motorhaube gestützt hatte, um besser zielen zu können.

1) Straßenblockaden und Kochtopf-Konzerte – ein Kampf

„Wir wären ja verrückt gewesen, wenn wir mit Töpfen auf die Straße gegangen wären“

Ein Teilnehmer der Unruhen vom 20. Dezember berichtet

Der folgende Bericht wurde von „Cachito“, einem Aktivisten der Arbeitslosenbewegung in Argentinien verfasst. Cachito schildert seine persönlichen Erlebnisse und Eindrücke vom Donnerstag, dem 20. Dezember 2001, der Tag, an dem heftige Straßenproteste und staatliche Repression Buenos Aires erschütterten und an dessen Abend De la Rúa zurücktrat.

Der Donnerstag fing für uns ziemlich beschissen an ... na gut, beschissen war er wohl für alle, so wie die Dinge standen. Aber besonders was uns betrifft, die Arbeitslosen, die wir mit den Straßenblockaden einen Beschäftigungsplan erkämpft hatten, sage ich das. Denn nach den Blockaden, die wir schon seit einer Woche machten, um unser Geld vor Weihnachten zu bekommen, kündigte die Provinzregierung die Auszahlung just für diesen Morgen an. Und in unserer Notlage, kannst du dir vorstellen, dass keiner riskieren wollte, dass sie nach der Hälfte die Zahlungen einstellen würden, weil ihnen das Bargeld ausgeht. Immerhin hatten sie

diös dabei, und mitten in der Menschenmasse vor der Bank versuchten wir uns ein Bild davon zu machen, wie die Dinge auf der Plaza de Mayo standen. Wir von der Bewegung hatten schon am Vortag verabredet, um 14 Uhr eine Versammlung im Gemeindehaus abzuhalten, alle Compañeros aus den umliegenden Vierteln, die zur Bewegung dazugehörten. Ganz schön naiv, was? An diesem Morgen dachte ich noch, der Platz würde sich mit Leuten füllen, was weiß ich, hunderttausend, zweihunderttausend Personen, die friedlich protestieren und diesen Hurensöhnen die Meinung sagen. Ich hatte keine Vorstellung davon, was später passieren würde.

regierung an Lebensmitteln abtrotzen können. Mein Ältester, Jorgito, ist 15 und hilft ein bisschen mit und geht mit dem Handkarren los, damit seine vier Geschwister etwas zu essen haben. Als ich den Jungen sehe, wie er mit dem Karren losgehen muss, erinnere ich mich daran, wie ich noch, gerade mal drei Jahre ist es her, in die Papierfabrik schaffen ging, und wie ich um dieses Datum herum immer schon den Weihnachtsschlag bekommen hatte. Da fühle ich mich so ohnmächtig, dass mir die Tränen in die Augen steigen, wirklich wahr. Aber im gleichen Moment denke ich wieder an die Compañeros, an unseren letzten Kampf, und ich stelle mir vor, wie es das nächste Mal sein wird. Und das nächste Mal war ja schon bald, nämlich an diesem Nachmittag. „Heb dir die Wut für später auf, Cachito“, sagte ich leise für mich.

Als um kurz nach zwei die Compañeros massenhaft eintrudelten, sahen wir schon die ganze Zeit im Fernsehen, wie sie die Proteste auf der Plaza brutal unterdrückten: Während sie dort mit Pferden auf die Mütter losgingen, füllte sich die Baracke immer mehr. Und als sie angingen, mit Schlagstöcken auf die jungen Leute einzuprügeln, die sich zum Protestie-

„Dieser Hurensohn von Ruckauf zahlt nur in Gutscheinen. Jeden Monat das Gleiche, das Geld reicht für drei Tage, und unsere Kinder müssen davon leben, was wir mit Märschen und Straßenblockaden der Provinzregierung an Lebensmitteln abtrotzen können.“

das schon mehrmals gemacht. Wenn das passiert wäre, hätten wir jedenfalls mit Sicherheit die Bank besetzt, wie schon im Monat zuvor.

Also alle pünktlich in der Frühe zur Bank. Ein paar hatten Ra-

Gouverneur der Provinz Buenos Aires; LN] zahlt nur in Gutscheinen. Jeden Monat das Gleiche, das Geld reicht für drei Tage, und unsere Kinder müssen davon leben, was wir mit Märschen und Straßenblockaden der Provinz-

2



Ein Gutscheine vom „Hurensohn“ – Patacon der Provinz Buenos Aires

riedlich hingesezt hatten, kamen immer noch welche dazu. Die Bilder zeigten uns, dass es auf der Plaza immer haariger wurde, und in diesem Moment – ich bin mir sicher, dass es den meisten so ging wie mir – hatten wir ein ganz gemischtes Gefühl: Auf der einen Seite war uns klar, dass wir, die Entschlossensten, die Compañeros, die bei den Blockaden immer für die Sicherheit zuständig waren, auf die Plaza gehen würden, komme was wolle. Andererseits konnten wir nicht vollziehen, dass andere Com-

unserem Viertel. Hier wissen alle, dass wir *piqueteros* [Streikposten; Demonstranten, die seit Monaten wichtige Straßen blockieren; LN] sind, die Nachbarn wissen es, aber die Milicos, die hier stationiert sind, wissen es auch, diese Handlanger des Gemeindevorstehers, gegen den die Bewohner des Viertels immer stärker rebellieren, seit sie bei der Bewegung mitmachen. Und deswegen sind sie wütend auf uns. Vor allem die Bullen des hiesigen Kommissariats, das sind Verräter ihrer Klasse, denn oft wohnen sie in Vierteln wie unserem, aber bei der

einen Rumtreiber im Viertel abknallen dürfen. Diese Leute waren über den Ausnahmezustand natürlich glücklich und dachten wahrscheinlich, jetzt könnten sie es uns endlich zeigen.

Und deswegen gab es an diesem Tag die *cacerolazos*, Kochtopfkonzerte, in den Vierteln der Mittelschicht, vor allem in der Hauptstadt und in den Gemeindezentren. Wir wären ja verrückt gewesen, wenn wir mit Töpfen oder mit sonst irgendwas auf die Straße gegangen wären, während die Patrouillen durch unsere Viertel fuhren und nur darauf warteten loszuballern! Diese Aufteilung war ganz wichtig in diesen Tagen: Viele Arbeitslosenbewegungen wie unsere hatten in den vorangegangenen Tagen die Wut angeheizt, mit den Besetzungsaktionen in den großen Supermärkten der multinationalen Unternehmen, die dem Land das Blut aussaugen – den kleinen Markt im Viertel haben wir nie geplündert. Wir hatten also den Kampf bis dahin angeführt, aber an diesem Abend warteten

„Alle warfen wir Steine und flüchteten vor dem Tränengas.“

pañeros und Compañeros, darunter auch ältere Männer, von den brutalen Bildern, die sie im Fernsehen sahen, Angst bekommen würden. Wo wir schon von Angst sprechen: Ich glaube, der Ausnahmezustand, der am Tag zuvor ausgerufen worden war, wirkt in einem Hauptstadtviertel, sagen wir, in Palermo ganz anders als in

Polizei wird ihnen ein Hass auf das Volk eingetrichtert, und irgendwie glauben sie dann, sie sind etwas Besseres. Dabei haben sie mit Sicherheit einen Bruder oder einen Schwager, dem es genauso beschissen geht wie uns. Aber bei der Polizei werden sie praktisch zu Mördern gemacht, denn es sieht fast so aus, als würden sie es genießen, wenn sie ungestraft irgend-

wir ab und gingen nicht auf die Straße. Die Mittelschicht, die bis dahin ihre Wut noch nicht öffentlich gezeigt hatte, ist für uns an diesem Abend quasi eingesprungen, besser gesagt: Sie hat sich dem Kampf angeschlossen und ist mit ihren Töpfen auf die Plaza de Mayo oder zum Kongress gegangen.

Es stimmt, was manche Zeitungen schreiben: Vom Büroangestellten bis zum Lehrer, von erwachsenen Männern bis zu kleinen Jungen, von uns, den Arbeitslosen bis hin zu welchen, die aussahen wie Studenten – alle warfen wir Steine und flüchteten vor dem Tränengas. An diesem Nachmittag machten wir gemeinsame Sache: die, die es geschafft hatten, aus den armen Vierteln im Großraum

Buenos Aires ins Zentrum zu gelangen, mit der Jugend der Mittelschicht und selbst mit Bankangestellten. Wir saßen alle im gleichen Boot.

Wenn irgendwer anfang, etwas zu zerstören, was einer Privatperson gehören konnte, oder wenn jemand Scheiben einschlug, ohne darauf zu achten, wozu diese Scheiben eigentlich gehörten, wurde er sofort von der Mehrheit der anderen aufgehalten. Gegen vier Uhr waren wir mit den Barrikaden schon bis auf einen halben Block vor das Rathaus an der Ecke zur Plaza de Mayo vorgeückt. Die Barrikaden aus umgekippten Autos und die Kabel, die wir quer über die Straße spannten, damit sie nicht mit den Pferden passieren konnten, wirkten

ziemlich solide, und die Militärs konnten uns nur mit Tränengas beschießen. Die Barrikade war so etwas wie eine eroberte Stellung.

In diesem Augenblick fangen die Compañeros, die hundert Meter hinter uns stehen, plötzlich an zu schreien: „Sie haben ihn umgebracht, sie haben ihn umgebracht!“ Einer erzählt uns, was passiert ist: Als nach dem letzten Tränengasbeschuss ein paar Jungs wie gelähmt stehen bleiben und nicht weiterlaufen können, steigt plötzlich ein Milico vom Motorrad und schießt einem Jungen, der auf dem Boden kniet und nach Atem ringt, mit seiner Neun-Millimeter-Pistole direkt in die Schläfe. Er hat ihn ganz einfach exekutiert!

Als uns klar wurde, dass sie vor scharfen Schüssen nicht mehr zu-

rückschrecken, dachte ich, das machen die sicher, weil sie sich vor Angst in die Hosen scheißen, und die in der Casa Rosada, dem

Präsidentenpalast, die ihnen das befohlen haben, schießen sich noch mehr in die Hosen, weil sie Angst davor haben, dass wir den Platz einnehmen, in die Rosada reingehen und sie aufknüpfen, was sie auch verdient hätten, wie ein Compañero auf der Versammlung gesagt hatte.

„Plötzlich steigt ein Milico vom Motorrad und schießt einem Jungen, der auf dem Boden kniet und nach Atem ringt, mit seiner Neun-Millimeter-Pistole direkt in die Schläfe. Er hat ihn ganz einfach exekutiert!“

Auch wenn jetzt immer von Vandalismus die Rede ist – ich glaube schon, dass das, was passiert ist, irgendwie gerecht war, oder? Irgendwie müssen die doch auch mal die Verlierer sein. Sie sollen ruhig Angst vor uns haben, sie sollen uns respektieren. Ich glaube, die ganz große Mehrheit fühlte, dass die brennende Stadt eine Antwort war auf so viel Unterdrückung, so viel Hohn, so viel Tod, dass das in diesem Moment explodiert ist. Deshalb glaube ich, oder besser gesagt: Ich bin überzeugt davon, dass es ein Akt der Gerechtigkeit war. Das Volk hat Recht gesprochen, könnte man sagen, oder?

Und nun? Wie geht es jetzt weiter? Was weiß ich! Wir haben gerade mal eine Hand voll Hurensohne weggejagt, aber es ist noch ein Haufen übrig. Eine soziale Revolution war das nicht, bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Wir wissen, und wir haben bei den

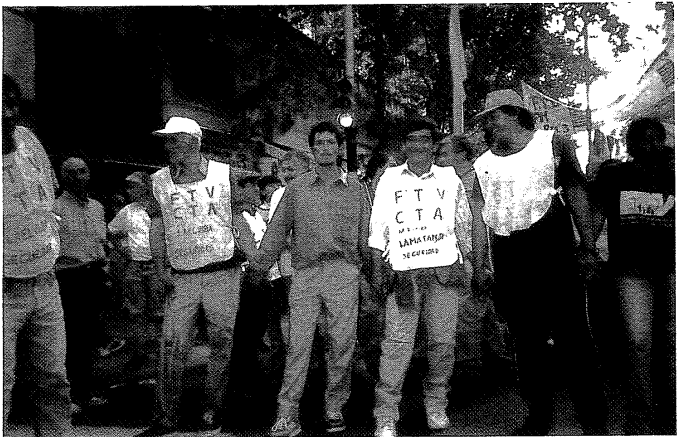
politischen Debatten in der Bewegung immer gesagt, dass ein gesellschaftlicher Wechsel nötig ist. In einem von unseren Liedern heißt es: „Jagt sie alle zum Teufel, der Arbeiter soll regieren“. Sicher ist jedenfalls, dass jetzt das gesamte Volk, die Arbeiter und auch wir, die wir keine Arbeit haben, viel mehr Kraft für diesen Wechsel haben als vorher.

Und wenn wir verlieren – was ja immerhin passieren kann? Schließlich haben wir die Rebellion nicht erfunden, da gab es schon andere, und wenn es uns dreckig geht, dann bedeutet das, dass diese Compañeros es eben nicht geschafft haben, oder? Das heißt, auch wir können den Kampf verlieren. Aber wenn es so kommt, und wenn dann meine Jungs, die heute fünfzehn, acht, sechs, vier und drei Jahre alt sind, in mein Alter kommen, und wenn dann immer noch alles zum Schlechten bestellt ist und ihre Kinder Hun-

ger haben. Wenn dann einer von ihnen mich fragt: „Was hat deine Generation eigentlich gemacht, als ich klein war, dass dieses Land so auf den Hund gekommen ist?“, dann kann ich ihm erzählen, dass wir verloren haben, aber dass wir unser Bestes dafür gegeben haben, dass sich etwas ändert.

„Eine soziale Revolution war das nicht, bis dahin ist es noch ein weiter Weg.“

Cachito
Übersetzung: Claudius Prüßer
Der Text erschien bei trabajadoresdesocupados@hotmail.com
Unserer Übersetzung liegt der Abdruck in der uruguayischen Wochenzeitung *Brecha* vom 4. Januar in gekürzter Fassung zugrunde.



Einer von ihnen könnte Cachito sein – Protestierende Arbeitslose aus der Provinz Buenos Aires besuchen die Hauptstadt

Presos sociales

► Cientos son procesados por su participación en movilizaciones por mejoras laborales y alimentos.

LAS PROTESTAS SOCIALES producidas en Argentina contra el anterior gobierno del ex presidente Carlos Menem (1989-99) y la nueva conducción a cargo de Fernando de la Rúa han provocado más de 2,500 procesados y acusados de toda clase de ilícitos, que van desde una simple contravención por ruidos molestos hasta el delito federal por corte de ruta, que contempla penas de prisión.

Del 23 al 24 de noviembre se realizó el tercer paro nacional contra la política económica del presidente De la Rúa, medida que pareció ser un contrafestejo popular del primer año de gobierno, que —con cortes de ruta y movilizaciones en todo el país— logró reunir a las tres centrales obreras y a la principal corriente gremial: Confederación General del Trabajo "oficial" (CGT), CGT "disidente", Central de los Trabajadores Argentinos (CTA) y Corriente Clasista y Combativa (CCC). Según datos oficiales, durante las 36 horas que duró la protesta, el 70% de los asalariados no concurrió al trabajo. Para los sindicatos, sin embargo, tuvo un acatamiento que superó el 95%.

Los principales reclamos plantean la creación de fuentes de trabajo y el cambio de modelo económico en un país que llegó, según las últimas cifras oficiales, al 15.4% de desocupación y a los 14.5% de subocupación (más de 4 millones de personas), y que tiene un mercado interno destruido (NA, Nov. 13, 2000).

Las distintas centrales obreras y corrientes sindicales denunciaron que se trata de "presos políticos" y de "persecuciones judiciales" contra quienes "sólo hacen uso de su derecho a protestar en reclamo de los mínimos derechos como comer y trabajar".

Así lo expuso el líder de los camioneros y secretario general de la CGT "disidente", Hugo Moyano, al abrir del discurso del último acto de rechazo a la ley de Reforma Laboral del pasado 6 de septiembre, una norma que habría sido votada mediante sobornos a los senadores (NA, Set. 18, 2000).

"Raúl Castells está preso simplemente porque fue a pedir comida para las familias con necesidades extremas y lo

acusaron de extorsión y asociación ilícita", afirmó Moyano al referirse al dirigente de un movimiento de jubilados que se encuentra procesado y con prisión domiciliaria.

Castells es uno de los casos más graves, no sólo porque pasó varios meses en prisión y hoy es controlado por medio de un grillete electrónico, sino porque podría ser condenado a 20 años de reclusión por encabezar una movilización para pedir alimentos a la puerta del hipermercado Wal-Mart (de capitales estadounidenses), que días después le inició causa penal, la cual se inició el 27 de noviembre y podría durar 15 días antes de que se emita una resolución.

La CGT "disidente", que se abrió de la central "oficial" —que fue funcional a Menem— presentó un Proyecto de Ley ante el Congreso Nacional para pedir la amnistía de "quienes hayan participado en los hechos de reivindicación social, económica gremial o estudiantiles".

"Son presos políticos", sentenció Julio Piumato, dirigente judicial y una de las tres patas —junto a los camio-



neros y colectivos— sobre las que se apoya la CGT "disidente", que aglutina 97 gremios en el ámbito nacional y varias delegaciones regionales de sindicatos que tienen a su conducción nacional junto a los "oficialistas" y contiene a más de 2.5 millones de trabajadores.

En tanto, el gremialista de la alimentación y titular de la CGT "oficial", Rodolfo Daer, dijo que en esa central no tienen procesados pero que se "solidariza" con los enjuiciados.

Aunque esta es la organización obrera más importante —124 sindicatos y unos 4 millones de afiliados—, no ha participado de las protestas sociales en la medida que lo han hecho otras centrales obreras y grupos sindicales, y su imagen pública está por los suelos.

"La crisis de empleo es muy grande, es necesario formar una comisión tripartita [junto al Gobierno y a los empresarios] para desarrollar una política industrial", afirmó Daer.

El líder de la CGT "oficial" señaló, además, que hay que impulsar el "compre nacional", para que las empresas privatizadas durante el gobierno anterior

estén obligadas a proveerse de insumos producidos en el país y no en el exterior, cuando el precio sea similar.

Por su parte, el estatal y líder de la CCC, Carlos "Perro" Santillán, que comparte la dirección de ese gremio con Castells, dirige uno de los grupos sindicales menos conciliadores con el modelo y al igual que Moyano reclama "un cambio en la política económica" y crítica con dureza la deuda externa.

"Hay que terminar con el modelo neoliberal. Tiene que acabarse el ajuste para pagar la deuda externa y cortar con la dependencia al Fondo Monetario Internacional (FMI)", enfatizó Santillán, al referirse a la poda del presupuesto nacional realizada este año, que incluyó un recorte salarial de los empleados estatales.

Aunque Santillán es secretario general de un gremio pequeño como el de los estatales de la provincia nororiental de Jujuy y la CCC cuenta con unos 100,000 integrantes (entre trabajadores y desocupados), esta corriente impulsó importantes medidas de fuerza.

"Las causas que nos inician son una nueva forma de lo viejo, una modernización de la represión con gases y balas, que también se sigue utilizando, porque la Justicia es afín al poder político y se comente la aberración de enjuiciar a quienes piden lo que es justo", enfatizó el dirigente jujeño, que cuenta con seis procesos judiciales, uno de ellos por la rotura de un vidrio durante una movilización.

En este sentido, la CTA, que durante la campaña electoral de octubre de 1999 adhirió a las propuestas de la socialdemócrata Alianza hoy en el poder, afirmó que De la Rúa "continúa con la misma política" de la anterior gestión.

"Todo lo que ocurre es consecuencia de este sistema económico y en lugar de atacar las causas se ataca a las consecuencias", sentenció el coordinador del equipo de abogados de la CTA, Horacio Meguirá.

Esta central, que agrupa principalmente a estatales, docentes y judiciales, cuenta con unos 760,000 afiliados, que pertenecen a unos 240 sindicatos.

Meguirá consideró que "toda forma de protesta es reprimida como forma de disciplinamiento social y existen casos paradigmáticos como el de Castells o el de Naldo Acosta [secretario general de la Asociación de Trabajadores del Estado-Jujuy]".

"Son presos sociales, porque se trata de evitar todas las formas de organización popular de resistencia", afirmó Meguirá, que presentó denuncias ante la Comisión Interamericana de Derechos Humanos y la Organización Internacional del Trabajo.

—DESDE BUENOS AIRES, PABLO WAISBERG.

Zwei Tote in der Vorstadt

Nach dem Tod zweier Arbeitslosen-Aktivisten ordnet Präsident Duhalde Ermittlungen gegen die Polizei an.

GABY WEBER, BUENOS AIRES

Am Mittwoch, dem 26. Juni, wurden innerhalb weniger Minuten in Buenos Aires auf dem Lokalbahnhof des Arbeiterviertels Avellaneda zwei so genannte Piqueteros erschossen. Der 21-jährige Darío Santillán und der 25-jährige Maximiliano Costeki gehörten zur Koordination der Arbeitslosen Aníbal Verón. Santillán war trotz seiner Jugend seit mehreren Jahren ihr Sprecher, Costeki erst vor zwei Monaten dazugestossen. Die Bewegung der Piqueteros stammt aus den Armenvierteln der argentinischen Städte und macht vor allem durch Strassenblockaden auf ihre soziale Not aufmerksam.

An diesem Tag wollten Santillán und Costeki mit anderen die für Buenos Aires wichtige Autobahnbrücke in Avellaneda sperren. Meist gehen solche Blockaden friedlich aus. Sie gehören längst zum Alltag Argentinien. Die Piqueteros kündigen sie in der Regel vorher an, Verkehrspolizisten sorgen dafür, das alles friedlich über die Bühne geht. Den AutofahrerInnen werden über Radio und Fernsehen Umleitungen empfohlen. Doch am 26. Juni rückten plötzlich bewaffnete Polizeieinheiten an. Sie setzten Schlagstöcke ein, um die teilweise verummten DemonstrantInnen zu vertreiben. Einsatzleiter Alfredo Franchiotti schildert Stunden später auf einer Pressekonferenz, wie es zur Eskalation und den zwei Toten kam. Demnach hielten bewaffnete Piqueteros einen Bus an, zwangen Fahrer und Fahrgäste zum Aussteigen und zündeten das Fahrzeug an. Sie verletzten einige Polizisten, darunter Franchiotti selbst am Hals. Die Schüsse wurden vermutlich aus den Reihen der DemonstrantInnen abgegeben. Das Fazit des Einsatzleiters: Wer die zwei Piqueteros erschoss, ist unbekannt.

Die Regierung von Präsident Eduardo Duhalde schloss sich zunächst dieser Version an und sprach von «verantwortungslosen Randalierern», die das Land ins Chaos stürzen wollten. Doch keine 24 Stunden später zirkulierten über die Medien ganz andere Bilder. Da liegt Costeki angeschossen auf dem Boden des Bahnhofs, über ihm ein Polizist, triumphierend mit einem Gewehr in der Hand. Auf einem anderen zerrt er sein Opfer wie einen Kartoffelsack hinter sich her. Auf einer anderen Bildserie ist Santillán zu sehen. Der unbewaffnete 21-Jährige will dem Angeschossenen helfen, erste Hilfe leisten. Polizisten setzen ihm mit gezückter Waffe nach. Ein paar Bilder später liegt Santillán dann selbst am Boden, in einer Blutlache. Einsatzleiter Franchiotti beugt sich, das Gewehr im Anschlag, über ihn. Die in der bürgerlichen Tageszeitung «Clarín» veröffentlichte Bildserie lässt kaum einen anderen Schluss zu, als dass Franchiotti zusammen mit Zivilbeamten für die Tat verantwortlich ist. Erste gerichtsmedizinische Untersuchungen ergaben, dass die Opfer aus nächster Entfernung erschossen wurden.

Am nächsten Tag protestierten 15 000 Menschen vor dem Kongress in Buenos Aires. Das ist viel für die argentinische Hauptstadt. Die Linke ist zersplittert, und viele orthodoxe Gruppen kochen ihr eigenes Süppchen. Doch für einmal scheint die Opposition geeint und ruft zu einer Grossdemonstration am 9. Juli auf, dem Tag der Unabhängigkeit Argentinien vom spanischen Kolonialjoch. Die Regierung Duhalde steht nach dem Tod der beiden Piqueteros einmal mehr mit dem Rücken zur Wand. Viele Kommentatoren verglichen die jetzige Situation mit der vom vergangenen Dezember, als nach der Einfrierung der Bankkonten massive Bürgerproteste den damaligen Präsidenten Fernando de la Rúa zum Rücktritt zwangen.

Duhaldes Hausmacht unter den Peronisten schwindet. Expräsident Carlos Menem und peronistische Provinzfürsten melden Ansprüche an. Duhalde fehlt das Geld zur Finanzierung von Reformen und vor allem eine klare politische Linie. Jeden Tag kommt ein neues Dekret und eine neue Entscheidung, die die Zukunft des Landes betrifft. Niemand weiss, wo es langgeht. Wer noch argentinisches Geld in der Tasche hat, tauscht es gegen US-Dollars ein. Der argentinische Peso ist innerhalb eines halben Jahres auf ein Viertel seines Werts gesunken. Die Lohnabhängigen haben im gleichen Zeitraum die Hälfte ihrer Kaufkraft eingebüsst.

Auf der Verliererseite stehen derzeit nicht nur Arbeitslose und die verarmende Mittelschicht, sondern auch Unternehmen, die für den Binnenmarkt produzieren. Sie können im Inland kaum noch etwas absetzen. Auch die Stromerzeuger, die Wasserwerke und die Telefongesellschaften schreiben Verluste. Unternehmen aber, die Güter für den Weltmarkt herstellen, Fleisch, Getreide, Obst und Gemüse exportieren, stehen deutlich besser da. Ihre Fixkosten – vor allem die Lohnkosten – sind mit dem Peso gefallen, die Einnahmen

erzielen sie in hart gebliebenen Devisen. Und auch die Automobilhersteller können nicht klagen. Die argentinischen Produktionsstätten von General Motors, Daimler Chrysler und Peugeot sind wieder gut ausgelastet.

Duhalde zog nach der Erschiessung der beiden Piqueteros die Notbremse und befahl zum Wochenende dem Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, ein hartes Durchgreifen gegenüber der Hauptstadt-Polizei. Die Polizeichefs und der Sicherheitsminister der Provinz Buenos Aires mussten zurücktreten, Franchiotti und zwei weitere Polizisten sitzen in Untersuchungshaft.

Nach der Veröffentlichung der Bilder von der Erschiessung sprach Duhalde davon, dass «die Polizei, statt die Ordnung aufrechtzuerhalten, eine regelrechte Jagd veranstaltet» hat. Nach den Aussagen von Zeugen waren die DemonstrantInnen in Avellaneda zwar teilweise mit Knütteln oder Steinen bewaffnet, sie trugen aber entgegen den Behauptungen von Einsatzleiter Franchiotti keine Schusswaffen bei sich. Hingegen, so die Augenzeugen, hätten sich unter die Piqueteros eine Reihe auffällig kurzhaariger und gut gekleideter Männer gemischt. Diese Provokateure – und nicht die Piqueteros – hätten den Bus angezündet und die Situation eskalieren lassen.

In der Arbeitervorstadt Avellaneda ist die Stimmung nach den Ereignissen gedrückt. Maximiliano Costeki war Maler gewesen. Tagsüber hatte er Hunde von Berufstätigen ausgeführt und dafür Nahrung oder ein paar Pesos erhalten. In den letzten Wochen hatte er sich bei einem Arbeitslosen-Selbsthilfeprojekt, einer kommunalen Obstplantage, engagiert. In ein paar Tagen hätte er dafür zum ersten Mal seinen «Lohn» erhalten, umgerechnet 60 Franken monatlich. Darío Santillán hat die selbst verwaltete Backsteinfabrik in Avellaneda mit aufgebaut. Hier werden Ziegelsteine gefertigt, aus denen sich die Armen Häuschen errichten können. Er war sehr beliebt und einer der Anführer der örtlichen Piqueteros. Viele haben nun Angst, vor der Staatsanwaltschaft auszusagen. Sie fürchten, dass die Polizei noch einmal vorbeischaut – dann, wenn sich die Presse wieder anderen Themen zugewandt hat – und Rache für ihre drei verhafteten Kollegen nimmt.

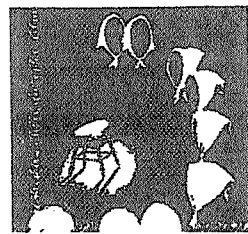
Maximiliano Costeki war Maler und hat tagsüber Hunde von Berufstätigen ausgeführt.

DIE WOCHENZEITUNG

Nr. 27 / 4. JULI 2002

00175
FRANQUEO PAGADO
CUENTA N° 7176
Correo Central (B)
ARGENTINO

MADRES DE PLAZA DE MAYO



Die Sperren der Piqueteros Wenn die Arbeitslosen mobil machen

Los 70, la reparación y una consigna

Numerosas polémicas sobre temas sensibles para el ideario colectivo.

Páginas 10 y 11

UNIVERSIDAD La historia de las Madres de la Plaza

Comenzó la cátedra que aborda la trayectoria de los pañuelos blancos.

Página 15

EL MUNDO Paraguay, México y Brasil

El intento de golpe y las secuelas de los garrotazos del mercado.

Páginas 16 y 17

TEORIA Alain Badiou, la política o la barbarie

Las reflexiones del filósofo en su paso por la Casa de las Madres.

Página 14

POESIA Francisco "Paco" Urondo

La voz persistente de un enriquecedor de la palabra y el sentimiento latinoamericano.

Página 19



PIQUETES, CORTES, HUELGAS, MARCHAS, PROTESTAS

PENSAMIENTO EN ACCION

Una franja importante de la sociedad argentina profundizó su rechazo al neoliberalismo, mientras tantea rumbos alternativos. En esta edición se incluye información y análisis acerca de las variadas protestas populares, los desafíos de los sectores políticos opositores, el panorama económico social y las posibles salidas.

Páginas 2, 3, 5, 6, 12 y 13

EDITORIAL

PIQUETEROS UND ANDERE
SOZIALE BEWEGUNGEN

Es ist schon eigenartig, dass in den letzten Wochen die sozialpolitischen Dämme ausgerechnet dort aufgebrochen sind, wo es sich der/die durchschnittliche LateinamerikanerIn am wenigsten erwartet hätte: Während die von Hungersnöten geplagten Regionen Mittelamerikas vor sich hinsiechen, hat das zapatistische „ya basta“ auf die urbanen Viertel des industrialisierten Südens übergegriffen. Allen voran ist es die einstige lateinamerikanische Großmacht Argentinien, wo die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die Reaktionen darauf am deutlichsten zu Tage getreten sind.

Die piqueteros, deren soziale Wurzeln weit in die peronistische Gewerkschaftsbewegung hineinreichen, stellen aber nicht nur einen innenpolitischen Faktor dar; sie bilden auch ein wichtiges Glied in der weltweiten Kette des Protests gegen die neoliberale Globalisierung, die gerade dieser Tage wieder bei den Demonstrationen in Brüssel und in Vorbereitung auf das Weltsozialforum in Porto Alegre in Erscheinung getreten ist.

Aber auch im winterlichen Österreich setzen sich Menschen in Bewegungen gegen die Ausläufer der an den USA orientierten Repressionspolitik zur Wehr. Die Demonstrationen gegen den Krieg und den Integrationspakt sowie das recht erfolgreich in Gang gekommene Sozialstaatsvolksbegehren sind wichtige Symptome einer weltweit steigenden Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, das die Reichen reicher und die Armen ärmer macht.

Bleibt nur die Frage offen, auf welche Weise diese Lebenszeichen einer weltweit in Gang gekommenen partizipativen Demokratie in unseren auf parlamentarische Repräsentativität aufgebauten politischen Systemen umgesetzt werden können. Auch dafür werden die für Beginn des neuen Jahres von Argentinien bis Italien angekündigten Massenmobilisierungen einen wichtigen Lernprozess darstellen.

In diesem Sinne wünschen wir allen unseren LeserInnen ein erfolgreiches, kämpferisches Jahr 2002.

Leo Gabriel

Schlussredakteur dieser Ausgabe

Im sozial und wirtschaftlich verwüsteten Argentinien, in dem die Arbeitslosigkeit der 20 Prozent-Marke entgegeneilt, sind brennende Blockaden tägliche Realität. Immer mehr ArgentinierInnen zeigen Verständnis für die piqueteros. Aber nicht alle.

Karl-Ludolf Hübener

Marta hatte zehn Jahre in einer Cola-Fabrik gearbeitet, danach als Köchin in einem Club und einem privaten Haushalt, verlor dann aber auch diese Stelle. Die 52-jährige Arbeitslose startete in die Flammen brennender Reifen, die die Nationalstraße 3 in der Provinz La Matanza sperren. An ihrer Seite die 38-jährige Sara. Diese arbeitete in einem Unternehmen, das sich auf Sterilisation von chirurgischen Instrumenten spezialisiert hatte. Das Unternehmen machte pleite. Sara gab ihr mühsam Ersparnis für Arbeitsvermittler, Zeitungsanzeigen und Busfahrten aus. Die karge Ausbeute: Nacharbeit in einem Kiosk, der gleichzeitig als Mietwagen-Agentur diente. Verdienst: umgerechnet zehn Dollar für zwölf Stunden Arbeit. Aber auch in diesem Geschäft gingen die Rollläden für immer runter. Die Entscheidung bei Straßenblockaden mitzumachen, war spontan: „Uns bleibt doch nichts anderes übrig“, erklärt Sara, die anfängliche Angst hätten sie jedenfalls verloren.

Als 1996 die „ruta 22“ mit Barrikaden verstopft wurde, tauchte erstmals der Begriff *piquetero* auf. Es handelte sich um eine neue Form des Protestes in Argentinien: Wichtige Straßen, Autobahnen oder Brücken werden zumeist mit brennenden Autoreifen lahmgelegt. 1997 wurden bereits über 100 Gummibarrikaden aufgetürmt; im Jahr 2000 errichteten Arbeitslose und Unterbeschäftigte gar über 500 Straßenhindernisse. Nachdem die Menschen über Jahre hinweg neoliberale Radikalkuren geduldig ertragen hätten, würden sie nun „mit den wenigen Waffen, die sie haben,

reagieren“, freut sich der politische Schriftsteller und Menschenrechtler Osvaldo Bayer: sie suchten den Weg zu einem besseren Leben „wie die Arbeiter zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts“.

Widerstandslager als Überlebensperspektive

Ganze Familien lassen sich an den Straßensperren nieder, oft tage- und wochenlang. Zelte werden aufgeschlagen, Bretterhütten gezimmert, Suppenküchen aufgestellt. Viele Straßensperren sind spontan, unzulänglich organisiert. *Piqueteros*, die schon mehr Erfahrung haben, berufen tägliche Versammlungen ein. Dort wird diskutiert, werden Forderungen aufgestellt, Neuigkeiten und Informationen verlesen. Bei Entscheidungen hat jeder *piquetero* eine Stimme. So auch in der „Föderation Boden, Wohnung und Habitat“, angeführt vom inzwischen in ganz Argentinien bekannten Luis D'Elia. Die Föderation hat über 25.000 Mitglieder. 99 Prozent sind arbeitslos.

„Wir können nicht schweigend hinnehmen, wie Gruppen von *piqueteros* straflos die Straßen sperren,“ wettete Enrique Crotto, Präsident der *Sociedad Rural*, der einflussreichen mächtigen Landoligarchie. Die *piqueteros* legen nicht wie die klassischen Arbeiter eine Fabrik und damit die Produktion lahm, sondern unterbrechen die Logistik der Produktion – beispielsweise auch einen Vieh- oder Weizentransport. Arbeitslose könnten doch schlecht eine Fabrik oder ein Büro – welche auch schon? – besetzen oder bestreiken, ihnen bliebe doch nichts anderes als die Straße, rechtfertigt sich ein 24-jähriger an der Barrikade in La Matanza: „Uns gibt es doch gar nicht, höchstens wenn unsere Wählerstimme gefordert ist“.

Vom Gewerkschaftskampf zum zivilen Protest

60 Prozent aller Proteste zwischen 1989 und 1994 gingen – Untersuchungen über den „Sozialen Protest in demokratischen Argentinien“ zufolge – noch von den Gewerkschaften aus, während ab 1995 vor allem die „Proteste

ARGENTINIEN

der Zivilgesellschaft“ aufgeblüht seien. Die ersten, die ihrem Zorn über den sozialen Sparkurs des Präsidenten Carlos Menem Anfang der 90er Jahre Luft machten, waren Rentner und Pensionisten. Zunächst machte sich eine Handvoll von Ruheständlern – alle über 70 Jahre alt – jeden Mittwoch zum Kongress auf, um dort gegen den „Rentenklaue“ Menems zu demonstrieren. Inzwischen gibt es eine „Unabhängige Bewegung der Rentner“.

Mit IWF-konformen Anpassungsprogrammen hatte Menem, der 1989 in die präsidiale *Casa Rosada* eingezogen war, in den Zentren weltwirtschaftlicher Macht Begeisterung entfacht. Er wurde zum Hätschelkind Washingtoner Finanzinstitutionen; vor allem weil er wie wohl kein anderer „mit so viel Hingabe“ (*Financial Times*) Staatsunternehmen privatisierte. Nicht nur eine Welle korrupter Machenschaften begleitete den Ausverkauf lukrativen staatlichen Eigentums, sondern auch eine Welle von Entlassungen. Als die staatliche Erdölgesellschaft YPF von der spanischen REPSOL aufgekauft wurde, landete weit über die Hälfte der Belegschaft auf der Straße. Ganze Ortschaften verödeten, da zahlreiche Bohrlöcher angeblich unrentabel waren und deshalb stillgelegt wurden. So vor allem im nördlichen Argentinien. In *General Mosconi* in der Provinz Salta gingen schon bald die ersten Reifen in Flammen auf. Andere Sperren folgten, von Tausenden umlagert. Die Polizei ging mit brutaler Gewalt gegen die *piqueteros* vor. Zwei Tote blieben zurück.

Die *piqueteros* können mit der Unterstützung der CTA (*Central de los Trabajadores Argentinos*) rechnen. Die CTA, die den Rahmen traditionellen Gewerkschaftsverständnisses sprengt, ist allerdings der einst mächtigen peronistischen Konkurrenz, der *Confederación General del Trabajo* (CGT) ein Dorn im Auge. Rodolfo Daer, Generalsekretär der CGT *oficial*, beschimpfte die CTA-Kollegen als „gelbe Gewerkschafter, die nichts anderes als Taubendreck sind“.

Der Verrat der CGT

Lange Zeit hatte die zentralistisch und hierarchisch aufgebaute CGT die gewerkschaftliche Szenerie am Rio de la Plata allein beherrscht. Nach einem Staatsstreich 1943 hatte General Juan Domingo Perón die Arbeiterbewegung



„Brot und Arbeit“, Demonstration gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung

zum Verbündeten des Staates gemacht – mit Gesetzen und sozialen Zugeständnissen, für die viele Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten vorher vergeblich gekämpft hatten: Lohnerhöhungen, Arbeitsschutz, Achtstunden-Tag.

In der neuen Verfassung von 1946 wurden erstmals in der Geschichte Argentinien „Rechte der Arbeiter“ verankert. Allerdings: Recht auf Arbeit, gerechten Lohn, gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit, aber kein Streikrecht. Begründung: Dieses sei überflüssig, da die Regierung die Interessen der Arbeiter vertrete.

Die Fixierung auf Regierung, Staat und Peronistische Partei (Rodolfo Daer: „Der Peronismus ist ein Gefühl“) musste zu großen Problemen führen, als in Argentinien neoliberalere Töne angeschlagen wurden. Vor allem als 1989 der Peronist Carlos Menem den neoliberalen Kahlschlag einleitete. Priorität hatte fortan die Bezahlung der Auslandsschulden. Dennoch behauptete CGT-Generalsekretär Daer noch nach 10 Jahren Menem-Regime: „Menem ist ebenso revolutionär wie Che Guevara.“

Mit dem Verweis auf peronistische Mystik und Ideologie gelang es der CGT-Führungsspitze immer wieder, die unruhig gewordene Mitgliedschaft in Schach zu halten. Währenddessen ließen sich korrupte Spitzenfunktionäre von Menem einkaufen; sie segneten Gesetze ab, die – wie die Flexibilisierung der Arbeitsgesetzgebung – allein den Interessen der Unternehmer dienten.

Zum Bruch der CGT-Einheit kam es erst ein Jahr nach der Niederlage der Peronisten bei den Präsidentschaftswahlen 1999, die den Kandidaten der Radikalen Partei, Fernando de la Rúa, zum Hausherrn der *Casa Rosada* machten. Zum Streit war es über eine noch flexiblere Arbeitsgesetzgebung gekommen. Die CGT *oficial* um Daer hatte zugestimmt. Dass dabei wieder einmal Geld geflossen war, ist mehr als eine Vermutung.

Seitdem beansprucht jedenfalls die CGT *disidente* unter Führung des Lastwagenfahrers Hugo Moyano, legitimer Vertreter der CGT-Interessen zu sein. Zwar kritisieren die Dissidenten immer lauter den neoliberalen Ausverkauf Argentinien, haben aber kein alternatives Konzept, sondern wollen nur zurück zum alten peronistischen Staat. Dabei sind sie mit traditionellen peronistischen Caudillos, die zu den Gegnern Menems zählen, im Bunde.

Die Widerstandsnetzwerke der Central de los Trabajadores

Den wohl radikalsten Schritt und Bruch mit alten gewerkschaftlichen Traditionen vollzog die *Central de los Trabajadores* (CTA). Es ist die erste Gewerkschaft Lateinamerikas, die in neoliberalen Zeiten gegründet wurde. Die 1992 gegründete CTA hat inzwischen fast 800.000 Mitglieder (CGT: rund 4 Millionen) und macht sich für gewerkschaftliche Autonomie und Demokratie stark: Unabhängigkeit von

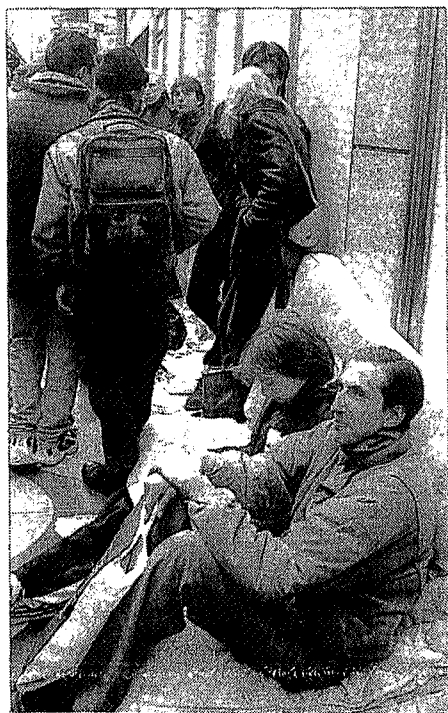
weiter Seite 4 ⇨

⇒ von Seite 3 : **ARGENTINIEN**

Staat und Parteien; direkte Wahl des Vorstands etc. Aber sie ist wohl vor allem deshalb eine alternative Kraft, weil sie sich gegenüber anderen sozialen Organisationen geöffnet hat – nicht nur gegenüber der klassischen Arbeiterschaft, sondern auch gegenüber allen Menschen, die die Härte und Brutalität neoliberaler Rezepte zu spüren bekommen.

Auch um eine Begründung für diese Öffnung sind die CTA'ler nicht verlegen: Insgesamt seien doch nur noch 40 Prozent der Arbeiterklasse im formellen Sektor beschäftigt, hingegen 60 Prozent in der Schattenwirtschaft oder in prekären Jobs, sagen sie. In der einst blühenden Metallindustrie waren Mitte der 70er Jahre 450.000 ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert; nach der De-Industrialisierung sind es weniger als 80.000.

Mehr als 200 Organisationen haben sich bereits in die CTA eingeschrieben: neben Gewerkschaften der Staatsangestellten, Lehrer und Industriearbeiter beispielsweise auch die „Union der beschäftigungslosen Arbeiter“, Vereinigungen der Prostituierten und die *hijos del pueblo* (Kinder des Volkes) genannten Straßenkinder, die bereits mit einem über Tausende von Kilometern führenden



Genug von der Krise: emigrationswillige ArgentinierInnen vor der spanischen Botschaft in Buenos Aires

Marsch auf Buenos Aires auf sich aufmerksam gemacht haben. Hinzu gestoßen sind auch Land- und Hausbesetzer sowie die Indianerbewegung des Chaco.

Es gehe darum, „den zivilen Widerstand zu organisieren“, um Druck am Verhandlungstisch ausüben zu können, unterstreicht CTA-Generalsekretär Víctor de Gennaro, dem die in der zutiefst skeptischen jungen Generation Argentiniers meistgelesene Zeitschrift *Rolling Stone* eine Titelstory widmete: „Der Mann, der auf der Straße kämpft“. Die Arbeiterbewegung könne sich nicht mehr auf rein gewerkschaftliche Fragen beschränken, sondern müsse sich in die Politik direkt einmischen, unterstreicht de Gennaro. Wahlbeteiligung sei nur eine Form von Politik: „Politik machen heißt auch, die sozialen Bewegungen zu organisieren, um Normen und Gesetze zu ändern.“

Nationale Front gegen die Armut

Die CTA hat auch die „Nationale Front gegen die Armut“ (*Frente Nacional contra la Pobreza*) mitorganisiert. Alarmierende Zahlen werden aus dem einst reichsten Land Lateinamerikas gemeldet: Ein Drittel aller 38 Millionen Argentinier lebt inzwischen unter der Armutsgrenze. Jeden Tag kommen 2000 neue Verarmte hinzu. Eine Umfrage des *Nationalen Instituts für Statistik* ergab, dass 76 Prozent der Bevölkerung auf den Konsum bestimmter Nahrungsmittel verzichten müssen. Der Konsumverzicht wiederum hat Rückwirkungen auf die Produktion. Die Industrieproduktion ist allein von August 2000 bis August 2001 um 5,6 Prozent gefallen. Und die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Die Frente schlägt deshalb eine Arbeits- und Ausbildungsversicherung vor. Alle Arbeitslosen würden dann 380 Dollar monatlich erhalten, zusätzlich 80 Dollar für jedes Kind unter 18 Jahre.

„Das Land ist durch Privilegien derjenigen, die die Macht zu ihren Gunsten ausnutzen, beschädigt worden.“ donnerte überraschend deutlich Kardinal Jorge Bergoglio gegen das neoliberale Modell. Er bekomme das im Fernsehen zu sehen: „arme Leute auf der Straße und reiche Leute, die mit Prunk und Protz feiern. Arme Leute, die verfolgt werden, weil sie Arbeit fordern, und Reiche, die das Gesetz umgehen und das auch noch belächeln“. Ungewohnt harte Töne aus

der katholischen Hierarchie. Bischöfe und Kardinäle versuchen offensichtlich den Boden gutzumachen, den sie durch Kollaboration oder Stillschweigen während der Militärdiktatur und der Menem-Regierung verloren hatten. Eine eiserne Regel des Episkopats wurde sogar durchbrochen: Niemals durfte ein Geistlicher zum Bischof berufen werden, wenn er ein Dokument der Theologie der Befreiung unterzeichnet oder sich für die „Option für die Armen“ ausgesprochen hatte.

Auftrieb haben auch die kirchlichen Basisgemeinden erhalten, und auch die Caritas erfreut sich eines großen Zulaufs (Motto: *Wenn die Armut wächst, scheitert die Gesellschaft!*): 23.000 Freiwillige machen bei dieser Organisation mit, die sich im Falle Argentiniens keineswegs auf Assistentialismus beschränken will.

Je geringer das wirtschaftliche Wachstum, desto größer ist offensichtlich die Attraktivität regierungsunabhängiger Organisationen. In den 90er Jahren hat sich die Zahl der NGOs jedenfalls kräftig vermehrt. Es gibt schätzungsweise 105.000 Organisationen, in denen sich nach einer Schätzung der US-amerikanischen *Johns-Hopkins-Universität* über drei Millionen Argentinier engagiert haben. Auch wenn sie sich in den unterschiedlichsten Organisationen – von der Caritas über Menschenrechtsorganisationen, „Kinder des Volkes“, Nachbarschaftsvereinigungen bis hin zu Greenpeace –, engagieren, teilen sie doch – wie der Wirtschaftswissenschaftler Mario Roitter herausdestilliert – gemeinsame Werte wie Stärkung der Demokratie, Schutz der Umwelt und KonsumentInnenrechte. 58 Prozent der Bevölkerung glauben, dass NGOs zur Lösung sozialer Probleme beitragen können. Damit gehören sie zu den glaubwürdigsten Institutionen in Argentinien.

Krise der Parteien

Immer weniger glaub- und vertrauenswürdig sind dagegen die Parteien. Das demonstrierten die Teilwahlen zum Kongress am 14. Oktober. Nicht nur dass die regierende Koalition aus *Radikaler Union* (UCR) und der als linke Protestpartei gegründeten *FREPASO* (*Frente País Solidario*) eine heftige Wahlniederlage einstecken musste; erschreckender war wohl die relativ hohe Zahl der Nichtwähler in einem Land, in dem Wahlpflicht herrscht. Und noch mehr der

weiter Seite 7 ⇒

hohe Prozentsatz absichtlich ungültig gemachter Stimmzettel (12,9 Prozent).

Die Hoffnung auf einen energischen Kampf gegen die Korruption, auf eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik war groß, als sich De la Rúa die Präsidentschärpe anlegte. Aber die Vorschusslorbeeren welkten schnell. Der neoliberale Kurs wurde fortgesetzt. Das nationale Einkommen wurde weiter höchst ungleich verteilt, die soziale Kluft vertiefte sich weiter. Ein Gesetzesentwurf, der die Möglichkeit vorsah, große Vermögen zu besteuern, verschwand in den Schubladen, noch ehe die Betroffenen ihren Protest zum Ausdruck bringen konnten.

Die Berufung Domingo Cavallos, des Architekten des neoliberalen Modells unter Menem und Freundes der argentinischen Finanzoligarchie, zum Wirtschaftsminister beseitigte die letzten Zweifel am ökonomischen Kurs. Vorrang hatte fortan der Schuldendienst. Allein die Zinsen verschlingen heute über ein Fünftel des Staatshaushalts. Es könne doch nicht sein, dass „ein Volk stirbt, nur weil damit die Schulden bezahlt werden,“ klagte die Bischofskonferenz.

Cavallos Ansehen hat schon nach kurzer Zeit stark gelitten, stoppte der ministerielle Einsatz doch keineswegs den Niedergang Argentiniens. Auch wenn er im Kabinett an Einfluss verliert, kann der ehrgeizige Mann doch nicht zurücktreten, denn dann würde er als gescheiterter Minister dastehen. Um ein vorzeitiges präsidiales Ende muss auch De la Rúa nicht mehr allzu sehr fürchten, denn als „Retter“ aus der argentinischen Not hat sich Carlos Menem feilgeboten. Der Riojaner, der sich bei seiner Freilassung aus dem Hausarrest auf eine von ihm korrumpierte oberste Justiz verlassen konnte, braucht Zeit, um sein arg ramponiertes Ansehen wieder aufzumöbeln. Bei vorgezogenen Wahlen würde er sicher den Kürzeren ziehen.

Die beiden traditionellen Parteien der Radikalen und der Peronisten machen das politische Leben Argentiniens wieder einmal unter sich aus. Damit ist garantiert, dass es bei den Wahlen im Jahr 2003 keine Alternative zur neoliberalen Politik geben wird. Eine solche könnte auch nur aus den Reihen der neuen sozialen Bewegungen kommen. □

Todos por el seguro de empleo

El Frente Nacional contra la Pobreza (Frenapo) realizará hoy su segunda asamblea, en donde, entre otros puntos, analizará el cronograma y las modalidades de la campaña para impulsar la consulta popular por un seguro de empleo de 380 pesos para cada jefe de hogar desocupado, y una asignación universal de 60 pesos por hijo menor de 18 años. El encuentro se hará a las 10 en el Teatro Colonial de Avellaneda,

en Avenida Mitre 141.

A través de un comunicado, el Frenapo aseguró que “estarán presentes representantes de las organizaciones sociales, empresariales, sindicales, de derechos humanos, movimientos cooperativos y partidos políticos de todo el país que participen de las juntas promotoras de la consulta popular”. En la asamblea también realizarán un “balance y perspectiva de la situación política y económica de la Argentina”.

Y analizarán los resultados de la Marcha Nacional contra la Pobreza, que llegó a más de 100 ciudades del país y que culminó con un acto en Plaza de Mayo el 21 de setiembre.

Los miembros del Frente impulsan una consulta popular para fin de año, para que la ciudadanía se exprese sobre la propuesta de instalar un seguro de empleo y formación de 380 pesos mensuales para cada familia cuyo jefe esté sin trabajo, y una asignación de 60 pesos por hijo menor de 18 años. La consigna con la que el Frenapo difunde su iniciativa es “Ningún hogar pobre en la Argentina”.

Entre las organizaciones que forman el Frente están el Instituto Movilizador de Fondos Cooperativos, la Central de los Trabajadores Argentinos, la Federación Agraria Argentina, la Asamblea Permanente por los Derechos Humanos (APDH), el Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS) y las Madres de Plaza de Mayo-Línea Fundadora.

En tanto, en las juntas promotoras figuran, entre otros, el periodista de **Página/12** Horacio Verbitsky, la monja Martha Pelloni, el decano de la Facultad de Ciencias Sociales de la UBA, Fortunato Mallimaci, y los diputados del ARI Alfredo Bravo, Héctor Polino y Elisa Carrió.

ASAMBLEA DEL FRENTE NACIONAL CONTRA LA POBREZA

Página/12 - 20.10.01

Die Rückkehr des argentinischen Volkes

Ein Auszug aus einem Artikel von Raul Zibechi, erschienen am 21.12.2001 in La Brecha, Montevideo. Übersetzung: K. Engert

[...] Es waren die neunziger Jahre, in denen sich dieser Wandel abgespielt hat, die Desindustrialisierung, die Massen von neuen Armen produziert hat, die das Heer der immer schon Armen und der Randgruppen weiter auffüllten. Die Liquidierung der Staatsunternehmen zu Beginn der Regierung von Carlos Menem erlaubte es, die soziale Krise eine Zeit lang zu verdecken und zwar durch ein System des Klientelismus im Apparat Menems, was es ihm erlaubte, über eine lange und schmerzhafteste Periode zu regieren. Aber es lohnt sich, einen Blick auf die sozialen Kämpfe der neunziger Jahre zu werfen, um die Brisanz des derzeitigen Aufstandes zu verstehen. Alle Analytiker stimmen darin überein, dass sich Mitte der Neunziger ein Wandel in der Form der sozialen Aktion abzeichnete.

Das erste Anzeichen war die Revolte vom 16. und 17. Dezember 1993 in Santiago del Estero. Aus Geldmangel beschloss die Provinzregierung die Gehälter der Staatsangestellten um 50% zu senken und die Zahlung der September- und Oktobergehälter auf unbestimmte Zeit zu verschieben. "Santiagazo" war die Antwort der Bevölkerung: Sie schlug die Ordnungskräfte in die Flucht, zerstörte die Gebäude der Exekutive, der Legislative und der Judikative und überfiel und plünderte die Häuser der führenden Politiker und Gewerkschafter ohne Rücksicht auf deren politische Richtung. Die Stadt war in den Händen der Demonstranten. Aber es gab nur eine minimale Organisation, fast inexistent. Keine gewerkschaftliche oder politische Organisation steuerte die Ereignisse.

1996 ereignete sich in Cutral C6 in der Provinz von Neuqu6n ein erster Zusammensto6. Die Privatisierung der staatlichen Raffinerie f6hrte zu einer Massenentlassung und die ehemaligen ArbeiterInnen besetzten mit ihren Nachbarn 6ber Wochen die Zufahrtsstra6en. Sie lebten dort und entwickelten eine besondere Form des sozialen Zusammenlebens; dort machten sie die „verschwundenen Sozialf6lle“ sichtbar, die das neoliberale Wirtschaftsmodell produziert hatte. W6hrend dieser Ereignisse wurde die Slumbewohnerin Theresa Rodriguez ermordet, die zu einem Symbol des Widerstandes wurde und deren Namen heute eine der bedeutendsten Arbeitslosenorganisationen tr6gt.

Im folgenden Jahr gab es den ersten Aufstand in Buenos Aires, in Florencio Varela. Er war ein voller Erfolg, der Staat zahlte Unterst6tzung. Der Forscher und Historiker Nicolas Carrera z6hlte zwischen dem Santiagazo und dem Oktober 1999 685 Stra6ensperren: Fast 25 % in der Hauptstadt, 14% in Santa Fe, der Provinz mit der h6chsten Arbeitslosigkeit, der Rest

in den Provinzen des Nordens, des Zentrums und des S6d6ns. Ca. 8% fanden im Gro6raum Buenos Aires statt.

Nach der Revolte von Florencio Varela weitete sich die Mobilisierung aus und erfasste immer mehr Sektoren des Arbeiterg6rtels von Buenos Aires. Wie schon in den Protesten 30 Jahre zuvor, begannen die Mobilisierungen in den Provinzhauptst6dten und griffen langsam auf den brisantesten Bereich, den Arbeiterg6rtel der Hauptstadt 6ber, wo die Chefs des Gewerkschaftsapparates der CGT den Ton angaben und ihre Befehle mit eiserner Hand durchsetzten. Schlie6lich, bis 1975 war der Protest der ArbeiterInnen am st6rksten in den gro6en Fabriken des S6d6ns und des Westens. An diesem Punkt intervenierte das Milit6r (nat6rlich mit der Ausrede des Antiguerrillakampfes) und sie ermordeten Tausende junger GewerkschafterInnen. Dieser Sektor f6hrte auch die Liste der Verschwundenen an.

Heute hat die Protestbewegung in wenigen Jahren den alten Arbeiterg6rtel in Buenos Aires ergriffen und das mit einer ungewohnten Heftigkeit. Dieses Jahr war das explosivste 6berhaupt und markierte einen riesigen Schritt vorw6rts in der Organisation der Arbeitslosen. Im Mai ereignete sich die Revolte von La Matanza, die zwei Wochen dauerte und 7500 Arbeitspl6tze und Unterst6tzung f6r 6000 Familien durchsetzte. Im Juni war die Unterdr6ckung eines Aufstandes in General Mosconi ein Ereignis, das die ganze Nation bewegte, als Tausende die Stra6e sperrten und es Tote und Dutzende von Verletzten gab.

Am 24. Juli fand in der Kirche von San Justo, in der Provinz von Buenos Aires, die erste nationale Versammlung der Volksorganisationen und der Arbeitslosen statt, an der mehr als 2000 Menschen teilnahmen. Dort wurde ein Aktionsplan beschlossen, der Stra6ensperren in 50 St6dten f6r jeweils 24, 48 und 72 Stunden 6ber einen Zeitraum von 3 Wochen beinhaltete. Die Mobilisierung wurde immer st6rker und in der zweiten Augustwoche blockierten mehr als hunderttausend Menschen 300 Stra6en.

Am 4 September fand in La Matanza die zweite nationale Versammlung statt, die einen neuen Kampfplan beschloss, der in einem 36st6ndigen Generalstreik gipfelte. [...] Im Rahmen der argentinischen Dauerkrise, deren Beginn wir 1989 annehmen k6nnen, entwickelten die verarmten alten Menschen, die neuen Arbeitslosen und die neuen Armen neue 6berlebensstrategien. Auf informelle Arbeit sowie auf Handel und Dienstleistungen angewiesen versuchten sie, aus der

Armut etwas zu machen, was mehr oder weniger gangbar war und ihnen ihre Würde ließ. Vergessen wir nicht, dass viele der neuen Armen der 90er Jahre langjährige Industriearbeiter sind, viele von ihnen gewerkschaftlich organisiert mit einer gewissen sozialen und politischen Erfahrung und auch einer langjährigen Organisationserfahrung.

In Rosario waren diese Sektoren des Volkes so gut organisiert, dass jemand, dem etwas fehlte, spätestens am nächsten Tag einen Partner zum Tausch von Produkten bekam. Es wurden Hilfsnetze gegründet, um die Essensversorgung sicherzustellen, die von großer Effizienz waren. In anderen Orten, wie La Matanza und Solano, teilten diejenigen, die einen Job im Rahmen der sog. Gemeindearbeit [Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Anm. d. Übers.] bekommen hatten, das Einkommen mit ihren Nachbarn oder der Organisation, zu der sie gehören, und mit diesem Geld werden Gemeinschaftsprojekte finanziert, die zur Überlebenssicherung dienen.

In Moreno lebten nicht weniger als 200 000 Menschen von Arbeit im informellen Sektor, sie verkauften, sammelten und wiederverkauften, außerhalb der Steuergewalt des Staates. Cavallos Maßnahmen von Anfang Dezember lösten in der gesamten Gesellschaft eine Art Erdbeben aus. Die Begrenzung der

Geldentnahme aus der Bank betraf in erster Linie die Mittelklasse, die bis zu diesem Moment an den sozialen Protesten so gut wie nicht teilgenommen hatte, wenn man von Fällen wie dem von Aerolíneas Argentinas im Mai absieht, der diesen Sektor gründlich erschüttert hatte. Aber für die Ärmsten zerstörten die getroffenen Maßnahmen die Überlebensnetze, die sie geduldig in einem Jahrzehnt wachsender Arbeitslosigkeit aufgebaut hatten. Das war der Anfang vom Ende. [...]

Am 17.12. ereignete sich folgende Szene in Quilmes: Mehr als tausend Personen, zusammengerufen von der Arbeitslosenorganisation Teresa Rodriguez, bestehend aus Einwohnern von Armenvierteln, kamen zu einem Viertel, in dem es acht Häuserblöcke aus Großmärkten, Supermärkten, Lebensmittelketten, Baumärkten und anderen Geschäften gibt. Das Polizeiaufgebot war beeindruckend und schloss sogar Hubschrauber ein. Die Menschen erbaten Lebensmittel nicht mehr und nicht weniger. Schließlich, in einem Klima, das enorm angespannt war, gaben die Supermärkte nach und verteilten Tüten mit Nahrung. Die Demonstranten zogen sich zurück, ohne dass der kleinste Zwischenfall gemeldet wurde. Am folgenden Tag begannen die Plünderungen in dieser Zone und an anderen Orten des Großraums Buenos Aires. [...]

Arbeitslose als Motor der Proteste

Argentinien: Bewegung der Piqueteros entwickelte sich zur bedeutendsten sozialen Kraft

Carlos lehnt an der Mauer und zündet sich eine Zigarette an. »Sehen Sie«, sagt er, »die Presse hier versucht uns doch nur als Taugenichtse darzustellen.« Carlos ist Mitglied der MTD, der Arbeitslosenbewegung in San Francisco Solano, im Bundesstaat Buenos Aires. Lange sei die Arbeitslosenbewegung in Argentinien vom Staat ignoriert worden, erklärt er. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft und den Massenprotesten Anfang des Jahres konnte diese Taktik aber nicht mehr aufrechterhalten werden. »Also sind sie dazu übergegangen, uns zu kriminalisieren, weil wir Straßen blockieren und unsere Gesichter verdecken.«

Die organisierten Arbeitslosen sind in dem südamerikanischen Land zu einem Motor der Protestbewegung geworden. Die Bewegung der »Piqueteros«, unter deren Namen sie über die Landesgrenzen hinaus bekannt sind, trat bereits 1994 in Erscheinung. Das war gegen Ende der ersten neoliberalen Regierung unter Carlos Menem. Der Name rührt von den »Piquetes«, Straßenblockaden, her, die von den Arbeitslosen als Aktionsform entwickelt wurden.

1993 fanden in den beiden verarmten Ortschaften San Francisco Solano und Florencio Varela die ersten Versammlungen statt. Carlos erzählt: »Schon damals war die Lage hoffnungslos, von der Regierung oder den Gewerkschaften haben wir überhaupt keine Unterstützung bekommen«. Daraufhin habe man die Situation zusammen beraten. Basisdemokratie, die Ablehnung von Hierarchie und die Autonomie der einzelnen Gruppen sind drei der sieben Hauptprinzipien, welche die Piqueteros von der Landlosenbewegung MST in Brasilien übernommen haben.

Die Blockaden haben sich wie in Brasilien auch im Nachbarland Argentinien als höchst effizient erwiesen, weil Güter und Arbeitskräfte nicht in die Städte kommen. Das bringt die politischen Instanzen in Zugzwang. Kurz nach der Ausweitung der Straßenblockaden bewilligte die Regierung in Buenos Aires 1997 die ersten Arbeitsprogramme, die in Anbetracht der immensen Arbeitslosenquote aber nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein darstellten. Und: »Ein großer Teil der zur Verfügung gestellten Gelder verschwand in den Taschen der Funktionäre«, resü-

miert Alberto, ein katholischer Geistlicher, der wegen seines Engagements aus der Kirche ausgeschlossen wurde. Ganze regionale Parteizentralen hätten sich an den Programmen eine goldene Nase verdient. Bis zu einem Viertel der Gelder verschwanden damals.

Der ehemalige Pfarrer fährt fort: »Die Repression der Regierung Duhalde (der heutige Präsident war damals Gouverneur der Provinz Buenos Aires) war hart, die Menschen hatten viel zu leiden.« Trotzdem habe man 100 Förderprogramme durchsetzen können, was landesweit als Erfolg gefeiert wurde. Heute sind in dem MTD in Solano rund 800 Familien organisiert. Die Kirche des Ortes hatte von Anfang an als Treffpunkt gedient. Eines Tages bekam der Bischof das mit und verbot die Versammlungen. Der Streit spitzte sich zu und gipfelte in der Exkommunikation fast der gesamten Ortschaft, wegen Subversion. Die Menschen reagierten auf ihre eigene Art und nahmen die Kirche fast zwei Jahre lang in Beschlag, bis eine Sondereinheit der Polizei sie mit Waffengewalt räumte.

Diese Erfahrungen haben dazu beigetragen, daß heute prak-

tisch keine Verbindungen zwischen den etablierten politischen Kräften und der inzwischen mächtigen Arbeitslosenbewegung existieren. Durch jahrzehntelange Korruption hatte sich eine politische Kaste gebildet, die für die sozialen Forderungen der Bevölkerung kein Gehör mehr hatte.

Doch eben dadurch bekamen die verschiedenen Gruppen massiven Zulauf. Durch die große Beteiligung ist heute ein eigenes soziales System auf regionaler Ebene entstanden, das auf Nachbarschaftshilfe und teilweise sogar einer eigenen lokalen Währung beruht. Viele Mitglieder des MTD wollen deswegen gar nicht mehr auf den kapitalistischen »Arbeitsmarkt« zurück. Die wenigen Peso Arbeitslosenhilfe werden inzwischen in Gemeinschaftskassen gezahlt. Zum Leben reichen sie ohnehin schon lange nicht mehr. Mit diesem Geld werden dann Werkstätten aufgebaut, kleine Landstriche bewirtschaftet oder sogar eine Bibliothek unterhalten. In Solano bauen die Bewohner gerade eine Schule, mit ihren Geldern und mit ihren Lehrplänen.

Marcelo Ariel Fiorentino,
Buenos Aires

A la calle contra el ajuste

Por Laura Vales

El Frente Nacional contra la Pobreza, los estatales de ATE, los piqueteros, los maestros porteños y los judiciales del Interior realizan hoy una jornada nacional en contra del ajuste. La protesta de carácter multisectorial tendrá como centro una marcha hacia el Congreso; simultáneamente los desocupados volverán a cortar rutas y en el interior habrá actos y movilizaciones frente a las legislaturas.

El objetivo es exigir a los diputados y senadores que deroguen la ley del déficit cero y retiren los superpoderes a Domingo Cavallo, quien intentará recortar los salarios a estatales, jubilados y pensionados en un 20 por ciento y además no va a abonar el aguinaldo, se señaló en la Central de Trabajadores Argentinos (CTA).

Como reclamo inmediato, en las marchas y piquetes se planteará al Gobierno que ejecute las partidas pautadas para este último trimestre, es decir que se paguen sueldos y jubilaciones sin nuevas rebajas, se envíe a los organismos públicos los fondos previstos para su funcionamiento y se dé marcha atrás en la reducción de las partidas para asistencia social y planes de empleo.

La jornada de protesta abarcará a los siguientes actores y medidas:

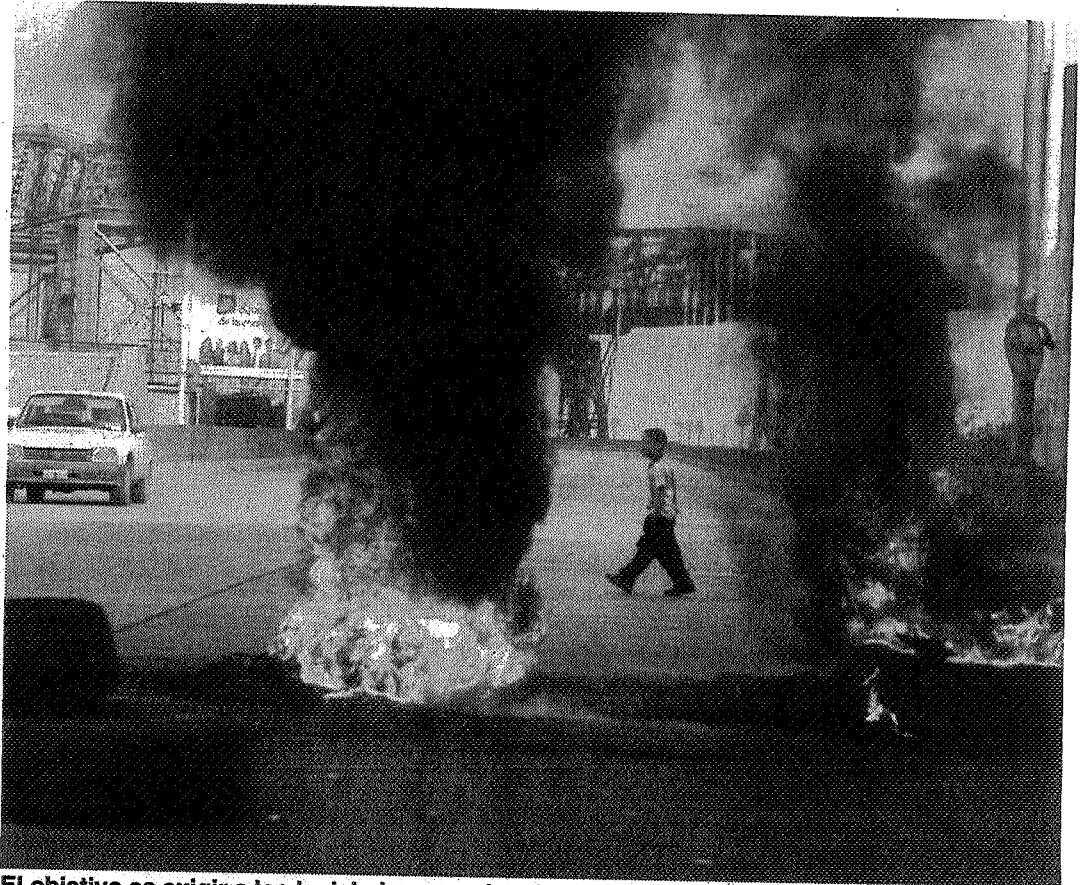
◆ Los piqueteros cortarán rutas en los principales partidos del conurbano y una decena de provincias. Como en otras oportunidades, la concentración más numerosa estará en La Matanza.

“Queremos puestos de trabajo genuinos, fábricas abiertas y dignidad para los trabajadores, pero también somos realistas y pedimos por los Planes Trabajar”, dijo Juan Carlos Alderete, de los desocupados de la Corriente Clasista y

Radio: Los maestros porteños no darán clases e instalarán una radio abierta junto a los docentes universitarios de Conadu frente al anexo de Diputados.

Combativa. Luis D'Elfa, de la Federación de Tierra y Vivienda, anticipó que los cortes serán multisectoriales y que a partir de la semana próxima los desocupados harán asambleas regionales en el interior para coordinar nuevas acciones a nivel nacional.

Los principales convocantes son la CTA y el Frente contra la Pobreza. Habrá una marcha al Congreso en Capital, cortes de ruta en todo el país y actos frente a legislaturas provinciales.



El objetivo es exigir a los legisladores nacionales que deroguen la Ley de Déficit Cero. También que revocuen las facultades extraordinarias otorgadas al ministro de Economía.

Los piquetes se mantendrán desde la mañana hasta las 10 de la noche.

◆ La Asociación de Trabajadores del Estado (ATE) para en todo el país por 24 horas. En la Capital los estatales se concentrarán a las dos de la tarde en la Plaza de Mayo y desde ahí se movilizarán hasta el Congreso. “La ley de déficit cero pone al Estado en riesgo de desaparecer”, señaló el titular de ATE Capital, Pablo Michelli. El sindicalista puntualizó que “ya hay organismos públicos con graves problemas de funcionamiento, como el Instituto Malbrán, el INCUCAI, el Conicet y las universidades”.

◆ Los maestros porteños de Ctera, la Unión de Trabajadores de la Educación (UTE) y la Asociación Docente de Enseñanza Media y Superior (ADEMYS) no darán clases e instalarán una radio abierta junto a los docentes universitarios de la Conadu frente al anexo de Diputados. A las 12.30 habrá una clase pública en Rivadavia y Entre Ríos contra el ajuste en la educación.

◆ En el Congreso también se verá a los trabajadores de la Federación Judicial, a los aeronáuticos y a los metalúrgicos de Villa de Constitución, junto a otros gremios de la CTA.

La movilización se cerrará con un acto en el que está prevista la presencia de Víctor De Gennaro,

Marta Maffei, Víctor Medibil y representantes del Frente Nacional contra la Pobreza.

En las provincias se convocó a marchas y concentraciones en Entre Ríos, Neuquén, Rosario, Córdoba, Corrientes, Salta, Jujuy, Ushuaia y Viedma, entre otras capitales.

CORTAR PO

Una vez más aparece con fuerza el conflicto social. A pesar de los vergonzosos esfuerzos del gobierno y sus funcionarios para desvirtuarlo y de los medios de comunicación para ocultarlo, aparece.

Una vez más a pesar de las amenazas, de los procesamientos a compañeros como Emilio Alí, de las promesas incumplidas aparece. No solo vuelve a aparecer, sino que lo hace con m

socupados no bajó sino que aumentó hasta llegar en nuestro distrito a los 120.000 matanceros que no encuentran ocupación.

En la lista de promesas realizadas para que levantemos aquel corte anterior, y luego cruelmente incumplidas figuran: la entrega de 2.000.000 de pesos al municipio para que se puedan llevar adelante obras de infraestructura en los barrios más humildes, la construcción de 30 aulas en escuelas públicas, la entrega de alimentos, y 1000 becas para pibes de escasos recursos, punto del convenio que aún estamos esperando.

Esta actitud indiferente hacia los que menos tienen no resulta sorprendente ya que el gobierno nacional pretende dar "respuesta" a la desocupación con un Seguro de Desempleo que no dudamos en llamarlo trucho ya que lo pretenden pagar con el mismo dinero que hoy destinan para los Planes de Emergencia Laboral y casi por el mismo monto (160 pesos por cada desocupado más 20 pesos por hijo); o sea, para explicarlo más sencillo: cortan unos planes y a partir de julio empiezan a pagar otros prácticamente iguales con la única diferencia que en el medio seguramente miles de desocupados por una u otra excusa se quedarán sin ningún tipo de protección y ellos usarán los planes para su clientelismo electoral.

Lo que sin lugar a dudas no puede dejar de preocuparnos es una Argentina donde se mueren 55 pibes por día de hambre, donde 9.000.000 de argentinos viven en condiciones de extrema pobreza, y en donde cada vez hay más desocupados, en el mis-



La Matanza Haciendo punta

Desde hace unos días atrás veníamos observando que los Planes de Empleo se terminaban. Esta situación se ve agravada por la actitud amenazante del Gobierno nacional a través de una de sus piezas más aceitadas a la hora de instrumentar el ajuste para el lado de los pobres: estamos hablando del Ministerio de Trabajo de Patricia Bullrich, quien no sólo no escucha nuestros reclamos, sino que se prepara para cortar los Planes a partir de julio.

Este auténtico "Ministerio de la desocupación" no sólo no cumplió con lo convenido en los anteriores cortes, sino que además avanzó mucho más en su política de ajuste ya que este mes en el caso concreto de La Matanza se dieron de baja 5.600 puestos de los 10.000 que existían.

Cabe recordar que el gobierno nacional, entre otras reivindicaciones planteadas oportunamente, se había comprometido a darle continuidad a los Planes de Empleo hasta tanto no bajaran los índices de desocupación. No sólo que la cantidad de de-

Una experiencia de movilización en Lomas

Desde hace un tiempo venimos reuniéndonos junto a vecinos de varios barrios, discutiendo la problemática de cada uno de esos lugares, y también la forma de encarar las soluciones en base a la participación y la organización desde abajo.

El 17 de abril una delegación de 18 vecinos fue recibida por la Secretaria de Acción Social de la Municipalidad de Lomas de Zamora, Mirtha Quiroga, quien se comprometió a la entrega de bolsones de comida y asistencia a los comedores.

Pasaron los días y la cosa iba quedándose en promesas. Así es que el martes 8, después de haberlo decidido mediante asambleas en cada barrio, unos 100 compañeros de la FTV de Ing. Budge, asentamiento 3

de Enero, asentamiento 1° de Octubre, asentamiento 2 de Mayo, Barrio Libertad, la Loma y Villa Centenario; nos fuimos a la Municipalidad de Lomas, entramos todos juntos y les dijimos: "Acá nos quedamos hasta que nos atiendan y cumplan con lo prometido". Habiendo llegado a las 10 hs., después de ser recibidos por las Secretarías de Acción Social y de Trabajo, a eso de las 19 hs. nos subimos a los micros con 800 Kg. de comestibles en 150 bolsones. Cien fueron para los que participaron en la movilización, y los otros 50 para los comedores de Frontón, Budge, La Loma y 1° de Octubre.

Hasta acá una parte de lo que pasó. Lo otro, es lo que significó esta movilización para los que la protagoni-

ta se instalan en el país

OR LO SANO

esar de los pa-
cultural-
mientos
plidas,
m más

firmeza y capacidad de movilización. En Jujuy, Neuquén y La Matanza con los cortes de ruta, en Córdoba con la lucha de los trabajadores de EPEC, en los reclamos y movilizaciones de los barrios, la resistencia de los compañeros de Aerolíneas Argentinas. En esa capacidad de manifestarse de formas tan diversas, una de sus virtudes. Las experiencias que aquí se describen son en alguna medida un ejemplo de esto.

mo país en donde unos pocos delincuentes se quedan con inmensas ganancias producto de las coimas y de exprimir las riquezas de los argentinos para llevárselas a sus países.

El corte es la respuesta

No resulta extraño entonces que una vez agotada la paciencia las distintas organizaciones de desocupados de La Matanza nos fuimos poniendo en contacto para ir elaborando un plan de lucha, el que finalmente fue tomando cuerpo en un plenario de delegados de más de 80 barrios de la Federación de Tierra y Vivienda en donde participamos como CTA Barrios, y luego en una asamblea junto a otras organizaciones como la CCC donde se acordó por unanimidad convocar a un corte de ruta por tiempo indeterminado hasta tanto se atiendan nuestros reclamos, solicitando cumplan con lo convenido anteriormente, además se decidió decir un no rotundo a la instrumentación del nuevo Seguro de Desempleo trucho y exigir la libertad de Emilio Alfonsín.

Llegado el 7 de mayo unos 5000 desocupado cortamos la ruta, dando muestras concretas de que es posible continuar la lucha por nuestros derechos, en un marco de unidad necesaria para alcanzar la victoria, ya que confluimos allí la FTV-CTA, la CCC, el Movimiento Independiente de Jubilados de Raúl Castells, la CTA Barrios, la Juventud de la CTA y otras organizaciones sociales y políticas quienes al momento de escribir esta nota seguimos nutriendo de compañeros la Ruta Nacional N° 3, y estamos dispuestos a continuar la pelea hasta que nuestros reclamos sean atendidos.

Corresponsal

zamos. Seguramente habrá otros hechos de mayor magnitud que éste. Pero lo que a nosotros nos parece importante y lo queremos compartir, es que además de ser el bautismo de fuego de la FTV de esos lugares en actividades como esta para muchos de los que estuvimos ahí, esta movida fue la primera experiencia de la que somos parte. Haber logrado, además de los bolsones, la participación de los vecinos de algunos barrios donde hasta hace unos meses no había ninguna instancia de organización, es nuestra satisfacción; a la vez que nuestro compromiso de que esto siga y crezca. En eso estamos.

Corresponsal.



Actitudes que restan

El lunes 7, día de comienzo del corte, los compañeros integrantes de SUTEBA Matanza junto a su Comisión Directiva, se acercaron a brindar su solidaridad al movimiento de desocupados, tal como lo habían hecho en los anteriores cortes.

Sorpresivamente, un grupo de compañeros de la FTV de La Matanza, en muy malos términos, no permitieron el ingreso al corte de los representantes de SUTEBA, a pesar de que el Secretario General de la CTA de La Matanza, Miguel Federico, como los demás participantes de la movilización no pusieron reparos en recibir el apoyo de los maestros.

Ante actitudes como éstas, es importante reflexionar para sacar conclusiones sobre quién se perjudica con ellas. Cualquier diferencia entre organizaciones hermanas debe ser resuelta a través del debate franco y no cuando está en juego la movilización popular frente al enemigo común. Los reclamos como el de los desocupados necesitan para ser exitosos del aporte de todos los compañeros del campo popular; impedir esa solidaridad no hace más que debilitar las propias posibilidades de triunfo.



Gespalten und vereint

Die Toten des 20. Dezember marschieren mit uns, damit keiner sich einsam fühlen muß (Graffito in Buenos Aires). Ein Streifzug durch die Parallelwelten des argentinischen Widerstands. Von Timo Berger, Junge Welt, 22.02.2002

Beim Thema Argentinien ist die deutsche Linke in den letzten Monaten hellhörig geworden. Jahrelang kümmerten sich allenfalls Menschenrechtsaktivisten um das große Land auf der Südhalbkugel. Das aus unserer Perspektive kompliziert und wechselhaft erscheinende politische Panorama ließ es kaum zu, eindeutige Identifizierungen vorzunehmen und soziale wie politische Akteure auszumachen, mit denen man sich uneingeschränkt solidarisieren wollte. Schwer verständlich blieben die Rolle Peróns und die der peronistischen Partei und Gewerkschaften, die große Teile der Gesellschaft bis zum Volksaufstand am 19./20. Dezember 2001 infiltriert hatten. Doch das hat sich geändert: Die Massendemonstrationen, Märsche und Straßensperrungen prägen zwei Bilder des Widerstands: das der Piqueteros, der Straßensperrer, und das der Cacerolazos, der Kochtopfdemonstranten. Wenn aber gleichzeitig Teile der deutschen Linken und der Papst die argentinische Situation als »vorrevolutionär« bzw. »voranarchistisch« einschätzen, werden von denkbar verschiedenen Standpunkten aus die eigenen Kategorien auf die Fremde projiziert.

Unbestreitbar ist, daß sich am Fall Argentinien einmal mehr das Versagen der Politik des IWF gezeigt hat. Was aber im Land selbst geschieht, erreicht uns nur verzerrt. Die Medien gehören der Clarín-Gruppe an, die offensichtlich ein großes Interesse an der Stabilisierung des Landes hat; nicht zuletzt, weil die jetzige Regierung Duhalde einen Teil ihrer Schulden erließ. So wird in der Tageszeitung Clarín das Ausmaß der Mobilisierungen heruntergespielt. Bestimmte soziale Schichten werden mit einzelnen politischen Anliegen identifiziert, statt die gesamte Spannbreite ihrer politischen Programme zu erfassen. Deutsche Medien haben allzu bereitwillig diese Einteilungen übernommen: Die Mittelklasse warte nur darauf, wieder an ihr Erspartes zu kommen, die Marginalisierten würden mit einer Politik von Zuckerbrot und Peitsche befriedet. Daß dem nicht so ist, beweisen allein schon die Repressionen gegen die Protestierenden bei den ersten Cacerolazos: Die spontane Mobilisierung der Leute aus Buenos Aires, die sich in der Nacht zum 20. Dezember nach der Ankündigung des Aus-

nahmezustands auf den Platz vor dem Regierungsgebäude versammelten, wurde brutal aufgelöst. Am nächsten Morgen erfuhren sie aus der Zeitung, die sie seit Jahren lesen, daß sie es gewesen seien, die die Unruhe und Gewalt provoziert hätten.

Aber auch die Ignoranz in bezug auf das Hinterland setzt sich fort: Seit Tagen gibt es in General Mosconi in der nordwestlichen Provinz Salta eine schon wegen der Teilnehmerzahl von 8000 Personen spektakuläre Straßensperrung der Piqueteros; in den Hauptstadtmedien aber wird nicht darüber berichtet. Nur ein unabhängiges Stadtteilradio, La Tribu aus Almagro, sendete ein Telefoninterview mit dem dortigen Anführer der Piqueteros »Pepino« Fernández. Fernández weist darauf hin, daß sogar lokale Autoritäten und Indigene an der Sperrung teilnehmen, die mit Ölbohrern und Fördermaschinen errichtet wurde. Die Gendarmerie reagiert, nicht zuletzt aufgrund fehlender Medienpräsenz, mit massiven Repressionen und Verhaftungen. So ist es auch verständlich, warum in den letzten Monaten Internetseiten wie die von Indymedia, Cacerolazos und Piquete verstärkt Zuspruch erfahren haben. Als offene Foren ermöglichen sie die Etablierung eines alternativen Nachrichtennetzes. Wer keinen Zugang zum Internet hat, und das ist immer noch der größte Teil der Bevölkerung, den erreichen die Kommuniqués und Beschlüsse der Piqueteros und Stadtteilversammlungen durch kopierte Handzettel, Gratiszeitungen, wie Argentina Arde, oder über die Sendungen der freien Radios.

Wenn alle diese einzelnen Informationen zusammengesetzt werden, ergibt sich ein fragmentarisches Bild des augenblicklichen Widerstands. Ein Puzzle muß es deshalb bleiben, weil die verschiedenen neuen und alten politischen Akteure teilweise parallel vorgehen. Die beiden großen Gruppen, die Bewegung der Piqueteros und die Leute, die in den Stadtteilversammlungen organisiert sind, finden nur langsam zusammen. Weder vollständig eingeschlossen noch ausgeschlossen sieht sich die in sich zutiefst gesplittene politische Linke zwischen beiden Gruppen in dem Versuch, ihr anti-imperialistisches Vokabular der neuen Situation anzupassen.

Wenn Jesus lebte, wäre er Piquetero! (Pater Spagnolo)

Schwarzer, stechender Rauch qualmt aus den Reifenstapeln. Die jungen Piqueteros haben sich Tücher vors Gesicht gebunden. Auf der Nationalstraße 3 in Höhe von San Justo im Distrikt La Matanza, Provinz Buenos Aires, haben Aktivisten der Piqueteros ihre Barrikaden und Zelte errichtet. Sie wissen, daß sie seit dem Morgen live im Internet zu sehen sind, gefilmt von einer Webcam, die in halbminütlichen Abständen Bilder von der Sperrung der Hauptverkehrsader in den Süden ins Netz stellt.

Der Piquete, wie sie ihre Aktionsform nennen, ist zum Sinnbild des Protests der Arbeitslosen geworden. Das Neue an der Entwicklung der letzten Wochen ist, daß ihre Aktionen Widerhall und solidarische Unterstützung bei anderen sozialen Gruppen finden: Bei ihrem Marsch von La Matanza, wo sie ihre größte Basis haben, zum Plaza de Mayo Ende Oktober des vergangenen Jahres, hatten die Geschäfte aus Angst vor Plünderungen noch die Rolläden heruntergelassen. Ihr sechzehnständiger Marsch am 28. Januar auf der 40 Kilometer langen Strecke dagegen wurde zu einem Triumphzug: Abgesandte der Nachbarschaftsversammlungen erwarteten sie an wichtigen Verkehrsknotenpunkten, Händler und Gastronomen versorgten die Marschierenden mit Milchkaffee, Matete und Brot. Heutzutage wollen die Kinder in Argentinien Piqueteros werden, ihr Mythos wird genährt durch die Bilder von spektakulären Aktionen, mit denen sie die Achillesferse der argentinischen Wirtschaft treffen: Die Straßensperren behindern den Transport von Produktionsgütern und verursachen große Produktionsschäden.

Doch inzwischen ist die Einheit der Piqueteros-Bewegung, die sich erst auf dem zweiten landesweiten Kongreß im September 2001 formiert hatte, aufgebrochen. Ein Teil der Organisationen hat den Dialog mit der Regierung Duhaldes aufgenommen, ein anderer fordert dessen Rücktritt mit dem Hinweis darauf, daß das Mandat des Peronisten nach der Verfassung illegitim ist. Nur vier Monate dauerte die landesweite Vereinigung, in dessen Präsidium sich vor allem die beiden größten Organisationen hervortaten, die CCC, die Corriente Clasista y Combativa (Klassenkämpferische Strömung) unter der Leitung von Juan Carlos Alderete, und die FTV, die Federación Tierra y Vivienda (Vereinigung Land und Wohnung) unter der Leitung von Luis D'Elía, die der Gewerkschaftsdachorganisation CTA angehört, die dem vorherigen Regierungsbündnis Alianza nahesteht. Die dissidenten Piqueteros formieren sich inzwischen im Block Piquetero Nacional. Zu-

sammen kommen sie auf ungefähr dieselbe Anhängerzahl wie CCC und FTV, sie sind aber in mehrere kleine Organisationen aufgeteilt. Die wichtigsten sind die MTL der Partido Comunista, die MST der gleichnamigen Partei, die MTR unter Leitung des inhaftierten Piqueteros-Aktivisten Castells und der Polo Obrero, der mit der Partido Obrero verbunden ist.

Die Spaltung der Piquetero-Bewegung fand ihren eklatantesten Ausdruck im Fernbleiben von CCC und FTA vom 3. landesweiten Treffen der Piqueteros in Avallaneda am 16./17. Februar. Das Präsidium der Piqueteros unter der Leitung von D'Elia und Alderete hatte sich zwei Monate lang geweigert, einen weiteren nationalen Kongreß einzuberufen, was faktisch einem Waffenstillstand mit der peronistischen Regierung gleichkam, weil so keine gemeinsamen Aktionen beschlossen werden konnten. Aus diesem Grund werfen die Dissidenten CCC und FTV vor, daß sie ohne Mandat mit den peronistischen Präsidenten Saa und später Duhalde paktiert hätten.

Anders als die offizielle Linie der Piqueteros fordern die Abtrünnigen eine Transformation des Systems, nicht nur eine Befriedigung der dringenden Bedürfnisse. In dem am letzten Wochenende beschlossenen Programm tauchen neben der Aussetzung der Auslandsschuld, der Festsetzung eines Mindestlohns von 600 Peso, einer Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 500 Pesos auch Forderungen nach der Verstaatlichung des Bankwesens, der Rückübertragung privatisierter Staatsbetriebe und eine Korrektur des politischen Modells durch direkte Demokratie auf. Die abwesende CCC und die FTV wurden auf dem Kongreß für ihre kompromißlerische Politik, die ein Bündnis zwischen den Volksversammlungen und Piqueteros verhindert, stark kritisiert.

Der Vorsitzende der FTV, D'Elia, hatte zuvor in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Tres Puntos angedeutet, daß hohe Funktionäre der peronistischen Partei Geld dafür geboten hätten, wenn er seine Piqueteros gegen die Leute mobilisiere, die an den Cacerolazos teilnehmen. D'Elia wollte keine Namen nennen, ganz im Einklang mit seinem politischen Kalkül, möglichst schnell Erfolge in Form von Lebensmittelspenden und monetären Zuwendungen einzufahren. Dabei fällt er in alte paternalistische Verhaltensweisen zurück, die im Widerspruch stehen zu der sowohl von den Piqueteros als auch den Versammlungen geforderten Transparenz und direkten Bindung des Mandats an die Weisungen des Kollektivs.

Die Aktivisten des weiter links stehenden Polo Obrero feilen derweil an ihrer Revolutionsrhetorik: In der Bewegung der Piqueteros sehen sie die

neue Avantgarde der Arbeiterbewegung, in den Straßensperrungen ein Mittel der Aufklärung der Massen. Weil so gezeigt werden könne, daß die allgemeinen Freiheits- und Gleichheitsgarantien in einer Demokratie gebrochen werden durch das den Kapitalisten zugesprochene Recht, die Arbeiter auszubeuten und zu entlassen. Dabei werde das Recht auf Arbeit nicht verwirklicht. Nur der Piquete als kollektive Aktion der Ausgebeuteten könne jenes Recht in der Praxis garantieren.

»Solange es Arbeitslosigkeit gibt, gehören die Straßen uns«

1995 begann sich die Bewegung der Piqueteros im Süden des Landes, in Neuquén, zu formieren. Auf kommunaler und Stadtteilebene organisierten sich die Arbeitslosen in Komitees und entwickelten als neue Aktionsform die Straßensperrungen, nachdem das Instrument des Streiks aufgrund der Massenarbeitslosigkeit seine Schlagkraft verloren hatte. Entstehung und Aufstieg der Piquetero-Bewegung ist untrennbar mit dem Niedergang des Peronismus verbunden. Zwar stimmten die Sektoren, die sich an den Aktionen der Piqueteros beteiligten, 1995 noch für die Wiederwahl Carlos Menems, in der Überzeugung, der Peronismus könne sie aus ihrer Notlage retten. Nachdem aber ihre Hoffnung radikal enttäuscht wurde, schritten die Leute zu Aktionen, von Mal zu Mal mit mehr Gewalt, dem Ausmaß ihrer Enttäuschung entsprechend.

Von beiden Seiten des politischen Spektrums her gab es Bestrebungen, die Bewegung der Piqueteros zu vereinnahmen: Das spätere Regierungsbündnis, die Allianz aus radikaler Bürgerunion und FREPASO, versuchte über den ihr nahestehenden Gewerkschaftsdachverband CTA, die Proteste zu kanalisieren. In Wirklichkeit ging es darum, eine unabhängige Entwicklung zu verhindern. Doch während die Politik der Allianz Argentinien nun endgültig in die Krise gestoßen hat, ist die Bewegung der Piqueteros gestärkt und mittlerweile zu einem hohen Grad national vernetzt. So sind sie von den isolierten Straßensperrungen zum Generalstreik und zu nationalen Kampfplänen gekommen.

Dennoch blieb bei all den Erfolgen die interne Heterogenität der Bewegung bestehen. Die Frage, über die sich schließlich die Mitglieder des Präsidiums überworfen haben, ist, inwiefern ein Dialog mit der Regierung eingegangen werden soll. Schließlich bleibt bei den Piqueteros trotz aller utopischen Projektion eine ganz alltägliche Notsituation der Ausgangspunkt ihres Handelns: Da es immer noch keine individuelle Arbeitslosenhilfe gibt, wurden im Land jahrelang Hilfsgelder an Bedürftige verteilt. Wer als bedürftig galt, bestimmten

keine objektiven Kriterien, sondern Mittelsleute der peronistischen Bewegungen, denen die Verwaltung der Hilfsfonds anvertraut war. Die sogenannten Punteros zweigten dabei zum einen viel Geld in die eigene Tasche ab, zum anderen nutzen sie die Gelder zum Stimmenkauf und um den aufgeblähten Parteiapparat, in dem laufend abgewählte Abgeordnete und Amtsträger recycelt wurden, zu finanzieren.

»Piqueteros und Cacerolazos, es gibt nur einen Kampf!«

Zwischen Versammlungen, Märschen, Kochtopf-schlagen vergeht der revolutionäre Sommer in Buenos Aires: Jeden Freitag ein Cacerolazo vor dem Regierungsgebäude, einmal pro Woche die Versammlung auf einem Platz in der Nachbarschaft und sonntags die Versammlung im Parque Centenario, zu der die einzelnen Nachbarschafts-versammlungen Delegierte entsenden. Eine verarmte und politisch verwaiste Mittelklasse sucht ihr Heil in der Selbstorganisation. Der Traum vom sozialen Aufstieg ist ausgeträumt, die Parteien, die sich ihrer Sache annahmen, die radikalen Bürgerunion und das Mitte-Links Bündnis FREPASO, haben jegliche Glaubwürdigkeit verspielt, der Peronismus ist ohnehin diskreditiert. So ist verständlich, wie sie zu ihrer zentralen Forderung »Que se vayan todos« (Alle sollen verschwinden) kommen. Die ganze politische Klasse, verantwortlich für den neoliberalen Ausverkauf des Landes und die Korruption, soll abtreten. Dafür soll ein Prozeß der Demokratisierung eingeleitet werden.

Es geht nicht um die Systemfrage, wie Luis Zamora feststellt, aber dennoch würden Maßnahmen debattiert, die den Kapitalismus partiell in Frage stellen. Zamora, ein langjähriger politischer Aktivist mit trotzkistischem Hintergrund, sitzt seit den Protestwahlen im vergangenen Oktober als Vertreter seiner Partei Autodeterminación y Libertad (Selbstbestimmung und Freiheit) im Stadtparlament. Er verweist auf die große Schwäche der Kapitalismuskritik, wie sie in den Stadtteilversammlungen geübt werde: das Fehlen eines alternativen Modells. So lesen sich die von den Versammlungen verabschiedeten Programme wie ein buntes Sammelsurium, das anti-imperialistische und globalisierungskritische Forderungen mit Punkten vereint, die sich aus dem Scheitern und langen Nachwirken des peronistischen Politikmodells ergeben. Manchmal kommt es zu der perplexen Situation, daß auf Rezepte der ersten Regierung Peróns zurückgegriffen wird, die Teile der Industrie verstaatlichte. Im einzelnen sind dies die Forderung nach Verstaatlichung des Bankwesens und mehr direkter Demokratie, die sich in der Widerrufbarkeit von Manda-

ten ausdrücken soll. Zum anderen sollen Bestandsgarantien für das öffentliche Gesundheitswesen und die freien Universitäten gegeben werden.

An den Nachbarschaftsversammlungen dürfen Anhänger von Linksparteien teilnehmen, Vertreter der zwei Mehrheitsparteien, Peronisten und Radikale, sind ausgeschlossen. Waren die Versammlungen zuerst spontan, haben sie sich inzwischen institutionalisiert, auf ihnen werden die Cacerolazos und die Scratches beschlossen. (Scratches sind Demonstrationen vor den Wohnungen von Personen, die man öffentlich für begangene und ungesühnte Taten brandmarken möchte – eine Aktionsform, die von den Menschenrechtsaktivisten gegen die Verantwortlichen der letzten Militärdiktatur angewandt wurde.) Durch die zunehmende Vernetzung und den Austausch zwischen den Nachbarschaftsversammlungen, ihr sonntägliches stadtweites Plenum und gemeinsame Aktionen während der Woche, kommen zunehmend auch Punkte auf die Agenda, die eine stärkere Zusammenarbeit mit den Piquetero-Organisationen vorantreiben.

Am 10. Februar wurde auf der stadtweiten Versammlung beschlossen, die Piqueteros ungeachtet ihrer internen Differenzen zu unterstützen, eine landesweite Nachbarschaftsversammlung anzustreben, Sozialtarife für Strom, Wasser und Gas einzuführen, die Arbeitslosenorganisationen zu den Versammlungen dazuzuladen, einen partizipativen Haushalt einzuführen. Darüber hinaus werden inzwischen auch andere Aktionsformen etabliert wie der freiwillige Strom- und Telefonverzicht, Scratches vor dem Stadtparlament zur Sitzung, auf der der Haushaltsplan verabschiedet werden soll, freiwillige Verhaftungen, um der Repression durch die Sicherheitsorgane entgegenzuwirken. Auf jeden Fall möchte man von dem Image loskommen, man gehe nur wegen der Kontosperrung auf die Straße. Um den Desinformationskampagnen der Medien keinen Vorschub mehr zu leisten, will man die Cacerolazos in Zukunft mit Zeichen versehen, die deutlich markieren, wofür man demonstriert. Mittelfristig versuchen die Versammlungen, eine politische Kraft zu bilden, um bei den nächsten Wahlen anzutreten. Also auch hier kein revolutionärer Ausgang? Dennoch: Würde es gelingen, eine linke Kraft bei den nächsten Wahlen zu etablieren, in der sich Mittelklasse und Arbeitslose gemeinsam repräsentiert fänden, wäre das für Argentinien, ein Land, in dem Linksparteien nie eine große Bedeutung hatten, schon eine kleine »Revolution«.

Escraches

Bei dieser Aktionsform treffen sich die Teilnehmer und möglichst viele Nachbarn vor dem Wohnhaus eines bekannten Repressors. Straßenschilder weisen den Weg: „Hier wohnt der Repressor xx“, er ist verantwortlich für Folter und Ermordung von 25 Personen“. Sprechchöre und Graffitis konfrontieren den „Angekratzten“ mit seinen Taten, und „outen“ den friedlichen Nachbarn als untergetauchten Folterer. Meist wußten die Nachbarn bis zu diesem Moment nichts von dieser Identität. H.I.J.O.S. berichten, daß nach „escraches“ solche Repressoren in der Nachbarschaft verfeimt waren, kein Brot mehr beim Bäcker bekamen, nicht mehr im Taxi mitgenommen wurden. Das Ziel der Aktion ist, die Mörder und Folterer im eigenen Land zur „persona non grata“ zu machen, zu Gefangenen in ihren eigenen Wohnungen, wenn sie sich nicht mehr auf die Straße trauen, aus Angst vor dem Haß und der Verachtung der Nachbarn. Da Politik und Justiz keine wirksame Bestrafung schaffen konnten, schafft sie nun die Öffentlichkeit. Jeder kann daran teilhaben. „Kratzt doch mal selber an“, schlagen H.I.J.O.S. in ihrer Zeitung vor, und liefern die nötigen Adressen und Stadtpläne. Tatsächlich mußten aber auch H.I.J.O.S. selber erst lernen, daß so ein „Escrache“ gut organisiert sein muß, und mit einer guten Vorarbeit in der Nachbarschaft verankert, wenn die Aktion nicht schiefgehen soll – etwa dergestalt, daß die Nachbarn sich schützend vor den Folterer stellen. Aber ehrlich – wer hat nicht geschnurrt vor der Zufriedenheit beim Zeitung lesen, als da vom einschlägig bekannten Folterer Kapitän Astiz, dem „blonden Engel“, zu lesen war, dem in einer Disco ein junges Mädchen ins Gesicht spuckt mit den Worten „Mörder, Folterer, Hurensohn, verschwinde hier“? Der Staat reagiert zunehmend repressiver auf die „Ankratzer“. Polizeistaffeln und Wasserwerfer gehören inzwischen zum Szenario des „Escraches“. Von den „klassischen Menschenrechtorganisationen“ werden die Escraches nicht in dem Maß unterstützt, wie H.I.J.O.S. sich das wünschen würden. Von der Öffentlichkeit wird die Aktionsform im großen und ganzen befürwortet und z.T. sogar für den Privatgebrauch übernommen: Wenn jemand z.B. geliehenes Geld nicht zurückgibt, kann es ihm passieren, daß der Gläubiger mit einem Lautsprecher vor seiner Tür auftaucht und für alle Nachbarn hörbar sein Recht einfordert.

Quellen: Clarín 22.12.98, Pág/12 13.12.98, 8.7.97, HIJOS 12/98

Angelika Denzler

Argentinien - Nachrichten, April 1999, Nr. 39

Resolución de la III. Asamblea Nacional de Trabajadores

Esta Asamblea Nacional de Trabajadores considera:

1. Que el gobierno Duhalde es un gobierno enemigo de la clase obrera y el pueblo. Responsable de la devaluación que destruyó nuestros salarios, de la confiscación de los ahorros a los pequeños depositantes, de la "pesificación" que consagró una monumental licuación de deudas de los explotadores nativos y del compromiso de pago de la deuda externa. Un gobierno que encubre con el verso de la "soberanía nacional" su política de saqueo a favor de los grandes pulpos, mientras ejecuta simultáneamente los dictados que le impone el FMI. Ponemos a consideración de todos los trabajadores nuestro plan de lucha, dirigido a empalmar con una salida popular de conjunto. Esta salida no es otra que la expulsión de Duhalde y la clase de saqueadores que lo puso en el gobierno.
2. Que la "concertación" armada bajo la dirección de la Iglesia y las Naciones Unidas es una maniobra política dirigida a cooptar, regimentar y dividir a las organizaciones de los trabajadores para preservar al régimen. En consecuencia llamamos a repudiar la "concertación" y a denunciar el sostenimiento de esta política por las centrales sindicales y fuerzas políticas (PJ, UCR, Frepaso, ARI, Polo Social, Frenapo).
3. Que los "consejos de crisis" o "consejos consultivos" a través de los cuales el gobierno pretende canalizar los planes sociales son una organización para convertir la ayuda social en fuente de negocios capitalistas y regimentar o debilitar las organizaciones genuinas de desocupados. Denunciamos la utilización de los planes de empleo para habilitar mano de obra barata a 50 dólares para las empresas en quiebra y llamamos a no integrar estos "comités" de "emergencia" o "crisis" y exigir, apoyados por la movilización, la totalidad de nuestros reclamos y su control por las organizaciones de desocupados.
4. Que asistimos a un torrente de luchas y de organización de esas luchas a través de las Asambleas Populares (y la Interbarrial de Parque Centenario en el caso de Capital y Gran Buenos Aires) y las Asambleas Piqueteras y de la clase obrera. Que se impone tomar en nuestras manos la solución a los problemas más imperiosos de las masas: el trabajo, la salud, la educación, la vivienda, lo que plantea impulsar y extender estas organizaciones a lo largo y ancho de todo el país en función de una alternativa propia de los trabajadores. Definimos como estrategia de los piqueteros y sectores sindicales combativos agrupados en esta Asamblea Nacional la incorporación a la actual lucha de piquetes del movimiento obrero industrial y de los grandes servicios públicos privatizados. Cualquier pretensión sería de derrotar al actual gobierno y al régimen imperante no puede prescindir del rol fundamental de los trabajadores que hoy hacen funcionar los principales centros de producción y servicios esenciales como luz, gas, teléfono y transporte.
5. Que la CCC, la FTV CTA deben romper toda negociación con el gobierno a espaldas del movimiento piquetero y sumarse al plan de lucha para garantizar el triunfo. Ha fracasado la política de ilusiones en gobiernos que responden a los explotadores nativos y extranjeros ha fracasado y oponemos a ella el programa piquetero, el cual no solo exige planes de trabajo bajo el control de las organizaciones de desocupados sino también el rechazo a la devaluación, el no pago de la deuda externa, la nacionalización de la banca y el salario y el subsidio al desocupado acorde al valor de la canasta familiar. Pedimos que, ya mismo, se inicie una discusión del programa con estas organizaciones, en el marco de la lucha y el plan de lucha.
6. Que frente al conjunto de la situación, corresponde enarbolar el siguiente programa:
 - Libertad a Raúl Castells, Emilio Alí, Peralta y el resto de los compañeros presos. Desprocesamiento a los luchadores.

- Juicio y castigo a los autores intelectuales y materiales de los asesinatos cometidos en las jornadas del 19 y 20 de diciembre. Juicio y castigo a los asesinos de los compañeros de Salta (Justiniano, Gómez, Verón, Barrios y Santillán) y de Corrientes.
- No pago de la deuda externa
- Nacionalización de la banca y empresas fundamentales
- Estatización de las AFJP
- Prohibición de despidos y suspensiones
- Estatización y puesta en marcha bajo control obrero de toda empresa que cierre o despida y, en las mismas condiciones, reapertura de todas las que fueron cerradas.
- Inmediata devolución de depósitos a los pequeños ahorristas
- Lucha por trabajo genuino y permanente, a través del reparto de las horas de trabajo sin afectar el salario
- Salario mínimo y subsidio al parado acorde al valor de la canasta familiar (incluyendo los planes de empleo) indexados por costo de vida
- Fuera Duhalde y el FMI. Por un gobierno de trabajadores,

7. Que esta Asamblea es continuidad de todos los procesos de lucha y organización que convirtieron al movimiento piquetero en un factor con peso propio en la situación política nacional. Continuidad del santiagueño, del cutralcazo, de los levantamientos de Moscóni y Tartagal y de los masivos cortes de ruta en La Matanza, procesos que nos colocan ante la posibilidad de dirimir a favor de los trabajadores la crisis de poder que envuelve el sistema de explotación en nuestro país.

8. Que corresponde actuar, porque la tenaz acción del pueblo no ha culminado aún en una victoria, sino en la usurpación de un gobierno ilegítimo y títere de los saqueadores. Por eso proponemos el siguiente plan de lucha:

Desde el 18 de febrero: reforzamiento de los cortes por tiempo indeterminado

20 de febrero: cortes, movilización y cacerolazo nacional junto a las Asambleas Populares y a la Interbarrial a Plaza de Mayo y a todas las casas de gobierno al cumplirse dos meses de la rebelión popular y del asesinato de los compañeros.

25 de febrero: cortes de acceso a las petroleras y empresas privatizadas

2 de marzo: movilización nacional por la libertad de Alí, Castells, Peralta y todos los presos por luchar y de Bértola y Quinteros y demás presos políticos y por el desprocesamiento de los luchadores. Juicio y castigo a los responsables de las muertes del 19 y 20 de diciembre.

Lunes 4 al viernes 8 de marzo: Marcha Nacional de trabajadores coordinada con las Asambleas Populares a Plaza de Mayo desde el interior del país. Coordinación con el no inicio de las clases.

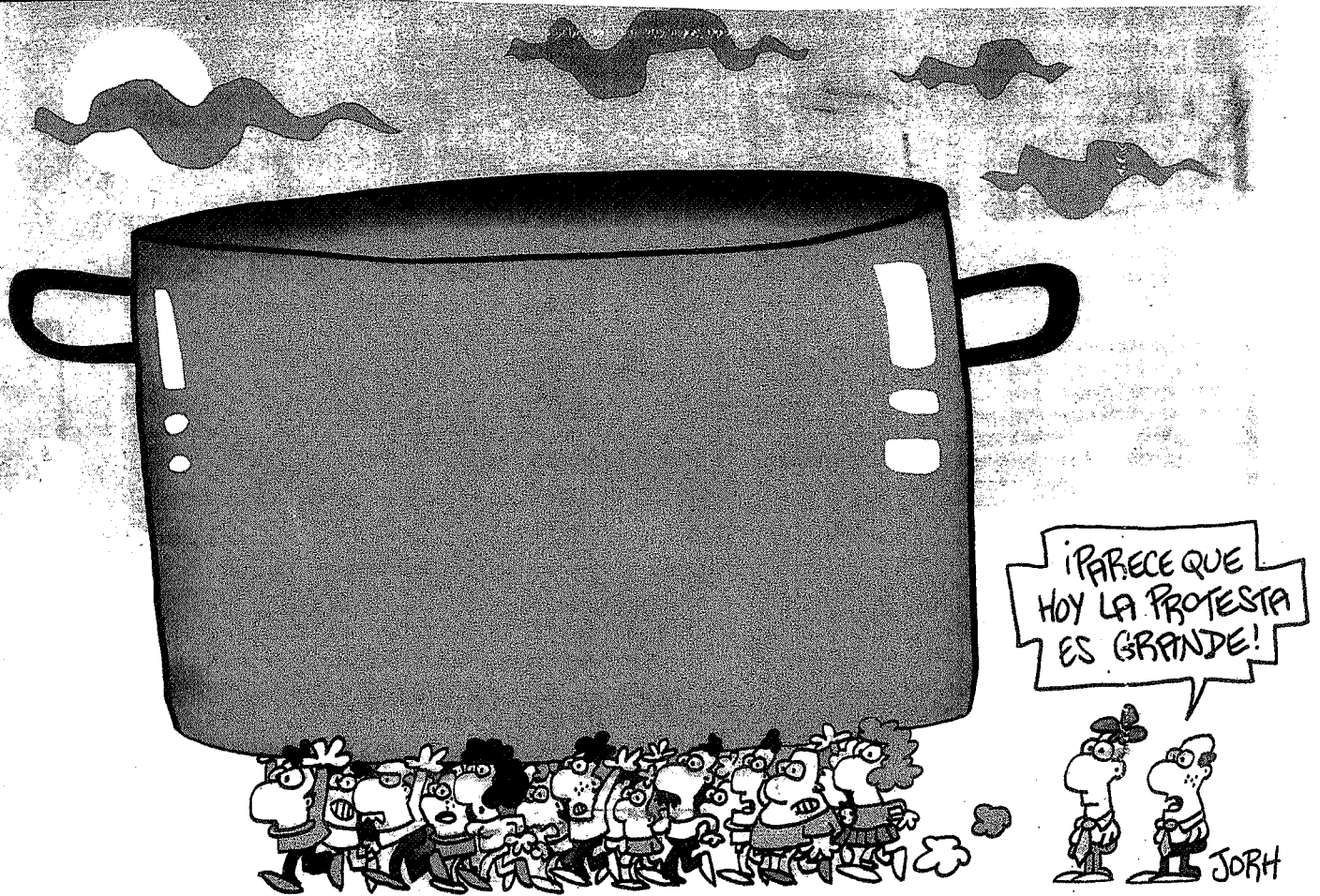
Apoyo activo a las ocupaciones de Zanón, Bruckman, los cortes de ruta en curso, la movilización de los desocupados en la Ciudad de Buenos Aires, la lucha de los ferroviarios del Sarmiento, de los gráficos de Quebecor y demás luchas.

Queda convocada una nueva Asamblea de Trabajadores ocupados y desocupados para el 2 de abril.

Buenos Aires, 16-2-02

Cacerolazos und Asambleas

Bürgerproteste und Selbstorganisation



La clase media pasa el verano, en medio de la crisis

PELOPINCHO Y CACEROLA



El partido de los barrios

Por quién doblan las cacerolas



JORGE SAENZ

LA NOCHE DE OTRO 25. El regreso masivo de los jóvenes porteños a la política indica no sólo el grado de profundidad de la crisis sino también el de la esperanza.

ALBERTO GONZALEZ TORO
De la Redacción de Clarín



Los vecinos de Buenos Aires quieren democracia sin "intermediarios". Más de cuarenta asambleas barriales en toda la ciudad discuten sobre la falta de representatividad del actual sistema político. La gente recupera el espacio público y asume un papel protagónico. Experiencia inédita en la Argentina.

El notable escritor Milan Kundera, que se exilió en París por no soportar la censura stalinista de los viejos mandamás de Praga que ahogaron en sangre la rebelión popular de 1968, jamás hubiese imaginado que el título de una de sus novelas sería mencionado en *La cacerola de Zapiola*, boletín que los vecinos de Chacarita y Colegiales editan desde hace apenas unos días. Pancho, el autor de la nota, escribe: *Hay una novela de un escritor checo que se llama "La vida está en otra parte". Este título me sirvió muchas veces para preguntarme dónde está la vida mientras hago la cola en el banco, dónde cuando hago zapping sentado frente al televisor, dónde cuando empujo el changuito, en estado casi hipnótico, entre las góndolas del supermercado, dónde cuando me traslado de un lugar a otro de la ciudad, desesperado por llegar sin poder mirar el camino. Ahora quiero decir que el viernes 10 de enero de 2002 a la medianoche, sentí que la vida estaba en la esquina de Zapiola y Lacroze.*

Kundera desnuda en la mayoría de sus obras la farsa del poder. No es difícil conjeturar que el checo se entusiasmaría con las asambleas vecinales que, poco después del cacerolazo del 19 de diciembre que terminó con el gobierno de Fernando de la Rúa, se multiplican por todos los barrios de Buenos Aires y en algunas ciudades del interior. Nutridas de sectores medios, castigados por la crisis económica y política, por las esperanzas frustradas y el desengaño continuo, estas asambleas son un hecho inédito en la Argentina. Periodistas de Zona asistieron a varias asambleas en distintos barrios de la ciudad. Todas tienen un denominador común: el rechazo categórico a todos los políticos, a los jueces de la Corte Suprema, a los banqueros. Pero también es bastante común escuchar opiniones adversas al Fondo Monetario Internacional, a las empresas privatizadas, a los Estados Unidos, "al capitalismo salvaje". Embriónicas, casi virginales, estas asambleas parecen buscar —a tropezones,

con contradicciones, siempre con declaraciones de vocación democrática— una nueva forma representación política.

Históricamente, la sociedad argentina estaba dividida en tres clases: la alta, políticamente representada por las fuerzas de centro derecha; la media, que se expresaba a través del radicalismo; y la baja, que tenía —y tiene— al justicialismo como opción electoral predominante. En los últimos años y en particular durante la década del noventa, la histórica clase media se dividió en tres: una media alta, formada por los ganadores de la convertibilidad; una clase media baja, integrada por perdedores de la década anterior, empobrecidos e incluso desempleados. Un tercer segmento es la clase media-media, que mantuvo la histórica posición de este sector social, reflexiona Rosendo Fraga, director del Centro de Estudios Nueva Mayoría. El consultor entiende que las protestas que estallaron con los cacerolazos del 19 de diciembre, están relacionadas con el récord de voto negativo y abstención electoral que se dio

en la elección legislativa del 14 de octubre. Tanto el cacerolazo como el voto bronca, son la expresión de un amplio sector social que no puede ahorrar en el exterior a resguardo de los avatares internos como lo hace la clase alta, y que tampoco puede recurrir a los cortes de ruta o a la asistencia alimentaria para enfrentar sus problemas como sí lo hacen los sectores de menos ingresos, sostiene Fraga.

Sin la distancia y la perspectiva que debe tener un analista, el vecino Julio Ciccone, de 44 años, dice en Parque Avellana, Floresta: *Hay una enorme crisis de representatividad política, y creo que ésta es la demanda central de estas asambleas. Queremos discutir por nosotros mismos. Estamos discutiendo qué tipo de democracia queremos. Este es el eje de la discusión. Casi todas las asambleas se realizan de noche. Asisten, en promedio, alrededor de ciento cincuenta personas: predominan los sectores medios, con un buen nivel de educación, pero con poca práctica asambleísta. Esta falta de gimnasia no impide*

Sigue en la pag. 4

El partido de los barrios

Viene de pag. 3 de que algunos estén alerta porque creen ver entre ellos – y no se equivocan– a muchos militantes de partidos de izquierda que no se identifican como tales y también de la derecha, que algunos los llaman “seneildinistas”. En otros casos, los vecinos más sofisticados sospechan de la presencia de los servicios.

En Lacroze y Zapiola, las asambleas se autoconvocan los jueves a las diez de la noche. La mayoría de los vecinos que se reúnen en esta esquina de Colegiales son comerciantes, profesionales, desocupados, amas de casa, estudiantes y artistas. Dicen que fue un joven el primero en llamar a la primera reunión: con pintura amarilla escribió sobre el asfalto el día y la hora. Dicen, también, que el fantasma del miedo –esa herencia que dejó la represión de la última dictadura militar– no estuvo ausente entre los vecinos. Surgió, enseguida, un ansioso interrogante: qué nombre darle. ¿Asamblea popular? ¿Vecinos autoconvocados? ¿Asamblea vecinal? ¿Asamblea de Lacroze y Zapiola? ¿Compañeros? ¿Vecinos? Se decidió, finalmente, que la asamblea se llame de Lacroze y Zapiola. Y se llamarán, entre ellos, *vecinos*, un término inventado sobre la marcha.

La socióloga Alcira Argumedo, profesora de la Facultad de Ciencias Sociales de la UBA, compara a esta *mobilización social* con el 17 de Octubre y el Cordobazo, dos hitos en la historia política, social y cultural de la Argentina. Pero el 17 tenía a Perón como referente, y detrás de Cordobazo esta-



go Pérez, 42 años, le dice a Zona: Todos tenemos miedo y hay muchos fantasmas. Miedo es una palabra interesante porque existe y es mucho. Pero yo me pregunto: si esto sigue creciendo, ¿cuál va a ser la respuesta del establishment? Jorge Rosen, 50, físico nuclear, ahora desocupado, opina que es legítimo que los partidos políticos quieran querer estar con nosotros. El tema es si intentan hegemonizar el movimiento. Yo creo que la gente no va a tolerarlo. No queremos que los viejos políticos nos manejen más. Rosen es consciente de que éste será un proceso largo y habrá que tener mucha paciencia. Hoy la pregunta es cómo manejar este nuevo movimiento para que no se desmadre. Si se va Duhalde, ¿qué y quién viene? Paracaidistas no queremos. Tiene que haber una organización para que el recambio sea distinto. El psicólogo social Román Mazzilli, 46, está de acuerdo con la necesidad de combatir las propuestas anárquicas, pero enseguida enfatiza: No hay que dejar que la organización se robe la espontaneidad, la creatividad, los eslóganes, las formas....

El miedo está y nadie lo niega. Fernando (47, psicoanalista y comerciante) es un ejemplo: pidió que no se revelara su apelli-

do y menos que se lo fotografiara. Este movimiento es muy dinámico y lo dinámico sobrepasa los límites. El corralito sólo fue la gota que derramó el vaso, dice. Y el físico nuclear Rosen alerta: Lo peor que puede pasar es que se pierda el tren de la historia. El poder real está en su mismo lugar. Está en manos del FMI, de las corporaciones extranjeras. Pero la gente ha tomado conciencia de que también tiene poder. Tiene poder para cambiar el rumbo de nuestra historia. Tiene poder para discutir las nuevas formas de la política y de la moral, y lo tiene además para recrear los antiguos lazos de solidaridad.

Federico Schuster, decano electo de la Facultad de Ciencias Sociales de la UBA e investigador de los fenómenos que producen las protestas sociales, dice que estas asambleas son una forma de participación ciudadana y popular inédita en la Argentina. Permitiría pensar en una nueva forma de la democracia, más representativa y directa. Pero no es sencillo sostener este tipo de prácticas en el tiempo. Si se pudieran sostener y a la vez se pudieran institucionalizar más, y si a su vez las asambleas se vincularan entre sí y pudieran consolidar lo que están haciendo, creo que estamos ante una novedad política

muy interesante en la Argentina y también más allá de sus fronteras. Schuster considera que no hay antecedentes de asambleas vecinales que se reúnan para tratar problemas nacionales. En general, estas asambleas se convocan para discutir problemas estrictamente vecinales, por ejemplo un problema ambiental o de obras públicas.

Schuster recurre a la historia para demostrar que en la Argentina siempre hubo una fuerte presencia de la política en las identidades nacionales. Pero esto, comenta, se fue perdiendo después de la última dictadura. Así como hubo una identidad de la sociedad con unitarios y federales, precisa, en el siglo XX esa identidad tomó cuerpo en radicales y peronistas. Hoy, en cambio, los partidos políticos han perdido identidad y representación. Buenos Aires es la primera ciudad en donde se empieza a ver un voto despersonalizado. La gente vota después de hacer un análisis particular. Un día vota a un partido y otro día vota a otro. Esto para los partidos políticos fue un desbarajuste fuerte. Actualmente, esta posición de los ciudadanos se da en casi todo el país, salvo en zonas rurales.

¿Qué camino o destino seguirá esta movilización?, se pregunta Juan Suriano, doctor en Historia y profesor de Historia Social en la Facultad de Filosofía y Letras de la UBA. Hoy parece imposible predecirlo con cierta seriedad, se contesta. Suriano quiere aclarar desde el principio que estamos en presencia de un movimiento de sectores medios, y subraya: Si el corralito

“La oposición antipolítica se alimentó en el desamparo dado por la liquidación suicida del Estado durante los 90.”

desapareciera la protesta perdería buena parte de su intensidad y masividad, y éste no es un dato menor. El cacerolazo y las asambleas que lo siguieron, según su opinión, tienen como origen la fuerte resistencia y oposición de una buena parte de la sociedad al sistema político representativo. Esta oposición tuvo una manifestación clara en las elecciones de octubre. En ese momento, ni oficialismo ni oposición hicieron la lectura correcta de los resultados. Esta oposición de carácter antipolítico (antiestatal) se ha alimentado básicamente de la sensación colectiva de desamparo ante la liquidación suicida del Estado que se realizó durante toda la década del noventa.

El portañazo –como se empeñan en llamarlo muchos de los asambleístas– se extiende ya por algunas ciudades del interior. Córdoba, Rosario, Mendoza, Saladillo, empezaron a experimentar esta nueva forma de protesta. Según Fraga, en la Argentina no se registra otro caso en el cual la clase media se haya movilizado en forma tan espontánea e inorgánica. Esta tarde, en el Parque Centenario, se realizará la tercera asamblea interbarrial que espera reunir a más de cinco mil vecinos. Una de las propuestas, que llevará un ama de casa, es imprimir centenares de miles de volantes y tirarlos desde los edificios por toda la ciudad. Serán como palomas de la paz, dice la mujer. O como proyectiles que no hieren a nadie.

Son gestos colectivos que intentan vencer la edad de esta crisis, que no parece tener la edad del corralito sino la edad de un modelo iniciado, se comienza a sospechar, hace más de un cuarto de siglo. □

Nutridas de sectores medios, desengañados y castigados por la crisis, las asambleas son inéditas en la Argentina.

ban diversas organizaciones políticas y sindicales, aclara Argumedo. Y agrega: Las asambleas vecinales, en cambio, no tienen ninguna dirigencia política y las une el unánime rechazo a la política tradicional. La socióloga recuerda que hace ya varios años que los sectores medios, empobrecidos y marginados por el modelo neoliberal, venían manifestándose, aunque en forma fragmentada. Por ejemplo: las grandes marchas por el crimen de María Soledad, en Catamarca, y las continuas protestas de los docentes y de los jubilados. Este movimiento es inédito en la Argentina; no se cuestiona la democracia y la representación política. Lo que se cuestiona es la parodia de la democracia y la parodia de la representación.

El historiador Félix Luna es menos entusiasta que Argumedo. Dice que este nuevo fenómeno corre varios peligros, entre ellos que la gente crea que esto es democracia; no lo es. La democracia consiste en una representación mejor o peor que es la que habla en nombre de los intereses de la ciudadanía. Luna cita otro peligro: Estas reuniones, por la inexperience de los vecinos, suelen ser presas fáciles de intereses políticos, y también de vándalos, de aprovechadores y de oportunistas. El historiador habla, también, de la falta de propuestas: Las asambleas no tienen objetivos muy claros; unos vecinos apuntan contra los bancos, otros contra la Corte. No hay una propuesta más que el malestar manifestado de esta forma, por suerte pacíficamente. Sin embargo, se puede resbalarse muy fácilmente hacia la violencia porque el malhumor colectivo es muy grande.

En un bar de Colegiales, el músico Hu-



CREATIVIDAD Y PROTESTAS. Una familia “veranea” frente a un banco porteño.

El partido de los barrios

CARLOS VILLOLDO



LA MULTITUD. En Parque Centenario, los vecinos porteños vuelven a la política con cuerpo y alma.

La cultura de la protesta

PILAR FERREYRA
De la Redacción de Clarín



Lejos quedaron las viejas pancartas de los manifestantes que en los 80 insistieron con las formas tradicionales de protesta: marchar, cantar y ocupar la plaza para levantar las proclamas escritas en enormes carteles.

En los 90, hechos trágicos como el caso María Soledad o el acto terrorista contra la AMIA, dieron lugar a marchas de silencio de magnitud inédita. En 1991, los trabajadores de Hipasam realizaron el primer corte de ruta en Cutral C6. Hoy los "piquetes" se multiplican en todo el país. El fantasma de la Carpa docente aún recorre la plaza de los Dos Congresos.

En el nuevo siglo florecen formas de protesta jamás antes empleadas en el país y se recrean otras. El 19 de diciembre de 2001 la veloz difusión del sonido de las cacerolas, forma de comunicación que evoca el primitivo sonar de los tambores tribales, dio a luz al cacerolazo, la pop star indiscutida en los actuales reclamos. La fuerza del golpeteo de ollas y sartenes cruzó las fronteras a través de los medios de comunicación masivos e Internet. En Madrid, Nueva York, París, Berlín y Barcelona la comunidad argentina salió a "cacerlear" en apoyo a las demandas de sus compatriotas. Curiosamente, una de las maneras de protesta de mayor éxito entre los nuevos asambleístas barriales es el escrache. Graffiti con el que la agrupación H.I.J.O.S. suele señalar las fachadas de los domicilios de militares involucrados en la represión ilegal y con el que hoy, amas de casa, empleados, desocupados, profesionales y artistas, señalan los domicilios de políticos y jueces.

La creatividad, contenida hasta diciembre en el interior de las casas, da lugar a formas también innovadoras: el llaverazo de los propietarios de inmuebles endeudados en dólares, el corralito de tela dentro del que los comerciantes de Liniers y Flores se cerraron para reclamar ante los bancos al tiempo que les pegaban fajos con la leyenda clausurado en las puertas de entrada. O el cheque gigante, metáfora de un pueblo que se siente estafado; el muñeco del lobo que simboliza a los acreedores, y los impactantes crucificados de La Quiaca, Jujuy, repitiendo la escena de Cristo en el calvario. La melodía del himno nacional sonando públicamente ya no es sorpresa, pero la entonación colectiva de sus versos aún conmueve a los vecinos.

Una forma internacionalizada de protesta: la lluvia de e-mails y sitios de Internet, también se unen a la proclama criolla. Y los foros mediatizados, extensión íntima de la discusión vecinal, asambleas virtuales que hoy pueblan los sistemas digitales de los barrios de todo el país y de argentinos de ultramar.

COLABORO: URI LEÇZYK

Nueva música, vieja canción

ANÁLISIS

GRACIELA ROMER
Socióloga



En casi 18 años de democracia el sistema político argentino viene transitando un camino sinuoso y no exento de riesgos. Si en 1983 las afiliaciones a los partidos políticos llegaban a cerca del 30 por ciento hoy, el eco de las cacerolas y los llaveros, sumado al de los que sólo tienen el bloqueo a las rutas para hacerse oír, componen un claro sonido de rechazo generalizado a su dirigencia.

La amenaza sobre sus acreencias y derechos ha obligado a la clase media a incorporarse a estas nuevas formas de protesta que hace ya tiempo vienen expresando los sectores más excluidos de la sociedad, aquellos cuyas ollas están vacías hace tiempo y que no tienen bien alguno para guardar bajo llave. ¿Qué tienen en común las distintas expresiones a partir de las cuales los diferentes sectores de la ciudadanía expresan su descontento?

Más allá del impacto de más de tres años de recesión, una tasa de desempleo que supera el 20 por ciento y el "corralito" sobre los ahorristas, lo que hoy está en crisis es un modelo

económico y social que ha producido una brutal transferencia de ingresos desde los sectores medios y bajos de la sociedad hacia los sectores altos y los grandes grupos económicos, transformando profundamente la estructura económica y social argentina.

El desborde de impaciencia de los sectores medios argentinos encuentra entre los pequeños ahorristas la expresión acotada de una fatiga más profunda: la licuación de la energía vital de ese sector por la inexistencia de un horizonte de expectativas para ellos o sus hijos.

Estas novedosas formas de protesta social expresan la crisis de representación política y un fuerte cuestionamiento al tipo de democracia que se ha generalizado en América latina. La población adhiere mayoritariamente al régimen democrático, pero cuestiona su pobre performance para avanzar más allá de los derechos civiles o políticos.

La gente siente que la política se ha privatizado en función de la defensa corporativa de una dirigencia que, por corrupción o por incompetencia, no ha logrado dar respuestas mínimas a los reclamos que angustian a la sociedad.

Lo que la ciudadanía está demandando no es menos política, sino mejor política. Ello implica renovación de cuadros, rendición de cuentas y, sobre todo, fidelidad a los contenidos del contrato de representación política.

Las nuevas modalidades de protesta ocupan un espacio social vacante: por un lado, constituyen formas de sanción y control social sobre el gobierno y la conducta de los políticos y, por el otro, cumplen una función catártica de canalización del descontento.

En ese sentido, representan las condiciones de posibilidad para recrear y mejorar los procesos democráticos, pero no puede confundirse esa función catártica con un camino eficaz para resolver la profunda crisis por la que esta atravesando la política.

La actual crisis de los partidos en Argentina tiene su origen en una crisis más profunda, de carácter político e institucional —potenciada sin duda por la crisis económica— que expresa el agotamiento de los partidos tradicionales en cuanto a su capacidad para representar la nueva configuración social que se ha plasmado en el país.

Los nuevos movimientos sociales y las nuevas formas de expresión y participación popular deben entenderse como expresiones de esa crisis y como respuestas exploratorias hacia formas más orgánicas que logren finalmente la emergencia de alternativas políticas renovadas.

Si los dos tipos de demandas no logran ser satisfechas a la vez, el sistema político podría ver resentida la estabilidad de la propia democracia.

103

REFLEXIONES SOBRE QUE FORMA DE HACER POLÍTICA PUEDE SURGIR DE LA CRISIS

No future?

Cacerolazos, corralito, gente en la calle, descreimiento.

Esta crisis ¿tiene síntesis? ¿Puede ser el comienzo de una forma nueva de hacer política? Cuatro puntos de vista sobre la incomunicación entre el poder y la gente, la lejanía nunca vista entre la política y la sociedad, el ocaso del bipartidismo y la persistencia histórica de ciertos vicios argentinos.



Gonzalo Martínez

ROSENDO FRAGA *

La dirección de la crisis

Al momento de ser declarado el default, la Argentina vivía la recesión más prolongada de su historia con 43 meses continuos, sufría el desempleo más alto registrado hasta ahora, superando el 20 por ciento, y venía de una elección legislativa, en la cual tuvo lugar la mínima participación electoral positiva desde que rige el voto obligatorio en 1912.

Esto por sí solo muestra que el país se encuentra frente a la crisis más grave de su historia, por lo menos del último siglo y medio. Nunca en el pasado se dio una fractura tan fuerte entre la política y la sociedad.

Duhalde es electo con el apoyo casi total de la dirigencia política y la misma amplia coalición de justicialistas, radicales, frepasistas y provinciales vota sus primeras medidas económicas.

Pero esta unanimidad en la política no tiene un correlato en la sociedad, dado que el nivel de protesta social tiene características inéditas, tanto por la participación de clase media con sus cacerolazos, como los saqueos de los sectores populares, desesperados por la brutal caída en los ingresos de los sectores informales que ha implicado el cese del gasto en efectivo impuesto por el corralito.

La Argentina no enfrenta por delante el riesgo de una "guerra civil", pero sí puede estar en puertas de un estallido social violento de características anárquicas. En mi opinión, este escenario que combina una crisis inédita en lo político, económico y social con la posibilidad de nuevos estallidos violentos, no tiene la posibilidad de cambiar el sistema institucional. Es que la democracia es y seguirá siendo el marco en el cual la Argentina insistirá y reiterará sus esfuerzos por salir de la crisis. Pero que no se modifique el modelo institucional, no quiere decir que el actual sistema de partidos sobreviva a esta crisis.

Es que un fracaso de Duhalde, puede no sólo implicar el suyo propio o el de su partido, sino que puede significar el ocaso de toda una forma de hacer política en la Argentina e incluso de un bipartidismo radicaljusticialista, que ha dominado la política argentina durante más de medio siglo. Ni la democracia ni la política desaparecerán en el país pese a las alternativas que se pueden vivir.

La paradoja es que en el momento en el cual el descrédito de los políticos es mayor, es cuando más alta es la politización social en la población, la que se traduce en asambleas autoconvocadas, protestas, cacerolazos, llaverazos, marchas y reclamos. Es que el cuestionamiento a la política, termina politizando a quienes lo reclaman quieran o no y ello es porque en última instancia, el mismo no se traslada al sistema democrático sino a la forma en que éste es ejercido.

Si la actual administración fracasa, no dará paso a experiencias autoritarias como en el pasado, pero sí puede producirse un reagrupamiento político nuevo y diferente, como terminó sucediendo en Italia tras el "mani pulite". En ese caso, los partidos demócrata cristiano y socialista no fueron sustituidos por corporaciones o formas no democráticas, sino por el pplo del Olivo y el de la Libertad, los que permitieron una oportuna y necesaria renovación de la política y desde ella de la democracia.

* Director del Centro de Estudios Nueva Mayoría.

GERMAN GARCIA *

Una respuesta impolítica

Qué política puede surgir del pánico financiero y de una falta de trabajo que se ha vuelto crónica? Como cada uno espera lo que desea, es difícil que cualquier "prospectiva" —incluso la de quienes tienen por oficio la elaboración de horóscopos políticos, económicos— exprese más de lo que interesa al que la realiza. Es verdad que existen "anticipaciones" que, como las de Julio Verne, nos vienen deslumbrando desde que aprendimos a leer. Pero en general, como diría Max Weber, se trata de oráculos que inducen lo que dicen calcular, como suele ocurrir con los datos anticipados de las tendencias de votos, dirigidos a los llamados indecisos.

Entonces, ¿qué deseo para la política en este país que me tocó en suerte? En primer lugar, como lo escribí hace algunos años, eliminar del cretinismo lingüístico el giro "gracias a...": la guerra de las Malvinas que nos liberó de la dictadura, la muerte de Carrasco que nos liberó del servicio militar, el asesinato de María Soledad que mostró el "feudalismo" de una provincia, y tantos otros "sacrificios" que revelan las execrables manipulaciones del sufrimiento del prójimo y las consecuencias más deplorables de un

discurso milenarista, el de la religión.

Descartado que se pueda hacer política a partir de la víctima y mediante una identificación con la víctima sin precipitarse en el fracaso (la imitación de Cristo, leída desde una ética de las consecuencias, sirve a una maquinaria que deriva su poder de la inversión del sufrimiento de los que empuja al martirio), será necesario promover una política basada en el análisis de sus componentes y no en la explotación de los sueños colectivos. La propuesta de una república de "iguales", por ejemplo, ignora que cualquier organización social es "ordinal", y oculta que la democracia no surge de la voluntad de "todos" porque es una deliberación colectiva que supone las decisiones previas de algunos. La decisión de deliberar, a su vez, concluye en la elección de otros, que después deciden con el contralor de la división de poderes que forma nuevos ámbitos de decisión, y del clamor que se llama opinión pública,

organizada en los medios de información (Hegel compara la lectura del diario con la oración cotidiana, y sabemos que cada uno reza en la capilla que cumpla con su barrio ideológico).

¿Cómo ordenar las cosas? Jacques Lacan dice que cualquier estudiante no tarda en darse cuenta que la organización de la escuela no es la mejor para masturbarse cómodamente. Es una metáfora que dice que existe cierta incompatibilidad entre el goce y la organización política de la sociedad. La justicia distributiva sólo alcanza a los bienes que satisfacen necesidades. El deseo y el goce, por suerte, escapa a cualquier ingeniería social.

Galbraith, después de analizar la catástrofe financiera de 1929, con la ironía que caracteriza su estilo, escribe: "Durante una situación de pánico se puede saborear al máximo la estúpida variedad de acciones humanas pues, aunque se trate de un período de gran tragedia, allí lo único que se pierde es

dinero".

Para matizar, conviene recordar el llamado "efecto Reagan" producido por una declaración que realizó en diciembre de 1987. Se le ocurre decir que el dólar ha bajado demasiado. Jean-Pierre Dupuy comenta que ningún cambista concede el menor crédito a los juicios económicos de Reagan, pero la mayoría compra dólares, porque suponen que los demás harán lo mismo. El dólar sube, el deseo de Reagan se ha hecho realidad.

El especulador no tiene un palpito que le anticipa lo que pasará, sino que —en términos de Keynes— el buen especulador "adivina mejor que la masa, lo que la masa va a hacer".

Desearía una política que tuviera en cuenta la existencia, tanto individual como colectiva, de esos goces cifrados que se llaman síntomas. Sería un paso en relación a esas políticas que en nombre de la necesidad y de la denuncia de la evidente falta de justicia distributiva existente, alimenta ideales sacrificiales y promete el goce para pasado mañana, promesa que por supuesto es una mezcla de mentira y falta de responsabilidad.

* Psicoanalista

„Jetzt ist der Moment gekommen, auf unseren Rechten zu bestehen“

Maria Eugenia Corvalán Alarcón ist Teilnehmerin der Asamblea von San Telmo. Im folgenden Bericht schildert sie Arbeit, Probleme und Ziele in ihrem Stadtteil

Alles begann am 19. Dezember. Ich erinnere mich, dass ich die Rede des Präsidenten De la Rúa anhörte. Als er den Ausnahmezustand erklärte, rastete ich aus. Ich fing an, auf Kochtöpfe zu schlagen. Ich weiß nicht, warum ich das tat, noch kann ich erklären, wie es dazu kam. Aber schon fünf Minuten nach der Rede schlugen auch andere Leute in ihren Häusern auf Kochtöpfe und zehn Minuten später waren wir auf der Straße. Wir begannen die Straße zu sperren und den Müll anzuzünden. So etwas hatten vorher vor allem die Piqueteros gemacht. Es war unglaublich. Wir marschierten dann mit vielen anderen zusammen zur Plaza de Mayo. Als wir uns umschaute, sahen wir hinter uns die Calle Defensa voller Menschen. Das werde ich nie vergessen. Ich glaube, das war einfach der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Na gut, wir haben dazu 25 Jahre gebraucht, was soll's: Seit dem 19.

„Wir begannen die Straße zu sperren und den Müll anzuzünden.“

Dezember wissen wir, was los ist. Ich arbeite seit sieben Jahren in Nachbarschaftsvereinigungen mit. Wir haben verhindert, dass sie den Lezama-Park einzäunen. Wir arbeiten mit der Kommissi-

on für Menschenrechte von San Telmo und mit dem städtischen Ferienlager für Kinder zusammen. So findet man mit der Zeit heraus, was im eigenen Stadtteil gebraucht wird. Anfang Januar setzten wir uns mit einer Gruppe von Nachbarn zusammen, um eine Versammlung ins Leben zu rufen. Und die Leute kamen sofort: aus der Unterschicht, aus der Mittelschicht und sogar aus der oberen Mittelschicht. Wir begannen, uns zu organisieren, unsere Bedürfnisse zu formulieren und gemeinsam mit den anderen an den Märschen teilzunehmen. Jeden Donnerstag blockierten wir die Kreuzung Independencia und Defensa. Das waren keine Cacerolazos mehr, das waren richtige Straßenblockaden im bedürftigsten Teil unseres Viertels. Dort gibt es Obdachlosenheime, besetzte Häuser, Wohnungen, für die seit Monaten die Miete aussteht.



Ob sie nach De la Rúa's Rede auch ausrastete? Vorbereitungen für die Volksküche

Ich selbst zahle seit zwei Monaten meine Miete nicht. Ich bekomme meinen Lohn nicht mehr ausgezahlt, obwohl ich weiter arbeite.

Wir fingen also an, uns zu organisieren. Wir erfuhren von Leuten, die nicht mal mehr was zu essen hatten. Also gründeten wir Kommissionen: für die Arbeitslosen, für Pressearbeit, für die Vermittlung und Verhandlung mit der Stadtverwaltung, für Gesundheit und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des Stadtteils – Flugblätter verteilen, Stände aufstellen und mit den Leuten reden.

Schließlich verlangten wir tausend Nahrungsmittelpakete und tausend subventionierte Stellen für

Arbeitslose. Wir forderten ein Treffen mit der Abteilung für Bildung und Soziales der Stadtverwaltung. Das Treffen fand statt, wir gingen hin und sie forderten von

„Na gut, wir haben dazu 25 Jahre gebraucht, was soll's: Seit dem 19. Dezember wissen wir, was los ist.“

uns eine Liste der hundert bedürftigsten Familien des Viertels; wahrscheinlich mit dem Hintergedanken, dass wir keine solche Liste hätten. Wir aber erstellten diese Liste innerhalb einer Woche und sie teilten uns 108 Nahrungspakete und 108 Stellen zu. Außerdem haben wir eine Krankenversicherung gefunden, die uns billigere Ersatzmedikamente besorgen wird. Einige Psychologen, Anwälte, Soziologen, Architekten und Ärzte boten sich an, für uns ehrenamtlich zu arbeiten. Es gibt

hier einen reichen Nachbarn, der kam zur Versammlung und sagte „Ich möchte nicht als Aktivist mitmachen, aber ich habe Geld und das gebe ich euch zu eurer freien Verfügung“. Also haben wir eine Kommission für kleine Unternehmen gegründet und werden mit der Herstellung von sü-

ßem Gebäck und Pasta anfangen. Wir sind einverstanden mit den Vorschlägen der stadtweiten Versammlung, aber wir glauben, dass wir erst ein stabiles Fundament schaffen müssen. Sonst wird alles, was wir darauf errichten, wieder einstürzen. Wenn das Fundament aber hält, wird das ganze Gebäude darauf stehen können.

Es gibt viele Leute, die Lust haben mitzumachen und mehr wollen, als nur demonstrieren. Wir haben Nahrungsmittelpakete und finanzielle Zuschüsse gefordert,

um die größte Not unmittelbar zu lindern, aber das ist nicht unser einziges Anliegen. Unsere Leute verrecken vor Hunger, das ist eine Tatsache. Wir wollen Gesundheit, Bildung und menschenwürdige Arbeit. Und wir arbeiten daran, das zu erreichen. Man wird uns anhören müssen. Wir sind noch keine zwei Monate dabei, und wir haben noch viel vor uns. Die Leute müssen sich bewusst werden, dass niemand ihre Rechte einfordert wird, wenn sie es nicht selbst tun. Jetzt ist der Moment gekommen, uns zu organisieren und auf unsere Rechte zu bestehen. Unser einziger Weg, um etwas zu erreichen, ist zusammenzuarbeiten. Allein können wir es nicht schaffen.“

Übersetzung: Milena Neudeck
Der Bericht ist aus „Página 12“ vom 22.02.2002 entnommen und erscheint hier leicht gekürzt.



Es ist wahr... In letzter Zeit werden immer mehr Menschen Mitglieder unserer Partei. Ich rechne, dass wenn wir in diesem Rhythmus weiter wachsen, wir uns in kurzer Zeit spalten werden können.

107

Die Republik auf den Plätzen

Die Bevölkerung übt sich seit drei Monaten in direkter Demokratie

Mehr als hundert Volksversammlungen treten inzwischen in der Bundeshauptstadt, dem Großraum Buenos Aires und den Provinzstädten zusammen. BürgerInnen diskutieren und entscheiden ihre Angelegenheiten selbst und schmieden Aktionsbündnisse mit Arbeitslosen- und Menschenrechtsorganisationen. Am 17. März trafen sich die Versammlungen aus dem ganzen Land zum ersten Mal in Buenos Aires.

Schwere Regenwolken hingen am Abend des 17. März über Buenos Aires, als sich die 3500 TeilnehmerInnen des ersten landesweiten Treffens von Volksversammlungen auf den Weg zur Bruckman-Fabrik machten. Die Textilfabrik wird seit Monaten von den ArbeiterInnen besetzt und in Eigenregie betrieben; nachdem sich der Besitzer angesichts des drohenden Bankrotts zurückgezogen hatte. Die Polizei hatte am Vortag versucht, die Fabrik gewaltsam zu räumen. Die DemonstrantInnen brachten mit ihrem Marsch zur Fabrik nicht nur ihre Solidarität mit den ArbeiterInnen zum Ausdruck, sondern versuchten, weitere Räumungsversuche der Polizei mit einer Menschenkette um das Gelände herum zu verhindern.

Die Unterstützung der ArbeiterInnen von Bruckman war der erste Beschluss der landesweiten Versammlung gewesen. Wie über alle Forderungen wurde auch über diesen Antrag demokratisch abgestimmt, und der Vorschlag wurde mit großer Zustimmung angenommen.

Mehr als 100 Asambleas (Versammlungen) aus den über zehn Provinzen und der Stadt Buenos Aires fanden sich in den Centenario-Park ein. Nach einem ersten Antrag, mit dem die generel-

le Ablehnung der Regierung Duhalde und deren Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht wurde, debattierten die TeilnehmerInnen über sehr viel konkretere Forderungen in Bezug auf Gesundheit und Arbeit, Protestmöglichkeiten und die Kooperation verschiedenster Verbände.

Zu Wort kamen zunächst die VertreterInnen von 80 verschie-



Donnerstägliches Kochtopfschlagen vor dem Obersten Gerichtshof

denen Asambleas, die über die Ziele, Erfahrungen, Probleme und Erfolge ihrer Arbeit berichteten. Die Versammelten betonten, wie wichtig die enge Zusammenarbeit aller Asambleas sei, um gemeinsame Ziele erreichen zu können. Außerdem beschlossen sie, in Zukunft monatlich nur noch ein Ca-

cerolazo (Kochtopfkonzert) in Buenos Aires zu veranstalten, um zu verhindern, dass der Protest langsam ritualisiert wird und damit an Bedeutung und an Beachtung verliert.

Der Alltag der Proteste

Damián Ríos nimmt regelmäßig an der Versammlung im Viertel Congreso teil, die jeden Freitagabend um 20 Uhr auf dem Platz vor dem Kongressgebäude stattfindet. Eines der wichtigsten Merkmale der Versammlungen ist, dass sie das Prinzip der Repräsentation ablehnen. Es werden keine Delegierten gewählt, sondern nur so genannte Sprecher bestimmt. Alle anfallenden Ämter haben ein weisungsgebundenes, jederzeit aufhebbares Mandat. Ríos, der sich seit längerem mit Gelegenheitsjobs durchschlägt, betont, dass die Versammlungen nicht ein Phänomen der Mittelklasse seien, wie in der Presse vielfach verbreitet wurde. Schließlich nehmen an der Versammlung nicht nur Nachbarn teil, sondern auch Studierende, ArbeiterInnen und Angehörige von Menschenrechtsorganisationen und Linksparteien.

Inzwischen ist man dazu übergegangen Kommissionen zu gründen, die sich verschiedener Aufgaben annehmen. In der Versammlung von Congreso zum Beispiel

gibt es eine Kommission, die im Austausch mit den Krankenhäusern steht, um herauszufinden welche Probleme diese haben und welche Lösungen gefunden werden können. Zudem versuchen sie die Herausgabe von Medikamentenpaketen für Bedürftige auszuhandeln. Eine andere Kommission organisiert gemeinschaftliche Einkäufe. Bei der Abnahme größerer Mengen von Lebensmitteln können so niedrigere Preise herausgeschlagen werden. Eine der wichtigsten Gruppen, so Ríos, sei die Kommission „Solidarität“, die eine Liste der Arbeitslosen im Viertel erstellt. Diesen Bedürftigen wird im Rahmen der Möglichkeiten der Versammlung geholfen. Außerdem dient die Liste als Begründung für die Forderungen, die die Versammlung gegenüber der Stadtverwaltung und den Strom-, Gas- und Wasserlieferanten stellt. Es gibt auch eine Kommission für politische Arbeit, die die „Scratches“ von Politikern organisiert. Diese Form der öffentlichen Bloßstellung wurde von der Menschenrechtsorganisation H.I.J.O.S. erfunden, um die straflos ausgegangenen Schergen der Militärdiktatur zu brandmarken. Dabei versammeln sich Menschen vor der Wohnung oder dem Amtssitz des Betroffenen und beschimpfen ihn öffentlich und lautstark. Da es in der Asamblea del Congreso inzwischen zu einer stärkeren Institutionalisierung und personellen Kontinuität gekommen sei, schätzt Ríos, dass die Bewegung nicht von heute auf morgen wieder verschwinden wird.

In anderen Stadtteilen, wie in Flores, organisieren die Versammlungen wöchentliche Märkte, auf

denen die Leute selbst hergestellte Produkte und Lebensmittel verkaufen können, und betreiben gemeinschaftliche Gärten, in denen sie Obst und Gemüse anbauen. Parallel dazu haben sich im ganzen Land Menschen zu Tauschringen zusammengefunden, einer alternativen Form der Ökonomie (s. Folgeartikel).

„Alle sollen abhauen!“ – Und dann?

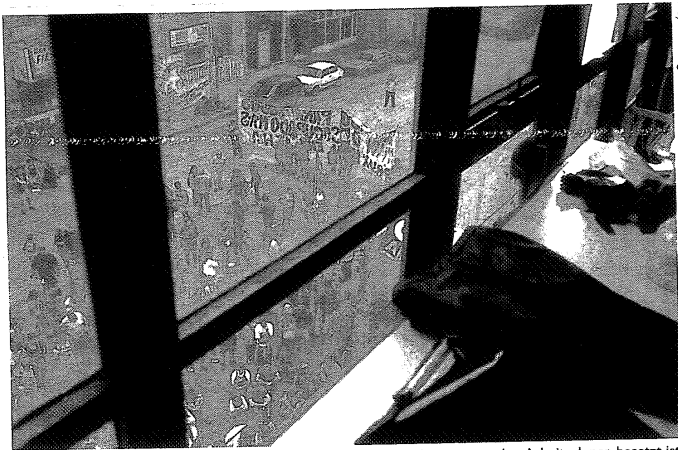
Die Losung „Alle sollen abhauen!“ ist zum Banner der Widerstandsbewegung geworden. Adressiert anfänglich an den politischen Klüngel aus Radikalen und Peronisten, wird ihr Geltungsbereich mittlerweile auf alle Amts- und Würdenträger, Abgeordnete und Senatoren, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Oberste Richter, Bankchefs und Firmenbosse ausgedehnt. Jahrelang hatten diese ein klientelistisches Politik- und Wirtschaftssystem am Laufen gehalten und rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien nur zum Teil befolgt.

In den Asambleas werden bereits verschiedene Vorschläge für die Zeit nach Duhalde diskutiert. Die von der Partido Obrero bereits Ende vergangenen Jahres in Umlauf gebrachte Forderung nach der Einberufung einer verfassunggebenden Volksversammlung findet sowohl bei den übrigen Linksparteien, den Piqueteros (s. Folgeartikel) wie bei einigen Asambleas Zustimmung. Eine andere Alternative wären vorgezogene Wahlen. Allerdings gibt es noch keinen gemeinsamen Kandidaten der Linksparteien. Da die Bewegung der Asambleas bisher kaum Unterstützung der Medien hat, kann

ten sich aus ihren Reihen noch keine aussichtsreichen KandidatInnen profilieren. Generell ist immer noch strittig, in wie weit sich die TeilnehmerInnen der Asambleas auf einen parlamentarischen Weg einlassen wollen. Inzwischen haben die meisten von ihnen Gefallen gefunden an der direkten Demokratie, die auf den Plätzen ausgeübt wird. Außerdem werden die Stimmen von TeilnehmerInnen laut, die sich nicht mehr vor einen parteipolitischen Kärren spannen lassen wollen.

In den letzten Wochen haben sich die Beschlüsse der Asambleas gewandelt. Zwar finden sich immer noch Forderungen mit nationaler Ausrichtung, wie die Verstaatlichung des Bankwesens, die Wiederverstaatlichung der öffentlichen Versorgung und der Rohstoffindustrien, die Aufhebung der Kontensperrung und die Einstellung der Zahlung der Auslandsschulden. Vor allem aber haben die Versammlungen angefangen, die Angelegenheiten in Angriff zu nehmen, die sie direkt betreffen. Da das staatliche Wohlfahrtsystem fast völlig in sich zusammengebrochen ist, versuchen die Leute nun, in Eigenregie das Schlimmste zu verhindern.

Für die aktiven Mitglieder der Asambleas gibt es einen festen wöchentlichen Zeitplan: donnerstags findet die Demonstration vor dem Obersten Gerichtshof statt, reitag abends der Marsch auf die Plaza de Mayo und sonntags die Versammlung im Centenario-Park. Dazu kommen die wöchentlichen Versammlungen innerhalb des Stadtteils und die Treffen von Koordinationsgruppen, die sich um die Kooperation zwischen den



Blick aus der Bruckman-Textilfabrik, die seit Monaten von den ArbeiterInnen besetzt ist

einzelnen Versammlungen bemühen, die stadtweite Versammlung vorbereiten und Möglichkeiten zu gemeinsamen Aktionen mit anderen Gremien, den streikenden Dozenten, den Rentnern und den Müttern von der Plaza de Mayo ausloten.

Sonntags gegen fünf beginnen im Zentrum von Buenos Aires erste Gruppen von Asambleístas – wie sich die Leute, die an den Versammlungen teilnehmen mittlerweile stolz nennen – die üblichen BesucherInnen des Centenario-Parks abzulösen. Ein Mann ergreift ein Mikrofon und erklärt den Modus operandi der Veranstaltung: Zuerst werde denjenigen das Wort erteilt, die letzte Woche nicht mehr dran kamen, jedem werde ein Sprechzeit von drei Minuten eingeräumt. Die

Leute fangen an, sich in eine RednerInnenliste einzutragen. Nach und nach versammeln sich um die 2.000 Menschen im Park. Jeder erhält die Möglichkeit, die Vorschläge vorzustellen, die in seiner Stadtteilversammlung während der Woche erarbeitet wurden. Auf jeden Antrag folgt eine Abstimmung per Hand. Auch nach dem Dunkelwerden bleiben viele der Anwesenden, immer noch stoßen Neue hinzu. Die Reden gehen weiter, man will von den Protesten zu konstruktiven Vorschlägen gelangen.

Eine Bewegung formiert sich

„Es handelt sich um eine völlig neuartige Bewegung“, wertet der Soziologieprofessor Rubén Dri von der Universität von Buenos

Aires das Auftauchen der Volksversammlungen, „eine Art von direkter, nicht repräsentativer Demokratie.“ Das Bewusstsein der Menschen beginne, sich zu verändern, und das beinhaltet gleichzeitig eine politische Veränderung. Zwar sei alles noch im Prozessstadium, dennoch sei unübersehbar, dass zur Zeit eine neue Macht entstehe.

Eine Besonderheit der Bewegung liegt darin – so die Ergebnisse einer Feldforschung der Psychologinnen Fernández, Borakievich und Rivera –, dass Menschen jeden Alters und Geschlechts und aus verschiedenen sozialen Schichten gemeinsame Ziele verfolgen – auch wenn die sozialen Gegensätze damit nicht überbrückt werden. Dies sieht man schon an der räumlichen Trennung der Prote-

stierenden: Während die Bedürftigsten auf der Lavalle-Straße zur Linken des Justizpalastes stehen, protestieren die Bessergestellten zur Rechten des Palastes und die Stadtteilversammlungen in der Mitte.

Gerade der Schulterchluss der Asambleas mit den Piqueteros

Regierung ausüben, um Subventionen für gemeinnützige Arbeit und Lebensmittelpakete zu erhalten. Bisweilen errichten auch die Versammlungen Straßenblockaden, und auf den großen Versammlungen nehmen immer Delegierte der Piquetero-Organisation teil.

von Übergriffen peronistischer Schlägerbanden auf Versammlungen in Haedo, Merlo, Boulogne und Villa Adelina angeprangert. Insgesamt ist die Angst vor Repressionen gestiegen. Bislang führte das aber nicht zu einem Rückgang der Proteste. Zwar nehmen an den wöchentlichen Märschen auf



Wer kommt mit zur Bruckman-Textilfabrik? Landesweites Treffen der Asambleas am 17. März in Buenos Aires

bringt weit reichende Folgen mit sich: War vorher der Status des Arbeitslosen gleichbedeutend mit dem Ausschluss aus den sozialen Institutionen, so wird inzwischen der politische Kampf der Piqueteros als Wegbereiter der neuen Protestbewegung angesehen. Zu ihrem Aushängeschild wurden seit Mitte der 90er Jahre die Piquetes, die Straßenblockaden. Mit den dadurch angerichteten hohen Schäden konnten sie Druck auf die

Der zunehmenden Vernetzung verschiedener Protestbewegungen sehen die Sicherheitskräfte nicht tatenlos zu. Ihre Taktik der „Befriedung“ des schwelenden Konflikts besteht in einer Gratwanderung zwischen Duldung und gezielt eingesetzten Repressionen. Viele Asambleas müssen sich mittlerweile gegen Polizeispitzel schützen. Aktivisten werden zum Teil direkt angegriffen. In der stadtweiten Versammlung wurden Fälle

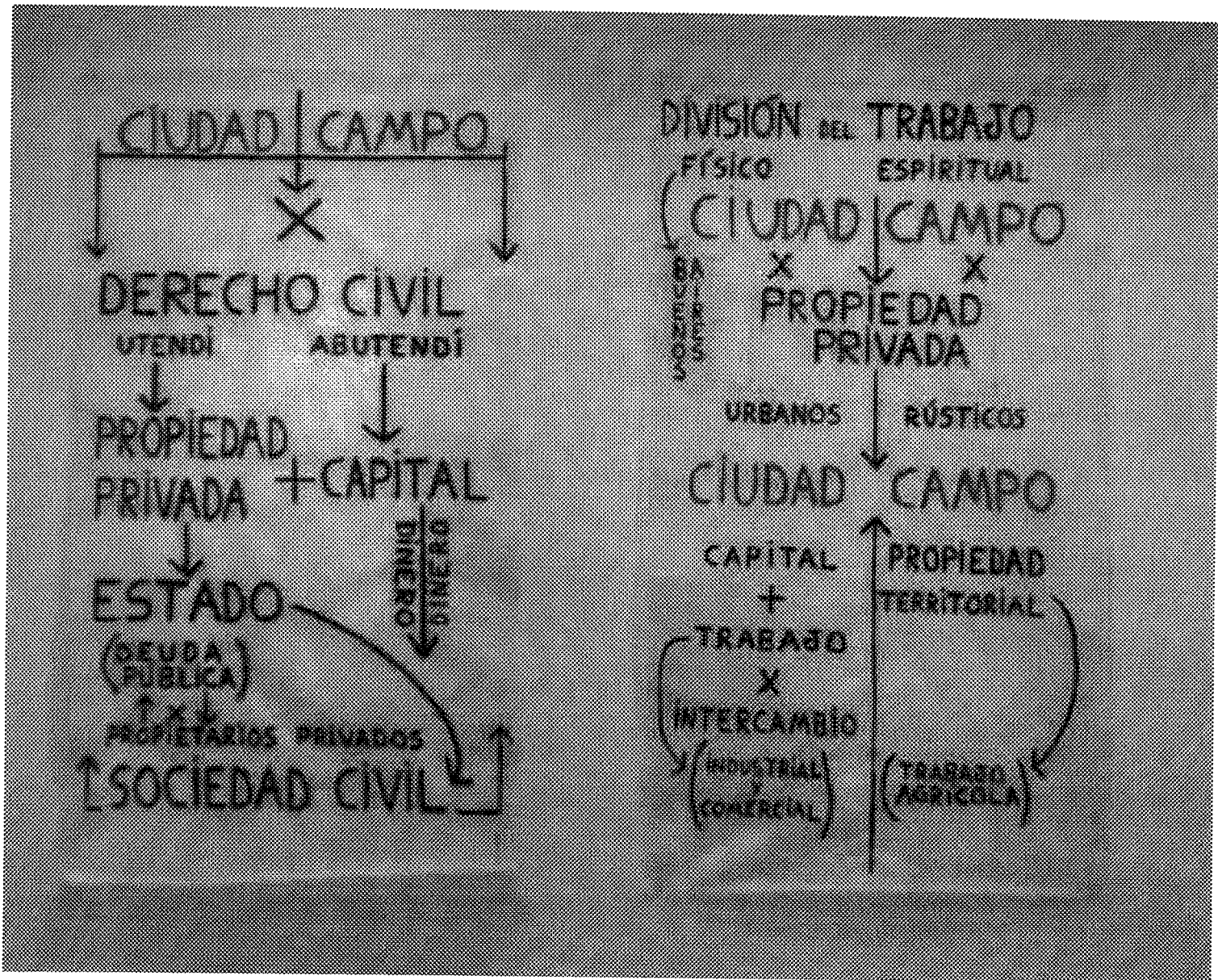
die Plaza de Mayo immer weniger Menschen teil, dafür aber steigt die Beteiligung an den Aktivitäten in den einzelnen Vierteln. Der landesweite Widerstand fällt mit dem Engagement und zivilem Ungehorsam der Menschen auf Stadtebene zusammen. Mit dem Barrio als Solidargemeinschaft entsteht vielleicht die Keimzelle einer Zivilgesellschaft in Argentinien.

Timo Berger

707

Alternative Ökonomie

Tauschringe und Nachbarschaftshilfe



Geschnipselte Okonomie

Die bargeldlosen Tauschringe in Argentinien brechen reihenweise zusammen, seit massenhaft Gutscheine gefälscht werden. VON HILMAR POGANATZ

Nach einem siebenjährigen Siegeszug durch das krisengeschüttelte Argentinien gehen die bargeldlosen Tauschringe, genannt Trueques, offenbar ihrem Ende entgegen. Die insbesondere auf dem letztjährigen Höhepunkt der Wirtschaftskrise von vielen gefeierten Tauschmärkte, von denen es im ganzen Land zeitweilig 8 000 gegeben hat, sind zum Opfer ihres eigenen Erfolges geworden. Wertmarkenfälscher, der Mangel an Grundnahrungsmitteln, eine leichte Erholung der Gesamtwirtschaft und die geballte Nachfrage von sechs Millionen Personen haben dazu geführt, dass die nach Angaben der Organisatoren »größte soziale Bewegung Argentinien« in sich zusammenfällt.

Begonnen hat diese Bewegung in dem Küstenort Quilmes südlich von Buenos Aires. Hier gründeten 1995 drei Enthusiasten in einer Garage den ersten Tauschring, der sich bald Red Global, Globales Netz, nennen sollte und die leeren Hallen der gigantischen Textilfabrik La Bernalesa bezog. Noch immer pilgern jeden Samstag Tausende hierhin, in der Mitte des vergangenen Jahres waren es meist über 10 000.

Unter ihnen Rosa, eine 48 Jahre alte Krankenhausköchin aus dem weit entfernten Banfield mit ihren zwei Töchtern. »Hier gibt es einfach alles, auch wenn die Bernalesa viel teurer ist als Banfield«, sagt die füllige, blondierte Frau in ausgelatschten Schlappen und Jogginganzug. Seit fast einem Jahr sei sie arbeitslos. »Wir haben einfach kein Bargeld mehr, und Yesica will nächste Woche ihren 15. Geburtstag feiern.« Man bekomme hier ja nicht nur die Geschenke, erläutert Rosa, während sie die runde Kürbistasse mit Mate-Tee herumgehen lässt und dann stolz eine handgefertigte Lampe aus der Plastiktüte kramt. »Inzwischen gibt es auch Rechtsanwälte, Lehrer, Mechaniker, Psychologen und Ärzte im Tauschsystem.«

Das Tauschsystem des Trueque ist simpel. Wer dem Netzwerk beitreten will, meldet sein Produkt oder seine Dienstleistung an. Doch der Tauschhandel verläuft nicht nach dem Motto »zwei Kilo Reis für einen Liter Milch«, sondern mithilfe kleiner bedruckter Schnipsel, Gutscheine oder »Creditos« genannt. Wer ein Kilo Mehl verkauft, kann dafür zum Beispiel 20 Gutscheine verlangen, für die er wiederum einen 15 creditos teuren Haarschnitt ergattern könnte.

Beim Beitritt kauft ein Neumitglied 50 Einheiten der »Sozialwährung«. Als Richtwert galt anfangs: ein Gutschein ent-

spricht einem Peso, doch die Preise schwanken stark. Zinsträchtigt anlegen kann man die Scheine nicht, denn sie sollen ständig zirkulieren und Konsum generieren. »Noch nie gab es ein System wie dieses, um den Menschen ihre Würde wieder zu geben«, meint Red-Global-Sprecher Pablo Covas, der 22 Jahre alte Sohn des Mitbegründers Horacio Covas.

Die Gutscheine verhalfen dem Trueque jedoch nicht nur zu Flexibilität und zu Wachstum. In der Quasi-Währung lag gleichzeitig das große Problem des Systems. Heloisa Primavera von der in

»Noch nie gab es ein System wie dieses, um den Menschen ihre Würde wieder zu geben.«

PABLO COVAS,
SPRECHER VON RED GLOBAL

Konkurrenz zu Red-Global stehenden Tauschring-Organisation Trueque Solidario kritisierte den auf Gutscheinen basierenden Warentausch in der Tageszeitung *Clarín*: »Es wurden immer mehr Creditos gefälscht, und das war ein schwerer Schlag für das Vertrauen der Menschen.« Seitdem sei der Enthusiasmus verflogen, und die Mittelklasse wende den Tauschmärkten den Rücken zu.

Red Global bestätigte, dass 500 Millionen Gutscheine gefälscht worden seien. Die Mitbegründer Carlos de Sanzo und Rubén Ravera sehen ein groß angelegtes Komplott hinter der Fälscherbande, von der 20 Mitglieder festgenommen wurden: »Der Druck der Gutscheine kostete mehr als den tatsächliche Gegenwert der Fälschungen.« Daher sei es offensichtlich, dass die Fälscher – ihm zufolge »Sympathisanten des Internationalen Währungsfonds« – sich nicht bereichern, sondern das Tauschsystem zerstören wollen. In Folge der Vertrauenskrise ist die Zahl der Tauschmärkte auf rund 1 000 geschrumpft. »Es besteht die Gefahr, dass der Tauschring sich auflöst«, mahnten die Organisatoren in *Clarín*.

Für Arbeitslose wie die 33 Jahre alte Andrea ist dieser Verfall des Tauschsystems eine schlechte Nachricht. »Ich lebe quasi jeden Tag auf dem Trueque«, sagt Andrea, die Krankenschwester war, bis sie beginnen musste, auf dem Trueque zu verkaufen. »Ich hatte kein Geld mehr, und damit meine ich: noch nicht mal zehn Cents«, sagt die schwarzhaarige Frau mit den indianischen Gesichtszü-

gen. Aber an guten Tagen habe sie alles, was sie zum Leben brauche, auf dem Markt der »Bernalesa« gefunden. Sie streicht mit der Hand über einen violetten Glitzerpullover, der auf ihrem halb leeren Tapeziertisch liegt. Um den Pullover hat sie eine Lederjacke, zwei Paar Stiefel, ein Schleifgerät und eine antiquierte Saftpresse drapiert. Doch nun bleibt selbst an guten Tagen die Hälfte der Tische leer.

Rubén Ravera meint, dass die Einführung einer geringen Sozialhilfe mitverantwortlich sei. Auch die lange gesperrten Konten der Argentinier sind mittlerweile wieder freigegeben, die offizielle Arbeitslosenquote ist von 21,7 Prozent im Mai 2002 unter 18 Prozent gefallen. Doch gleichzeitig hat der oft extrem niedrige Verdienst und der Wertverfall des Peso die Hälfte der Bevölkerung unter die Armutsgrenze fallen lassen, wie die Statistische Behörde Indec dokumentiert. Ein Bedarf an einer bargeldlosen Wirtschaft besteht also weiterhin.

Ein wichtiger Grund für die massive Abkehr vom Trueque könnte es daher sein, dass das aus den Theorien des Ökonomen Alvin Tofflers abgeleitete System der »produzierenden Konsumenten« nur sporadisch funktionierte. »Es gab ein riesiges Angebot an Handwerk, Kleidung, Geräten und Werkzeugen, aber nicht an Nahrungsmitteln«, schreibt der Ökonom Jorge Marchini in der Netzzeitschrift *Rebelión*. Marchini, der als Professor der Universität von Buenos Aires zur Gruppe Linke Ökonomen (EDI) gehört, fasst zusammen: »Es ist nicht denkbar, dass eine essenziell urbane und hoch komplexe Volkswirtschaft sich über Tauschringe organisieren kann.«

ARGENTINA

Las ferias del trueque

► **Red de intercambio solidario abre nuevas perspectivas para miles de argentinos.**

UNA NOVEDOSA experiencia de comercio en el que todas las transacciones se hacen a través del trueque y en el que los billetes y las monedas han sido reemplazados por bonos, se extiende cada vez más entre los argentinos.

Son miles las familias que ahora viven de su trabajo gracias a la existencia de estos centros de comercio llamados nodos, que basan su tarea en la solidaridad y el compañerismo, pero que también cambian el concepto de producción y consumo.

"Gracias al trueque ahora puedo tener lleno el congelador de mi heladera y hacer arreglos en mi casa", señala Adriana, ama de casa coordinadora del nodo Mármol de la red, que funciona en la parroquia Nuestra Señora de Luján en la localidad de José Mármol, 28 km del centro de Buenos Aires.

Adriana prepara dulces y conservas, además de exquisitos budines de naranja que son su especialidad. Su marido tiene empleo fijo, pero hace mucho que le redujeron el salario y con lo que ganaba ya no podía cubrir el presupuesto familiar. Por eso decidieron que Adriana comenzaría a integrar uno de los nodos.

En todo el territorio argentino funcionan 82 nodos de la Red Económica Social para la Producción, el Trabajo y el Intercambio. La mayoría de ellos están en la Capital Federal y en el Gran Buenos Aires.

Con una tasa de desocupación que ronda el 15% y otra de subocupación que alcanza el 25%, además del 48% de la población económicamente activa en la economía informal, la Red constituye un alivio para muchos.

La iniciativa nació hace cuatro años, cuando un grupo de trabajadores decidió transformar una fábrica que acababa de cerrar, la textil "La Bernalesa", en el primer nodo de esta Red Económica Social, que forma parte de una red global con nodos en España, Italia, Bélgica, Francia, Finlandia y Uruguay, entre otros países.

Constituyeron la red como una asociación civil sin fines de lucro y fijaron sus objetivos: "propiciar la reciprocidad y compensación de bienes y servicios

entre sus integrantes en el ámbito de la gestión comunitaria".

Las personas que se asocian a los nodos reciben el nombre de "prosumidoras", porque reúnen la característica de productoras de bienes o servicios y consumidoras de los mismos.

En las transacciones se utilizan bonos que reciben el nombre de "créditos", cuyo valor está relacionado con la mercadería.

"Cuando una persona se asocia debe pagar 50 centavos [US\$0.50], por lo cual tiene derecho a poner un puesto en el nodo, y se le entregan ocho créditos, con lo que comienza a vender sus productos y a comprar lo que ofrece el resto de los prosumidores", explica Adriana.

"Desde que integro el nodo compro todo aquí. Hasta pude hacer algunos arreglos en mi casa porque hay plomeros, pintores y albañiles que trabajan aceptando créditos como pago. Ahora el sueldo de mi marido nos alcanza para pagar los



servicios y los impuestos. Hasta conseguí un profesor de matemáticas que acepta créditos y mi hijo pudo prepararse para rendir un examen en la escuela secundaria", agrega Adriana con entusiasmo.

Armando y Marta tienen un puesto en el nodo. Armando trabajaba para una empresa importadora y hace tres años que fue despedido. Marta daba clases de yoga, pero con la crisis el número de alumnos disminuyó. Ambos son mayores de 50 años, de modo que sus posibilidades de encontrar trabajo en el mercado formal son prácticamente nulas.

Armando vende huevos frescos en el nodo y Marta ofrece dulces, conservas, manualidades y comidas caseras. Ambos compran toda su ropa en el nodo, como así también los alimentos y los artículos de tocador. Su hijo menor, que

tiene trabajo asalariado, les ayuda a pagar los impuestos y servicios.

"En el nodo hay muchos pequeños comerciantes que se arruinaron debido a la competencia de los grandes supermercados. Muchos vendieron a los nodos la mercadería que les había quedado. Pero luego adhirieron de tal manera a la filosofía de este proyecto, que ahora son firmes defensores de estas ferias del trueque", dice Armando.

Muchos pequeños comerciantes están afiliados a los nodos, como Beatriz y Luis, que tenían una pequeña fábrica de pastas que ahora funciona gracias a los nodos. Fabrican fideos tallarines, ñoquis, raviolos y otras pastas rellenas, que forman parte de la dieta de los argentinos, muy influenciada por la cocina italiana.

"Para nosotros participar en los nodos nos ayudó económica y psicológicamente", dice Beatriz. "Pensábamos que el mundo se acababa, que al cerrar nuestro negocio las oportunidades de trabajar en lo nuestro serían nulas. Pero ahora podemos mantener nuestra casa y la pequeña fábrica sin problemas. Además, acá conocimos a mucha gente que estaba en nuestra situación y que también salió adelante".

Los miembros de un nodo tienen derecho a participar como prosumidores de cualquier otro nodo, de modo que la circulación de asociados es muy amplia.

La modalidad del trueque ganó sus adeptos en la clase media que se vio muy afectada por los despidos masivos en la administración pública y en la industria en los últimos años, como así también por el cierre de los comercios minoristas.

Es común encontrar a una mayoría de mujeres a cargo de puestos, porque sus maridos buscan trabajo esporádico para contar con algo de dinero real. Pero ya son muchos los que aceptan créditos por sus servicios: odontólogos y profesores están dispuestos a trabajar a cambio de créditos.

Marcelo, por ejemplo, da clases de inglés, portugués e italiano y ahora comenzó a ofrecer un curso de lectura en sistema Braille. Marina, habilidosa peluquera, instala su puesto semanalmente en uno de los nodos. Jorge arregla electrodomésticos a cambio de créditos.

Cualquier persona puede asociarse a la red y hacerlo las obliga a trabajar con sentido comunitario y con transparencia.

"Los deshonestos quedan al descubierto enseguida y se terminan yendo solos, porque la misma gente deja de intercambiar con ellos cuando ve que sus fines no son los apropiados", dice Armando.

—DESDE BUENOS AIRES, DAFNE SABANES PLOU.

Suelen llevar riñoneras o pequeñas carteras. Parecen no hacer nada, pero en el momento preciso lanzan el grito de guerra: "Cambio, cambio".



Por Alejandra Dandan

Para empezar hay que olvidarse de Buenos Aires. Por un rato, ninguna de esas doce cuadras de la city es lo que parece. Están los bancos, están las agencias de cambio, pero en medio de todo eso hay un furioso tránsito humano que, *sotto voce*, trabaja en el oscuro mundo del dólar paralelo. En ese mundo que tiene un staff de arbolitos bien poólar, están cambiando las cosas: hace unos días entraron las arbolitas superpoderosas. Ellas son las mujeres que, hartas de las promociones callejeras y los puestos ambulantes, largaron todo para ponerse a pedalear en la bicicleta financiera. Están tan entusiasmadas con eso de cambiar billetes que al final del día consiguen mejores números que sus colegas de especie. Las arbolitas son tantas como las caras y las procedencias. Algunas llegaron del Paraguay sólo para ganar los 100 o 150 pesos que levantan en un día, hay de Bolivia y de Perú, pero también muchas argentinas. Ahí, en ese universo supervertiginoso y especulativo aprenden de todo, incluso los códigos de supervivencia de esta selva.

El Negro Flores lo cuenta fácil: "Mirá—dice—, son todas paracaidistas, acá ninguna es de carrera. La carrera del Negro Flores es la de arbolito. Hace años maneja ese asunto de andar cambiando plata en la calle y nunca como ahora vio tantas mujeres. Ellas parecen decididas a cambiar de rubro como lo hicieron esas tres mujeres peruanas que se acercan tímidamente a la parada de Flores.

Las tres se aproximan ahora como una avanzada de cualquier ejército aunque sus armas, claro, no son diseños de guerra convencionales. Las de la city hacen su guerra armadas con riñoneras, lentes negros, pinturita roja en la boca y una cara

Paracaidistas: "Estas son todas paracaidistas, acá ninguna es de carrera", dice el Negro Flores, un arbolito con años de experiencia en el negocio callejero.

de nada tan clara que podrían pasar hasta por monjitas. Están ahí, haciendo nada, contra una pared o caminando hasta que de pronto casi se paran y gritan "cambio/cambio" como en voz de guerra.

Las arbolitas paracaidistas referidas por el Negro Flores nunca fueron paracaidistas, ni hicieron saltos al vacío. Lo más azaroso en sus vidas fue, tal vez, esa incursión atrevida en esta selva donde lo único que hay son demasiados arbolitos, pero hombres. Hace unos diez días, Claudio conoció a una de ellas en una de las esquinas más top de la city.

—Tenía una mesa justo en Corrientes y San Martín.

—¿Una mesa de dinero?

LAS MUJERES QUE PISAN FUERTE EN LA BICICLETA DE LA CITY

Arbolitas

—Qué mesa de dinero, de remeras, de relojes y todo eso.

Es verdad. Cuando la especulación por el dólar despertó a todo ese mundo de árboles que andan por aquí, ellas abrieron bien los ojos. Al principio sólo miraban, pero pocos días después, entre remera y remera fueron diciendo "cambio/cambio" cada vez más desatadas. Al final se desataron del todo y ahora mientras una parte aún cuida el viejo negocio, otras andan entre la gente que hace fila en agencias de cambio o en los bancos.

El mundo de arbolitas importadas del Perú es poderoso sobre Corrientes y sólo alguna parte sigue camino hacia San Martín, pero ahí, ahí es otra historia. Sólo se aceptan superpoderosas más viejas y entrenadas.

Arbolita primera

—¿Profesión?
—Directora de cine.
—¿Ocupación?
—Cambio dólares, hago cuatro horas de cola por día.

La arbolita Cristina es egresada, dice, de la Escuela Superior de Artes Visuales. Tiene 24 años y el pelo larguísimo. En la era convertible hacía una película subsidiada por el INTA, cuando la crisis se enfureció se cayó el dinero, la película y su vida entera. Se hizo árbol de día a partir del viernes 18 de enero.

—Sabés qué pasa con las minas —dice un árbol, es decir uno de los que cambia billetes un poco más adelante.

—¿Qué?
—No tienen permiso, bah... Nadie tiene permiso, pero ellas vienen, se ponen acá y te la quitan a vos que la estás "poniendo".

Lo que "ponen" los arbolitos es lo que ellos definen como "arreglos", una suerte de coima que les permite seguir de pie durante todo el día. El cambio es ilegal y para poder hacerlo pagan,

Algunas eran promotoras callejeras;

otras, estudiantes.

Hay extranjeras

—peruanas,

bolivianas— que hasta

hace poco vendían en

puestos improvisados.

Todas ellas son ahora

arbolitas: aprendieron

con velocidad los

trucos de la selva y

dicen que consiguen

más clientes que los

hombres.

algunos le pagan a la policía y otros a quienes trabajan para mesas de dinero clandestinas. Las chicas se salvan, o tal vez se cuidan más.

Como la chica Chips, que está ahora en Lavalle y Florida. Está dando vueltas entre la turba de gente que busca cambio frente a la agencia que está en esa esquina. Tiene un fajo en la mano, pero no tiene billetes sino unas promociones que funcionan como un cobertura. Cuando pasa alguien sospechoso dice cualquier cosa, menos ese mecánico cambio/cambio que le deja la voz gastada. La arbolita Chips no es ni una de las amas de casa que enloquecieron con el tema de la

especulación y, según se cuenta por aquí, andan también a la caza de clientes. No es tampoco una de las paraguayas que llegaron a la patria financiera para empezar con el pedaleo. Ella fue hasta ahora promotora en un local de Lavalle. Cuando empezó la cuestión con el dólar, su jefe le ofreció una comisión y un nuevo trabajo. En la misma esquina son dos, con ella está otra empleada del mismo lugar. El punto es que son más efectivas que los hombres; ellas aseguran que hacen más ventas que sus colegas de parada.

—¿Por qué es eso?

—La gente te cree más, por la cara. El tema es que con los tipos tenés que ser rápida.

—¿Por?

—Sí, tenés que ser más rápida que ellos porque si no te pasan. Pero ahora no puedo hablar, no puedo hablar.

Y dijo demasiado. Tal vez por eso, ahora mismo, un sujeto la agarra por el brazo y se la va llevando bien lento. En unos minutos, los dos desaparecerán dentro de un local de Sacoa, pero antes paran dos veces en la peatonal. Ella habla y él la reta. Ella vuelve a decir algo que ahora no se escucha y él no deja de hablarle mientras se la lleva.

En la misma esquina, el día siguiente las cosas son un poco distintas. La arbolita Chips sigue ahí con su amiga. El trabajo principal de las promotoras devenidas en especies arbóreas es ahondando el contacto: buscan clientes y los ponen en contacto con su jefe. El resto de la operación queda en las manos de ese hombre y en general se cierra en cualquiera de los locales de la peatonal donde aparentemente se vende todo menos dinero.

Esa especie de vida paralela que, de pronto, aparece en todos lados, es una de las cosas que más le gustan a la cineasta que todavía sigue haciendo la cola en Velox, una de las casas de cambio de Sarmiento y

San Martín que en algunos momentos del día está repleta. En ese momento, Cristina lleva exactamente 1 hora con siete minutos esperando para cambiar 1000 dólares, tope máximo en esta agencia. Con esa suma se está moviendo todos los días. Todos los días hace una cola, cambia dólares, los vuelve a vender y con la diferencia sobrevive. La brecha entre la compra y la venta que en general es de diez o quince centavos por dólar, nada más, le da buenos resultados y por eso insiste.

La cola del Velox esta mañana está llena de agitados con espíritu cacero. Por lo que parece, la casa de cambio ofrece el mejor precio a la redonda.

—¿Tanto esperan por diez centavos más en el cambio?

—Qué diez centavos, ni diez centavos —dice uno—: hacé la suma, ¡es una fortuna!

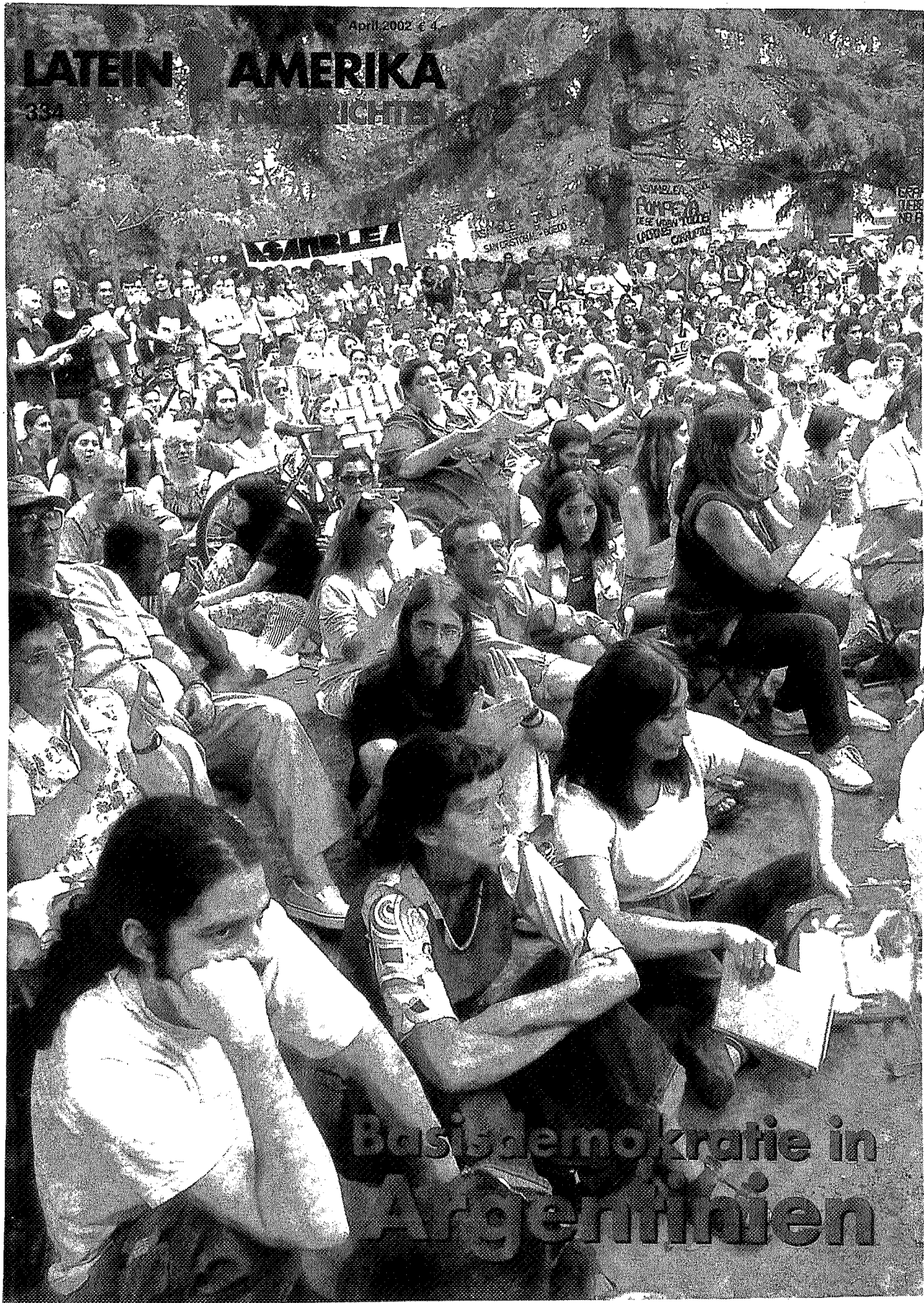
Carrera: "Cambio dólares, hago cuatro horas de cola por día". La arbolita Cristina es egresada, dice, de la Escuela Superior de Artes Visuales.

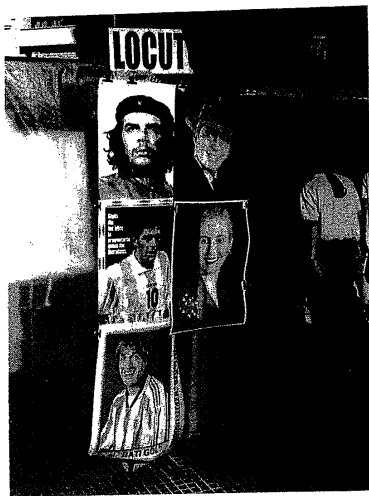
Tal vez de paso, Cristina esté imaginando algunas de las mejores imágenes de *Nueve Reinas*. Ese contorno de pases, de manos que pasan sueltas, que disimulan pero están recargadas de dinero, tiene algo de lo que Juan llama "pasamanos". Juan, además de arbolito, se hizo jefe de arbolitos. Un día estaba "arbolando" por Corrientes y se paró frente a una promotora. Le preguntó cuánto ganaba por día. Ella dijo diez pesos. El puso tono de retruco y le ofreció el doble: "Te doy eso, más comida, más un toque por los tipos que me traigas".

Después de todo, nadie puede evitarlas.

—Eso sí —dice el árbol Juan—, si quieren ¡te voltean!

Neue soziale Bewegungen: Rückkehr in die Bedeutungslosigkeit?





Angelöst von einer massiven Wirtschaftskrise (vgl. IZJW 258) kam es im Dezember 2001 in Argentinien zu einem Aufstand. Über Monate hinweg gelang es den Aktivistinnen der sozialen Bewegungen, ihrer Forderung nach einer solidarischen, nicht-neoliberalen Wirtschaftspolitik Nachdruck zu verleihen. Doch wie sieht es heute aus, nachdem die Mühen des (politischen) Alltagsgeschäftes den anfänglichen Schwung dämpfen? Dieser und anderen Fragen geht das *Colectivo Situaciones* aus Buenos Aires in seinem demnächst auch auf Deutsch erscheinenden Buch *Que se vayan todos!* nach. Das *Colectivo Situaciones* ist ein Zusammenschluss linksradikaler Aktivistinnen mit akademischem Hintergrund (vgl. IZJW 259 und 260).

Orte der Hoffnung

Die Dynamik des sozialen Widerstandes in Argentinien

vom *Colectivo Situaciones*

► Der Aufstand des 19. und 20. Dezember 2001 in Argentinien hatte eine doppelte Stoßrichtung. Zum einen beinhaltete er ein klares »Nein« zur kapitalistischen Art und Weise, das politische und wirtschaftliche Leben zu organisieren. Zum anderen ging es in ihm darum, Kategorien und Mentalitäten zu entwickeln, in denen ein *neuer sozialer Protagonismus* Gestalt gewinnen kann. Diese beiden Aspekte des jüngsten sozialen Widerstands in Argentinien wollen wir anhand dreier miteinander verflochtener Dynamiken nachzeichnen.

Die erste Dynamik speist sich aus der Erprobung von alternativen Lebensformen, die parallele Kreisläufe der Produktion, der Verteilung und des Konsums von Gütern und Kenntnissen fördern. Sie stellen den permanenten Versuch dar, alltäglich die soziale Reproduktion zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, die Entwicklung

zweier in Argentinien heute grundlegender Praxisformen genauer zu betrachten: die Bewegung der Stadtteilversammlungen (*Asambleas*) sowie die Netzwerke der Tauschringe (*Trueques*).

Versammeln, besetzen, tauschen

► Obwohl in der letzten Zeit die Teilnahme an den *Asambleas* zurückgegangen ist, so haben sich doch kleinere Gruppen konsolidiert. Aufgrund von Konflikten mit den alten Kadern der Linken verlassen Basis-Aktivistinnen manchmal die Versammlungen, um sich anderen Aufgaben zu widmen. Andere halten eine oft spannungsgeladene Zusammenarbeit mit den Parteikadern aufrecht. Die Dynamik der Versammlungen ist somit von einer gegenläufigen Bewegung gekennzeichnet: Die abnehmende Teilnahme steht im Kontrast zur Vergrößerung der Vielfalt. In

den vergangenen Monaten entstanden in der Bewegung der Versammlungen vor allem zwei Initiativen. Die erste ist die Besetzung verlassener Gebäude, die sich formal im Eigentum des Staates, der Gemeinden oder in Privateigentum befinden. Diese Besetzungen dienen zur Durchführung von gemeinschaftsbezogenen und kulturellen Aufgaben und sind Teil einer Strategie der Wiederaneignung des eigenen Stadtviertels. In den ersten Wochen nach dem Aufstand im Dezember 2001 herrschten hingegen praktische Optionen vor, die vor allem an die politische Gesamtlage Argentiniens geknüpft waren.

Die zweite Initiative ist die Verknüpfung der Stadtteilversammlungen mit den von ArbeiterInnen in Eigenregie weitergeführten Produktionsstätten, nachdem sie durch die privaten EigentümerInnen offiziell geschlossen worden waren. Bis jetzt beinhaltet diese Beziehung vorwiegend den Versuch, sich

gegenseitig zu unterstützen. Dazu gehört die Förderung von – noch unter prekären Bedingungen arbeitenden – Netzen der Alternativökonomie, in denen die Betriebe ihre Produkte verkaufen können, sowie konkrete politische Solidarität gegen staatliche Repression und drohende Räumungen der Produktionsanlagen. Darüber hinaus haben sich die Versammlungen der *Cartoneros* angenommen – den Menschen aus den Vorstädten von Buenos Aires, die sich dem Auf sammeln von verwertbarem Müll, vor allem von Papier und Karton, widmen. Aus dieser noch neuen Verbindung entstand bei einem Teil der Versammlungen der Impuls zur Gründung von selbstorganisierten Volksküchen und Kindergärten.

Seit jetzt schon sieben Jahren weitet sich die Bewegung der Tauschringe aus. Sie bilden eine erstaunliche alltägliche Praxis solidarischer Ökonomie, welche eine bemerkenswerte Größenordnung erreicht hat. Diese Form des Tausches ist die spezifische Weise, in der Millionen von Menschen einen Güttel ihrer Existenzprobleme lösen und viele darüber hinausgehende Bedürfnisse befriedigen. Die Tauschpraxis ist eben nicht nur eine Überlebensstrategie. Sie umfasst alternative Praktiken im Umgang mit Geld und Waren. Der solidarische Tausch bricht mit den formalen Distributionsstrukturen und setzt auf Vergesellschaftungsformen, die nicht vom kapitalistischen Markt bestimmt sind. Auch wenn die Ausweitung der Tauschringe sich zeitgleich mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise vollzog, so kann dieses Phänomen alternativer Ökonomie nicht auf die Suche nach der Lösung individueller Überlebensprobleme reduziert werden. Die *ProsumentInnen*, in welchen sich die Funktionen von ProduzentInnen und VerbraucherInnen neu zusammenfinden, umfassen alle Bereiche des alltäglichen Lebens: Gesundheitsdienste, Handwerksdienstleistungen, Computervisiten und vieles mehr.

Hauen jetzt alle ab?

► Die zweite Dynamik, die in den Stadtteilversammlungen virulent geworden ist, bezieht sich darauf, wie der im Dezemberaufstand entstandenen Lösung *Que se vayan todos* (Alle sollen abhauen!) Sinn verliehen werden kann. Angesichts der anstehenden Präsidentschaftswahlen wollen einige diese Lösung wahlstrategisch umsetzen. Sie fordern eine verfassungsgebende Versammlung, die das politische Mandat neu bestimmen und die bisherigen Mandatsträger kompromittiert austauschen würde. Dieser Vorschlag stammt von Strömungen, die mit den vorhandenen Links- und Mitte-Links-Parteien sympathisieren. Diese drohen mit einer um-

fassenden Wahlenthaltung für den Fall, dass die derzeit gültige Wahlgesetzgebung nicht radikal verändert wird, und beschwören ihre Treue zu den sozialen Bewegungen. Die traditionellen Parteien dagegen lehnen diese Initiative als undurchführbar ab.

Auf der anderen Seite steht der Versuch, ein Bündnis aller *Piquetero*-Organisationen zu erreichen. Dieser Vorstoß besaß angesichts der zahlreichen *Piquete* (Straßenblockaden) vor allem in den ersten Monaten nach dem Dezemberaufstand eine enorme Attraktivität. Für diese Initiative sprach, dass sie die Herausbildung eines neuen sozialen Protagonismus anerkannte. Gleichzeitig war sie jedoch zu sehr von der traditionellen Zentrierung auf die Machtfrage geprägt, ohne sich zu fragen, inwieweit der neue Protagonismus auf der grundsätzlichen Infragestellung dessen beruht, was üblicherweise als »Politik« bezeichnet wird.

Die dritte Dynamik betrifft die Zerbrechlichkeit dieser Bewegungen angesichts der Kräfte, die in Argentinien eine brutale Rekolonialisierung des sozialen Raums bewerkstelligen wollen. Wir sind heute mit einer wachsenden legalen und illegalen Repression

Die Tauschringe bilden eine alltägliche Praxis solidarischer Ökonomie

konfrontiert, welche die sozialen Bewegungen direkt angreift, wobei die *Piquetero*-Organisationen im Zentrum des Angriffs stehen. Die Repression tritt sowohl in staatlicher Uniform als auch mit einer ganzen Palette anderer Vorgehensweisen auf. Sie stützt sich auf Personen, die im Dienste der letzten Militärdiktatur gestanden und deren Methoden übernommen haben. Wir sprechen hier von polizeihähnlichen Söldnergruppen, Halbstarckenbanden mit Maffiakontakten sowie Sicherheitsunternehmen, die sich zu Privatarmeen entwickelt haben und im Dienst von Konzernen oder Gruppierungen der politischen Macht stehen. Der Angriff auf radikale gesellschaftsverändernde Praxen muss nicht unbedingt eine ist ein klassischer Staatsstreik nötig, um die Gewalt gegen emanzipatorische Initiativen zu eskalieren. Die Repression teilt die Bewegung auch in »Sektoren« auf, um sie organisatorisch zu schwächen.

Schwacher Staat, starker Staat

► Die den Dezemberereignissen zugrundeliegenden Strukturen Argentiniens haben sich bis heute im Wesentlichen nicht geändert. Die Krise der *Institutionen* (Minderheitsregierung), der *Legitimität* (durchgehende Ablehnung der Parteien und politischen

Köpfe, schwindelerregend hoher Grad an Korruption im öffentlichen und privaten Bereich), der *Politik* (Hegemoniekrise aufgrund der Unfähigkeit, ein Projekt nationaler Integration umzusetzen), der *Wirtschaft* (fortgesetzte Anwendung des Neoliberalismus und Zerstörung der produktiven Basis des Landes), der *Finanzen* (Fortdauer der Zahlungsunfähigkeit und des Ressourcentransfers in die Zentren des Kapitalismus) sowie des

Heute erscheint Lateinamerika wieder als ein ausgebeutetes Territorium

sozialen Lebens ist ungeboren. Das drückt sich aus in der Arbeitslosenrate, immer prekäreren Lohn- und Arbeitsbedingungen und in der durch die Privatisierungen hervorgerufenen Zerrüttung des sozialen Kompromisses, auf dem der Wohlfahrtsstaat beruht. Der Staat ist als Garant nationaler Integration nicht mehr funktionsfähig. Er erfüllt die von ihm vormals erfüllten Aufgaben, wie zum Beispiel die Ausübung des Gewalt- und Geldmonopols, nicht mehr. Die Akteure emanzipatorischer Gegenmacht werden dennoch weiter mit einem Staat konfrontiert sein, der seine Fähigkeiten zur Repression und zur Kooptation ausbaut.

Zu Recht wurde festgestellt, dass der Nationalstaat nur sehr begrenzt als Rahmen taugt, wenn nach einer Szenarie für eine künftige Revolution gesucht wird. Es ist offensichtlich, dass die argentinische Gesellschaft sich in einem Schrittlift von Kraftlinien befindet, die weit über das Land hinausweisen. Tatsächlich führen die neoliberalen Politiken heute zu weit reichenden Verwerfungen in der ganzen Region. Zur Zeit sind vor allem Brasilien und Uruguay betroffen, obwohl diese Länder keineswegs so geliebte Schüler der internationalen Finanzinstitutionen waren wie Argentinien. Aber auf je eigene Weise haben auch sie es nicht vermocht, sich der Kultur und den politischen Strategien des real existierenden Kapitalismus zu entziehen. Die politische Situation in jedem dieser Länder unterscheidet sich stark voneinander, aber ihr Schicksal ist eng miteinander verknüpft. Wie schon vor Jahrhunderten erscheint Lateinamerika heute als ein ausgebeutetes Territorium, aber auch als Ort der Hoffnung. Die *Zapatistas* haben wie wenige andere auf diese Janusköpfigkeit hingewiesen. Das Gleiche tun heute die argentinischen *Piqueteros*.

► Der Text beruht auf der Einleitung zu: *Colectivo Situaciones, Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien*, Berlin/Hamburg 2003, Verlag Assoziation A. Übersetzung: Stefan Ambrorst

Alle sollen verschwinden!

fólksküchen, Entführungen und brennende Gebäude | Moritz Koch

Tausende haben sich an einem kalten Vintertag in Buenos Aires am Obelisk in der Avenida 9 de Julio versammelt. Die Dachorganisation der Arbeitslosenbewegung, der Bloque Piquetero Nacional sowie radikale Gewerkschafter des Polo Obrero haben zusammen mit Basisorganisationen und der Arbeiterpartei Partido Obrero ihre Anhänger mobilisiert. Sie wollen zum Regierungspalast ziehen und dort die Plaza de Mayo, den zentralen Platz der Hauptstadt, besetzen.

Am späten Nachmittag hat sich der Demonstrationzug formiert und setzt sich in Bewegung. An der Spitze marschieren die Ordnungsdienste der verschiedenen Gruppierungen. Junge Burschen, in Reih und Glied, viele von ihnen sind verumumt und mit geschälten Holzprügeln bewaffnet. Dahinter folgt die Menge. 12.000 DemonstrantInnen skandieren: »Pi-que-tero, carajo!«. Und das seit Monaten allgegenwärtige »Que se vayan todos!«. Alle sollen verschwinden.

Die Forderungen der DemonstrantInnen klingen utopisch. Die Arbeiterpartei spricht von »einer Verdoppelung« des bislang bei 150 Peso (ca. 40 Euro) liegenden monatlichen Entgelts in den staatlichen Beschäftigungsprogrammen. Angestellte sollen monatlich einen Mindestlohn von 600 Peso bekommen (ca. 160 Euro) und das staatliche Arbeitslosengeld müsse auf 500 Peso erhöht werden. Die Enteignung der besetzten Fabriken (im Süden des Landes) steht bei der kleinen Arbeiterpartei genauso wie ein »Stopp der Zinszahlungen an den IWF« nebst der »Errichtung einer Regierung des Proletariats« auf dem Programm.

Zwanzig Minuten später wird es auf der Demonstration spannend. Einheiten der Landes- und der Bundespolizei haben sämtliche Zugänge zur Plaza de Mayo abgeriegelt. Der Zugang von der Avenida Diagonal Norte ist mit mannshohen Gitterbarrikaden versperrt. Dahinter wartet die Staatsgewalt: Wasserwerfer, Reiterstaffeln und schwer bewaffnete Polizisten. Fünfzig Meter vor der Absperrung macht der Demonstrationzug halt. »Piquetero, carajo!« Der eine oder andere blickt sich nach Steinen. Eine Demonstrantin drückt mir eine Zitrone in die Hand. »Gegen das Tränengas, wenn's losgeht.« Viele scheinen darauf nur zu warten.

Die Bewegung der Piqueteros, der verarmten Unterschicht, der Arbeitslosen und Zeitarbeiter, sucht sich immer wieder durch konfrontative Aktionen Gehör zu verschaffen. Sie blockiert Straßenkreuzungen und die Eingänge zu Fabriken oder Supermärkten. Oft geht es um konkrete Auseinandersetzungen wie die Bezahlung ausstehender Gehälter oder die staatliche Förderung von Arbeitslosenprogrammen. Immer wieder kommt es dabei zu Zusammenstößen mit der Polizei. Und nicht selten schießt sie scharf. Fotografen hielten vor wenigen Monaten fest, wie Beamte der Provinz Buenos Aires im Vorort Avellaneda zwei Arbeitslosen-AktivistInnen kaltblütig erschossen.

Doch diesmal bleibt es friedlich. Nach einer halbstündigen Verhandlung zieht die Polizei die Gitter beiseite und lässt den Zug zur Plaza de Mayo passieren. Nach einer kurzen, flammenden Ansprache wird in der kalten Winternacht das Lager aufgeschlagen. Zelte werden aufgebaut, Rock Nacional ertönt und Mateete wird ausgeteilt. Rund 6.000 Menschen bleiben über Nacht hier. Am Morgen beendet die Polizei ohne größeren Widerstand die Besetzung. Alles gut gegangen. Ich schenke meine Zitrone einem der Cartoneros, einem der Lumpen- und Papiersammler, die Flugblätter vom Boden einsammeln.

In El Jaguel brennt ein Gebäude. Alle vier

privaten Fernsehkanäle zeigen die gleichen Bilder. Das Polizeikommissariat in El Jaguel, am südlichen Rand von Buenos Aires, steht in Flammen. Eine aufgebrachte Menge wirft Steine, brennende Autowracks blockieren die Straßen. Eine Polizeieinheit verfolgt zunächst untätig das Geschehen. Was ist passiert?

Anfang Juli wurde in Jaguel der 17-jährige Schüler Diego Peralta entführt. Kidnapping ist in Mode gekommen. Oft geht es um Lösegelder in Höhe von 200 US-Dollar. Das Opfer kommt bei Bezahlung in der Regel schnell wieder frei. Anders im Falle Peraltas, der trotz einer Lösegeldzahlung verschunden bleibt. Brisant wird die Angelegenheit, als drei Polizeibeamte der Provinz Buenos Aires von Ermittlern der Bundespolizei verhaftet werden. Sie waren mit der Aufklärung des Falls Peralta betraut, transportierten aber im Kofferraum ihres Dienstwagens selbst ein gefesselter Entführungsoffer. Die Bundespolizei übernimmt danach die Ermittlungen im Fall Peralta. Erfolgrlos. Mitte August wird im Bezirk Quilmes (Provinz Buenos Aires) eine in einem Tümpel treibende Leiche gefunden. Sie trägt deutliche Spuren von Misshandlung. Die Zähne sind ausgeschlagen, die Fingerkuppen abgetrennt.

Als die Behörden den Tod Peraltas bekannt geben, zündet eine wütende Menge das Kommissariat an. Vor laufender Kamera wird ein nahe gelegener Supermarkt geplündert und der Feuerwehr der Weg versperrt. Die Polizei setzt schließlich Gummischrot und Tränengas ein. Es herrscht eine latente Wut in Argentinien, gemischt mit Hilflosigkeit gegenüber einem Teufelskreis aus Korruption und Wirtschaftskrise. Eine Wut, die sich überall und plötzlich entladen kann.

Ein Gespenst geht um im Land und in den Strassen der Hauptstadt: Der Hunger. Es gab sie immer schon, die abgerissenen Gestalten, die halb legalen Krimskrams-Händler, Klebstoff schmelzende Straßenkinder, Bettler und Lumpensammler. Aber ihr Zuwachs in den letzten Monaten ist schockierend. Jeden Nachmittag drängen die Cartoneros aus den »Villas«, den Elendsquartieren, mit den Ziegen ins Zentrum der Stadt. Von den Endbahnhöfen Constitucion- und Retiro schwärmen sie ins Stadtgebiet aus. Sie ziehen Karren und tragen riesige Plastiksäcke und wühlen sich bis in die Morgenstunden durch den Abfall der Stadt. Sie suchen nach Wertstoffen wie Papier, Glas, Dosenblech, Textilien. Aber auch nach Essensresten. Es sind Tausende, die so Nacht für Nacht durch die Straßen von Buenos Aires ziehen, die meisten sind Kinder. Für ein Kilo Altpapier bekommt ein Cartonero vom Recyclinghändler etwa vierzig Centavos. Um in einer Nacht zehn Peso (keine drei Euro) zu verdienen, müsste ein Cartonero 25 Kilo Altpapier aufklauben.

Aber die extreme Krise hat auch eine erstaunliche Welle der Solidarität ausgelöst. Nachbarschaftsinitiativen organisieren Spendenaktionen. Gewerkschaften, Bürgerrechtsgruppen wie die Madres de Plaza de Mayo haben »Comedores populares« eingerichtet. In diesen Volksküchen erhalten Bedürftige täglich zwei Mahlzeiten gratis. Die Medien rufen gar zur Mülltrennung auf, um den Cartoneros die Arbeit zu erleichtern. Viele Pizzerias und Bäckereien verteilen jeden Abend das Übergebliebene an die Schlange der Hungerigen.

Repressionsmaßnahmen gegen Arbeiterinnen

Zur Räumung der Textilfabrik Brukman

Vier Tage lang harteten die DemonstrantInnen vor der Textilfabrik Brukman in Buenos Aires aus, um die Rückgabe der Fabrik an die Arbeiterinnen zu erwirken, nachdem diese am 18. April auf den Befehl zweier noch aus der Militärdiktatur stammender Richter von der Polizei geräumt worden war. Die Fabrik war im Dezember 2001 von den Arbeiterinnen besetzt worden, nachdem die Besitzer, die ihnen den Lohn für mehrere Monate schuldeten, nicht mehr erschienen waren. Seitdem betrieb die Arbeiterinnen die Fabrik in Eigenregie. Zum Zeitpunkt der Räumung, mittlerweile schon die dritte in anderthalb Jahren, fertigten dort 56 Arbeiterinnen Kleidung an. Einige der DemonstrantInnen quartierten sich Tag und Nacht in Zelten ein. In den Nächten wurden Kinovorführungen und Rockkonzerte veranstaltet.

Am Morgen des 21. April hatten sich Piqueteros aus dem unabhängigen und dem linken Spektrum an verschiedenen Orten der Stadt versammelt und waren zur Fabrik im Stadtviertel Once gezogen. Dort trafen sie auf Mitglieder von Asambleas (Volksversammlungen) und Menschenrechtsorganisationen, StudentInnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Gemeinsam mit den Arbeiterinnen der Fabrik und den Madres de la Plaza

trantinnen Zuflucht gefunden hatten, wurde von den Sicherheitskräften unter Tränengasbeschuss eingekerkert.

Hebe de Bonafini, Präsidentin der Madres de la Plaza de Mayo, erklärte in einer Asamblee, die sich am Abend spontan auf der Plaza de Congreso bildete, die Einnahme der Universität erinnere an die Repressionen zu Zeiten der Militärdiktatur. Im Anschluss an die Rede Bonafinis beschloss die Versammlung zu den Kommissariaten zu ziehen, um die verhafteten DemonstrantInnen zu unterstützen.

Im Verlauf der Repressionen am Montag kam es zu über 120 Festnahmen und mindestens 30 Verletzten. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen handelte es sich um die schwerste Repression seit dem vergangenen 27. April, als die Polizei bei einer Straßensperrung zwei Piqueteros regelrecht exekutierte.

Die brutale Niederschlagung der Proteste sechs Tage vor der Präsidentschaftswahl überraschte einen Großteil der DemonstrantInnen. Die Arbeiterinnen von Brukman waren durch die Selbstverwaltung der Fabrik bekannt geworden, die Fabrik selbst wurde zu einem Symbol der argentinischen Protestbewegung. Bis zuletzt hatten sich die Arbeiterinnen Vermittlungsversuchen diverser Abgeordneter widersetzt und wehrten sich gegen jegliche Bevormundung durch vertikale Organisatio-

nen, auch gegen die der traditionell linken Parteien Argentiniens, die die Fabrik in eine Kooperative umwandeln wollten. Die Arbeiterinnen forderten hingegen die Verstaatlichung der Fabrik.

Als Reaktion auf die Repression am Dienstag errichteten die Arbeiterinnen, erneut begleitet von 7000 DemonstrantInnen, ein »Zeit des Widerstandes« zehn Meter von den Absperrungen entfernt. »Wir werden nicht mit nichts in den Händen nach Hause zurückkehren. Deswegen werden wir hier ein Camp aufschlagen, bis sie uns die Fabrik zurückgeben!«, verkündete Celia Martínez, Sprecherin der Arbeiterinnen der Brukmanfabrik.

Nach zwei Tagen wurde in der Nacht des 24. April überraschend der Absperrungszaun, der die vier Blöcke um die Fabrik herum zu einer scheinbar militärischen Zone machte, von der Polizei geräumt. Die DemonstrantInnen, sichtlich verunsichert über das Verhalten der Polizei, näherten sich langsam der Fabrik in der Hoffnung, sie auch betreten zu können. Jedoch wird der Eingang der Fabrik noch immer von einem Großaufgebot der Polizei bewacht.

Die Arbeiterinnen riefen zu einer Solidaritätsbekundung am Sonntag auf, genau zum Zeitpunkt der Schließung der Wahllokale. Damit wollen sie den Protest gegen die Zwangsäumung der Fabrik fortsetzen.

Timo Berger

ARGENTINIEN

Armee des Hungers

In Argentinien durchwühlen Arbeitslose den Müll

Cartoneros, Kartonsammler, werden sie genannt und gehören seit einem halben Jahr zum allabendlichen Stadtbild von Buenos Aires: Mehr als 100.000 Menschen eilen mittlerweile jede Nacht mit Wägelchen und Karren die Straßenränder entlang und füllen sie mit dem Abfall der Metropole.

Wenn es Abend wird, kommen sie. Regelmäßig immer um achtzehn Uhr, und es werden täglich mehr. Wie eine Armee strömen sie in die Hauptstadt Argentiniens. Aus allen Vororten rollen lange Kolonnen alter LKWs, Pferdekutschen, Kühllastwagen, ausrangierter Busse und Züge in die Stadt. Sie sind vollgepackt mit Menschen und Karren. Zielstrebig fahren sie auf bestimmte Straßenecken zu und laden ihre „Fracht“ aus. Ein ganzes Heer Arbeits- und Hoffnungsloser zieht dann schnellen Schrittes durch die Straßen von Buenos Aires, den Blick gesenkt hinter hochaufgetürmten Wagen. Familien von den Großeltern bis zu den Enkeln sammeln Papier, Dosen und Essbares aus dem, was andere weggeworfen haben. Mit bloßen Händen öffnen sie in Windeseile Müllbeutel für Müllbeutel am Straßenrand, suchen Verwertbares raus und schließen den Sack wieder. Um zu überleben, gilt es, schneller als die Müllabfuhr zu sein.

Wie eine stille Armee, die am liebsten unentdeckt bliebe, arbeiten sie. Eine Armee, die mit dem Würdelosesten um Würde kämpft. Sie sind die wahren Verlierer der Wirtschaftskrise in Argentinien. Arbeitslos geworden, bleibt ihnen nichts anderes, als vom Wiederverwertbaren der Gesellschaft zu überleben.

Cartoneros gibt es schon lange in Argentinien. Neu ist, dass dies der einzige „Berufsweig“ im Aufschwung ist. Ein bitterer Aufschwung freilich, der der argentinischen Gesellschaft den Spiegel vorhält. Der Müll verkörpert heute für viele die einzige Hoffnung, nicht in die Kriminalität abrutschen zu müssen. Das Land kann nicht länger von sich glauben, in der „Ersten Welt“ angekommen zu sein. Buenos Aires mit seinem Glitzer und Glimmer, mit seinem Weltstadtgetöse, entblößt sich als Fassade. Die Armut hat seit jeher in unmittelbarer Nachbarschaft zu den städtischen Zentren gewohnt. Heute dringt sie, getrieben vom Hunger, alltäglich nach Sonnenuntergang bis ins Zentrum vor und erinnert die Porteños, die Einwohner von Buenos Aires, daran, in welcher Seifenblase sie wohnen.

Vom Heer der Arbeitslosen zur Armee der Müllsammler

Im Dezember vergangenen Jahres brach Argentinien's Wirtschaft nach vier Jahren Rezession endgültig zusammen. Das Land erklärte sich mit über 140 Milliarden US-Dollar Schulden zahlungsunfähig. Innerhalb von sieben Tagen zogen vier verschiedene Präsidenten in die Casa Rosada ein. Vor deren Türen wütende Proteste, Plünde-

rungen, der Ausnahmezustand, Tote. Die Krise traf vor allem die Mittel- und die Unterschicht. Die Abwertung des Peso, der bis Anfang des Jahres an den Dollar gekoppelt war, trieb die Hälfte der argentinischen Bevölkerung in die Armut. Über 21 Prozent beträgt die offizielle Arbeitslosenquote, die Dunkelziffer wird weit höher liegen. Im Fernsehen werden heute Arbeitsplätze als TV-Gewinn verlost, seit Monaten campieren Gläubige vor der Kirche des Schutzpatron der Arbeit San Cayetano in Buenos Aires und erst im September bewarben sich an nur einem Tag mehr als 10.000 Personen, viele von ihnen mit Universitätsabschluss, für nur 350 Stellen in einer Supermarktkette in der Stadt Mendoza. Mehr als ein Viertel der Arbeitssuchenden hat die Hoffnung inzwischen aufgegeben, eine ordentliche Stelle zu bekommen, und hält sich mit Hilfsarbeiten oder selbst erfundenen Jobs über Wasser. Deren größte Fraktion sind die *cartoneros*. „Ihre Arbeit entsteht aus der Arbeitslosigkeit“, sagt der Anthropologe Francisco Suárez von der Universität General Sarmiento. Nach seinen Schätzungen leben derzeit in ganz Argentinien über 500.000 Menschen vom Müll. Die Hälfte der heutigen Müllsucher war noch vor einem Jahr in Lohn

ARGENTINIEN

und Brot. Ihre Schicksale ähneln sich auf fatale Weise. „Ich habe als *cartonera* angefangen, als mein Mann vor einem halben Jahr sei-

Bettler nennen, aber nicht Dieb“, sagt er. Viviana widerspricht: „Wir sind keine Bettler, wir arbeiten wie jeder andere auch.“

Dabei ist der Müll eigentlich ein hervorragendes Geschäft, auf das viele aufzuspringen versuchen. Über 200 Millionen Peso (55 Mio.



Zwischen 40 und 50 Kilogramm Papier, Karton, Plastik und Aluminium sammeln sie pro Nacht ein.

nen Job in einem Supermarkt verlor“, erzählt die 32-jährige Viviana. Mit ihrem 12-jährigen Sohn sammelt sie Papier und Karton im schicken Stadtteil Belgrano. Neben ihr arbeitet Ramona. Der robusten Frau mit den indigenen Gesichtszügen wurde nach der Kündigung in einem Altersheim zudem der Lohn mehrerer Monate Arbeit vorenthalten. Nun bleibt ihr nur noch der Abfall auf der Straße. Auch Juan Carlos wurde Müllsammler nach einem Schicksalsschlag. „Ich arbeitete als Taxifahrer, bis mir das Auto geklaut wurde“, erzählt der 50-jährige. Arbeit zu finden, sei utopisch, meint er. Der einzige Ausweg ist der Müll. „Sollen sie mich einen dreckigen

Fünf Centavos für ein Kilo Abfall

Was die *cartoneros* mit ihrer Arbeit verdienen, reicht allerdings gerade zum Überleben, nicht zum Leben. Zwischen 40 und 50 Kilogramm Papier, Karton, Plastik und Aluminium sammeln sie pro Nacht ein. Bei einem Verkaufspreis von fünf Centavos das Kilo kommen sie auf einen Monatslohn von 150 bis 200 Peso (42 - 55 Euro). Wer Glück hat, findet Kleidung oder ähnlich Brauchbares. Essensreste werden zu Hause mit Spülmittel gewaschen und selbst verzehrt. *Cartoneros* leben unterhalb der Armutsgrenze, die bei 230 Peso (64 Euro) pro Person liegt.

Euro) gibt die Regierung der Stadt Buenos Aires jährlich für die Müllabfuhr aus. Das sind zehn Prozent ihres Gesamthaushaltes. Seit sich jedoch die *cartoneros* ihren Teil nehmen, geht die Müllabfuhrlobby auf die Barrikaden. Sie werden pro Tonne entsorgten Mülls bezahlt und spüren die Recyclingarbeit der *cartoneros* zunehmend. Denn fast ein Viertel des Mülls landet inzwischen nicht mehr auf den Halden rund um Buenos Aires, sondern auf den Waagen von Zwischenhändlern, die den gesammelten Karton, die Flaschen und Dosen wiederum an Recyclingfirmen weiter verkaufen.

Dass ihre Arbeit nicht gern gesehen wurde, bekamen die *car-*

SKS

ARGENTINIEN

toneros vor allem in der Anfangszeit zu spüren. Polizeirazzien, bei denen die Karren beschlagnahmt und der Karton verbrannt wurden, waren an der Tagesordnung. Denn eigentlich ist die Tätigkeit der *cartoneros* illegal. Vielen blieb als Gegenwehr deshalb nichts anderes übrig, als sich zusammenzuschließen. Heute ist Buenos Aires in verschiedene Distrikte aufgeteilt, die Zonen wurden untereinander vergeben, Hin- und Rücktransport in LKWs organisiert. Nur so kommt ausreichend Geld zusammen, wenn die Polizei wieder bestochen werden will oder Widerstand organisiert werden soll. „Wir sind auf alles vorbereitet“, erzählt ein *cartonero*, der anonym bleiben möchte. Der Mann, der beim LKW neben der Waage Wache hält, hat Benzinkanister immer zur Hand. „Wenn die Polizei kommt, zünden wir alles an. Aber sie können uns von hier nicht vertreiben. Wir sind mehr als 200 in der Zone, und es gibt kein Essen, keine Arbeit. Wie wollen sie uns vertreiben?“

Organisierte Illegalität

Die Not und das massive Auftreten der *cartoneros* sind inzwischen so groß geworden, dass die Regierung der Stadt Buenos Aires nicht umhin konnte, Verhandlungen mit der größten Kooperative der Kartonsammler, El Ceibo, aufzunehmen. Es wird untersucht, wie ab dem kommenden Jahr die Tätigkeit der *cartoneros* in die Müllentsorgung eingebunden werden kann. Der Großteil der Bevölkerung solidarisiert sich ohnehin mit den Müllsuchern. Sie wissen, es könnte auch sie treffen. Nach Umfragen des Meinungsfors-

schungsinstituts CEOP hält die Mehrheit der Porteños die *cartoneros* für ehrliche Arbeiter, deren Tätigkeit die Not geboren hat. Viele trennen schon heute freiwillig ihren Müll, um den *cartoneros* die Arbeit zu erleichtern. Vor allem

städtischen Bürgerbeteiligungszentren (CGP) verschiedene Müllbeutel für Papier, Plastik und Dosen auszugeben. Bereits seit dem ersten Oktober sollen nun die Porteños Papier und Pappen vom Restmüll separieren, zunächst auf



Bei einem Verkaufspreis von 5 Centavos das Kilo kommen sie auf einen Monatslohn 150 bis 200 Pesos

Essensreste werden gesondert verpackt. Auch Müllfahrer drehen entgegen den Interessen ihrer Auftraggeber noch häufig eine Runde um den Häuserblock, wenn sie auf *cartoneros* stoßen. „Ich kann ihnen ihr Essen nicht einfach vor der Nase wegnehmen“, sagt der 32-jährige José in der grünen Uniform der Müllabfuhr.

Von der Stadtregierung gibt es den Plan, gemeinsam mit den großen Supermarktketten und in den

freiwilliger Basis. Dazu lässt die Stadtverwaltung grüne Müllbeutel verteilen, so dass diese Abfälle vom Restmüll getrennt auf die Straße gestellt werden können.

Schon Mitte des Jahres musste auf Grund des massenhaften Auftretens der *cartoneros* reagiert werden. Die Vorortzüge fassten die Menge mit ihren Wagen und Karren nicht mehr, die keinen LKW oder Pferdekarren haben, um in die Stadt zu kommen. Passagiere

ARGENTINIEN

beschwerten sich. Jetzt gibt es eigens einen Zug für die Kartonsammler. Doch der „tren blanco“, der „weiße Zug“, ist alles andere als weiß. Es ist ein Gespensterzug. Aus den ausrangierten Waggons der privaten Eisenbahngesellschaft TBA wurden die Sitze rausgerissen, um Platz für die Karren zu schaffen. Scharf ragen die übrig gebliebenen Metallkanten in die Luft. Die Fenster sind zerbrochen, der Fußboden löchrig, es gibt keine Türen mehr. Um 18 Uhr fährt dieser Zug in der Station José León Suárez in der Provinz los. Schon eine Stunde vorher ist der Bahnsteig voll. Geduldig warten ganze Familien darauf, sich mit ihren Wagen hineinzwängen zu können. Sie müssen 10,50 Peso monatlich

für diesen Transport bezahlen. Um 23 Uhr geht es dann vom Stadtzentrum wieder zurück. Wer den Zug verpasst, muss an irgendeiner Straßenecke übernachten oder stundenlang nach Hause laufen.

Einsparung von Importen

Doch nicht aus Barmherzigkeit wird den Ärmsten der Armen geholfen. Ihre Arbeit spart Unmengen an Importkosten. Noch im Jahr 2001 gab Argentinien alleine für den Papierimport 100 Millionen US-Dollar aus. Seit Anfang dieses Jahres hat sich auf Grund der Entwertung des Peso der Papierwert verdreifacht. Francisco Suárez von der Universität General Sarmiento erklärt: „Zu Zei-

ten der Konvertibilität war es billiger, Papier aus Brasilien und Blech aus Chile zu kaufen als es hier zu recyceln. Jetzt ist es umgekehrt.“ Möglicherweise wird in der nächsten Zeit die Recycling-Industrie einer der wenigen Wirtschaftszweige sein, die von der Krise profitieren.

Ungewollt bringt damit die Armut der *cartoneros* einen Beitrag zum Umweltschutz des Landes. Doch das ist das Letzte, woran die Kartonsammler bei ihrem nächtlichen Streifzug durch die Straßen von Buenos Aires denken. Gewinnen werden durch ihre Arbeit ohnehin wieder die anderen. Für sie geht es nur ums nackte Überleben.

Antje Krüger

Gewöhnung an die Wohnungslosen

Die verfehlte Wohnungspolitik in Argentinien

Die neuen Armen Argentiniens haben alles verloren: die Arbeit, ihre Ersparnisse und nun verlieren sie ihre Bleibe. Die Wirtschaftskrise trifft jeden auf seine Weise. Der verarmenden Mittelschicht hat die Krise nun den letzten Strohalm gekappt. Wer seine Arbeit verloren hat, der wird über kurz oder lang auch seine Wohnung oder sein Haus aufgeben müssen, denn die Ersparnisse sind entwertet und die Schulden häufen sich. Obdachlosigkeit ist eine Massenerscheinung geworden in einem Land, in dem es an Häusern eigentlich nicht mangelt.

Das Zentrum der Weltstadt Buenos Aires hat eine neue Zweckbestimmung. Wenn gegen zehn Uhr abends die letzten Geschäfte die Gitter herunterlassen, warten schon die nächtlichen Nutzer der Ladentüren, Hausflure und Treppenstufen ein paar Meter weiter. Die meisten der Menschen, die sich hier allnächtlich auf dem unbequemen Steinboden zur Ru-

he legen, haben sich noch nicht an ihr Schicksal gewöhnt, sie leben erst seit kurzer Zeit auf der Straße.

Der Basiswarenkorb in Argentinien wird aktuell auf 716 Peso (200 US-Dollar) im Monat beziffert. Dieses Geld benötigt eine vierköpfige Familie, um neben dem Lebensnotwendigen auch weiterhin die Miete oder die

Grundstückssteuer, Strom, Gas und Wasser und die Erziehung der Kinder zu bezahlen. Inzwischen fehlt es weit mehr als der Hälfte der ArgentinierInnen an diesem bisschen Einkommen. Man wird zu Jahresende 20 Millionen Arme in einer Bevölkerung von insgesamt 37,5 Millionen EinwohnerInnen zählen.

Lediglich 4,5 Millionen davon

werden als so genannte strukturelle Arme in den Statistiken geführt. Das ist die Bezeichnung für diejenigen, die bereits in Armut geboren sind und nicht die Chance hatten, sich daraus zu befreien. Die restlichen 15,5 Millionen Menschen hatten einmal das, was man rückblickend kaum mehr als „Perspektiven“ bezeichnen kann. Sie hatten die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, vielleicht zu studieren und sind heute die „neuen Armen“, wie sie in Anlehnung an den Begriff „Neureiche“ sarkastisch genannt werden. Ein Land, das vor wenigen Jahren noch als dünn besiedelt galt, ist inzwischen überbevölkert, legt man die entsprechenden Indikatoren zu Grunde: Auswanderung, hohe Kindersterblichkeit und bedingte Wohnungsnot.

Jeder Fünfte der arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos gemeldet. Die Chancen einer Neuanschließung gehen ebenso wie die Möglichkeit, die „Durststrecke“ in seinen eigenen vier Wänden zu überstehen, gegen null.

Bisher war man enger zusammengepackt. Überbelegung ist seit Jahren eine Folge der wirtschaftlichen Rezession. Das Haus der Eltern bot immer noch Platz für ein oder zwei erwachsene Kinder und deren Familien. Und der Familienbesitz aus besseren Zeiten war eine sichere Anlage gewesen, bisher.

Casa tomada

Eine schäbige Einzimmer-Wohnung im Hafenviertel La Boca kostet immerhin noch 250 Pesos, ein einträgliches Geschäft für die Besitzer der so genannten *convencillos*. Und trotz der hohen Arbeitslosigkeit gerade in den klassischen



ARGENTINIEN

Hungertote

In der nordargentinischen Provinz San Juan sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres 134 Menschen an Unterernährung gestorben. Dies teilten die Gesundheitsbehörden der Provinzhauptstadt gestern mit. Die meisten Opfer seien alte Menschen. (dpa)

Mindestens 15.000 Menschen sind in den letzten sechs Monaten in Buenos Aires auf die Straße gesetzt worden

Arbeitervierteln, wird die Eintreibung der Miete rücksichtslos verfolgt. Wer in seiner Wohnung lebt, ohne Miete zahlen zu können, gilt umgehend als Besetzer. Der argentinische Neoliberalismus, zugeschnitten auf die Interessen der Besitzer, hat auch in dieser Beziehung vorgesorgt: die Verringerung des Mieterschutzes bei gleichzeitiger Vereinfachung der Prozeduren für die Räumung ermöglicht ein schnelles repressives Vorgehen. Mit der Aufrechterhaltung dieser Spielregeln, die von der Justiz gestützt und geschützt werden, verschärfen sich die Konflikte. Mindestens 15.000 Menschen sind in den letzten sechs Monaten in Buenos Aires auf die Straße gesetzt worden.

Zum ersten Mal in der Geschichte Argentiniens verlieren die Städte an Bevölkerung. Dabei fehlt es nicht an Wohnraum. In Städten wie Buenos Aires stehen Häuser und Fabrikgebäude leer und verkommen. Einige davon sind besetzt, aber eine Besetzer-Szene bildet sich nur langsam, dazu sind die neuen Erfahrungen zu unmittelbar, das Vorgehen noch sehr spontan und aus der puren Not heraus. Von den landesweit 150 besetzten Betrieben sind nur 20 organisiert. Das größte Problem ist, dass die ArbeiterInnen nur etwa 20 Prozent der ehemaligen Produktionskapazität erreichen können, weil ihnen das Kapital fehlt, das ins Ausland abgezogen wurde. Nur durch permanente

ARGENTINIEN

Proteste und Verhandlungen mit den Behörden können sich die selbstverwalteten Betriebe halten.

Haus ohne Hüter

Unauffälliger gehen Land- und Hausbesetzungen vor sich. Etwa eine halbe Million der EinwohnerInnen Buenos Aires' lebt auf besetzten Grundstücken oder in besetzten Häusern. Das sind im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Metropolen wenige, aber verglichen mit der Situation vor 20 Jahren bedeutet das einen Zuwachs um ein Vielfaches. Die ArgentinierInnen, die den Vergleich mit Ländern wie Peru oder Bolivien gern abtaten, sind schneller verarmt als alle lateinamerikanischen Nachbarn. Wenngleich sie noch nicht die Ärmsten sind, kommen immer mehr ArgentinierInnen dort an. Und selbst auf der untersten Ebene der Gesellschaftspyramide werden weiterhin Unterschiede gemacht. In den wachsenden Elendsvierteln herrscht der „Clientelismo“, ein Phänomen, dass sich die Parteien für die Wahlen zu Nutze machen. Fehlende staatliche Verteilungssysteme werden von scheinbar karitativen, hintergründig aber parteipolitisch operierenden Organisationen ersetzt. Der Staat und sogar internationale Organisationen lassen über sie die Notpakete in den Vierteln verteilen. Und die Organisationen vor Ort geben es an die eigene Klientel.

Auf ähnliche Weise funktionierte der staatliche soziale Wohnungsbau. Eingeführt während der Militärdiktatur, diente dieser Finanzierungsfonds eigentlich dem Wohnungsbau für Einkommensschwache. 900 Millionen US-Dol-

lar standen jährlich für die staatliche Bautätigkeit im Wohnungsbau zur Verfügung.

Weil staatliche Wohnungsbauprogramme meist durch private Bauunternehmen und mit beträchtlichen Gewinnspannen für alle Beteiligten – also auch die staatlichen Auftraggeber – durchgeführt wurden, entstanden Haustypen, die erst für die untere Mittelschicht erschwinglich waren. Nachdem die Entscheidung über die Verteilung der Wohnungen dezentralisiert wurde, kam 1994 ein alternatives Programm zustande, das andere Wege förderte und auch den Teil der Bevölkerung erreichte, der nicht vollständig mittellos, aber auch nicht in der Lage ist, sich ein richtiges Dach über dem Kopf zu leisten.

Diese Projekte hatten Erfolg und trugen zu einer eigenständigen Entwicklung des Wohnungsmarktes bei. Zu eigenständig, werden wohl jene politischen Mandatsträger gefunden haben, die die Programme oder wenigstens die Budgets so drastisch zusammensetzten, dass kaum etwas übrig blieb. Denn die Demonstration politischer Macht und der Kauf von Wählerstimmen geht weiterhin einfacher durch die Vergabe fertiger Wohnungen und die Entmündigung der Bevölkerung.

Wie gewohnt?

Und selbst jetzt werden weiterhin schlüsselfertige Sozialwohnungen gebaut. In Córdoba sollen noch in den nächsten Monaten 12.000 neue Wohnungen entstehen. Ein Kredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) macht es inmitten der tiefen Wirtschaftskrise möglich,

die BewohnerInnen der Elendsviertel, die sich im überschwemmungsgefährdeten Flusstal des Rio Suquia befinden, umzusiedeln. Jedoch sind die 4.000 Arbeitsplätze in privaten Bauunternehmen, mit denen der Bevölkerung das Projekt als Wirtschaftsmotor verkauft werden soll, schlecht bezahlt und zeitlich befristet.

Es werden erneut eintönige Siedlungen mit Kleinhäusern entstehen, wieder ohne dass die zukünftigen BewohnerInnen auch nur gefragt wurden, was oder wohin sie wollen. Die Zahlungsmoral bei derartigen Umsetzungen ist seit jeher gering, doch gerade jetzt ist es illusorisch, dass die „Kredite“ von den neuen EigentümerInnen zurückgezahlt werden.

Die offensichtlichen Gewinner scheinen jene zu sein, die neue Wohnungen auf diese Weise zugesprochen bekommen. Sie festigen mit der Umsiedlung jedoch ihre soziale Isolation, da sie irgendwo an die Peripherie verbannt werden, weit weg von ihren früheren Lebensbereichen in Zentrumsnähe.

Die weniger offensichtlichen, aber wahren Gewinner sind die privaten Unternehmer und ihre Helfer, die erneut am Bedarf vorbei ins Land hinein bauen, während Häuser im Zentrum leer stehen. Sie bekommen ihr Geld, während sich der Staat weiter verschuldet. Dabei versorgen sie lediglich ein Dreißigstel der Stadtbevölkerung, während mehr als einem Drittel der Menschen dort selbst für einfachste Grundversorgung – oder die Miete! – die Mittel fehlen.

Alexander Jachnow

aus:

arranca 26/03
„Staat im Koma –
Gesellschaft in Bewegung“

»New Economy« –

Mit Tauschringen gegen die soziale Verelendung

Ein Hoffnungsschimmer für immer mehr Menschen ist in dieser Situation eine neue (alte) Form des lokalen Wirtschaftens. Aus der akuten Not und Verzweiflung im einst reichen Argentinien heraus entstanden, entwickeln die Clubes de Trueque (Tauschbörsen) eine ungeahnte Stärke. Sie sind für viele Menschen zum einzigen Weg für die Bewältigung der gegenwärtigen Krise geworden. Insgesamt sollen sich mittlerweile etwa drei Millionen ArgentinierInnen regelmäßig an Trueques beteiligen. Täglich werden rund 30 neue Märkte oder Nodos (Knoten), wie die lokalen Börsen und Märkte genannt werden, eröffnet. Allein im zweiten Halbjahr des Jahres 2002 kamen nach Schätzungen der Organisatoren des Red Global de Trueque (dem landesweiten Netzwerk der Tauschbörsen) pro Monat ca. 45.000 neue Mitglieder hinzu.

Nahezu alles, was zum Leben und Überleben notwendig ist, wird mittlerweile im Tausch (Crédito) gehandelt: Lebensmittel, Kleidung, Medikamente oder Bücher. Aber auch Grundstücke und Wohnungen wechseln bereits auf dieser Basis ihre EigentümerInnen und MieterInnen. Sogar der geldlose Handel mit Dienstleistungen ist in Gang gekommen. In selbstgedruckten Broschüren sind alle Angebote aufgelistet: Von Bauhandwerkern über FriseurIn, von SchneiderInnen bis zu IngenieurInnen, ÄrztInnen und PsychologInnen offerieren alle möglichen Berufsstände ihre Leistungen in Créditos. Denn Créditos kann man nur erwerben, wenn man selbst eine Ware oder eine Dienstleistung anzubieten hat. Ausgegeben werden die Créditos vom Red Global de Trueques.

In dieser Dachorganisation sind auch die Initiatoren des Modells aktiv. 1995 gründeten der Chemiker Horacio Covas, der Psychologe Carlos de Sanzo und der Ökologe Ruben Ravéla während der ersten großen Rezession nach der Militärdiktatur einen »Club« in einem Vorort von Buenos Aires. Ihr Ideengeber war der Europäer Silvio Gesell, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts Konzepte für nicht-monetäre Wirtschaftskreisläufe entwickelt hatte. Vom aktuellen Boom der Trueque-Clubs beflügelt, greifen die Gründer jetzt auch auf weitere Vorschläge von Silvio Gesell zurück. So schlagen sie vor, dass die Créditos pro Monat um einen bestimmten Prozentsatz an Wert verlieren, um zu verhindern, dass sie gehortet statt ausgegeben werden. Ein Schlüsselwort in der Trueque-Philosophie ist Prosumision, die Allianz und Parallelität des Produzierens und Konsumierens. Das System funktioniert auf Vertrauensbasis, eine Absicherung gibt es nicht. Ist eine Ware oder Dienstleistung zu teuer ist, wird sie nicht nachgefragt und der Preis in Créditos muss reduziert werden.

Die Nodos und Clubes de Trueque verstehen sich nicht als reiner Markt, sondern auch als öffentliche Orte des Austausches von Gütern, Produkten und Kenntnissen. Mehr noch: Hinter dem Konzept steckt die Idee eines »gerechten Marktes«, der solidarisch ist auf einem gegenseitigem Interesse beruht. Wie weit diese nicht-monetäre Wirtschaftsform trägt, werden die nächsten Monate zeigen. Das enorme Wachstum des Tauschhandels zeigt auch die Grenzen der Solidarität auf und einige nutzen die Schwachstellen des Systems aus. So mehren sich die Fälschungen von Créditos und auch Raubüberfälle, weil die Bedeutung der geldlosen Währung steigt.

Die Theoretiker des Trueque wollen noch weiter gehen: In der derzeitigen Krise sehen sie gute Chancen für einen radikalen Umbau des Wirtschaftssystems und in den Trueques eine »politische Haltung«, denn sie stehen für eine alternative Ökonomie, die sich in alle sozialen Sektoren ausgebreitet hat. Dieses System kommt allen, auch den Marginalisierten und damit der Mehrheit der argentinischen Bevölkerung, zu Gute.

Fabrik- und Landbesetzungen

Seit der Rebelión Popular vom Dezember 2001 sind Hunderte von Fabriken und Betrieben in ganz Argentinien besetzt worden. Eines der bekanntesten Beispiele ist die Textilfabrik Brukman in Buenos Aires. Seit Januar 2002, als die Besitzer des Werkes einfach nicht mehr erschienen, weil sie die ArbeiterInnen mehrere Monatslöhne schuldeten, wird der Betrieb in Selbstverwaltung von den ehemaligen Angestellten geleitet. Obwohl dieses Modell gut funktioniert und die Menschen sich in Eigenregie ihren Arbeitsplatz erhalten, gibt es von Seite des Staates keine Unterstützung wie Kredite oder Erleichterungen. Statt dessen werden immer wieder Räumungen und Verhaftungen angeordnet. Bisher ist es den ArbeiterInnen aber jedes Mal gelungen, sich die Fabrik zurückzuerobern, zuletzt Ende November 2002.

Ein anderes Phänomen hat in den vergangenen Monaten vor allem in der sehr ländlich geprägten Provinz Misiones, im Nordwesten des Landes an der Grenze zu Brasilien, Gestalt angenommen. Nach dem Vorbild der brasilianischen Landlosenbewegung, dem Movimento Sem Terra (MST), ist auch in Misiones eine Bewegung entstanden, die brachliegende Ländereien besetzt und umgehend mit der Ansiedlung von Familien in Camps und der Bebauung des Landes beginnt. Landbesetzungen sind eine Aktionsform, die sich in Brasilien über zwanzig Jahre hinweg zur wichtigsten sozialen Bewegung entwickelt hat. In Argentinien, dem Land der Gauchos (Cowboys) und der riesigen Latifundios (Großländereien) mit ihrer extensiven Viehwirtschaft, sind Landbesetzungen jedoch etwas sehr Neues. Unterstützung erhalten die Landlosen, ähnlich wie in Brasilien, von Teilen der regionalen katholischen Kirche der Region, vor allem von den in Lateinamerika traditionell befreiungstheologisch orientierten Jesuiten.

Blockadeaktionen und lokale Selbstorganisation

Die Piqueteros zelten teilweise wochenlang auf Straßen und blockieren im ganzen Land wichtige Straßenkreuzungen und Brücken, um die Regierung zum Handeln zu zwingen. Im vergangenen Jahr gab es mehr als 2.000 Straßenbesetzungen. Vor allem in Buenos Aires haben die Straßenproteste in den verschiedensten Formen enorm zugenommen. Und das, obwohl die Sicherheitskräfte mit zunehmender Repression reagieren. Anfang Dezember wurde in Buenos Aires ein großer Piquete Urbano veranstaltet. Unter dem Motto »Einen Tag Urlaub vom Kapitalismus« wurden Niederlassungen und Filialen von multinationalen Konzernen erfolgreich bestreikt und blockiert. Die Bewegungen der Arbeitslosen kontrollieren auch immer mehr Barrios. Vor allem im Großraum Buenos Aires, wo die Arbeitslosenzahlen am höchsten sind, bestimmen die Stadtteilversammlungen mit einer weitgehend autonomen Verwaltung zunehmend den Alltag in den Barrios. Mehr als 40 Gebäude, darunter geschlossene Banken, aufgegebene Kliniken und verlassene Lokale sind bereits »übernommen« worden. Die BesetzerInnen haben begonnen, dort Volksküchen, Essensausgaben für Kinder, Gesundheitszentren, Bäckereien und gemeinschaftliche Gemüsegärten einzurichten. Insgesamt leben mittlerweile mehr als drei Millionen Menschen von dem, was sie in den Städten auf Brachflächen selbst anbauen.

Für viele Menschen hat sich das Leben im vergangenen Jahr, die Bedeutung der lokalen Ebene und der Nachbarschaften, radikal verändert. Zumindest in Ansätzen sind der urbane Individualismus und Egoismus kollektiven Projekten gewichen: In von den Stadtteilversammlungen übernommenen Bäckereien wird z.B. für den Barrio Brot gebacken, Jugendliche treffen sich in selbstverwalteten Kulturzentren, um Solidaritätsveranstaltungen zu organisieren, Geschäftsleute und kleine HändlerInnen stellen ihre Läden für Versammlungen zur Verfügung, Menschen, die noch Arbeit haben, arbeiten als Freiwillige, wie beispielsweise in den von den Stadtteilversammlungen wiederbelebten ehemaligen kommunalen Polikliniken. Das System, das darauf ausgerichtet war, die Menschen zu vereinzeln, ist gescheitert. Der soziale und wirtschaftliche Kollaps und die Existenzkrise haben Solidarität wieder greifbar und praktisch gemacht. Inwieweit der von der Mehrheit der ArgentinierInnen geforderte radikale strukturelle Neuanfang aber gelingt, wird sich erst nach den Wahlen im April zeigen. Nur eines ist sicher: Für Überraschungen sind die ArgentinierInnen immer gut.

Stefan Thimmel

Selbstorganisation und alternative Ökonomien gegen die Krise

»Que se vayan todos! – Sie sollen alle abhauen.« Rund ein Jahr nach der Rebelión Popular, dem Aufstand der argentinischen Bevölkerung vom 19. und 20. Dezember 2001, bei dem der sozialdemokratische Präsident Fernando De la Rúa aus dem Amt gejagt wurde und 30 Menschen sterben mussten (die Mehrheit davon wurde von der Polizei erschossen), ist dieser Slogan gegen das politische Establishment des südamerikanischen Landes immer noch allgegenwärtig.

Kurz vor den für Ende April angesetzten vorgezogenen Neuwahlen sind vor allem die OppositionspolitikerInnen in Grabenkämpfe und persönliche Rivalitäten verstrickt. Unterdessen positioniert sich die alte Garde der für die Krise Verantwortlichen wieder neu. Carlos Menem, dem es während seiner Amtszeit von 1989 bis 1999 mit einer strikt neoliberalen Privatisierungspolitik gelang, das Land in den Abgrund zu führen und das soziale Gefüge völlig zu zerrütten, werden gute Chancen auf einen Wahlsieg eingeräumt. Nicht zuletzt, weil auch die Militärs – noch hinter vorgehaltener Hand – wieder »Stellung beziehen« und für das Modell einer »modernen« Militärdiktatur nach dem Vorbild des Fujimori-Regimes in Peru bereitstehen.

Krise in allen Sektoren

Argentinien gilt inzwischen als Symbol für die totale Niederlage des Neoliberalismus. Und dies, obwohl willfährige Regierungen, eine entwickelte Infrastruktur, eine vergleichsweise gut ausgebildete Bevölkerung, die enge Anbindung an den Weltmarkt und eine bedeutende Mittelschicht mit einem Konsumpotenzial, das mit dem einiger EU-Staaten vergleichbar ist, für die internationalen Finanzorganisationen IWF und Weltbank einst beste Voraussetzungen schafften, um ihre wirtschaftspolitischen »Rezepte« eins zu eins auf Argentinien zu übertragen.

Doch nun ist das Land nach mehr als zwei Jahrzehnten »Neoliberalismus pur« bankrott. Die Folgen sind Massenarmut und der soziale wie wirtschaftliche Kollaps. Obwohl viele lateinamerikanische Staaten den Neoliberalismus in den letzten beiden Dekaden als angeblich einzig möglichen Weg der Entwicklung zelebrierten, ist der Zusammenbruch in keinem anderen Land so rapide und drastisch verlaufen. Die »Neuen Armen« bilden mittlerweile die Mehrheit. Viele ArgentinierInnen, die zur traditionell relativ breiten Mittelschicht gehörten, verloren innerhalb eines Jahres jede soziale Sicherheit und die Grundlage ihrer Existenz.

In den ersten drei Monaten des Jahres 2002 wurde fast eine Million Menschen arbeitslos. Sogar offiziellen Angaben der Regierung zufolge beträgt die Arbeitslosenquote mittlerweile mehr als 30 Prozent. Die Zahl derjenigen, die unterhalb der Armutsgrenze, das heißt von weniger als zwei Dollar pro Tag leben, ist im Zeitraum von 1992 bis 2002 von 15 Prozent auf über 50 Prozent angewachsen. Heute gelten 20 Millionen der 36 Millionen ArgentinierInnen als arm. Besonders dramatisch ist die Situation in den nördlichen Provinzen Tucumán und Misiones. Schätzungen zufolge verhungern dort täglich über 30 Kinder – und das in einem Land, das der weltweit fünftgrößte Exporteur von Lebensmitteln ist.

Das durchschnittliche Jahreseinkommen hat sich nach Berechnungen des United Nations Program for Development (UNDP) von 8.950 Dollar im Jahr 1997 auf 3.100 Dollar im März 2002 reduziert. Ende 2002 wurde es auf etwa 2.700 Dollar geschätzt. Im Zentrum der Hauptstadt Buenos Aires ist der katastrophische Zustand noch offensichtlicher: Hier hat sich das monatliche Durchschnittseinkommen zwischen Dezember 2001 und März 2002 von über 900 Dollar auf 360 Dollar verringert.

Die Inflation wird in diesem Jahr voraussichtlich bei über 20 Prozent liegen. Und die Rezession der argentinischen Wirtschaft setzt sich fort. Die industrielle Produktion ist, wie beispielsweise im Automobilssektor, innerhalb eines halben Jahres um mehr als die Hälfte geschrumpft. Die Krise hat auch das Bildungswesen, einst der Stolz des »Schwellenlandes« Argentinien, längst erreicht. Man geht davon aus, dass im vergangenen Jahr rund 30 Prozent der SchülerInnen ihre Ausbildung abgebrochen haben. Dafür ist die Streichung der staatlichen Stipendien verantwortlich, die es bisher auch Kindern aus der Unterschicht ermöglichen, einen Abschluss zu erlangen. Gerade Jugendliche und Fachkräfte sehen für sich nur einen Ausweg: die Emigration. Das traditionelle Einwanderungsland Argentinien ist längst zum Auswanderungsland geworden. Den typischen Porteño-Slang, den Dialekt der Menschen aus Buenos Aires, hört man in Madrid und Barcelona inzwischen an jeder Straßenecke.

Zerstrittene Opposition und kein Reformprojekt

Nach über zehn Jahren staatlich verordneter Plünderungspolitik seitens des in der Korruptions-Weltliga weit vorne mitspielenden Ex-Präsidenten Menem, der auf Geheiß des IWF und der Weltbank die Staatsbetriebe verscherbelte und außer der Luft zum Atmen fast alles privatisierte, ist das Vertrauen in die Politik vollkommen zerrüttet. Schon bei den letzten Wahlen 1999 gab es eigentlich nur zwei GewinnerInnen: Mafalda, die bekannte argentinische Comic-Figur, und Che Guevara. Mehr als 30 Prozent der WählerInnen stimmten ungültig bzw. schrieben diese beiden und andere Namen wie »Maradona« auf die Wahlzettel.

»Kein Bezahlen der Auslandsschulden mehr. Dieses Geld soll für das Volk eingesetzt werden: für die Gesundheit, Erziehung, Arbeit und für glückliche Kinder,« rief ein Gewerkschaftsvertreter beim Widerstandsmarsch am 12. Dezember in Buenos Aires. Hebe de Bonafini, die Symbolfigur der Madres de la Plaza de Mayo, drückt es radikaler aus: »Die sozialistische Revolution ist der einzige Ausweg, die Sozialdemokratie ist die reine Scheiße. Das kapitalistische System ist mörderisch.« Was den kämpferischen Tönen allerdings fehlt, ist die Artikulation eines gesellschaftlichen Reformprojektes. Denn über Auswege aus der Knechtschaft des IWF und aus der sozialen Katastrophe gibt es keine Verständigung.

Obwohl auf lokaler Ebene, vor allem in den großen Städten, funktionierende Parallelstrukturen der Selbstorganisation geschaffen wurden, mit Hilfe derer es zumindest gelingt, den totalen Kollaps der Gesellschaft abzuwenden, mangelt es an einem konsensfähigen Reformkonzept auf breiter Basis.

Der argentinischen Opposition gelingt es nicht, sich gegen die faktisch seit Dezember 2001 regierende große Koalition aus dem Partido Justicialista, den Peronisten und der gemäßigten Unión Cívica Radical (UCR), die den im Dezember 2001 abgesetzten Präsidenten Fernando De La Rúa stellten, zu positionieren. Bislang waren sowohl die ideologischen Barrieren als auch die persönlichen Streitigkeiten der wenigen Oppositionellen aus ehemaligen Parteimitgliedern der UCR, den demokratischen Sozialisten und verschiedenen linken Splitterparteien zu groß, um zu einem gemeinsamen politischen Projekt zusammen zu wachsen. Die Protagonistinnen der Opposition sind dabei mit Elisa Carrío, einer Dissidentin der UCR, und Luis Zamora, einem ehemaligen Trotzisten, in ihren Persönlichkeiten und Politikansätzen völlig konträr. Zamora, der die Bewegung Autogestión y Libertad (Selbstbestimmung und Freiheit) gründete und den Ruf eines integeren Politikers genießt, wurden gute Chancen auf einen Wahlsieg als neues Staatsoberhaupt eingeräumt. Er entschied aber, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen, weil er einen »totalen strukturellen und personellen Neuanfang« fordert. Carrío bereitet sich zwar auf die Wahlen vor, sie nähert sich dabei allerdings den traditionellen Parteien wieder an.

Der Riss, der durch die politische Opposition geht, spiegelt sich auch in den sozialen Bewegungen und den Gruppen der AktivistInnen wieder. Die Bewegung der Arbeitslosen, Tagelöhner und Obdachlosen, die Piqueteros, die vor allem mit Straßenblockaden auf sich aufmerksam macht, ist gespalten in einen Sektor, der Gespräche mit der Regierung führen will, einen weiteren, der den oppositionellen Linksparteien nahe steht und einen dritten, unabhängigen Sektor, der sich als Basisbewegung versteht, für den die Beteiligung an Wahlen nicht in Frage kommt. Die Stadtteilversammlungen und -komitees führen kaum politisch-strategische Debatten, sondern versuchen vor allem, das soziale Leben auf niedrigstem Niveau aufrechtzuerhalten und zu stärken. Sie kümmern sich, so gut es geht, um die Basisversorgung in ihren Stadtteilen (Barrios), aus der sich der Staat längst zurückgezogen hat.

Die traditionell zersplitterten und verfeindeten Gewerkschaften stehen nur bedingt für politische Glaubwürdigkeit und einen Neuanfang. Der Gewerkschaftsfunktionär Victor de Genaro von der Central de los Trabajadores (CTA), einem Dachverband kritischer Gewerkschaften, hätte sich noch am ehesten Chancen auf einen Wahlerfolg ausrechnen dürfen, nicht zuletzt aufgrund der Signalwirkung des Wahlsieges seines Kollegen Luiz Ignacio »Lula« da Silva in Brasilien. De Genaro weigert sich aber bisher, für das Präsidentenamt zu kandidieren.

Kurz gesagt: So einig sich die entzweite Opposition über den Widerstand gegen die politisch herrschende Klasse ist, so uneinig ist sie sich über die Reformalternativen. Den völlig diskreditierten Politikern des alten, korrupten Establishments – allen voran der Menem-Clan und die Gruppe um seinen ewigen Partei-Rivalen, den jetzigen (Übergangs)Staatspräsidenten Eduardo Duhalde, ist es deshalb gelungen, dieses Vakuum zu ihren Gunsten zu nutzen: Sie bekommen wieder Oberwasser.

An der Krise versagt die Politik

Schwierige Zeiten für Argentinien's soziale Bewegungen

"Sie sollen alle abhauen" heißt es in Argentinien seit dem Aufstand im Dezember 2001. Zur Zeit sieht es allerdings eher so aus, als würden sie alle wiederkommen. Ausgerechnet Ex-Präsident Carlos Menem, Sinnbild für Korruption und neoliberales Desaster, hat bei den Präsidentschaftswahlen am 27. April die meisten Stimmen bekommen - wenn auch so wenige, dass noch eine Stichwahl erforderlich ist. Die Bewegungen haben derweil mit verschärfter Repression zu kämpfen. Räumungen und Räumungsdrohungen gegen selbstverwaltete Projekte und Betriebe nehmen zu.

Neben den Aufrufen zu Demonstrationen und Aktionen gegen den Krieg gab es in Argentinien seit Februar zunehmend Aufrufe, sich drohenden Räumungen entgegenzustellen. AktivistInnen sehen durchaus einen Zusammenhang zwischen den Bomben auf Bagdad und den polizeilichen Bodentruppen, die in Buenos Aires immer häufiger in selbstverwaltete Räume einfallen, nach dem Motto: Eine neue Weltordnung braucht auch eine neue Ordnung im Stadtteil.

Ende Februar wurde das "Padelaj" geräumt, in dem mehr als 500 Menschen seit zwanzig Jahren gewohnt hatten. Bei der Auseinandersetzung kam es zu vielen Festnahmen und Verletzungen. In Buenos Aires gibt es 200.000 Obdachlose und 2.500 besetzte Häuser. Zur Räumung kleinerer Wohnhäuser kommt es ständig, oft ohne öffentliches Aufsehen. Am 23.3. wurde die "Bewegung arbeitsloser Arbeiter San Telmo" unter Bedrohung mit Maschinenpistolen aus ihrem Haus geräumt. Zwei Tage später traf es die Nudelfabrik Sasetru im Industrievorort Avellaneda. Sie war nach jahrelangem Leerstand von Arbeitslosen besetzt worden. Neben 750 Uniformierten ist hier das gesamte Arsenal von Pferden, Hunden, Hubschraubern und gepanzerten Fahrzeugen im Einsatz. Am 9.4. werden vier *piqueter@s* (1), also organisierte Arbeitslose aus Mosconi (Provinz Salta) eingeknastet. Die ehemaligen Arbeiter der staatlichen Ölgesellschaft YPF hatten Straßen blockiert, um ihnen zustehende Abfindungen einzufordern. Ebenfalls im Norden des Landes, in Santiago del Estero, ist die Bauernbewegung MOCASE mit Polizei und Schlägertrupp von

Großgrundbesitzern konfrontiert, die sie von dem Land vertreiben, das sie seit Jahren bebauen. Im Süden werden die indigenen Mapuche verfolgt, die sich gegen den Ausverkauf Patagoniens an multinationale Konzerne wehren. In der Hauptstadt stürmen die Räumungstrupps am 14.4. die Bank, die die Stadtteilversammlung Asamblea Lezama Sur letztes Jahr für verschiedene soziale und kulturelle Projekte besetzt hatte. Hier befand sich auch das Büro von Indymedia. Vier Tage später, in der Nacht zum Karfreitag, wurde Brukman geräumt, eine Textilfabrik unter ArbeiterInnenkontrolle. Eine Reihe weiterer Projekte ist akut gefährdet, und neben den offiziellen Drohungen gibt es noch die inoffiziellen: Immer wieder werden AktivistInnen anonym bedroht, eingeschüchtert und auch angegriffen, ganz im alten Stil der Diktatur.

Die Repression trifft die Bewegungen in einer kritischen Situation von abnehmender Beteiligung, internen Auseinandersetzungen und Zerwürfnissen. Die schärfsten Differenzen sind bei den *piqueter@s* aufgebrochen. Die beiden Verbände FTV und CCCm (2) haben sich Mitte Februar medienwirksam mit Präsident Duhalde an den Verhandlungstisch gesetzt und danach die entsprechende Erklärung gegen radikalere Gruppen abgegeben: Verhandlungen sind das Mittel der Wahl, und wer heute noch Straßen blockiert, spielt der Rechten in die Hände.

Zanon gehört den Arbeitern

Die Koordination der *asambleas*, der Stadtteilversammlungen, von denen es in Buenos Aires etwa 150 gibt, ist schon letztes Jahr dem Sektierertum zum Opfer gefallen. Hickhack zwischen linken Parteien und Splittergruppen bis hin zu Schlägereien haben zum Abbröckeln und schließlich zur Einstellung der sonntäglichen Treffen aller *asambleas* im Centenario-Park geführt. Die *asambleas* selbst treffen sich weiterhin in ihren Stadtteilen. Die Beteiligung ist stark zurückgegangen, die praktischen Projekte haben jedoch zugenommen. Rund vierzig *asambleas* haben Gebäude und Gelände besetzt, wo sie Volksküchen für die Armen aus dem Stadtteil betreiben, gemeinschaftlich Biogemüse

anbauen, öffentliche Bibliotheken und Räume für Diskussion und unkommerzielle Kulturveranstaltungen unterhalten. Sie organisieren alternative Vertriebsnetze für die Produkte aus besetzten Betrieben und aus selbstverwalteten Kleinbetrieben von Arbeitslosen. Einige unterstützen die *cartoneros*, die jeden Abend zu Tausenden aus den Außenbezirken in die Hauptstadt kommen, um die Mülltüten am Straßenrand nach Verwertbarem zu durchsuchen. Die *asambleas* bauen in den Stadtteilen vielfältige solidarische Zusammenhänge auf. Bei abnehmender Bewegung drohen jedoch auch ihnen Institutionalisierung und Vereinnahmung. Der Vorschlag der Stadtregierung, einen "Bürgerhaushalt" (3) einzuführen, stieß aus eben diesen Gründen vor einem Jahr noch bei vielen *asambleas* auf Ablehnung. Sie sahen das Angebot als Versuch, die Dynamik der *asambleas* auszubremsen und sie in die üblichen Kanäle institutioneller Politik zu lenken. Inzwischen konnte Bürgermeister Ibarra stolz vermelden, dass fast 10.000 BürgerInnen sich auf eine solche Zusammenarbeit eingelassen haben.

Die Betriebsbesetzungen gehen indes weiter. Mehr als 140 Betriebe sind mittlerweile von ArbeiterInnen übernommen worden - Fabriken, Handwerksbetriebe, Supermärkte und sogar ein Vier-Sterne-Hotel mitten im Zentrum von Buenos Aires. Viele Betriebe sind vor allem damit beschäftigt, das eigene Projekt ans Laufen zu bringen. Einige versuchen jedoch, eine breitere Koordination von ArbeiterInnen und Arbeitslosen aufzubauen. Mit dieser Politisierung des Konflikts sind die Kachelfabrik Zanon in Neuquén (Patagonien) und die Textilfabrik Brukman in Buenos Aires zu Symbolen der Bewegung geworden. Genau diese Symbole sind nun angegriffen worden.

.. und Brukman den ArbeiterInnen!

Am 8. April sollte die Räumung von Zanon stattfinden - nach 18 Monaten Besetzung, mehr als einem Jahr selbstverwalteter Produktion und der Schaffung von 40 neuen Arbeitsplätzen. Dazu ist es nicht gekommen. Den 310 ArbeiterInnen geht es längst um mehr als nur um ihre Arbeitsplätze. Sie hatten erklärt, dass sie dieses Projekt mit ihrem Leben verteidigen würden. Die ArbeiterInnen in der Fabrik verschanzt, mehr als 3.000 UnterstützerInnen vor dem Tor, LehrerInnen und Öffentlicher Dienst im Streik - angesichts dieser Entschlossenheit und Solidarität gab der Provinzgouverneur nach einem Tag höchster

Anspannung bekannt, keine Polizei für die Räumung zur Verfügung zu stellen. (4)

Die ArbeiterInnen von Brukman haben nach ihrer unerwarteten Räumung eine ähnlich breite Solidarität erfahren wie die Arbeiter von Zanon. Über die Ostertage haben sich täglich Tausende vor den Gittern versammelt, mit denen die Polizei die Gegend weiträumig abgesperrt hat. Brukman ist im Dezember 2001 besetzt worden, nachdem die Besitzer schon monatelang kaum noch Lohn bezahlt und sich schließlich aus dem Staub gemacht hatten. 56 ArbeiterInnen arbeiten bei Brukman, die meisten sind Frauen. Vor der Besetzung hatten sie keinerlei gewerkschaftliche oder politische Erfahrung. Heute organisieren sie nicht nur die Fabrik selbst, sondern auch Demonstrationen, politische Treffen und Aktionen. Zwei Räumungsversuche, im März und November letzten Jahres, konnten sie bereits verhindern. Nach der erneuten Räumung haben sie erklärt, dass sie bis zur Rückgabe der Fabrik weiterkämpfen werden.

Am Ostermontag, mit einer Demonstration von 7000 UnterstützerInnen im Rücken, versuchten sie, die Absperrgitter zu überwinden. Aber kaum hatten die ersten vier ArbeiterInnen den ersten Schritt in Richtung Fabrik getan, begann mit einem Hagel von Tränengas und Gummigeschossen eine stundenlange Auseinandersetzung, in der die Polizei auch Bleimunition einsetzte. Am nächsten Tag errichteten die ArbeiterInnen auf der Straße vor der Fabrik ein Zelt, das zum Bezugs- und Kristallisationspunkt verschiedener Bewegungen geworden ist. Die *Madres de Plaza de Mayo* (5) machten aus Universitätsveranstaltungen öffentliche Kundgebungen. *Asambleas* nahmen die Mobilisierungen zum Anlass, sich neu zu koordinieren und richteten am Zelt einen täglichen Treffpunkt ein. MusikerInnen und KünstlerInnen machen hier Veranstaltungen. Für den ersten Mai riefen die Brukman-ArbeiterInnen zu einer gemeinsamen Kundgebung auf. Letztes Jahr fanden am 1. Mai mehrere Kundgebungen an verschiedenen Orten statt, da trotz vieler Versuche keine Einigkeit erzielt werden konnte. Aber diesmal kamen alle zu Brukman, um von dort zur Plaza de Mayo zu demonstrieren: ArbeiterInnen aus besetzten Betrieben und Gewerkschaftsopposition, StudentInnen, *piqueter@s*, *asambleas*, politische Gruppen und Parteien.

Wenige Tage vorher hatte Argentinien gewählt. Diesen vorgezogenen Wahltermin hatte Präsident Duhalde Mitte letzten Jahres verkündet. Er wollte die Lage beruhigen, nachdem die *piqueteros* Dario Santillán und Maximiliano Kosteki bei einer Straßenblockade von der Polizei gezielt erschossen worden

waren. Für die Präsidentschaftswahl - denn nur um diese eine Figur ging es - standen 22 Kandidaten zur Auswahl. Die peronistische Partei konnte sich nicht einigen und schickte gleich drei Kandidaten ins Rennen: Menem, der als Präsident 1989-99 die Politik von Privatisierungen und Auslandsverschuldung betrieben hat, mit der das Land in die Krise abgestürzt ist; Rodríguez Saá, der nach dem Aufstand schon einmal für wenige Tage Präsident sein durfte und Kirchner, Gouverneur der Ölprovinz Santa Cruz und Mann des amtierenden Präsidenten Duhalde. Menem und Kirchner haben die meisten Stimmen bekommen (24% und 22%) und treten am 18. Mai zur Stichwahl an, wobei dem Hardliner Menem wenig Chancen vorausgesagt werden. Argentinien wird wieder einen Präsidenten haben, der gewählt und Peronist ist. Der Peronismus - die Hoffnung der Armen, dass ein höheres staatliches Wesen ihre miserable Lage doch irgendwie verbessern könnte - ist offensichtlich noch lange nicht tot.

Wahltheater um eine Figur

Die Linke und die Bewegungen hatten bei dieser Wahl nichts zu gewinnen. Die linken Parteien, die viel Energie im Wahlkampf verschwendet haben, kamen zusammen gerade mal auf 3%. Die Aufrufe, nicht oder ungültig zu wählen, fanden wenig Resonanz: etwas über 20% Enthaltungen und 2,7% ungültige Stimmen. Bei der letzten Wahl im Oktober 2001, kurz vor dem Aufstand, hatten mehr als 40% der WählerInnen nicht abgestimmt oder "Wutstimmen" abgegeben, also Stimmzettel, die durch Sprüche und Beschimpfungen ungültig gemacht waren.

Schwierige Zeiten für die Bewegungen. Aber sie sind nicht untergegangen, wie manche nach diesem erfolgreichen Wahltheater gerne glauben möchten. Der Kampf um Brukman und die anderen selbstverwalteten Räume ist noch nicht entschieden.

Piqueter@s, *asambleas* und die ArbeiterInnen der besetzten Betriebe knüpfen weiter an einem Netz solidarischer Zusammenhänge. Von unten zeigen sie Wege aus der Krise auf, der gegenüber jegliche Politik versagt. Der neue Präsident übernimmt ein Land, in dem die sozialen Widersprüche weiter bestehen und jederzeit wieder explodieren können. Die Wahlen sind keine Lösung für die tiefe Krise des politischen Systems und den Legitimationsverlust des Staates.

Um zu erreichen, dass sie wirklich alle abhauen, bleibt allerdings noch viel zu tun.

Alix Arnold

Anmerkungen:

- 1) "@" ist die spanische Entsprechung für das deutsche "I", z.B. in "AktivistInnen".
- 2) Federación Tierra y Vivienda, gehört zum Gewerkschaftsdachverband CTA, Corriente Clasista y Combativa, von ML-Partei dominiert
- 3) Presupuesto Participativo. Beteiligung der BürgerInnen an der Vergabe bestimmter Haushaltsmittel (bzw. an der Verwaltung des Mangels). Zu den Erfahrungen in Porto Alegre/Brasilien siehe den Bericht in ak 471.
- 4) Zu den verschiedenen Fraktionen der besetzten Betriebe, zu Kooperativen und "Arbeiterkontrolle" siehe den Bericht über Argentinien besetzte Betriebe in ak 471. Zur verhinderten Räumung und zur Geschichte von Zanon siehe www.wildcat-www.de.
- 5) Mütter und Großmütter der "verschwundenen" Opfer der Militärdiktatur

Neues Bewußtsein statt neuer Politik - Die Hoffnung kommt von unten -



- F: Die Menschen suchen einen Politiker mit der Ehrlichkeit von Zamora, der Freundlichkeit von Rodriguez Saa, den Schlaueit von Menem und der Zurückhaltung von De la Rua...
- J: Und warum geht es uns so wie es uns geht?
- F: Weil unsere Politiker die Freundlichkeit von Zamora, die Zurückhaltung von Rodriguez Saa, die Schlaueit von De la Rua und die Ehrlichkeit von Menem haben...
- K: ...und die Überzeugungen von Duhalde.

»Alles ist am Tanzen«

my Welt
20/11/02

Argentinien: Wahrscheinlichstes Szenario für den Ausgang der Krise ist der »Nicht-Ausweg«

Am Freitag vergangener Woche zog Eduardo Aliverti, Leitartikler der linken argentinischen Tageszeitung *Página 12*, Bilanz. »Alles ist am Tanzen« war eines der Bilder, mit dem er die Situation fast ein Jahr nach den Volksaufständen in Argentinien beschrieb. Zwischen den beiden Extremen eines autoritären Regimes und einer Demokratisierung Argentiniens machte Aliverti eine große Spannweite möglicher Entwicklungen aus. So legte er im Rahmen eines Gesprächs im Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika in Berlin dar, daß die Bevölkerung die Rolle des Internationalen Währungsfonds mittlerweile anders als bislang bewerte. Die Menschen erhoffen sich vom IWF nicht mehr die Lösung ihrer Probleme, sondern hielten die Bretton-Woods-Institutionen für Teil ihres Problems. Viele Jahre hätte die Regierung den Bürgern einzureden versucht, es ginge nicht ohne ein Abkommen mit dem IWF. Nun merken sie, daß es sich auch ohne ein solches leben läßt – und das nicht schlechter, so Aliverti.

Die Regierung unter Präsident Fernando De la Rúa war Ende 2001 in Zahlenschwierigkeiten gekommen, nachdem der IWF einen bereits zugesagten Kredit zurückgezogen hatte. Im Zuge des drohenden Staatsbankrotts und der dadurch ausgelösten Kapitalflucht erließ die Regierung eine Kontenspernung. Die Bevölkerung brachte

ihre Empörung über die damit faktisch verbundene Enteignung am 19. und 20. Dezember in Massenprotesten zum Ausdruck und zwang den Präsidenten zum Rücktritt. Die Nachfolgeregierung unter Rodriguez Sáa erklärte die Einstellung der Schuldentrückzahlung an private Gläubiger. Bis Donnerstag vergangener Woche bediente der argentinische Staat seine Schulden bei IWF und Weltbank. Die am Donnerstag fällige Rate über 805 Millionen Dollar von den insgesamt acht Milliarden Dollar, mit welchen Argentinien bei der Weltbank in der Kreidesteht, hat die Regierung aber nicht bezahlt. Damit bewegt sich der argentinische Staat auch gegenüber den internationalen Finanzorganisationen in Richtung eines Defaults. Die gesamte argentinische Auslandsschuld beläuft sich auf 172 Milliarden US-Dollar.

Trotz der Reduzierung des Staatshaushaltes um 35 Prozent hat sich der IWF bisher geweigert, ein neues Abkommen zu unterzeichnen. Dabei waren die Strukturanpassungsmaßnahmen neoliberalen Zuschnitts des vergangenen Jahrzehnts erst auf Geheiß der Institution durchgeführt worden. Aliverti ist der Überzeugung, daß Argentinien das zentrale Laboratorium des IWF gewesen ist. Dort wurden fast alle »Privatisierungen zweiten Grades« verwirklicht. Bis auf das Justizwesen seien alle staatlichen Bereiche privatisiert worden. Auf die Frage, wer nun mehr Schuld an der gegenwärtigen

argentinischen Misere trage, die Korruption oder der Neoliberalismus, antwortete Aliverti: »Der Neoliberalismus ist Korruption«, die Korruption sei systemimmanent.

In der Privatisierungsphase Anfang bis Mitte der 90er Jahre war Korruption auch in höchsten Regierungskreisen an der Tagesordnung. Der damalige Präsident Carlos Menem verkaufte viele Staatsbetriebe unter Wert und ließ sich Millionensummen an Schmiergeldern auf Schweizer Konten verbuchen. Die 1987 als Gegenstimme zu den etablierten Medien gegründete Zeitung *Página 12* hat viele dieser Korruptionsfälle ans Licht gebracht. Aber auch in der heutigen Krise erfüllt die Zeitung eine wichtige Aufgabe. Die großen Medien berichten nur über die Straßensperrungen der Piqueteros, den organisierten Arbeitslosen. Der Großteil der Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen, die Solidaritätsarbeit in den Stadtvierteln und Elendssiedlungen, verschweigen sie aber.

Als wahrscheinlichstes Szenario für den Ausgang der argentinischen Krise stellte Aliverti eine Stabilisierung der Misere auf jetzigem Niveau in Aussicht: Ein Ausweg des Nicht-Auswegs. Monatlich sinken 20 000 Menschen unter die Armutsgrenze. Aber mittlerweile bliebe diese Zahl immerhin konstant, so Aliverti. So daß die Bevölkerung in Argentinien bereits von einem »kleinen wirtschaftlichen Sommer« spricht.

Hoffnung setzte Aliverti auch in die Bewegung der wieder in Betrieb genommenen Fabriken: 150 werden mittlerweile von 10 000 Arbeitern in Eigenregie geführt. Einige exportieren ihre Produkte sogar schon ins Ausland.

Der Grund für die Ausweglosigkeit sieht Aliverti im Fehlen einer integrativen Opposition. Zwar gibt es ein riesiges Potential an Unzufriedenheit in der Bevölkerung, aber anders als in den 70er Jahren existiert keine politische Leitung, keine Kraft, die den Peronismus überwinden könnte. Der Genozid während der Militärdiktatur und die Deindustrialisierung in den 90ern haben Arbeiterbewegung und linke Kräfte im Land bis heute irreparabel geschwächt.

Unterquers ist die Präsidentschaftswahl in Argentinien um knapp einen Monat auf den 27. April kommenden Jahres verschoben worden. Darauf hatten sich die große Mehrheit der 24 Provinzgouverneure und die Regierungsfractionen im Parlament mit Präsident Eduardo Duhalde geeinigt, wie ein Regierungssprecher am Montag in Buenos Aires mitteilte. Als Konsequenz aus der dramatischen Wirtschaftskrise hatte Duhalde die Präsidentschaftswahl noch im Juli mit der Begründung auf 30. März vorverlegt, Argentinien brauche eine gewählte Regierung, um »die großen Reformen« voranzutreiben und die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Timo Berger

Comeback eines Korrupten

Carlos Menem und Néstor Kirchner in der Stichwahl

Argentinien wird auch in Zukunft von einem Peronisten regiert werden. Nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahl am 27. April sind der Ex-Präsident Carlos Saúl Menem und der Gouverneur der südlichen Provinz Santa Cruz, Néstor Kirchner, in die Stichwahl eingezogen. Zwar sind beide eng mit dem korrupten peronistischen Establishment verknüpft, Kirchner steht aber für eine sozial verträglichere Wirtschaftspolitik als der neoliberale Menem. Auf Grund der weit verbreiteten Ablehnung Menems, gilt Kirchner als wahrscheinlicherer Gewinner des zweiten Urnengangs am 18. Mai.

Am Sonntag den 27. April sprach das Volk an den Urnen. Ab Freitag zuvor war den Kandidaten Schweigen auferlegt worden. Begleitet war das Schweigen von Ungewissheit, wen die nächsten Tage an die Staatsspitze befördern würden. Denn auch nach den Abschlusskundgebungen des Donnerstagabend bestand das annähernde Patt zwischen fünf Kandidaten fort. Der Sonntagabend brachte nur vorübergehende Gewissheit. Am 18. Mai eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten entscheidet. Die Wahl hat sich auf Menem und Kirchner verengt. Ausgeschieden sind dagegen López Murphy, Elisa Carrió und Rodríguez Saá. Die

Wahlbeteiligung war – trotz Wahlpflicht aber extremer Politikverdrossenheit – außergewöhnlich hoch und lag bei rund 80 Prozent.

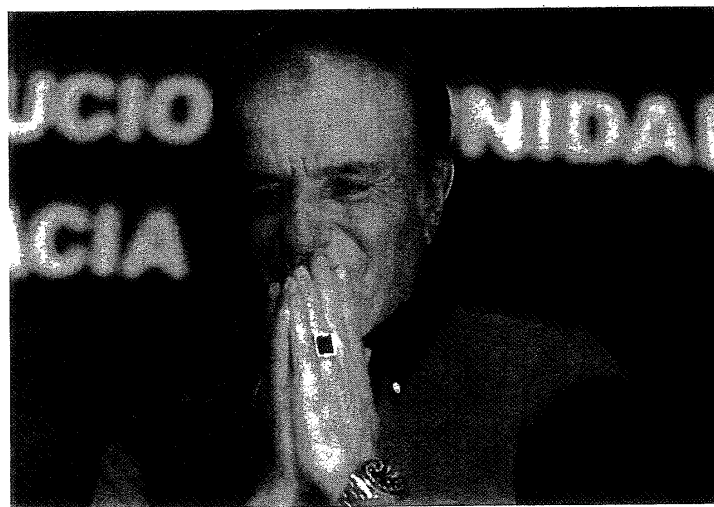
Menem 2003

Carlos Menem ist nach wie vor die schillerndste Figur der argentinischen Politik. Von 1989 bis 1999 war er bereits einmal Präsident. Damals hielten ihn geschickte Winkelzüge und ein instinktives Verständnis der Niederungen der argentinischen Politik an der Staatsspitze. Die Nachrichten schwerer Korruptionsskandale und der Verstrickung in illegale Waffengeschäfte und organisierte Kriminalität ließen ihn stets unbe-

kümmert. Der Satz „Menem ist der bekannteste Drogenhändler Lateinamerikas“, wurde so trotz kolumbianischer Konkurrenz zum Sprichwort.

Seinen Wahlkampf 1989 führte er noch nach klassisch peronistischem Muster, sprach von einer Umverteilung der Reichtümer des Landes und verurteilte die „liberale Vergiftung“ Argentiniens. Einmal an der Macht, vollzog er eine prompte Kehrtwendung, indem er die Investitionsbedingungen für multinationale Unternehmen erleichterte, den Einfluss der Gewerkschaften zurückdrängte und die Sozialausgaben kürzte. Überdies privatisierte er genau jene Unternehmen, die Juan Perón, Gründer und Vorbild von Menems Partido Justicialista (PJ), einst verstaatlicht hatte. „Eine Operation ohne Narkose“, nannte Menem sein Projekt damals stolz.

Im jetzigen Wahlkampf scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Auf einer Kundgebung im Luna Park, einer Sporthalle im Zentrum von Buenos Aires, versammelte sich die peronistische Wählerschaft aus den Armenvierteln im Vorortgürtel der Hauptstadt. Die Bilder von Perón und seiner legendären Frau Evita, die eine barfußige Frau



Können diese Augen lügen?
Carlos Menem

zwischen den Sitzreihen verkaufte, gingen nicht schlecht. Und als Menem in seiner Rede bekannt gab, Perón habe ihn persönlich mit der Führung des Vaterlandes beauftragt, brach frenetischer Jubel aus. Am Schluss der Veranstaltung sang der Kandidat sogar den peronistischen Marsch. „Wir bekämpfen das Kapital“, lautet eine Zeile.

Neben dem zur Folklore degradierten Peronismus, versucht Menem aus dem scheinbaren Wohlstand der Jahre seiner Präsidentschaft Kapital zu schlagen. „Mit Menem haben wir besser gelebt“, steht auf einem riesigen Schild auf der Avenida 9 de Julio. „Una marca registrada“, ein eingetragenes Warenzeichen, lautet

ein anderer Slogan, der überall in Buenos Aires plakatiert ist. Und dieselben Begründungen für ihre Wahlentscheidung bringt eine etwa 40 Jahre alte Frau im Luna Park an: „Mit Menem hatten wir zu essen. Mit Menem hatten wir Kredit“, sagt sie.

In der Arbeiterklasse ist nach wie vor ein Gefühl peronistischer Identität verankert. Die Armen wählen daher einen Peronisten, offenbar ungeachtet seines politischen Programms. Auch die kommende Stichwahl wird sich nur mit den Stimmen der Armen gewinnen lassen, und als offiziell arm gilt mittlerweile über die Hälfte der Bevölkerung. Die Spaltung des Peronismus in drei verschiedene Strömungen macht Vorher-

sagen für die politische Zukunft indes beinahe unmöglich.

Kirchner 2003

Kirchner war im Wahlkampf der erklärte Favorit der jetzigen Übergangsregierung des Peronisten Eduardo Duhalde, seit langem der Erzfeind Menems. Auch wenn die Auseinandersetzung zwischen „Duhaldismus“ und „Menemismus“ lange Zeit nach einer persönlichen Fehde aussah, so gewann sie durch die Politik von Duhaldes Wirtschaftsminister Roberto Lavagna in den vergangenen Monaten doch an politischem Profil. Mit der Ankündigung, Lavagna im Falle seines Wahlsieges als Wirtschaftsminister beizubehalten, hatte sich Kirchner auch

Zwei kamen weiter:

Carlos Saúl Menem, 23 Prozent

Frente por la Lealtad, peronistisch

Néstor Kirchner, 21 Prozent

Frente para la Victoria, peronistisch

Drei schieden aus:

Ricardo López Murphy, 17 Prozent

Movimiento Federal Recrear, unabhängige Neugründung, López Murphy ehemals Radikale Partei (UCR)

Elisa Carrió, 14 Prozent

Argentina por una República de Iguales (ARI), unabhängige Neugründung, Carrió ehemals Radikale Partei (UCR)

Adolfo Rodríguez Saá, 13 Prozent

Movimiento Nacional y Popular, peronistisch

Hochrechnung nach Auszählung von 80 Prozent der Stimmen.

12
G
offiziell auf eine Fortsetzung von dessen Kurs festgelegt.

Im Gegensatz zu Menem steht Lavagna für einen schwachen Peso gegenüber dem US-Dollar. In ihren unmittelbar spürbaren Auswirkungen ist diese Politik freilich unpopulärer als Menems Bindung zwischen US-Dollar und Peso, da sie importierte Produkte wie Fernseher und Haushaltsgeräte in unerreichbare Luxusgüter verwandelt. Langfristig aber soll so die lokale Industrie gestärkt werden. Tatsächlich haben sich erste positive Ergebnisse wie eine Stimulierung der Exporte in den vergangenen Monaten abgezeichnet. Nach Kirchners Worten soll diese Politik durch eine „aktive Partizipation des Staates“ weiter verstärkt werden.

Auch in den Verhandlungen mit dem IWF um die Vergabe neuer Kredite veränderte Lavagna den Kurs der Menem-Jahre ein wenig. Zwar ist das Land nach wie vor auf die Kredite und damit auch auf den IWF angewiesen. Aber Lavagna betonte stets, dass der IWF Rücksicht auf die soziale Situation im Lande nehmen müsse

und drohte, andernfalls den Schuldendienst einzustellen. So gelang es ihm tatsächlich, dem IWF in zähen Verhandlungen Zugeständnisse abzutrotzen.

Auf der anderen Seite steht der 53 Jahre alte Kirchner für eine Fortsetzung des politischen Stils Menems. Wie ein „Feudalherr“ regiere der Gouverneur in seiner mit Erdöl gesegneten patagonischen Provinz Santa Cruz, kritisierte die liberale Tageszeitung Buenos Aires Herald wenige Tage vor der Wahl. Wie Menem einst auf nationaler Ebene, so hat auch Kirchner in seiner Provinz kurz vor dem Obersten Gerichtshof mit willfährigen Mitgliedern gefüllt, um eine so genannte „automatische Mehrheit“ sicherzustellen. Immer wieder wurde überdies der Vorwurf laut, er habe einen Vertrag mit dem populären Fernsehsender Crónica TV, der ihm Live-Übertragungen seiner Wahlveranstaltungen garantiert und sie mit öffentlichen Mitteln finanziert.

Saá bleibt in der Provinz

Unklar ist auch, zu wem die Stimmen der weiteren ausgeschiede-

nen Kandidaten wandern werden. Bei den Anhängern des Peronisten Adolfo Rodríguez Saá scheint eine uneingeschränkte Loyalität zum Peronismus am wahrscheinlichsten. Schließlich führte der Ex-Gouverneur der Provinz San Luis, in den Turbulenzen des Dezember 2001 schon einmal Interimspräsident für sieben Tage, einen Wahlkampf, der am getreuesten auf peronistischer Symbolik beruhte. Die Eisenbahn wolle er wieder verstaatlichen, versprach er beispielsweise.

López Murphy war die große Überraschung der Wahl. Der ehemalige Radikale, unter der Präsidentschaft seines damaligen Parteifreundes Fernando de la Rúa zunächst Verteidigungsminister und später für wenige Tage Wirtschaftsminister, begann den Wahlkampf mit seiner neu gegründeten Partei Movimiento Federal Recrear (MFR).

Murphy aus der Asche

Im Laufe der Kampagne gelang es ihm, sich als Kandidat der Unternehmer und der internationalen Firmen zu profilieren, die ihn fi-

ARGENTINIEN

nanziell großzügig unterstützten. Seine Fans sind vor allem Mitglieder der hauptstädtischen Elite.

Mit seinen Vorschlägen, die Zentralbank teilweise zu privatisieren und die öffentlichen Ausgaben für Erziehung zu kürzen, stellte er sich als Vertreter des Neoliberalismus vor. „Wir sind die Kraft des Zentrums“, insistierte er zwar immer wieder, zugleich waren seine Reden jedoch stets voller Seitenhiebe gegen jene, „die die Rechte anderer verletzen“ und gegen die „anti-institutionelle Linke“. Gemeint waren die Piqueteros, soziale Bewegungen, oft getragen von Arbeitslosen, die in den letzten Jahren mit Straßenblockaden auf sich aufmerksam machten.

Trotz seiner Teilnahme an der Regierung De la Rúa schaffte es López Murphy zudem, sich als glaubhafter Gegner der institutionellen Korruption und des berüchtigten argentinischen politischen Establishments zu verkaufen. Eines seiner häufigsten Wahlplakate fragte: „In was gleichen sich die peronistischen Kandidaten Menem, Kirchner und Rodríguez Saá?“ Die Antwort stand darunter: „In allem!“ So wählten ihn am Ende auch zahlreiche anti-peronistische Intellektuelle.

Nach unten durchgereicht: Elisa Carrió

Ganz anders die Kandidatin der neu gegründeten Partei Argentina por una República de Iguales (ARI), Elisa Carrió. Sie war einst bekannt geworden durch ihren Feldzug gegen die Korruption in der Menem-Regierung und führte auch ihren Wahlkampf auf einer Plattform für moralische Verantwort-

ung in der Politik. Noch vor einem Jahr führte sie die Umfragen unangefochten an, doch Geldmangel ließ ihre Kampagne zunehmend verstummen. Zuletzt musste sie auf ihrer Wahlkampftour durch die Provinzen bei Freunden übernachten.

Zwar ähnelt ihr wirtschaftspolitisches Programm dem von Kirchner. Da ihr aber die Basis des Peronismus für die Mobilisierung der Arbeiterklasse fehlte, stammen ihre WählerInnen vorwiegend aus

chen.

Auch die Stimmen, die López Murphy am 27. April auf sich ziehen konnte, dürften bei der Stichwahl eher zu Kirchner wandern. Die Einstellungen seiner AnhängerInnen sind mit der politischen Kultur eines Carlos Menem nicht kompatibel. Aber ausgemacht ist es nicht, gelten ihnen doch Menem und Kirchner als gleich korrupt. López Murphy selbst hatte sich am Wahlabend noch nicht festgelegt. Es ist dennoch unwahrschein-



Geldmangel ließ sie am Ende verstummen: Elisa Carrió



Duell der Peronisten: Kirchner tritt gegen Menem an.

Foto AP

der Mittelschicht. Organisatorisch unterstützt wurde sie von kleineren Abspaltungen der UCR und des PJ, sowie von Vereinigungen für Menschenrechte und die Aufklärung der Verbrechen der letzten Militärdiktatur. Damit gilt es als sicher, dass ihr Stimmenanteil auf keinen Fall zu Menem übergeht. Carrió hatte sich nach der Stimmenausschüttung abermals eindeutig gegen Menem ausgespro-

lich, dass Menem im zweiten Wahlgang allzu viele Stimmen hinzugewinnen kann. Offen ist aber, für welchen Kandidaten sich die Wahlmaschinen des Peronismus in den kommenden Wochen in Bewegung setzen werden. Möglich ist auch eine völlige institutionelle Auflösung des Peronismus. Dies würde das Ende einer Epoche in Argentinien besiegeln.

Michael Goebel

Die Zauberkraft des Magiers versiegt

Der frühere argentinische Präsident Carlos Menem hat bei der Stichwahl nur geringe Chancen, in die Casa Rosada zurückzukehren

BUENOS AIRES, 13. Mai. Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in Argentinien am 27. April absolvierte der frühere Präsident Carlos Saúl Menem als Sieger und Verlierer zugleich. Er wurde zwar Erster, doch von den 40 Prozent der Stimmen, die er mindestens zu bekommen hoffte, blieben am Ende nur 24,3 Prozent übrig, ganze 2,3 Prozent mehr, als sein innerparteilicher peronistischer Rivale Néstor Kirchner erhielt. Menem wirkte am Wahlabend nicht nur müde und abgespannt, sondern für seine Verhältnisse auch erstaunlich verunsichert. Da war nichts mehr von jener Furchtlosigkeit zu spüren, mit der er noch vor dem Umengang behauptet hatte, er werde selbstverständlich gleich in der ersten Runde zum Präsidenten gewählt werden.

Menem gehört zu jenem Typ Politiker, die nur siegen können und schlechte Verlierer sind. Er brüstet sich gern damit, daß er noch nie eine Wahl verloren habe. Eine Zeitlang sah es so aus, als wolle er vor dem Stichentscheid am kommenden Sonntag kniefen: um eben nicht als Verlierer dazustehen. Nun ist er offenbar aber doch entschlossen, die Herausforderung anzunehmen. Der Sieger werde selbstverständlich er sein, verkündet er trotzig. Doch soll er schon zugegeben haben, daß sein Rivale Kirchner einen Vorsprung genießt; nach allen Umfragen dürften es rund 30 Prozent sein. Im Wahlkampf zur ersten Runde hatte sich der alte Magier noch einmal dem Volk mit seiner Zauberformel „Argentinien, steh auf und geh“ zu empfehlen versucht. Viele Argentinier aber meinen, daß in ihrem krisengeschüttelten Land mit trivialen Sprüchen und traditionellen Rezepten kein Staat mehr zu machen ist.

Mit dem Namen Menem ist eine für Argentinien ungewöhnlich lange Phase politischer Stabilität und wirtschaftlicher Blüte verbunden, die fast die gesamten neunzig-

ger Jahre umspannte. Die Argentinier denken bei Menem allerdings auch an ausufernde Korruption und Verschwendungssucht. Und sie machen ihn für die schwere Krise der vergangenen Jahre verantwortlich, die allzu viele um ihre Ersparnisse und ihre Arbeitsplätze brachte. Das Wahlkampffragment, daß es den irristischen Argentinern zumindest in den ersten Regierungsjahren Menems doch prächtig gegangen sei, hat nur eine Minderheit dazu gebracht, abermals für ihn zu stimmen.

Menem schien schon während seiner zweiten Amtszeit von 1995 bis 1999 der politische Instinkt allmählich abhandeln gekommen zu sein. Er hielt an der festen Bindung des Pesos an den Dollar im Verhältnis eins zu eins eisern fest, obwohl die heimische Wirtschaft immer stärker in eine Rezession geriet und weltweit immer weniger konkurrenzfähig wurde. Er trieb die Staatsverschuldung in die Höhe und unternahm nichts gegen die wachsenden sozialen Spannungen. Die Krise mußte er allerdings nicht meistern, sie führte, begleitet von seinen höhnischen Kommentaren, schon nach zwei Jahren zum Sturz der Regierung seines Nachfolgers Fernando de la Rúa von der damals zweitgrößten Partei des Landes, der Radikalen Bürgerunion (UCR), die inzwischen fast bedeutungslos ist.

Menem hatte gleichwohl nie einen Zweifel daran gelassen, daß er nach der ihm von der Verfassung auferlegten Pause wieder als Präsidentschaftskandidat antreten werde. Daber ergab sich die kuriose Situation, daß sich in der ersten Runde der von Interimspräsident Eduardo Duhalde vorzeitig anberaumten Präsidentschaftswahlen gleich drei Peronisten gegenüberstanden: neben Menem auch der auf dem Höhepunkt der Krise eine Woche lang regierende frühere Gouverneur der Provinz San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, und der Gouverneur der patagonischen Provinz Santa Cruz, Néstor Kirchner. Duhalde schloß

eine Kandidatur von vornherein aus, doch machte er Kirchner zu seinem Kandidaten – oder gar zu seiner Marionette. Die Stichwahl am kommenden Sonntag, sollte sie tatsächlich zustande kommen, ist darum im Grunde ein Zweikampf zwischen den Erzfeinden Menem und Duhalde, der mit verschiedenen Manövern eine Voraussetzung bei der peronistischen Partei PJ (Partido Justicialista) um die Präsidentschaftskandidatur verhindert hatte. Aus einer solchen internen Abstimmung wäre Menem wahrscheinlich als Sieger hervorgegangen.

Kurz nach dem ersten Wahlgang ging Menem zu einigen seiner engsten Mitar-

beiter, wie Eduardo Bauzá oder Alberto Kohan, die früher wichtige Positionen in seiner Regierungsmannschaft besetzten und auch jetzt wieder seine wichtigsten Berater waren, scheinbar auf Distanz. Ihm war nicht verborgen geblieben, daß seine Entourage für die unter seiner Ägide begangenen Fehler mitverantwortlich gemacht wurde. Das Manöver einer angeblichen Verjüngung seines Teams dürfte jedoch kaum einen Einfluß auf das Ergebnis der Abstimmung haben. Kaum jemand nimmt es Menem ab, daß er tatsächlich auf den Beistand seiner altgedienten Kampfen verzichtet. Kirchner versucht unterdessen, die Entscheidung zwischen ihm

und Menem zu einer Wahl zwischen zwei „Modellen“ innerhalb der peronistischen Partei zu stillieren und sich selbst als ein links von der Mitte platzierter, sozial verantwortlicher Peronist zu empfehlen, während Menem den „neoliberalen“ Zweig verkörpere. Doch Kirchner führt seine Provinz, die durch ihre Erdölvorkommen wirtschaftlich gut dasteht, nach Gutsherren Wirtschaftsmethoden. Wirtschaftsminister Roberto Lavagna im Amt lassen zu wollen, signalisierte er, daß er den von der Übergangsregierung Duhalde eingeschlagenen Kurs weiterverfolgen werde.

Menem hatte nicht erkannt, wie ihn einige seiner Versprochen Sympathien kosten. So kündigte er vor der ersten Wahlrunde an, im Kampf gegen die wachsende Kriminalität, die eine Folge der schweren Krise ist, das Militär auf die Straße schicken zu wollen. Abgesehen davon, daß dies von der Verfassung ausdrücklich untersagt wird, weckt allein die Vorstellung, daß die Streitkräfte abermals gegen die eigene Bevölkerung vorgehen könnten, schlimme Erinnerungen an die Militärdiktatur von 1976 bis 1983. Heereschef Brinzoni hat auf Menems Ansinnen inzwischen mit der Bemerkung reagiert, das Militär sei für einen solchen Einsatz nicht vorbereitet.

Menem scheint zudem auch das Gespür für die politische Großwetterlage verloren zu haben. Bei den jüngsten Wahlen in verschiedenen südamerikanischen Ländern haben sich vorwiegend Kandidaten durchgesetzt, die die erdrückenden sozialen Probleme zu ihrem Hauptwahlkampfthema gemacht hatten. Das beste Beispiel dafür ist der neue brasilianische Präsident Lula da Silva, der bislang mit voller Sozialpolitik mit einer reformorientierten, auf Harmonie mit der Unternehmer- und Finanzwelt bedachte Wirt-

schaftspolitik betreibt. Menem hat eher beiläufig jedem Argentinier „zwei Malzeiten täglich“ versprochen.

Lula ließ immer wieder unverblümt durchblicken, daß ihm Kirchner als künftiger Präsident Argentinien lieber sei als Menem. Kirchner, der sich schon wie ein gewählter Präsident geriert, hat demonstrativ noch vor der Stichwahl Brasilien besucht. Lula und Kirchner wollen den Zusammenhalt der südamerikanischen Länder und vor allem das Staatenbündnis Mercosur stärken, um so gemeinsam eine bessere Position gegenüber den Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen über die Freihandelszone Alca zu haben. Menem befindet sich nicht zuletzt mit seiner unverhohlenen Sympathie für Nordamerika im politischen Gegenwind, während Kirchner Nutznießer der auf dem Subkontinent verbreiteten anti-amerikanischen Stimmung ist. Der mehrmonatige Hausarrest, der gegen Menem wegen vorgelegter illegaler Waffenlieferungen während seiner Amtszeit nach Ecuador und Kroatien verhängt worden war, hat ihm offenbar nicht geschadet.

Der Versuch, sein Privatleben in den Dienst des Wahlkampfes zu stellen, hat Menem keinen nennenswerten Stimmzuwachs beschert. Der Anknüpfung, während dreieinhalb Jahrzehnte jüngere Frau, die frühere chilenische Miß Universum Cecilia Bolocco, erwarde von dem 72 Jahre alten Politiker ein Kind, begegneten viele Argentinier mit Argwohn und dem Verdacht, es könne sich um eine politisch bedingte Scheinwagnerschaft handeln. Trotz allem scheint Menem sich allmählich nun doch Gedanken darüber zu machen, wie er sein Leben nach einer verlorenen Stichwahl gestaltet. Dann wolle er sich vor allem um die Erziehung seines Kindes kümmern, sagte er. Und vergaß nicht hinzuzufügen, daß er bei den nächsten Wahlen, spätestens 2007, wieder kandidieren werde.

Menem zieht die Reißleine

102-16.5.03

Nachdem Argentinien Expräsident Carlos Menem nun doch auf die Kandidatur in der Stichwahl verzichtet hat, wird Néstor Kirchner am 25. Mai als Präsident vereidigt

BUENOS AIRES 13. ■ Es ist Schluss mit den großen Tönen. Der zweite Wahlgang? Reine Formsache und wir werden triumphieren“, hatte er sich aufgelistet. Vorzeitiger Rückzug von der Kandidatur? Der Einfall eines „Besoffenen“. An flotten Sprüchen hat es nicht gemangelt. An Unterstützung schon. Jetzt hat der argentinische Expräsident Carlos Menem die Reißleine gezogen. Am Mittwoch erklärte er, auf seine Kandidatur in der ursprünglich für Sonntag geplanten Stichwahl um die argentinische Präsidentschaft zu verzichten. Damit wird sein Widersacher Néstor Kirchner am 25. Mai als Präsident Argentinien vereidigt.

Zwar konnte Menem mit 22,4 Prozent der Stimmen die erste

Runde für sich entscheiden, er lag damit jedoch nur zwei Prozent vor Kirchner. Und alle Umfragen sagten ihm für kommenden Sonntag eine desaströse Niederlage voraus.

Am Mittwochfrüh flog Menem in seine Heimatprovinz La Rioja und diskutierte lange mit seinen Beratern. Er selbst wollte weitermachen. Aber die Provinzgouverneure und Bürgermeister in seinem Team drängten ihn zur Aufgabe. Einige von ihnen müssen sich bald auf lokaler Ebene zur Wahl stellen und wollen nicht mit dem Makel des Verlierers antreten. Schließlich erklärte Menem seinen Rückzug.

„Wir haben heute eine neue Facette Menems kennen gelernt: die Feigheit“, triumphierte

prompt Néstor Kirchner. Menems Abgang sei „absolut verantwortungslos“ und eine „Schande“. Kirchner wird jetzt mit den 22,8 Prozent der Stimmen aus dem ersten Wahlgang Präsident des Landes.

Er kündigte sogleich an, dass er den Kampf gegen die Armut zu seinem zentralen Thema machen werde. Als Präsident habe er nicht vor, ein „Gefangener der Konzerne“ zu sein. Eher schon will er sich mit den Wirtschaftslobbyisten anlegen. „Ich mache mich mit Optimismus und Hoffnung ans Werk“, sagte er.

Der 72-jährige Menem kündigte indes an, sich nicht aus der Politik zurückziehen zu wollen.

INGO MALCHER
portrait SEITE 12



122

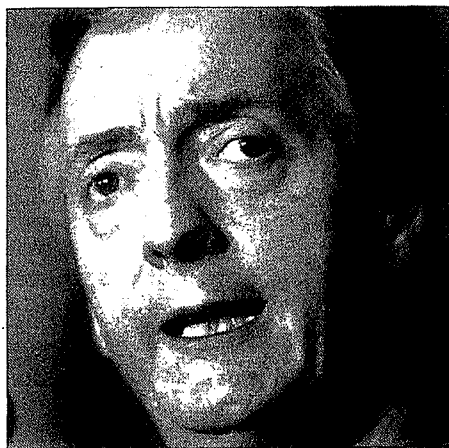


Foto: Reuters

Nestor Kirchner Kampfloser Sieger im argentinischen Präsidentenamt

Argentiniens neuer Präsident konnte am Ende wenig dafür, aber richtig gewählt worden ist er trotzdem nicht. Im ersten Durchgang hatte Nestor Kirchner ja bloß 22 Prozent der Stimmen bekommen und hinter Carlos Menem (24 Prozent) Platz zwei belegt – dessen Rückzug vor der für Sonntag geplanten Stichwahl beschert ihm nun einen unglücklichen Frühstart. Zwar hätte er den Showdown voraussichtlich so deutlich gewonnen

wie zuletzt der mythisch verklärte Juan Domingo Peron 1973, weil die große Mehrheit Menems Rückkehr verhindern wollte. Doch nach Menems Flucht bleibt es ein virtueller Sieg, dem eine Niederlage in der ersten Runde mit so geringer Zustimmung vorausgegangen ist, wie sie noch nie ein argentinischer Staatschef bekommen hat.

Das könnte den Ausweg aus der Krise zusätzlich erschweren. Kirchner, 53 Jahre alt, gilt als Kompromisskandidat gegen Menem und als Mann des kommissarischen Präsidenten Eduardo Duhalde, der jetzt wie gewünscht mit einem schwachen Nachfolger seinen Erzfeind Menem besiegt hat. Von den drei Bewerbern der zerstrittenen Peronisten ist er der mit Abstand profilloseste – sein stilles Wesen erinnert eher an den hilflosen Fernando de la Rúa von der Radikalen Bürgerunion, den aufgebrauchte Massen Ende 2001 aus dem Präsidentenpalast Casa Rosada verjagt hatten. Kirchner und mit ihm viele Argentinier halten Zurückhaltung für einen Segen: „Die epischen Präsidenten“ hätten das Land in den Bankrott geführt, sagt er, „ich bin lieber ein Präsident, der arbeitet“. Allerdings stammt auch er aus den Tiefen der peronistischen Macht.

Wie seine Gegner Menem und Rodriguez Saa hat Rechtsanwalt Kirchner eine Region wie einen Privatbesitz geleitet, wenn auch dezenter, in seinem Fall das dünn besiedelte Santa Cruz im Süden Patagoniens. 1991 wurde der Nachfahre Schweizer Einwanderer erstmals zum Gouverneur gewählt, nachdem er zuvor Bürgermeister der Provinzhauptstadt Rio Gallegos gewesen war. Eine Verfassungsänderung ermöglichte nach 1995 die dritte Wahl 2001. Fast die Hälfte der 200 000 Einwohner lebt von einer Verwaltung, die dank umfangreicher Öl- und Erdgasvorkommen sowie staatlicher Vergünstigungen vom Niedergang weniger betroffen war als andere, Justiz und Medien machen wenig Schwierigkeiten.

Vom 25. Mai an führt Kirchner also 37 Millionen Argentinier, von denen jeder Flütze keinen Job hat und jedem Zweiten das Geld nicht reicht. Die Währung hat 70 Prozent ihres Wertes verloren; nachts trauen sich viele kaum mehr auf die Straße. Roberto Lavagna, der unter Duhalde für eine leichte Erholung gesorgt hatte, bleibt Wirtschaftsminister und ist vermutlich wichtigster Trumpf des Präsidenten. Kirchner vertraut auf Unterstützung des Internationalen Währungsfonds, obwohl die Regierung den Schuldendienst ausgesetzt hat, will aber die Rolle des Staates wieder stärken. „Wir werden hart gegen die Armut kämpfen“, verspricht er. Er werde „kein Gefangener der Konzerne sein“. Und: „Ich bin nicht so weit gekommen, um mich mit der Vergangenheit zu verbünden.“ Noch ist nicht klar, ob er damit Menem meint, Duhalde oder beide. *Peter Burghardt*

Kirchner will Argentinien aus der Krise führen

Von Peter Burghardt

München – Nach der Aufgabe seines Gegners Carlos Menem wird Nestor Kirchner Präsident Argentiniens. Menem hatte am Mittwoch, vier Tage vor der für Sonntag geplanten Stichwahl, seine Kandidatur zurückgezogen – gemäß der Verfassung ist Kirchner damit kampfloser Sieger, obwohl er im ersten Wahlgang mit nur 22 Prozent der Stimmen hinter Menem (24 Prozent) Zweiter gewesen war. Am 25. Mai löst der 53 Jahre alte Kirchner, der zuletzt elf Jahre lang Gouverneur der Provinz Santa Cruz war, Übergangspräsident Eduardo Duhalde ab. Duhalde, wie Kirchner und Menem Mitglied der peronistischen Partei PJ, regiert das krisengeschüttelte Land seit Anfang 2002 kommissarisch, nachdem der 1999 gewählte Fernando de la Rúa während Massenprotesten im Dezember 2001 zurückgetreten war.

Menem erklärte seinen Verzicht angesichts von Umfragen, die Kirchner einen Sieg mit 40 Prozent Vorsprung prophezeiten. Nach anderthalb Tagen Gerüchten und Vermutungen gab der frühere Staatschef während eines Fernsehauftritts in seiner Heimatprovinz La Rioja die Entscheidung bekannt. „Soll Kirchner bei seinen 22 Prozent bleiben, ich bleibe bei meinem Volk“, rief Menem, „ich habe die erste Runde gewonnen und gehe.“ Duhalde warf er „eine systematische Verleumdungskampagne“ vor; er habe bereits die interne Kandidatenkür der Peronisten mit „Manövern“ verhindert.

Von den drei peronistischen Bewerbern hatte sich Duhalde für Kirchner ausgesprochen, der für den gemäßigt linken Flügel der Bewegung antrat. Außerdem warnte er vor „Unregierbarkeit“. Eine Senatorin aus La Rioja will Menem ihren Platz im Senat anbieten, was ihn vor Strafverfolgung wegen Skandalen seiner Amtszeit von 1989 bis 1999 schützen würde. Kirchner sagte, Menem gebe auf, ohne sich um die Schäden zu kümmern. Sein Entschluss sei „eine Schande“ und „absolut verantwortungslos“. Die Argentinier hätten nun die „letzte Eigenschaft Menems kennen gelernt: die Feigheit“. Kirchner versprach, er werde „mit Mut und Entschlossenheit“ regieren und „ein anderes Land konstruieren“.

Argentinien leidet trotz leichter Anzeichen der Erholung unter der schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichte. Etwa 20 der 37 Millionen Argentinier leben unter der Armutsgrenze. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent, die Währung hat zwei Drittel ihres Wertes verloren. Im Dezember 2001 musste der mit 141 Millionen Dollar verschuldete Staat Zahlungsunfähigkeit erklären.

Bunt gemischte Truppe

Argentiniens neuer Präsident Kirchner stellt sein Kabinett vor: Altminister, Provinzvertraute und seine Schwester

BUENOS AIRES faz ■ Wenige Tage vor seinem Amtsantritt am kommenden Sonntag hat der neue argentinische Präsident Néstor Kirchner am Dienstag sein neues Kabinett vorgestellt. Dabei setzt er vor allem auf altbekannte Gesichter aus der Regierung des scheidenden Präsidenten Eduardo Duhalde und auf Vertraute aus seiner Provinz Santa Cruz im Süden des Landes die er seit 1991 als Gouverneur regiert.

Bei der Ernennung seiner Minister versucht Kirchner den politischen Spagat und hat eine bunte Truppe zusammengestellt. Wichtigster Mann im Kabinett bleibt Wirtschaftsminister Roberto Lavagna. Lavagna ist es gelungen, die Wirtschaft des Landes nach den turbulenten Krisentagen Anfang 2002 wenigstens etwas zu stabilisieren. Bereits im Wahlkampf hatte Kirchner

versprochen, Lavagna zu behalten.

Am linken Rand seines Kabinetts sitzt ab Montag der anerkannte Soziologe Daniel Filmus, der das Erziehungs- und Kulturministerium leiten wird. Filmus ist derzeit noch Erziehungsminister in der Stadtregierung von Buenos Aires und gehört zum linken Gewerkschaftsverband CTA. Am äußersten rechten Rand nimmt Gustavo Beliz als Justizminister Platz. Der erzkonservative Opus-Dei-Mann war schon einmal Minister. Unter Carlos Menem leitete er das Innenministerium. Zu guter Letzt hat Kirchner auch an seine Familie gedacht. Seine Schwester Alicia Kirchner ernannte er zur Entwicklungsministerin. Zurzeit bekleidet sie dieses Amt noch in der Provinzregierung in Santa Cruz.

INGO MALCHER



P1: Die Polizeigewerkschaft möchte nicht, dass wir das Volk zusammenschlagen

P2: Warum dürfen wir nicht Pflicht und Vergnügen verbinden?

Schon wieder ein Schlusspunkt in Argentinien

Argentiniens scheidender Präsident Eduardo Duhalde begnadigt linke Guerilleros und rechte Putschisten

BUENOS AIRES faz ■ Kurz vor Ende seiner Amtszeit am kommenden Sonntag hat der scheidende argentinische Präsident Eduardo Duhalde 20 linke Guerilleros und acht rechtsextreme Militärs begnadigt, die in Argentinien wegen bewaffneten Aufständen zu lebenslanger Haft verurteilt waren. Duhalde will damit „einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen“ und das Land „befrieden“, wie er sagte. Unter den Freigelassenen sind auch der Berufsguerillero Enrique

Gornarán Merlo und der von aus Merlos Guerillagruppe „Alle fürs Vaterland“ (MTP), Merlo selbst trat mehrfach vergeblich in den Hungerstreik um ein Berufungsverfahren zu erzwingen.

Der mit ihm begnadigte Anführer der rechtsextremen *Carapintadas* hatte es da besser. Mohamed Ali Seinfeldin ist bereits auf Bewährung draußen und arbeitet als Berater für eine Sicherheitsfirma. Der Anhänger der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) versuchte in der

80er-Jahren mehrmals gegen die erste demokratische Regierung Argentiniens nach der Diktatur zu putschen und wurde dafür zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Doch Carlos Menem, Präsident von 1989 bis 1999, begnadigte ihn zu Beginn seiner Amtszeit. Seinfeldin zeigte sich jedoch unverbessert und versuchte 1990 prompt auch gegen Menems Regierung zu putschen. Bei dem Aufstand der *Carapintadas* kamen 43 Menschen ums Leben, weitere 350 wurden verletzt – und Seinfeldin wurde wieder zu lebenslanger Haft verurteilt. Aus dem Gefängnis heraus drohte er immer wieder verschiedenen Regierungen, dass ein Putsch bevorstünde.

INGO MALCHER

NO PREOCUPA QUE PASE LOS TRES PESOS, SINO QUE SUBA Y BAJE Plan K para evitar el dólar serrucho

El equipo económico ya planea cómo dar batalla en el frente cambiario, de donde pueden venir embates. Las armas incluyen un combinado de restricciones e impuestos a los capitales golondrinas, plazos fijos largos y un Central más militante. Las pizarras fueron la escena táctica donde el establishment envió su mensaje el viernes. No hubo tantas operaciones, pero el dólar subió siete por ciento por el pase de las tasas.

Por Claudio Scaletta

El equipo económico que acompañará a Néstor Kirchner se prepara para resistir el embate de "los mercados". Saben que uno de los instrumentos de presión del poder económico puede ser la desestabilización del mercado financiero y evalúan medidas para controlar los movimientos especulativos. En la mira están los capitales golondrina que aumentaron su entrada al país en los últimos meses. La pelea es consistente con mantener un dólar alto, por encima de los 3,10 pesos, uno de los objetivos centrales del programa económico del nuevo gobierno.

En el entorno de Kirchner son optimistas. Creen que antes de fin de año la economía podría crecer a tasas de entre el 5 y el 6 por ciento. La clave residirá en mantener un dólar alto, garantía principal para la continuidad del proceso de sustitución de importaciones y mayores exportaciones que comenzó a consolidarse en el último trimestre.

Sin embargo, los objetivos de crecimiento podrían frustrarse si el nuevo gobierno no consigue mantener a raya las presiones desestabilizadoras que surjan desde los mercados financieros. Una presión coordinada que se hizo palpable el jueves y viernes pasados, cuando muchos operadores y bancos de primera línea saltaron de bonos a dólares y, sin que la demanda sea lo suficientemente significativa, las casas de cambio y el Banco Central ajustaron rápidamente sus cotizaciones cerca del 7 por ciento, dejando en claro lo que puede la coordinación del "mercado". Pero los temores no residen solo en la actitud que asuman los capitales locales, sino especialmente, en las "volatilidades" provocadas por el ingreso de capitales especulativos de corto plazo. El movimiento de estos capitales golondrina puede tener un efecto desastroso, tanto cuando entran como cuando salen, sobre las variables macroeconómicas básicas: el tipo de cambio y las tasas de interés.

Hasta ahora, las políticas de flexibilización del mercado cambiario impulsadas por el Banco

Central han provocado un efecto contrario al buscado, por eso, en el equipo de Roberto Lavagna consideran medidas para limitar la libre movilidad de los capitales especulativos.

En la memoria del equipo económico está presente lo sucedido en el último trimestre, cuando ingentes masas de capital de corto plazo entraron al país para aprovechar la coyuntura electoral. En un escenario mundial recesivo, con tasas mínimas en los países centrales, las diferencias que pueden obtenerse en los mercados emergentes son considerables. En el mes de abril, en Argentina se consiguieron rentabilidades 40 veces superiores a las de Estados Unidos.

En este contexto, tanto para evitar la volatilidad del tipo de cambio como para mantener a la vez un dólar alto, Roberto Lavagna considera 4 medidas de corto plazo:

- Mix de prohibición de salida más impuestos.

La aplicación de plazos mínimos de salida puede ser el principal instrumento para controlar el libre movimiento de los fondos especulativos. En principio, dicho mínimo de permanencia en el país sería de 180 días. Superado este plazo, la prohibición de abandonar la plaza local sería complementada con una imposición decreciente. Esto es, se cobraría una tasa sobre los capitales que salen después del plazo dado, la que disminuiría cuanto más tiempo permanezcan en el país. Esta medida parece marchar a contrapelo de la liberalización generalizada ensayada en los últimos meses por el presidente del BCRA, Alfonso Prat Gay, la que redundó en millonarias ganancias para los capitales especulativos, aunque en Economía consideran que "la ortodoxia de Prat Gay es circunstancial".

- Plazos fijos más largos.

Como los procesos de control de capitales actúan como "desincentivos" pero no limitan el flujo —pues siempre existirán vías de salida "alternativas", aunque a un mayor costo, comobien lo demostró la reciente experiencia local de control de capitales— es necesario recurrir a medidas de control sobre las

operaciones concretas que realizan dichos capitales. La alternativa considerada por el equipo de Lavagna para reducir la volatilidad es eliminar los depósitos a plazo fijo de menos de 60 días. Una posibilidad menos radical podría ser disponer mayores encajes cuando existan depósitos de plazos más cortos. De esa manera se perseguiría evitar que los especuladores arbitren constantemente entre dólar y tasas para aprovechar la fluctuación de las cotizaciones.

- **Inducir la baja de tasas.**

Esta medida se complementa con la anterior y se haría efectiva a través de los montos pagados por las Lebac. Las Letras del Banco Central fueron utilizadas como alternativa del dólar cuando la divisa se escapaba imperturbable hacia las 4 pesos por unidad. Por entonces, las tasas ofrecidas por la Autoridad Monetaria llegaron a un sideral 130 por ciento anual. Hoy ese valor se sitúa en torno al 20 por ciento. Cabe destacar que se trata de la primera vez en la historia en que la preocupación de un nuevo gobierno frente a la presión del poder financiero consiste en evitar la baja del dólar y no su disparada. Por eso, si el capital especulativo no está conforme con la menor tasa que pagará el Central, tendrá la alternativa de ir al dólar, aumentando de esa manera su cotización, lo que, en última instancia, resultará consistente con los intereses de Economía.

- **Intervención activa del Banco Central para controlar el dólar.**

Si todos los mecanismos anteriores no resultan y el dólar sigue cayendo el Banco Central comprará divisas con emisión. En este punto podría preocupar, por ejemplo, el proceso inverso, una corrida contra el dólar frente a un cambio de expectativas. Pero en ese caso, los hombres de Lavagna destacan que la expansión monetaria habrá tenido como contrapartida el incremento de reservas y el Central contará con las divisas necesarias para afrontar la corrida.

Por último, logrados estos objetivos de corto plazo, en el equipo de Lavagna consideran que la demanda de dólares también está garantizada para el mediano plazo. Sus fuentes serán 3:

- Las deudas del sector privado con el exterior.

- La mayor demanda por importaciones inherente al esperado crecimiento de la economía, proceso ya iniciado desde principios de año.

- Los pagos externos del Estado Nacional. En Economía esperan que este punto sea el menos significativo merced a un acuerdo favorable con el Fondo Monetario Internacional y a la refinanciación de la deuda con acreedores privados. Sin duda, una visión optimista.

Es hätte schlimmer kommen können. Der neue Präsident Argentiniens heißt Néstor Kirchner, langjähriger Regierungschef der patagonischen Provinz Santa Cruz und über die Landesgrenzen hinaus kaum bekannter Vertreter der, obwohl zerstritten und gespalten, einmal mehr siegreichen peronistischen Partei. Carlos Menem, dessen Name wie kaum ein anderer für die Krise Argentiniens steht, hat angesichts der sicheren Niederlage in der Stichwahl hingeschmissen. Und Ricardo López Murphy, der die neoliberale Daumenschraube für die verarmte Mittelschicht und die verelendete Unterschicht noch weiter angezogen hätte, schied bereits in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl aus.

Kirchner also. Das kleinere Übel. Einer, der nicht alles dem Markt überlassen möchte und das Wohl des Landes nicht unbedingt in der Gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA sieht. Das zumindest hat er im Wahlkampf behauptet. Es hätte schlimmer kommen können, doch ein Grund zur Freude ist der „Wahlsieg“ Kirchners keineswegs.

Erinnern wir uns an den Dezember 2001 und die folgenden Monate des Aufbruchs, so ist die aktuelle Lage höchst deprimierend. Wer dachte, der Sturz von Präsident De la Rúa brächte die Wende

Argentinien – Die Hoffnung kommt von unten

zum Besseren, wurde enttäuscht. Wirtschaftlich ist das Land am Ende, eine Lösung der Schuldenkrise ist nicht in Sicht. Die Menschen stehen Schlange vor Suppenküchen und den Visaabteilungen der Botschaften Europas und der USA.

Und vor allem: die Linke ist zersplittert und reibt sich in Richtungskämpfen auf. Das Ergebnis: Rund 14 Prozent für die gemäßigt linke Kandidatin Elisa Carrió und weniger als fünf Prozent für alle

KandidatInnen der radikaleren Linken zusammen. Doch Carrió und die anderen waren nicht etwa deshalb chancenlos, weil viele Menschen dem Aufruf anderer linker Strömungen zum Wahlboykott gefolgt wären. Der Slogan „Que se vayan todos“ (Alle sollen abhauen!) hat seine Signalwirkung vom Dezember 2001 verloren, die Wahlbeteiligung war überraschend hoch, nur wenige stimmten „ungültig“. Und Carrió landete auch nicht deshalb nur auf dem vierten Platz, weil ihre peronistischen Gegenspieler ein Vielfaches an Geld für ihren Wahlkampf zur Verfügung hatten. Das Problem ist vielmehr die Zerstrittenheit und der Mangel an Perspektiven, die auf nationaler Ebene Wirkungskraft erzielen könnten. Dies gilt für die in Parteien organisierten Linken ebenso wie für jene Gruppen, die auf Organisation von unten und soziale Mobilisierung außerhalb des Parteiensystems setzen.

Doch was im Großen nicht funktioniert, hat im Kleinen durchaus Erfolge gezeitigt. Die letzten eineinhalb Jahre waren von einem intensiven politischen Organisations- und Bildungsprozess geprägt. In Tausenden Stadtteilversammlungen wurden die konkreten Probleme der Nachbarschaft angegangen, Lösungen gesucht und Solidarität mit den noch Schwächeren gelebt. Die in der Militärdiktatur zerstörten sozialen Netze des *barrios* sind zumindest in einigen Gegenden wiederbelebt, dem Egoismus als Leitmotiv des neoliberalen Zeitalters setzen viele Menschen das Modell der gegenseitigen Hilfe entgegen. Mülltrennung nicht aus ökologischen Gründen, sondern um den *cartoneros*, die allabendlich aus den umliegenden Armenvierteln in die Innenbezirke von Buenos Aires ziehen, die Arbeit zu erleichtern und ein klein wenig besseres Auskommen zu ermöglichen. Die Menschen blicken nicht mehr so oft herablassend auf jene hinab, die noch weiter unten stehen.

Das Wissen, das es einen selbst jederzeit treffen kann, schafft auch ein Bewusstsein dafür, dass ein anderes Argentinien notwendig ist. Und zumindest im Kleinen ist dieses Andere bereits zu spüren, werden Alternativen gelebt. Bei aller Begrenztheit und bei allen Rückschlägen: Hier liegt eine Hoffnung für dieses geschundene Land. Trotz Kirchner.

Links

<http://www.rebellion.org>

Seite aus Spanien mit einem sehr umfangreichen Dossier zu Argentinien, in dem Artikel aus Página/12, La Jornada, La Brecha, Monographien, Interviews, Studien, u.a. gesammelt werden.

<http://www.pagina12.com.ar>

Laut Jungle World die „linksbürgerliche Zeitung Argentinien“, laut taz die „taz Argentiniens“.

<http://www.3puntos.com.ar>

Ein Nachrichtenmagazin mit ab und zu schönen Artikeln zur Protestbewegung.

<http://www.argentina.indymedia.org>

Die argentinische Sektion des weltumspannenden antihierarchischen Nachrichtennetzes. Wie immer chaotisch, sektierisch und irgendwie auch sympathisch. Großes Fotoarchiv.

<http://www.cambiocultural.com.ar>

Eine Chronik der Cacerolazos bietet dieses Forum sowie Vorschläge wie eine „kulturelle Wende“ herbeigeführt werden soll.

<http://www.fuba.com.ar>

Die Seite der Studentischen Vertretung der Universität von Buenos Aires, auf der sich Links zu den Asambleas befinden.

<http://www.po.org> und <http://www.mst.org>

Seiten zweier linker Parteien, bei denen auch Piquetero-Gruppen organisiert sind.

Diverse Seiten, die über Aktionen der Protestierenden informieren, Fälle von Korruption in Politik und Wirtschaft anzeigen, beraten, wie Sozialtarife bei der öffentlichen Versorgung einzufordern, sind:

www.cacerolazo.com; www.elcacerolazo.org; www.c-a-c-e-r-o-l-a-z-o.com.ar;
www.caceroleando.8m.com; www.todosjuntos.foros.org; www.nuevasbases.org;
www.fueronellos.com, www.vaciamiento.com

Auch einige Asambleas haben eigene Seiten im Netz:

<http://colegiales.tripod.com.ar> (Colegiales), <http://apbyn.com.ar>, nstepintl.com

(Belgrano und Nuñez), <http://geocities.com/asambleamoron> (Morón),

<http://palermoviejo.netfirms.com> (Palermo Viejo)

Impressum

Herausgeber: FDCL e.V. (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika)
Geneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel.: 030-6934029; Fax: 030-6926590
email: info@fdcl-berlin.de; homepage: <http://www.fdcl.org>

Textzusammenstellung und Layout: Timo Berger (timo@berger.net.ar)

Aktualisierung: Stephanie Rauer de Schapiro (stephprauer@yahoo.de)

3. Auflage, Mai 2003

Dank für ihre tatkräftige Unterstützung an Damián Ríos, Eva Danninger, Jan Dunkhorst, Jürgen Vogt
Jessica Zeller, Annegreth Strümpfel und Jule Widmer.

Für weitere Recherchen zu diesem oder anderen Themen stehen wir Euch im Archiv des FDCL gerne zur Verfügung. Öffnungszeiten: Mi & Fr 14-17 Uhr, Do 10-14 Uhr oder nach Vereinbarung.

„Wir helfen gerne“

Erst die Pleite in Asien, nun der Absturz in Argentinien: Der deutsche Währungsfonds-Chef Horst Köhler erklärt, was der IWF darf – und was nicht

DIE ZEIT: Der Internationale Währungsfonds steht in der Kritik. Drohender Staatsbankrott, soziale Unruhen, Währungsverfall – in Argentinien hat sich die Finanzkrise zu einer Staatskrise ausgeweitet, und der IWF wird dafür mitverantwortlich gemacht. Gerät der IWF, der Krisen in aller Welt bekämpfen soll, selbst in die Krise?

HORST KÖHLER: Wenn die Kritik von allen Seiten kommt, hat man – dies lehrt die politische Erfahrung – möglicherweise nicht so viel falsch gemacht. Tatsächlich waren und sind Argentinien, der IWF und die internationale Gemeinschaft mit Problemen konfrontiert, für die es keine einfachen oder schmerzlosen Lösungen gibt.

ZEIT: Aber nicht nur in Argentinien gibt es eine breite Protestbewegung, auch in Ländern wie den USA rügen Ökonomen und Politiker das Krisenmanagement des Währungsfonds.

KÖHLER: Der IWF hatte im vergangenen Jahr angesichts des Verhaltens der argentinischen Regierung und vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Risiken kaum wirkliche Alternativen.

Foto: G. Mendel/Network/Focus für DIE ZEIT Kritik am IWF kann ernsthaft nicht überdecken, dass die ökonomische und soziale Krise Argentiniens ihre Kernursachen im Land selbst hat. Wenn Politik und Gesellschaft in Argentinien dies erkennen und akzeptieren, kann die Krise zum Ausgangspunkt einer guten Zukunft für das Land werden. Der IWF steht bereit, zu helfen.

ZEIT: Der IWF hat nichts falsch gemacht?

KÖHLER: Wir haben im vergangenen Jahr die Fähigkeit der Regierung von Staatspräsident Fernando de la Rúa überschätzt, ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs durchzusetzen. Vor allem das von Regierung und Parlament ohne Konsultation mit dem IWF verabschiedete Gesetz, das ein Defizit im Staatshaushalt untersagt, war der Versuch, die drohende Zahlungsunfähigkeit des Landes abzuwenden. Präsident de la Rúa konnte aber nicht mehr reparieren, was unter Vorgänger Carlos Menem deroutiert war.

ZEIT: Kritiker halten dem IWF vor, soziale und politische Zusammenhänge zu ignorieren.

KÖHLER: Das ist leicht dahergesagt, aber nicht zutreffend. Wir sollten uns erinnern, dass Argentinien vor 100 Jahren mit seinen Rohstoffen und seiner Rinderzucht zu den reichsten Ländern der Welt gehörte. Dieser Reichtum wurde verspielt, weil der Strukturwandel zu einer modernen Ökonomie, einschließlich der entsprechenden sozialen Sicherungseinrichtungen, nicht wirklich vorankam. Menem packte dies Anfang der neunziger

Jahre mit der Inflationsbekämpfung und mit Privatisierungen zwar an. Doch institutionelle Reformen blieben halbherzig, und in der zweiten Amtsperiode machten sich erneut Günstlingswirtschaft und übertriebener Konsum über das ganze Spektrum von Staat und Gesellschaft breit. Der Stab des IWF hat 1998 auch öffentlich vor fiskalischen Fehlentwicklungen gewarnt. Dies ging in der kollektiven Euphorie der internationalen Gemeinschaft über Wachstum und Gewinn in den Emerging Markets unter.

ZEIT: Einer der Hauptvorwürfe an den IWF lautet: Die wirtschafts- und finanzpolitischen Auflagen, die der Fonds an neue Kredite knüpft, treffen vor allem die armen Bevölkerungsschichten – und zwar nicht erst in der Argentinien-Krise, sondern schon bei allen Währungs- und Finanzkrisen in den vergangenen Jahrzehnten.

KÖHLER: Zunächst: Der Fall Argentinien macht einmal mehr deutlich, dass es das Hauptanliegen des IWF sein muss, Krisen schon im Entstehen zu

vermeiden. Wir müssen einen Weg finden, wie wir unsere Mitglieder veranlassen können, frühzeitig notwendige Korrekturen der Politik einzuleiten. Daran arbeiten wir derzeit. Doch wenn eine Krise da ist, kommt der IWF nicht darum herum, eins und eins zusammenzuzählen. Sind zu hohe Haushaltsdefizite vor allem eine Folge zu hoher Staatsausgaben, so geht kein Weg an Ausgabenkürzungen vorbei. Dies kann soziale Härten unvermeidlich machen.

ZEIT: Kann der IWF nicht, wie es Nichtregierungsorganisationen (NGOs) fordern, in seinen Konditionen die Wirkungen auf die Armen stärker berücksichtigen?

KÖHLER: IWF und Weltbank haben gerade mit Regierungsvertretern aus armen Ländern, NGOs, Wissenschaftlern und Geberländern darüber beraten, wie Strategien zur Armutsbekämpfung verbessert werden können. Ein wichtiges Ergebnis der viertägigen Konferenz war die Empfehlung, Entscheidungen über notwendige Strukturanpassungen systematisch auch Sozialanalysen zugrunde zu

legen. Wir werden dies dem Exekutivdirektorium des IWF vorschlagen.

ZEIT: Setzt der IWF in den Krisenländern nicht zu einseitig auf die Inflationsbekämpfung, wie der amerikanische Nobelpreisträger Joseph Stiglitz moniert?

KÖHLER: Ich denke nicht. Die Stabsmitarbeiter des IWF sind exzellente Ökonomen und analysieren Fall für Fall sorgfältig. Natürlich war und ist der IWF nicht frei von Fehlern. Deshalb möchte ich ihn konzeptionell auch noch stärker zu einer lernenden Einrichtung

Horst Köhler, 58,

war Finanzstaatssekretär in der Kohl-Regierung. Seit Mai 2000 steht er an der Spitze des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington



machen. Wir müssen beispielsweise mehr Augenmerk darauf legen, welche Rolle starke Institutionen und der Strukturwandel für nachhaltiges Wachstum spielen. Insgesamt braucht eine in die globale Ökonomie integrierte Marktwirtschaft einen institutionellen Rahmen und Regeln, die gesunden Wettbewerb gewährleisten, sozialen Ausgleich fördern und für gute Regierungs- und Unternehmensführung sorgen. Der IWF muss deshalb eng mit der Weltbank zusammenarbeiten, die in erster Linie für längerfristige Aufgaben wie den Aufbau von Institutionen und sozialer Sicherungssysteme zuständig ist. Ich bin mir über diese gemeinsame Aufgabe mit Weltbank-Präsident Jim Wolfensohn völlig einig.

ZEIT: Werden Krisenländer, wenn sie zu drastisch sparen, nicht nur noch tiefer in die Rezession gestürzt?

KÖHLER: Es kommt auf die Situation an. Wenn es vorwiegend an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage mangelt, wäre drastisches Sparen falsch. Doch in der Mehrzahl der Fälle liegen tiefergreifende Strukturprobleme zugrunde. Besonders kompliziert wird eine Lösung oft durch die Auslandsverschuldung und den Wunsch der Länder nach ausländischen Direktinvestitionen. Dies wirft die schwierige Frage auf, wie politische Entscheidungen die Erwartungen der Marktteilnehmer beeinflussen. In den Fällen Mexiko, Brasilien und vermutlich auch Türkei sprechen alle Anzeichen dafür, dass monetäre und fiskalische Disziplin ein Schlüssel zur Überwindung der Krise waren und sind.

ZEIT: Auch in der Asien-Krise – da waren Sie noch nicht im Amt – wurde der IWF beschuldigt, er habe die Zinsen nach oben getrieben und so dafür gesorgt, dass viele Firmen Bankrott gingen, Neugründungen verhindert wurden und somit die Wirtschaftskrise noch verschärft wurde.

KÖHLER: Die Lehre aus der Asien-Krise ist vor allem, dass die Öffnung von Ländern für den internationalen Kapitalverkehr Hand in Hand mit dem Aufbau eines gesunden Finanzsektors und leistungsfähiger Bankenaufsicht gehen muss.

ZEIT: In Argentinien, rügt der frühere IWF-Chefökonom Michael Mussa, habe der Fonds die Misswirtschaft zu lange gedeckt. Dem Land im August vergangenen Jahres noch einen Kredit zu geben war nach seinen Worten die „schlimmste Entscheidung, die der Fonds je getroffen hat“.

KÖHLER: Es war mit Sicherheit eine ganz schwierige Entscheidung. Unter Abwägung aller Argumente halte ich sie weiterhin für richtig. Erstens: Bei entsprechender nationaler Einheit ...

ZEIT: Wenn alle, auch die Provinzen, mitgezogen hätten.

KÖHLER: ... hätte es die Chance gegeben, mithilfe des Nulldefizitgesetzes das Vertrauen der Märkte zu stabilisieren. Zweitens: Regierung und Parlament hatten uns mit diesem Gesetz vor vollendete Tatsachen gestellt. Wir hatten Bedenken, nicht zuletzt aus sozialen Gründen. Hätten wir aber eine finanzielle Unterstützung nach Verabschiedung des Gesetzes abgelehnt, wäre die Krise sofort ausgebrochen. Nach Lage der Dinge wären wir dann von Argentinien, aber auch von außerhalb beschuldigt worden, das Land daran gehindert zu haben, die Wende herbeizuführen. Drittens: Im

Sommer 2001 hatten wir noch erhebliche Sorge vor einer Ansteckung anderer Länder in Lateinamerika, zumal die Weltwirtschaft auf rasanter Talfahrt war. Das Jahr 2001 war schlimm genug. Es hätte aber weltwirtschaftlich schlimmer kommen können. Ich rechne dies durchaus auch der Arbeit des IWF zugute.

ZEIT: Die Nulldefizitpolitik war keine Forderung des IWF?

KÖHLER: Nein, das war allein eine Entscheidung des damaligen Staatspräsidenten de la Rúa und sei-

nes Wirtschaftsministers Domingo Cavallo. Aber der IWF hat dann darauf bestanden, dass die Argentinier dieses selbst gesteckte, sehr ehrgeizige Ziel auch tatsächlich erreichen. Als im Herbst mehr und mehr deutlich wurde, dass es keine nationale Einigkeit über Cavallos Strategie der Krisenbewältigung gab, mussten wir zu weiteren Krediten nein sagen.

ZEIT: Hat der IWF jetzt den Kredithahn abgedreht, weil die amerikanische Regierung einen generellen Strategiewechsel verlangt hat? Der US-Regierung sind die umfangreichen Kreditpakete seit langem ein Dorn im Auge.

KÖHLER: Wir haben keine grundlegend neue Haltung gegenüber Argentinien. Als Mitglied des IWF hat es einen Anspruch auf Hilfe. Dies ist aber nicht automatisch ein Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Wir haben dem Land umfangreiche technische Hilfe angeboten für die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie zur Überwindung der Krise. Dazu sind Experten für Fragen des Währungsregimes, des Haushalts- und Steuerwesens, des Bankensektors sowie des Schuldenmanagements nach Buenos Aires gereist.

ZEIT: Aber es gibt kein neues Geld?

KÖHLER: Wir haben in der vergangenen Woche entschieden, Argentinien eine fällige Rückzahlung von über 900 Millionen Dollar für ein Jahr zu stunden. Wir geben dem Land Zeit, an einer umfassenden Strategie zu arbeiten. Wenn das neue Programm überzeugend ist, werden wir auch weiter finanziell helfen. Aus früheren Zusagen, die noch nicht ausgezahlt sind, sind noch neun Milliarden Dollar verfügbar. Aber es ist klar meine Linie, dass der Fonds grundsätzlich restriktiv mit finanziellen Unterstützungen operieren sollte. Die Eigenverantwortung der Länder darf nicht geschwächt werden. Wir arbeiten auch daran, für den Zugang zu den Finanzmitteln des Fonds klarere Kriterien zu definieren. Es muss deutlicher werden, dass Schuldner und private Gläubiger die von ihnen eingegangenen Risiken in erster Linie selber zu tragen haben.

ZEIT: Das reicht aus, um künftig falsche Anreize zu verhindern? Solange private Gläubiger darauf vertrauen können, dass ihnen der IWF notfalls aus der Patsche hilft, darf sich doch niemand über leichtfertige Vergabe von Krediten wundern.

KÖHLER: Die Argentinien-Krise hat noch einmal klar gemacht, dass ein internationales Insolvenzverfahren notwendig ist. Dadurch würde für Länder wie jetzt Argentinien die Möglichkeit geschaffen, in geordneter Form und zügig seine Schulden umzustrukturieren.

ZEIT: Aber wegen rechtlicher Hürden und vor allem politischer Widerstände wird es Jahre dauern, bis ein solches Verfahren Realität wird.

KÖHLER: Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass es leicht ist, diese Regelung durchzusetzen. Ich ver-



Foto: Roberto Candia/AP

BETROFFEN IST stets der einzelne Mensch: Wütender Demonstrant in Buenos Aires

stehe sie als Teil einer politischen Konzeption, um Globalisierung zum Nutzen aller gestalten zu können. Man braucht ein geregeltes Verfahren, um bei Insolvenz von Nationalstaaten langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden und die Lasten zwischen allen Beteiligten – Staaten wie Privaten – gerecht zu verteilen.
ZEIT: Dass aus der Argentinien-Krise kein Flächenbrand geworden ist, lag nicht nur am IWF. Haben auch die Akteure an den Finanzmärkten gelernt, Risiken besser zu managen?

KÖHLER: Das internationale Finanzsystem ist heute sehr viel widerstandsfähiger als noch vor einigen Jahren – nicht zuletzt, weil aus den vergangenen Krisen gelernt wurde. Aber man muss sich vor Selbstzufriedenheit hüten.

ZEIT: Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen wird die nächste Spekulationsblase und die nächste Finanzkrise nicht zu verhindern sein?

KÖHLER: Wenn man die Vorteile offener Märkte, von Freiheit und Marktwirtschaft will, muss man mit Korrekturphasen oder gar Krisen leben können. Das realistische Ziel muss sein: die Häufigkeit und das Ausmaß der Krisen zu begrenzen.

ZEIT: Nicht nur Entwicklungsländer haben offenbar Probleme mit offenen Märkten. Viele reiche Länder schaden den armen mit ihrem Handelsprotektionismus ...

KÖHLER: ... enorm, und dies ist nicht mehr tragbar. Wer sich über das Krisenmanagement des IWF aufregt, sollte zur Kenntnis nehmen, dass der Agrarprotektionismus der Industrieländer nicht ganz unschuldig an den Problemen Argentiniens ist. Es ist doch widersinnig, dass die EU, die USA und Japan jedes Jahr mehrere hundert Milliarden Dollar für Agrarsubventionen ausgeben und Bauern in Afrika, Zentralamerika oder Asien ihr Existenzminimum kaum sichern können, weil sie durch die Subventionen der reichen Länder aus dem Markt gedrängt werden oder keinen Zugang zu ihren Märkten haben.

Unglaublich sind die Industrieländer auch, weil sie permanent von Armutsbekämpfung sprechen, aber es anhaltend nicht fertig bringen, das Ziel der Vereinten Nationen umzusetzen und 0,7 Prozent ihres Sozialprodukts für Entwicklungshilfe aufzuwenden.

ZEIT: Fühlen Sie sich durch das Kreuzfeuer der Kritiker als IWF-Chef persönlich unter Druck?

KÖHLER: Die Kritik lässt mich nicht kalt, und mich bedrückt die Situation in Argentinien wegen der betroffenen Menschen. Doch ich habe mir nichts Gravierendes vorzuwerfen.

Das Gespräch führte Wilfried Herz